

MESSAGE

Internationale Zeitschrift für Journalismus

AUSGABE 4/2014 – 14 EURO

chinesische
Journalisten

dürfen

künftig

auf eigenen Blogs

richten posten.

und

JOURNALISMUS MIT ABSTRICHEN

sogar

Wie China seine Medien lenkt

kritische Berichte publizieren.

20 JAHRE ONLINE-JOURNALISMUS:
PREKÄRE PROFESSION S. 20

RUANDA NACH DEM GENOZID:
NARRATIVE DER SCHULD S. 36

15 JAHRE MESSAGE: EIN RÜCKBLICK
ZUM JUBILÄUM S. 46



30 Jahre Kompetenz

in Medien, Kommunikation, Publizistik, Film und Theater





LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

wie stark die Mächtigen öffentliche Kommunikation für ihre Zwecke instrumentalisieren, sagt viel über die innere Verfasstheit einer Gesellschaft aus. Können Journalisten frei recherchieren und den öffentlichen Diskurs befördern oder werden sie gefügig gemacht, gelenkt, bevormundet? Die Möglichkeiten, Journalisten auf Linie zu bringen, sind zahlreich. China wählt gerade eine unverhohlene: Die Lenkungsmechanismen der Partei- und Staatsführung werden mit dem »Modell Fudan« wieder in weite Teile der Journalistenausbildung eingebunden. Drohen die Freiräume, die sich chinesische Journalisten in den vergangenen zwanzig Jahren hart erarbeiteten, wieder zu verschwinden? Ying Chan, Professorin an der Universität Hongkong, und Li Peng, Korrespondentin der Wirtschaftszeitung *21st Century Business Herald* in Shanghai, berichten exklusiv für *Message* (Seiten 10 bis 15).

Über ein anderes sich rasant entwickelndes Konfliktfeld spricht Stephan Lamby. Via Skype, Facebook und Youtube produziert er in seiner Hamburger TV-Firma komplette Auslandsdokumentationen – ohne den heimischen Schreibtisch je zu verlassen. So entstand etwa ein 45-Minuten-Film über die Atom-Katastrophe von Fukushima, gesendet unter anderem im ZDF. Ist das noch seriöser Journalismus? Wo liegen die Potenziale, wo

die ethischen Grenzen dieser virtuellen Produktionsmöglichkeiten? Lesen Sie ab Seite 28.

Marc Engelhardt reiste – ganz real und »old style« – über Jahre immer wieder in Länder wie Somalia, Nigeria, Mali oder die Zentralafrikanische Republik. Fünfzig Notizbücher waren ein Fundament für sein kenntnisreiches Buch »Heiliger Krieg, heiliger Profit«, in dem er die Camouflage einiger »Glaubenskriege« lüftet. Der Vorsitzende des Weltreporter-Netzwerks mied dabei bewusst Youtube-Dschihadisten und konnte belegen, wie die Hintermänner satte Geschäfte mit Terrorismus machen. Sein Rechercheprotokoll beginnt auf Seite 52.

Solch hintergründigen Themen, diskursiven Autoren und analytischen Blickwinkeln bietet *Message* seit 15 Jahren ein Podium. – Ein willkommener Anlass, unseren Lesern, Autoren, Mitarbeitern, Unterstützern und Beiräten sehr herzlich Dank zu sagen für ihre anhaltende Verbundenheit mit *Message*! Michael Haller, *Message*-Gründer und langjähriger Herausgeber, schildert, wie unser Projekt entstand, und blickt dafür zurück auf eitle Redaktionschefs, grassierende Anglizismen und die nicht immer ganz einfache Vernetzung von journalistischer Praxis und Wissenschaft (Seite 46 bis 49).

Wir freuen uns, wenn Ihnen auch diese Ausgabe Diskussionsstoff bietet!

UNSER TITELBILD

Hinter unserer Titelseite versteckt sich ein Text – der genau das Gegenteil aussagt. Den Bericht von Reporter ohne Grenzen aus dem Juni 2014 haben wir à la chinoise zensiert. Im Original ist er mit »China verschärft nochmals seine Zensur« betitelt. Lesen können Sie ihn per QR-Code (re.) oder unter <http://bit.ly/1uiSMYO>.



Herzlich
Ihr

TITELTHEMA: JOURNALISMUS MIT ABSTRICHEN

- 8 **AUFTAKT**
Welche Erfahrungen machen Korrespondenten in China? *Message* fragt nach
- 10 **GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT**
Neben der Presse hat die KP die Journalisten- ausbildung und die sozialen Medien im Visier von *Ying Chan*
- 14 **DIE NEUE ÖFFENTLICHKEIT**
Wirtschaftsmedien gewinnen an Einfluss. Für Journalisten bedeutet das größere Freiheit von *Li Peng*
- 16 **EINE ANGENEHME DIKTATUR**
Wie Korrespondenten gegen Misstrauen, Einschüchterung und Zensur kämpfen von *Ariane Reimers*



Wandzeitung im Renmin-Park in Chengdu.

Foto: Flickr/mario_ruckh

DIGITALER JOURNALISMUS

- 20 **DER GEIST IST AUS DER FLASCHE**
Seit zwanzig Jahren entwickelt sich der Journalismus in Richtung Publikum – nicht ohne Probleme von *Volker Lilienthal*
- 24 **WECHSELSEITIGE ERWARTUNGEN**
Ein Einblick in die sich wandelnde Beziehung zwischen Redakteur und Rezipient von *Wiebke Loosen und Jan-Hinrik Schmidt*
- 26 **TWITTER VERTRAUEN – ABER WANN?**
Eine Studie zeigt, wann Journalisten und Blogger dem Inhalt eines Tweets vertrauen von *Dennis Reineck*
- 28 **GESCHICHTEN NEU ERZÄHLEN**
Friedrichs-Preisträger Stephan Lamby spricht im Interview über ein neues AV-Genre von *Volker Lilienthal*
- 32 **ITALIEN GEHT ONLINE**
Die Zeitungskrise hält auch Italien in Atem – profitieren könnten die Onliner von *Sergio Splendore*
- 36 **GENOZID IN RUANDA**
»ÜBERALL GENOZIDE«
Stefan Brüne kritisiert überholte Gut-Böse-Narrative in der Aufarbeitung des Völkermords von *Lutz Mücke*
- 40 **SCHWARZ-WEISS**
Komplexe und widersprüchliche Hintergründe haben in der Ruanda-Berichterstattung keinen Platz von *Helmut Strizek*

- 44 **VOLLSTÄNDIGE OHNMACHT**
Hätten die Medien den Genozid vorhersehen können? Über die Machtlosigkeit der »Vierten Gewalt« von *Bettina Gaus*

46 JUBILÄUM: 15 JAHRE MESSAGE

- 46 **KEIN PLATZ FÜR WORTGEKLINGEL**
Ein Blick in die allererste *Message*-Ausgabe verrät, wie zeitlos viele unserer Themen sind von *Michael Haller*
- 50 **TAUSEND DANK!**
In 15 Jahren haben rund 1.000 Autoren für *Message* geschrieben. Bei ihnen allen möchten wir uns ganz herzlich bedanken

RECHERCHE

- 52 **HEILIGER KRIEG, HEILIGER PROFIT**
Beim internationalen Terrorismus geht es oft nicht um Glaubensfragen, sondern ums Geschäft von *Marc Engelhardt*
- 56 **UNDERCOVER UNTER KINDERSCHÄNDERN**
Warum ein Reporter die Polizei einschaltete – Protokoll einer journalistischen Gratwanderung von *Wolfram Kuhnigk*
- 58 **IM NETZ DER PÄDOPHIEN**
Die Spur zu den Hintermännern eines globalen Pädophilen-Netztes führt bis auf die Philippinen von *Arndt Ginzel und Martin Kraushaar*
- 60 **IM MORAST DES SCHÖNHEITSWAHNS**
Eine Recherche zwischen Geschäftemachern, Verzweifelten und weißen Kitteln von *Anika Giese*

AFGHANISTAN

- 76 **OFFIZIELLE MEINUNGSFREIHEIT**
Farida Nekzad erklärt, unter welchen Bedrohungen Journalistinnen in Afghanistan arbeiten
von Kirsten Herrmann

FORSCHUNG

- 80 **VORSICHT VOR HYPES**
Replik auf eine Stellungnahme zum Niveau des Wissenschaftsjournalismus
von Martin Schneider
- 82 **DER GROSSE TRAUM**
Eine Studie untersucht, ob sich Mann und Frau aus verschiedenen Motiven für den Beruf entscheiden
von Katalin Valeš
- 86 **ELCHTEST: DURCHGEFALLEN**
Wenn Medien über Medien berichten, werden sie selbst zu interesselgeleiteten Akteuren
von Martin Meuthen und Helene Pawlitzki

NORMEN

- 92 **DEUTSCHER PRESSERAT**
Ein Appell für mehr Sorgfalt im Umgang mit Leserbriefen
von Ilka Desgranges
- 94 **SCHWEIZER PRESSERAT**
Ob eine verdeckte Recherche gerechtfertigt ist, gilt es vorab abzuwägen
von Max Trossmann

RUBRIKEN

- 6 **NACHLESE**
- 34 **WOLF SIEHT FERN**
Kriegsberichterstattung im deutschen Fernsehen besteht aus Schalten und viel Propaganda
von Fritz Wolf
- 75 **VORBILDER**
Gisela Friedrichsen über Gerhard Mauz
- 96 **AUS DEM NETZWERK RECHERCHE**
Eine Datenbank für Presseauskunftsurteile soll Journalisten bei Behördenanfragen helfen
von David Schraven
- 98 **DIE TOP TEN DES BUCHJOURNALISMUS**
- 100 **BUCHBESPRECHUNGEN**
- 104 **HIGHLIGHT**
Maria Leitner, die fast vergessene Pionierin der Rollenrecherche
von Walter Hömberg
- 106 **HOLGER'S CARTOON CORNER IMPRESSUM**

MESSAGE – PODIUM

- 65 **DAS RADIO-FEATURE – TRANSFORMATION INS DIGITALE**
Berichte von der International Feature Conference (IFC) in Leipzig über die Königsdisziplin des Hörfunkjournalismus



36

Die Medien und Ruanda:

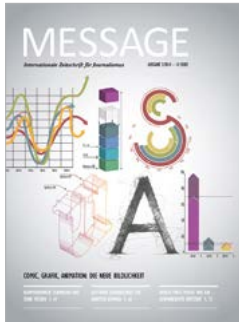
Vor zwanzig Jahren erschütterte der Völkermord in Ruanda die Weltöffentlichkeit. Damals wie heute finden sich überholte Gut-Böse-Narrative in den Berichten. Zentrale Fragen wie die nach dem Flugzeugabschuss, der das Massaker auslöste, bleiben ungeklärt.

46



Message-Zeitreise:

Gründungsherausgeber Michael Haller hat zum 15. Jubiläum in sein Bücherregal gegriffen und die allererste *Message*-Ausgabe herausgezogen. Die Zeitreise ins Jahr 1999 zeigt, wie zeitlos viele medienjournalistische Themen sind und wie wichtig die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis ist.



03/14

Titelthema: Visual Journalism
 Comic, Grafik, Animation:
 Die neue Bildlichkeit

Multimedia-Stories im Fokus

WEG VOM DEKORATIVEN BEIWERK

Gut, dass Visual Journalism zum Titelthema gewählt wurde, und gut, dass dabei auch wirklich neue Darstellungsformen im Zentrum standen: Infografiken, Comic-Reportagen, News-games. Zwar haben sich Infografik und Datenvisualisierung als Formate mittlerweile etabliert, und das gewählte Beispiel, der Zugmonitor der *Süddeutschen Zeitung*, ist nicht das aktuellste. Aber eben diese Artefakte markieren den Beginn einer neuen Bildlichkeit im Journalismus und ein Umdenken im Umgang mit Bildern: weg vom Bild als dekorativem Beiwerk und hin zu journalistischen Inhalten, die erzählen, erklären oder sich als visuelle Argumente lesen lassen.

Wie frisch diese Erzählformen sind und wie sie journalistische Routinen hinterfragen und langsam aufbrechen, zeigt das Interview mit den Machern der Multi-Story »Werwolf«. Wie benennt man das, was im *Spiegel*-Labor von Autoren, Gestaltern und Programmierern entwickelt wurde? Multimedia-Story, Motion Comic? Ist das noch seriöser Journalismus, wenn über Krieg und Nationalsozialismus in der Comic-Form berichtet wird? Wo enden hier die Fakten, wo beginnt die Fiktion? Welche Rolle spielen journalistische Standards?

Während sich Comic-Journalisten stilistischer Mittel bedienen, um die Authentizität ihrer Storys zu unterstreichen, scheint bei Newsgames die Grenze zwischen Fakten und Fiktion zu verschwimmen. Wie sieht es aus, das Spiel um die Nachricht? Das lässt das Titelthema offen. Hier hätte ich mir vertiefende Informationen gewünscht.

Welche interaktiven Formate sich behaupten können und wo ethische Grenzen überschritten werden – diese Fragen fordern nicht nur Redakteure und Entwickler heraus, sondern auch die Wissenschaft. Sie sollten das im Dialog angehen. Denn: Es tut sich was im Journalismus!

Professorin Wibke Weber lehrt und forscht am Institut für Angewandte Medienwissenschaft in Winterthur.

Reportage- und dokumentarische Comics

TRANSPARENZ IST WICHTIG

In der Schwerpunktausgabe zum Visual Journalism schreibt Graphic-Novel-Autor David Axe, was viele Comic-Journalisten immer wieder betonen: »Die Fakten müssen stimmen! Auch wenn man mit Bildern arbeitet, muss man sich der Wahrheit verpflichtet fühlen.« Es scheint ganz einfach zu sein: Ein Comic-Journalist ist ein Journalist, der die »Wahrheit« in Form eines Comics erzählt.

Das Medium Comic zeichnet sich allerdings durch einige Besonderheiten aus: Es ist ausgesprochen visuell und neigt gleichzeitig dazu, Gesichter, Text und Szenen auf das Wesentliche zu reduzieren. Was in einem journalistischen Comic gezeigt wird, sind bewusst gewählte Ausschnitte der Wirklichkeit. Zudem können Szenen gezeigt werden, die der Comic-Journalist nicht selbst gesehen hat. Ereignisse aus der Vergangenheit, solche, die erst geschehen werden, mikroskopisch kleine Details – alles kann gezeichnet werden. Bei vielen journalistischen Comics ist man sich als Leser nicht sicher: Zeigt der Comic-Journalist in dieser Zeichnung etwas, das er selbst erlebt hat? Basiert die Zeichnung auf einem Foto? Handelt es sich um die Interpretation einer nicht-visuellen Quelle? Kurz: Was ist eine Abbildung, was eine Illustration? Comic-Journalismus ist kein schlechter Journalismus. Aber man sollte über einheitliche Standards für das Genre nachdenken. Und vor allem darüber, wie man den Lesern gegenüber transparenter sein kann.

Lukas Plank ist freier Wissenschaftsjournalist in Wien.

Internationale Journalistenausbildung

MEHR NACHHALTIGER AUSTAUSCH

Ja, das Feld internationaler Ausbildungsinitiativen ist in Deutschland sehr überschaubar. Weit mehr allerdings geschieht über Kooperationen in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern. Etwa wenn die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika ein Netzwerk von Journalistenausbildern aufbaut und pflegt, wenn die DW Akademie einen Journalismusstudiengang in Kairo betreut, wenn viele NGOs, die über das »Forum Medien und Entwicklung« vernetzt sind, direkte Unterstützung vor Ort leisten.

Intajour und die DW Akademie mit ihrem Studiengang International Media Studies sind (oder waren) Leuchtturmprojekte, die den Fokus nicht zuletzt auf die Unterdrückung der Medienfreiheit lenken können, die die Initiativen vor Ort aber nicht überschatten, sondern durch intensiven Austausch ergänzen.

zen sollten. Hineinstrahlen könnten sie auch in die deutsche Ausbildungs- und Medienlandschaft: wenn ausländische Stipendiaten Zugang zu hiesigen Medien finden und für die Situation in ihren Heimatländern sensibilisieren – oder wenn sie sich mit deutschen Studierenden austauschen und das Bewusstsein dafür schärfen, wie privilegiert wir hier sind, in einem Staat mit großer Pressefreiheit zu leben. Nur 14 Prozent der Weltbevölkerung (nicht 40, wie Beatrice Dernbach in ihrem schönen Essay schreibt) leben laut Freedom House in Staaten mit weithin freien Medien, gerade eine Milliarde Mitbürger.

Es sollten mehr Begegnungsmöglichkeiten mit Journalisten aus Kolumbien, Kamerun oder Kambodscha, mehr Platz in deutschen Medien für authentische Berichte aus dem »globalen Süden« geschaffen werden.

Markus Behmer ist Professor für empirische Kommunikationsforschung an der Universität Bamberg.

Investigativer Journalismus weltweit

WACHSTUMSSCHMERZEN

Lutz Mükke hat die Herausforderungen, vor denen das Global Investigative Journalism Network seit zwei Jahren steht, sehr genau beschrieben. Anders als mein geschätzter Kollege Stefan Canda sehe ich aber nicht die Gefahr einer drohenden Amerikanisierung der Organisation, sondern eher normale und logische Probleme eines weltweit wachsenden Kollektivs, dessen Erfolg alle Erwartungen übertroffen hat.

Die gute Nachricht: Diese buntgemischte Truppe hat es geschafft, die eigene Entwicklung transparent zu diskutieren, sich eine schlanke Organisationsstruktur zu geben und sich alle zwei Jahre auf Konferenzen zu treffen – zwischendurch auch bei Skype. Das zeugt von einer überraschend hohen Anpassungsgabe von Journalisten, die eher für ihren Individualismus und ihr Misstrauen gegenüber Institutionen bekannt sind. Aber es stimmt: Der einzige Maßstab für ein gesundes Wachstum dieser Initiative ist auch in meinen Augen die Qualität der weltweiten Konferenzen – und die vergangenen beiden konnten nicht überzeugen. Aus praktischen, vor allem finanziellen Gründen haben wir den Standort für den Amtssitz unserer globalen Organisation gewählt, die sich am renommierten Vorbild der Investigative Reporters and Editors orientiert. Wir werden auf den nächsten Treffen sehen, ob die Aufregung angemessen war, ob also das Konferenzprogramm überzeugt und das Sekretariat den hohen Ansprüchen gerecht wird.

Jean-Philippe Ceppi ist Produzent von »Temps Présent« und Mitglied des GIJN Volunteer Committee.

Buchjournalismus

LANGER ATEM FÜR DIE LANGE FORM

Dieses Rennen können Buchautoren eigentlich nicht gewinnen: Auf der einen Seite steht Twitter als journalistisches Instrument, mit dem zumindest die talentierten Printkollegen reaktionsschnell einen Sachverhalt in 140 Zeichen auf den Punkt bringen. Auf der anderen Seite sind es Sachbücher, mehrere hundert Seiten lang, die die Zeit der Leser und Autoren verschlingen. Dennoch stimme ich Jürgen Roth zu, dass Bücher von Investigativen eine große Relevanz haben können – wenn sie sich nicht allein über eine zugespitzte These verkaufen.

Über zwei Jahre habe ich mit Stefan Aust an dem Buch »Heimatschutz« zur NSU-Geschichte gearbeitet – wissend, dass wir nur einen Zwischenstand würden liefern können. Aber das Medium Buch war für das Thema deswegen geeignet und auch gefordert, weil die Masse an Quellen selbst für Beteiligte, Anwälte, Ermittler gar, nicht mehr zu überblicken war – die Leser konnten die Details nicht mehr einordnen. Eine Narration musste her, um Widersprüche und Probleme des NSU-Komplexes präzise aufzuzeigen – der Leser soll dabei selbst die Spurensuche nachvollziehen können. Wir wollten bestimmte Erkenntnisse zudem »on the record« wissen, denn selbst eine dominierende Geschichte wie die des NSU ist verblüffend flüchtig, Erkenntnisse geraten wieder in Vergessenheit. Deshalb ist es auch wichtig – genau wie Roth schreibt – Akteure beim Namen zu nennen. Das Sachbuch kann das ideale Medium sein, um komplexe Themen zu verarbeiten. Wenn es auch bedeutet, sich selber fortgesetzt auszubeuten. Aber wie viele Journalisten können von sich behaupten, eine Story so bearbeiten zu dürfen, wie es das Thema verlangt und nicht wie redaktionelle Zwänge es vorgeben?

Dirk Laabs ist unter anderem Autor der Bücher »Heimatschutz« und »Der deutsche Goldrausch«.

An dieser Stelle äußern sich Publizisten zu den Themen des vergangenen Heftes. So erreichen Sie uns:

*Redaktion Message
Universität Hamburg
Sedanstraße 19
20146 Hamburg*

*E-Mail: redaktion@message-online.com
Twitter: @message_magazin
www.message-online.com*

UNZENSIERT

*Staatliche Schikanen? Einschüchterung? Oder doch relative Freiheit?
Welche Erfahrungen machen China-Korrespondenten bei der täglichen Arbeit?
Message fragt weltweit bei Kollegen nach.*

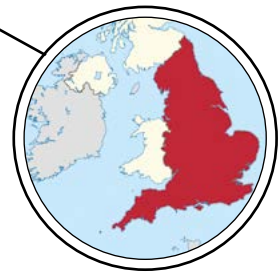
Gady Epstein leitet das Büro des britischen Economist in Peking.

Der Irrglaube, dass ausländische Journalisten in China einer Zensur der dortigen Regierung unterworfen seien, hält sich hartnäckig. Das ist nicht der Fall. Wir können frei arbeiten – ohne die Einschränkungen, die für einheimische Kollegen gelten. Wir, die internationale Presse, veröffentlichen regelmäßig Artikel zu Menschenrechtsthemen und ethnischen Unruhen.

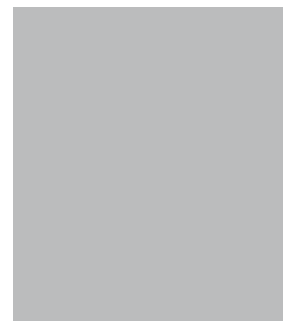


Natürlich stoßen auch wir bei der Arbeit manchmal auf Hindernisse. Besonders Kollegen vom Fernsehen, die mit ihren Dreharbeiten stark auffallen, werden von den lokalen Machthabern oder deren Schergen bedroht. Die Regierung versucht, mit anderen Mitteln Druck auszuüben. Das bekamen die *New York Times* und *Bloomberg* nach den Veröffentlichungen über die Reichtümer des früheren Ministerpräsidenten Wen Jiabao zu spüren. Aber noch einmal: Wir unterliegen keiner staatlichen Zensur – und wir zensieren uns auch nicht selbst. ■

🐦@gadyepstein



Ein asiatischer Korrespondent wollte sich auf Message-Anfrage aus Furcht vor Repressalien nicht öffentlich äußern.



Die Inderin Pallavi Aiyar arbeitet als freie Journalistin in Indonesien.



Zwischen 2002 und 2009 arbeitete ich als einzige chinesisch-sprechende Korrespondentin Indiens in Peking. Es war berauschend, für die *Hindu Times* über etwas zu berichten, was die dominierende Geschichte des 21. Jahrhunderts wurde: der Aufstieg Chinas. Angesichts der Zugangsbeschränkungen und der wiederholten Versuche der Behörden, die Inhalte der Artikel zu kontrollieren, war das zuweilen frustrierend. Meine Reaktion auf China unterschied sich jedoch von vielen meiner westlichen Reporter-Kollegen. Die Mission vieler Journalisten aus reichen Ländern war es, die verdorbene Realität des Landes und die Täuschungen durch die Regierenden zu beschreiben. Aber das Land, aus dem ich kam, war selbst zu arm und verdorben, um sich ein Urteil über ein anderes zu erlauben. Ich kam aus einer Demokratie, aber mir war schmerzlich bewusst geworden, wie wenig dieser Erfolg sich in besserer Politik oder weniger Korruption äußerte. Westliche Korrespondenten sahen ihre wichtigste Rolle darin, die chinesischen Behörden zur Verantwortung zu ziehen. Ich hielt meine Arbeit in China eher für einen Weg, um der indischen Regierung den Spiegel vorzuhalten – als Provokation gegenüber unseren eigenen Gedanken und Handlungen in der Auseinandersetzung mit der Moderne und der Globalisierung. ■



🐦@pallaviaiyar

Kim Rathcke Jensen ist Korrespondent der dänischen Zeitung Politiken.



Wenn ich eine Geschichte recherchiere, dauert es nicht lange, bis mir die Behörden jemanden schicken, der mir folgt. Er filmt dann nicht nur mich – sondern auch jeden, mit dem ich spreche. Für uns sind diese Schikanen einfach nur ärgerlich. Aber was passiert mit unseren Quellen, sobald wir wieder abreisen? Bekommen sie eine Verwarnung oder werden sie gar verhaftet? Man muss sich immer vor Augen führen, dass es Folgen hat, wenn man als Journalist in China arbeitet; wenn nicht für einen selbst, dann für die Leute, mit

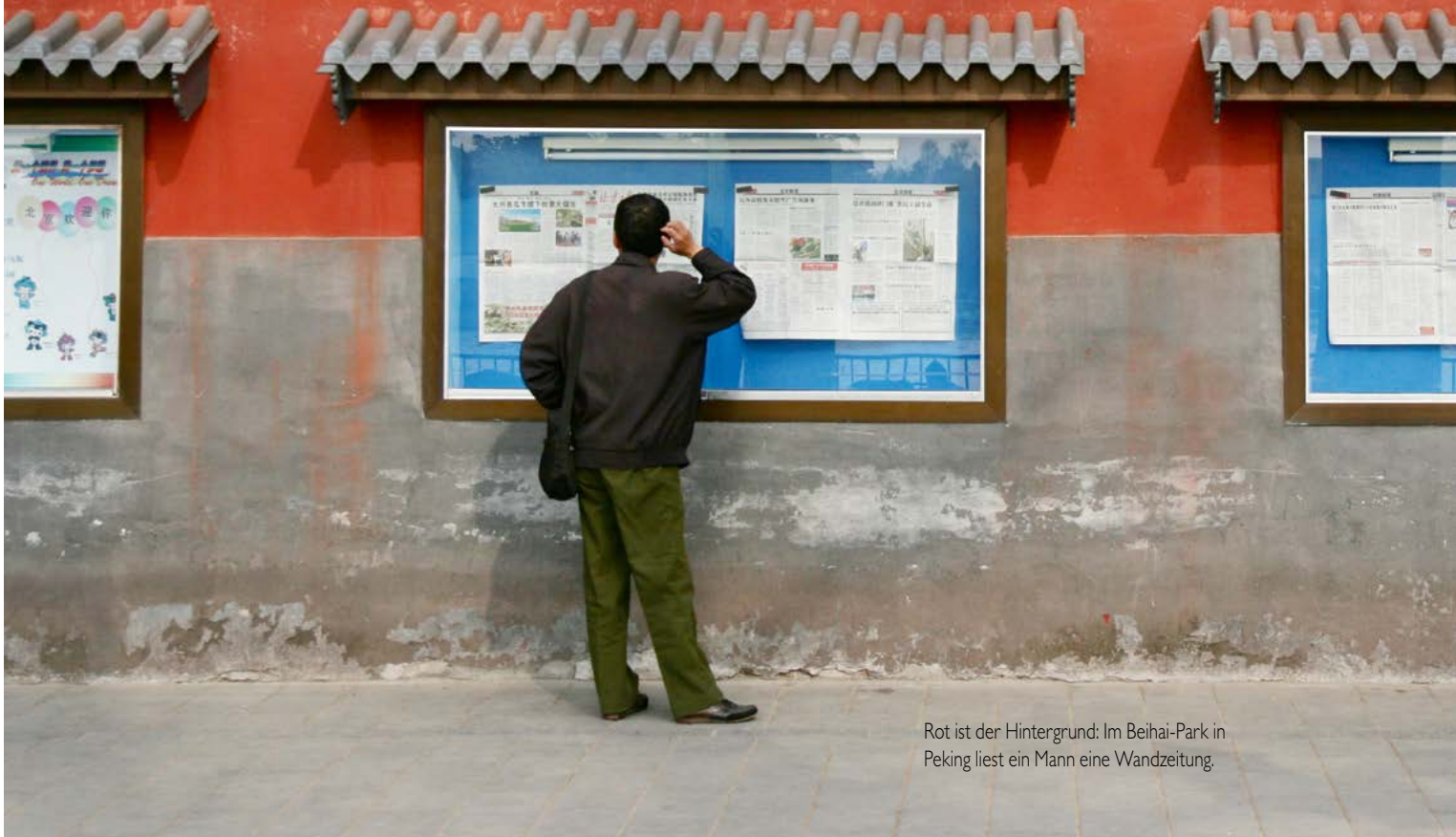
denen man redet oder mit denen man arbeitet. Alle ausländischen Korrespondenten arbeiten ja mit chinesischen Mitarbeitern vor Ort. Und die werden häufig eingeschüchtert oder zum Verhör beordert. Insgesamt zeigt sich, dass unsere Hoffnungen auf bessere Arbeitsbedingungen nach den Olympischen Spielen 2008 eine Illusion waren. ■

🐦@kinablog



DIE GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT UND IHRE FREUNDE

von Ying Chan



Rot ist der Hintergrund: Im Beihai-Park in Peking liest ein Mann eine Wandzeitung.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping ist journalistische Arbeit in China wieder schwieriger geworden. Die Politik greift auf die Presse, auf soziale Netzwerke und die Journalistenausbildung zu.



JOURNALISMUS IN CHINA

Zwei Millionen Menschen überwachen in China das Internet, Tausende die klassischen Medien und die Ausbildung. Doch trotz aller Repressalien gibt es Nischen, in denen der Journalismus gedeiht.

- ▶ »Die neue Öffentlichkeit«: Wie chinesische Journalisten ihre Freiheiten nutzen S. 14
- ▶ »Eine angenehme Diktatur«: Die ARD-Korrespondentin Ariane Reimers berichtet über Schikanen bei Recherchen S. 16

Die Kommunistische Partei (KP) Chinas ist dabei, die Journalistenschulen im Land zu übernehmen. Was wir derzeit erleben, ist der Versuch, die ideologischen Zügel anzuziehen und sicherzustellen, dass der »marxistische Journalismus« ein wesentlicher Bestandteil des Lehrplans wird. Die KP hat angeordnet, dass alle Journalistenschulen ein gemeinsames Curriculum anbieten, in dem der Marxismus sowohl die Lehre als auch die Praxis des Journalismus bestimmt. Diese Kampagne mit dem Ziel, die Ausbildungsstätten ideologisch einzuspannen, scheint Teil eines großen Plans der Partei unter Xi Jinping zu sein, alle Aspekte der »Denk-Sphäre« in China stärker zu beeinflussen: Universitäten, Medien, das Internet und die sozialen Netzwerke.

GROSSZÜGIGE SPENDEN DER PARTEI

Die Generalüberholung der Journalistenschulen wurde im Jahr 2013 auf einer Konferenz an der Fudan-Universität in Shanghai beschlossen. An der Tagung, von zwei hochrangigen Propagandafunktionären organisiert, nahmen Journalistenlehrer aus den führenden Universitäten des Landes teil.

Auf der Konferenz wurde das »Modell Fudan« propagiert, bei dem die Journalistenschule in ein Joint Venture aus Universität und der städtischen Propagandaabteilung umgewandelt wird. Das Modell wurde im Jahr 2001 entwickelt; durch die Umwandlung sollte die Journalistenausbildung der »Partei den Rücken stärken und das Volk zufriedenstellen«. Der damalige Dekan der Journalistenschule von Fudan war Song Chao, stellvertretender Propagandaleiter für Shanghai; der Leiter selbst war zugleich Geschäftsführer der Journalistenschule.

Laut einem Artikel in der *Zeitung des Volkes*, dem Zentralorgan der Partei, sind die örtlichen Parteikomitees für »politische Führung« und »institutionelle Unterstützung« zuständig, während die Universitäten ihre Recherchekapazitäten und die akademischen Ressourcen bereitstellen. Im Gegenzug für den Zugang zur Universität bietet die Partei großzügige Spenden für die Schulen. In Jiangsu erhielt die Schule umgerechnet mehr als 600.000 Euro. In Schandong gab die Partei ebenfalls rund 600.000 Euro frei, verbunden mit der Aussicht auf weitere »mindestens 250.000 pro Jahr«. Mitunter wird – wie in Fudan – auch ein Ausbildungsgebäude von Staatsgeldern errichtet.

Innerhalb des vergangenen Jahres wurde das Modell an 27 Universitäten in zwei Dritteln aller Provinzen übernommen. Uni-

versitäten aus dem ganzen Land stimmten dafür, nach dem Vorbild Fudan mit den örtlichen Propaganda-Abteilungen zusammenzuarbeiten, um Journalistenschulen auf- oder umzubauen. Die Leitung der Journalistenschulen übernehmen meistens hohe Propaganda-Funktionäre. Die einzige Variation besteht darin, dass die drei besten Universitäten in der Hauptstadt Peking ein Joint Venture mit staatlichen Medien eingegangen sind, so etwa die Universität Peking mit der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua.

Auch das Lehrmaterial soll nach den Vorgaben der Partei gestaltet werden. Laut einer internen Anordnung des Bildungs- und des Propagandaministeriums werden die beiden

**Die Journalistenausbildung soll
der »Partei den Rücken stärken« und letztlich
»das Volk zufriedenstellen«.**

Ministerien etwa 140 Lehrbücher erstellen, darunter fünf über Journalismus. Das Propagandaministerium ist für die »Einführung in den Journalismus« zuständig, das Bildungsministerium für die Entwürfe zum Kommentarschreiben, zum Nachrichtenjournalismus, zur Geschichte der Medien und für das Buch über »Kritik und Analyse« des westlichen Journalismus. Die Texte sind Pflichtlektüre an allen Universitäten.

ANGST VOR GEGENÖFFENTLICHKEIT

Digitale Medien haben das Potenzial, die Medienstruktur in all jenen Ländern zu verändern, in denen Nachrichten stark zensiert werden. Selbst in China, wo Nachrichtenmedien und Journalisten unter dem strengen Regiment der Partei stehen, blüht der investigative Journalismus in Zeiten des Internets auf. In der Studie »Mapping Digital Media: China« von 2012 schrieben die Autoren der Open Society Foundation: »Soziale Medien haben sich zu einem Vorreiter entwickelt, wenn es darum geht, die Zensur zu durchbrechen. Sie geben traditionellen Medien den Raum, über Dinge zu berichten, die sie vor Jahren noch nicht veröffentlichen konnten. Wichtiger noch: Sie transformieren Investigativjournalismus von einem Produkt zu einem Prozess. Blogs und Mikroblogging-Dienste erlauben Reportern, nicht nur zu veröffentlichen, was sie recherchiert haben, sondern die Recherche in eine öffentliche Debatte umzuformen und auch um Hinweise zu bitten.«

Das widerspenstige Internet in China zu zähmen, war deshalb eines der ersten Ziele von Präsident Xi Jinping nach seiner Machtübernahme. Im August 2013 sprach er vor seinen Propagandachefs in Peking und lancierte eine Kampagne

gegen freie Meinungsäußerung im Internet. »Wir müssen die öffentliche Meinung im Internet zur höchsten Priorität unserer Propagandaarbeit machen«, sagte er laut Auszügen aus seiner Rede, die auf offiziellen Websites veröffentlicht wurden.

Das war eine Art Generalmobilmachung. Die Propagandamaschine der KP solle »eine starke Armee« aufbauen und »das Gebiet der neuen Medien erobern«, führte Xi aus. Einen Monat später veröffentlichte die *Zeitung des Volkes* einen Leitartikel, in dem die Funktionäre dazu aufgerufen wurden, in entscheidenden Momenten »ihre Schwerter zu zeigen«.

Im Februar 2014 übernahm Xi Jinping persönlich die Leitung dieses Feldzugs. Die Gruppe, der er seither vorsteht, ist unter dem Namen »Zentrale Gruppe für Internetsicherheit und Informationsführerschaft« bekannt. Xi hatte sie als höchstes Parteigremium gegründet. »Die Lenkung der öffentlichen Meinung ist eine Langzeitmission«, wurde Xi im Staatssender China Central Television (CCTV) zitiert. Es bedürfe »innovativer Internet-Propaganda und einer gewissen Disziplin bei der Verbreitung von Online-Inhalten«. Unter den Vizechefs der Gruppe ist auch der zweite Mann der Partei, Premierminister Li Keqiang.

Laut offiziellen Angaben befasst sich die Gruppe mit der wachsenden Zahl von Cyberattacken und anderen Sicherheitsproblemen, denen sich China ausgesetzt sieht. Ziel sei es, aus dem Land eine »Internet-Weltmacht« zu machen und so sozialistische Werte zu verbreiten. Laut der *Zeitung Beijing News* arbeiten mehr als zwei Millionen Menschen daran, das Internet im Auftrag der Regierung zu überwachen.

Wie diese Überwachung funktioniert, zeigt das Beispiel des Internet-Portals Weibo. Im August 2009 wurde der twitterähnliche Mikroblogging-Dienst gegründet. Vier Jahre später griffen Funktionäre die sogenannten »Großen Vs« an. Damit werden Blogger bezeichnet, deren Accounts mit einem großes V – für verifiziert – gekennzeichnet sind und die oft Millionen Follower haben. Einer von ihnen, der in China geborene, amerikanische Unternehmer Charles Xue, wurde von der Pekinger Polizei verhaftet. Man warf ihm vor, Prostituierte angeworben zu haben.

Die Verhaftung Xues war der erste in einer ganzen Reihe von Schritten gegen einflussreiche Online-Kommentatoren. Die Kampagne wurde später auf das ganze Land ausgeweitet, Tausende wurden verhaftet. Allein in Anhui, einer von 33 chinesischen Provinzen, wurden zwischen Juni und September vergangenen Jahres 427 Menschen festgenommen.

Zur gleichen Zeit forderten der Oberste Volksgerichtshof und der Generalstaatsanwalt drei Jahre Haft für Beiträge auf Internetseiten, die als diffamierend angesehen werden. Wenn ein solcher Post von mehr als 5.000 Menschen gelesen wird oder mehr als 500 Mal geteilt wird, soll eine Gefängnisstrafe die Folge sein.

Wegen tausend solcher kleinen Stiche vonseiten der Regierung hat Weibo mittlerweile viel von seiner Resonanz verloren. Im Frühjahr 2014 wurde bekannt, dass 28 Millionen Nutzer von Weibo abgewandert sind: nicht nur wegen der strengen Zensur, sondern auch an den Mitbewerber WeChat. Mittlerweile nutzen mehr als 400 Millionen Menschen diese App.

Während sich Weibo mit einem Lautsprecher vergleichen lässt, über den Informationen auf einem öffentlichen Platz verkündet werden, ähnelt WeChat eher einem Verkaufsstand in einer Luxus-Einkaufsmeile. Teilnehmer einer semi-privaten Unterhaltung können andere in diese Unterhaltung einladen. WeChat hat zwar nicht die große Reichweite von Weibo. Doch Nachrichten können kontrollierter verbreitet werden. So nutzen zum Beispiel auch Aktivisten WeChat, um Informationen zu teilen und Aktionen zu organisieren.

WeChat ermöglicht es, öffentliche Accounts anzulegen, denen andere Nutzer folgen können. Alle großen Medien haben einen solchen hauseigenen Account erstellt. Die Zensoren haben WeChat aber rasch eingefangen und alles gelöscht, was ihnen unangemessen erschien. Von privaten Accounts bei WeChat oder anderen Kurznachrichten-Apps dürfen seit August 2014 ohne Erlaubnis der Behörden keine politischen Nachrichten mehr verbreitet werden. Öffentliche Accounts dürfen Nachrichten zwar teilen, aber nicht selbst veröffentlichen.

EIN DESASTER FÜR INVESTIGATIVE

In China wurden in den letzten Jahren viele Zeitungen von Werkzeugen der Parteipropaganda in semi-autonome, marktorientierte Medien umgewandelt. Während dieses Wandels wurde der Partei-Einfluss immer geringer, während gleichzeitig der Einfluss des Marktes stieg. Staatstragende Berichterstattung ging zurück, während sich der Anteil an Human-Interest-Stories und Boulevardjournalismus abrupt erhöhte. Diese Veränderungen haben wiederum die mediale Nachfrage des Publikums, das Angebot der Medien und die Rolle von Journalisten tiefgreifend verändert. Doch unterdessen griff Xis Regierung hart gegen ausländische Medien durch, auch zum Leidwesen von chinesischen Journalisten. Unter seinem Vorgänger waren während der Olympischen Spiele 2008 einige Seiten entsperrt worden, darunter die Websites von BBC und Wikipedia – wenn auch nur für wenige Monate. Social-Media-Seiten wie Twitter, Facebook und LinkedIn sind schon seit Langem gesperrt. Viele Nachrichtenseiten aus dem Ausland wurden in den letzten Jahren blockiert, darunter die englischsprachige und die chinesische Ausgabe der *New York Times*. Die chinesischen Behörden hatten die Seite unzugänglich gemacht, nachdem die Zeitung einen detaillierten Bericht über den Reichtum des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und seiner Groß-

familie veröffentlicht hatte. Laut *New York Times* beträgt das Vermögen rund 2,7 Milliarden US-Dollar.

Zum Jahresende 2013 hatte der Foreign Correspondents' Club of China in einem Statement moniert, »dass die chinesischen Behörden immer stärker die Visumsverweigerung oder -verzögerung nutzen, offenbar um Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Keiner der Korrespondenten der *New York Times* und von *Bloomberg* hat bisher seine jährliche Aufenthaltsgenehmigung verlängern können. In diesem Jahr gibt es bei beiden eine ungewöhnliche und ungeklärte Verzögerung.«

Chinesische Journalisten können diese Lücke kaum schließen: Im Juli 2014 wurde eine Vorschrift erlassen, die einheimischen Journalisten verbietet, für ausländische Medien zu schreiben. Kritische Berichterstattung ohne die Genehmigung des Vorgesetzten ist ebenfalls verboten.

Einige Fälle der jüngsten Vergangenheit zeigen, welche Konsequenzen drohen, wenn sich Reporter nicht daran halten. Im Dezember 2012 bezichtigte ein Redakteur der Zeitschrift *Caijing* den hohen Beamten Liu Tienan in einem Artikel des Fehlverhaltens und der Korruption. Liu wurde im August 2013 verhaftet. Der Redakteur bekam keine Gefängnisstrafe, wurde aber ein knappes Jahr später in eine nichtjournalistische Abteilung versetzt. Mitte 2013 warf dann der Journalist Liu Hu dem Funktionär Ma Zhengqi vor, korrupt zu sein. Auch er nannte ihn beim Namen. Einige Tage später wurde Liu in Peking wegen des Vorwurfs übler Nachrede verhaftet. Die Journalistin Gao Yu schließlich kam ins Gefängnis, weil sie Geheimnisse an ausländische Medien verraten haben soll.

Im Juni 2014 erließ die Regierung dann eine Reihe von Regelungen, die Reportern verbieten, »jenseits ihres Wirtschaftszweiges und außerhalb ihrer Region« zu berichten. Journalisten dürfen also keine Artikel über Themen schreiben, die nicht zu ihrem Berichtsgebiet gehören. Die neuen Gesetze untersagen es Reportern ebenso, eine eigene Website einzurichten. Medien und einzelnen Journalisten, die gegen diese Regeln verstoßen, droht der Entzug der Presselizenz.

Durch diese Regeln ist der investigative Journalismus de facto dem Tode geweiht. Die Eingriffe der Regierung haben kaum etwas von ihm übriggelassen. ■

Übersetzung: Jan Ludwig



Ying Chan ist Professorin am Zentrum für Journalismus und Medienforschung der Universität Hongkong. Sie verfasste sechs Bücher über Medien in China und arbeitete 23 Jahre lang als Reporterin in New York.

🐦 @yingworld

DIE NEUE ÖFFENTLICHKEIT

von Li Peng

In China rücken Massenmedien peu à peu in die Agenda-Setter-Rolle. Insbesondere Wirtschaftsmedien gewinnen an Einfluss. Für Journalisten gilt es, gewonnene Aktionsräume zu nutzen. Ein Essay aus Shanghai.

Seit ich mich in der Journalistenschule der Fudan-Universität einschrieb, folge ich meinem Traum: Ich möchte eine vernünftige, professionelle Journalistin sein, nicht nur ein grimmiger Muckraker oder gar ein unbedeutender Boulevardjournalist. Die meisten Journalisten in China sind noch jung, und ein professioneller Journalist kann lange durchhalten: Der US-amerikanische Talkshow-Moderator Larry King hat bis weit in seine Siebziger noch gearbeitet. Ich wäre gerne so wie er.

Das Jahr 2014 ist das vierzehnte Jahr meiner journalistischen Karriere. Als Redakteurin des *21st Century Business Herald* in Shanghai decke ich vor allem das Jangtse-Delta ab, also Shanghai sowie die Provinzen Jiangsu und Zhejiang. Ge-

legentlich reise ich auch in andere Teile Chinas, um über ein Ereignis oder ein Business-Meeting zu berichten. Der *21st Century Business Herald* ist eine landesweit erscheinende Wirtschaftszeitung und rangiert mit seiner täglichen Auflage (762.000

Exemplare) unter den ersten drei in China. Warum ich trotz all der bekannten Schwierigkeiten und Anstrengungen bei meinem Beruf als Journalistin bleibe? Ich habe dafür zwei Gründe: Erstens will ich mich selbst weiterentwickeln – und zweitens China.

Leider liegen die Dinge nicht immer so einfach. Wann immer man auf die Situation der Medien in China zu sprechen kommt, denken vor allem unsere internationalen Kollegen daran, wie die Pressefreiheit beschnitten wird. Das ist verständlich. Natürlich laufen die Propagandabestimmungen einer freien Presse zuwider. Aber ich möchte dennoch darauf hinweisen, dass jede Regierung der Presse- und Meinungsfrei-

heit Grenzen setzt. Deshalb sollten Medien diese Beschränkungen bekämpfen und so viel von der Wahrheit aufdecken wie irgend möglich.

Ich möchte das an einem Beispiel aufzeigen. In China wurde vor Kurzem die Arzneimittelverbreitung reformiert. Lange Zeit hieß es, Anfang 2013 würde ein Gesetz erlassen, welches das Pharma-System regelt. Ende 2012 fragten dann alle Journalisten, die sich auf Gesundheitsthemen spezialisiert haben, nach den Änderungen, die die Reform mit sich bringen würde. Zu diesem Zeitpunkt kursierten viele verschiedene Versionen des Gesetzestextes. Aber wir konnten nicht herausfinden, welche die richtige war. Die Verantwortlichen in der Regierung schwiegen.

Natürlich haben wir auch in China Gesetze und Regeln, die der Öffentlichkeit das Recht geben, Dinge zu erfahren. Immer mehr Journalisten in China stützen sich auf diese Paragraphen, um die Regierung dazu zu zwingen, Informationen freizugeben. Aber bis eine Antwort kommt, vergeht üblicherweise viel Zeit. Als Nachrichtenmedium können wir uns das nicht leisten.

DIE ZUKUNFT: »NEWS WITHOUT PAPER«

Eine gute Alternative sind Informanten. Erfahrenere Journalisten haben normalerweise ihre eigenen Quellen, mit denen sie über einen langen Zeitraum zusammenarbeiten und denen sie trauen. So bekommen sie Informationen ziemlich schnell, manchmal sogar exklusiv. Für Journalisten, die wie ich mit innenpolitischen Themen zu tun haben, ist der ideale Informant ein Experte aus einem Think-Tank, denn die haben Zugang zu Entscheidungsträgern in der Regierung, kennen aber auch die öffentliche Meinung.

So war es auch in diesem Fall. Einige von uns bekamen einen Hinweis von einem Think-Tank-Experten, der am letzten Entwurf des Gesetzes mitgearbeitet hatte. Einige Medien, darunter meine Zeitung, veröffentlichten daraufhin Berichte, die zu hitzigen Diskussionen und großem Streit



Li Peng ist Korrespondentin der Wirtschaftszeitung *21st Century Business Herald* in Shanghai. 2014 war sie Stipendiatin der Robert Bosch Stiftung.
Übersetzung: Jan Ludwig

zwischen verschiedenen Interessengruppen führten. Die von uns angestoßene Debatte führte schließlich dazu, dass die ursprünglich geplante Reform zugunsten einer neuen, besseren Lösung fallengelassen wurde.

Aber über die kleinen, alltäglichen Veränderungen zu berichten ist meiner Meinung nach mindestens genauso wichtig wie sogenannte big news exklusiv zu haben oder Skandale aufzudecken. Dafür brauchen wir mehr als nur Ausdauer – und die entsprechende Technik. In diesem Sommer stellten meine Kollegen beim *21st Century Business Herald* die tägliche Berichterstattung um: weg von der papierbasierten Nachrichtenbeschaffung und -verarbeitung, hin zu einer App-basierten.

Immer mehr Leute bekennen ja, dass sie nie – oder nicht mehr – in eine gedruckte Zeitung schauen. Um in diesem zeitunglosen Zeitalter (»news without paper«) überleben zu können, haben viele chinesische Zeitungen – meine Redaktion eingeschlossen – schon vor Jahren begonnen, Apps zu entwickeln. Redakteure wurden dazu aufgefordert, nicht nur die normalen Berichte für die Zeitungsseiten, sondern auch sogenannte App-News zu schreiben, um die neuesten Informationen schneller zu verbreiten. Wenn man die Idee der Apps mit News kombiniert, ändert es die Art, wie Menschen Informationen aufnehmen, radikal.

In diesem Sommer wollten meine Kollegen die Reform so weit vorantreiben, dass App-News nicht länger als Ergänzung der Zeitungsberichte gesehen werden. Im Gegenteil: Die Zeitungsartikel sollten aus den zahlreichen App-News ausgewählt werden. Meinen Kollegen wurde klar, dass sie damit noch mehr Arbeit zu leisten hatten, denn ein App-Artikel hat keine Deadline. Er wird den ganzen Tag über auf den neuesten Stand gebracht.

WIRTSCHAFTSMEDIEN BOOMEN

Trotz dieser Entwicklungen bleibt auch wahr, dass die traditionellen Medien insgesamt in den letzten zehn Jahren erfolgreich waren. Die Presselandschaft in China ist vielgestaltig, und die Medienhäuser prosperieren. Durch den Boom einiger Wirtschaftsmedien-Gruppen (China Business Network, Caixin Media Company, SEEC Media Group) wurden die Journalisten – und damit auch ihre Artikel – professioneller und überzeugender. Das trieb wiederum die Entwicklung der Marktwirtschaft stark voran. Neben den Wirtschaftszeitungen gibt es noch die sogenannten Metropolenzeitungen, die Lokalnachrichten und Human-Interest-Geschichten liefern, aber auch recht viele Spar-



Seit der Gründung im Jahr 2001 arbeiten die Redakteure des *21st Century Business Herald* in diesem Gebäude in der Millionenstadt Guangzhou.

tenmedien für Sport, Unterhaltung, Gesundheit und anderes. Ich gehe zudem davon aus, dass der chinesische Medienmarkt geöffnet wird. Der Wettbewerb mit internationalen Medien wird dann zum Nutzen aller sein. All diese Entwicklungen zusammengenommen helfen uns Journalisten.

In den letzten Jahren erkämpften sich die Medien auch ihre Funktion als Agenda-Setter. Als ich 2006 als Redakteurin beim *21st Century Business Herald* anfang, waren die Wohn-, Bildungs- und Gesundheitskosten in China außerordentlich hoch. Viele Menschen beschwerten sich darüber, dass die Staats- und Parteireform von 1978 ihr Leben letztlich nicht einfacher oder gar glücklicher gemacht habe. Die Regierung entschloss sich deshalb, diese Probleme mit einer weiteren Reform zu lösen. Im Herbst 2006 erarbeitete man eine Reform des Gesundheitswesens, zwei Jahre später wurde die Bildung reformiert. Die Etappen der Reformen wurden während der Beschlussfassung öffentlich zur Debatte gestellt. Zu schreiben gab es also genug. Berichterstattung über öffentliche Debatten wurde seitdem zu einem bedeutenden Teil fast aller Wirtschaftsmedien.

Als Journalistin, die dieses Gebiet abdeckt, werde ich also durchaus Zeugin von Veränderungen. Es macht in der Tat viel Freude, in einer Zeit wirtschaftlicher Umwälzungen in China als Journalistin zu arbeiten. An aufregenden Geschichten mangelt es jedenfalls nicht. Auch wenn man die Wirkung eines einzelnen Journalisten auf den Lauf der Welt nicht überschätzen sollte, lässt sich der steigende Einfluss der Massenmedien kaum bestreiten. Es ist diese Art von Belohnung, die uns Journalisten antreibt. ■

EINE ANGENEHME DIKTATUR

von Ariane Reimers

Technologisch ist China ein offenes Land, journalistisch ganz und gar nicht. Ausländische Korrespondenten kämpfen gegen Misstrauen, Einschüchterung, Zensur und – im schlimmsten Fall – die Ausweisung. Bericht einer deutschen TV-Korrespondentin.

Warum ist es so schwierig, ein paar Kraniche zu filmen, auch wenn die Region international damit wirbt und täglich Hunderte Touristen mit Bussen dorthin gebracht werden? Warum dürfen wir (wenn überhaupt) nur nach einem längeren Genehmigungsprozess auf dem Tiananmenplatz drehen, dem Zentrum Pekings, das jeden Tag von Zehntausenden besucht und unzählbar oft fotografiert wird? Warum versuchen uns Offizielle daran zu hindern, dass wir pittoreske alte Häuser aufnehmen? Ganz zu schweigen von dem Aufwand, den Polizei und Staatssicherheit manchmal betreiben, um ausländische Journalisten daran zu hindern, sich sensibleren Themen zu widmen.

Gleichzeitig sind Dinge möglich, die auf dem Papier unglaublich kompliziert erscheinen: der Dreh in Moscheen, Kirchen, Tempeln »einfach so«, der Besuch einer Abtreibungsklinik; selbst in einer Mine für seltene Erden haben wir schon gefilmt.

Warum bestimmte Dinge tabu sind, andere nicht – auf die meisten solcher Fragen gibt es keine befriedigende Antwort. Das Wichtigste ist die Erkenntnis, dass vieles möglich ist, vieles aber auch nicht. Und dass es manchmal besser ist, wenn man nicht fragt. Denn jede Antwort zwingt jemanden auf chinesischer Seite dazu, Verantwortung zu übernehmen. Andererseits kann das Nicht-Fragen auch einen Dreh scheitern lassen, etwa, wenn man vor Ort erfährt, dass man eine Genehmigungskette hätte einhalten müssen, von der man aber nichts wusste, denn Regeln werden jedes Mal neu und anders ausgelegt.

Zwar dürfen ausländische Journalisten seit 2007 ohne Genehmigung die meisten Provinzen außer Tibet bereisen, um zu berichten. In der Praxis sind aber die Regionen, in denen gerade als sensibel geltende Dinge passieren, häufig tabu oder aber nur sehr eingeschränkt zu bereisen. Unter fadenscheinigen Vorwänden (»Es geht um Ihre Sicherheit«), mit mehr oder weniger deutlichen Drohungen oder schlicht an Checkpoints scheitern dann Reise und Recherche.

Die Kollegen der Printmedien haben es erst mal leichter, da sie nicht so auffällig mit Kamera und Equipment durch die Gegend reisen. Zwar hat die Entwicklung der Technik dazu geführt, dass auch wir TV-Journalisten mit Fotoapparaten und zur Not sogar Smartphones ganz passable Bilder herstellen können. Für ein Nachrichtenstück mag die Ästhetik ja sogar gewünscht sein, aber für eine HD-Dokumentation sind ruhig gedrehte Bilder mit Stativ und einem liebevoll aufgenommenen Atmosphären Ton nach wie vor das Maß der Dinge. Spätestens beim Einchecken im Hotel sind aber alle akkreditierten Journalisten gleich – beim Anblick eines J-Visums für Journalisten ist die Rezeption angehalten, früher oder später die Sicherheitsbehörden zu informieren. Unerkannnt bleibt man in China nie. Und wenn die Geschichte zu sensibel ist, dann werden Journalisten von Sicherheitskräften oder düster dreinschauenden Schlägertypen auch durchaus schon mal eingeschüchert. Für uns ausländische Journalisten droht als schlimmste offizielle Sanktion am Ende »nur« eine Ausweisung oder Nicht-Verlängerung des Visums, für unsere chinesischen Mitarbeiter steht im Zweifel mehr auf dem Spiel. Deswegen müssen wir bei jeder schwierigen Recherche abwägen, ob wir damit nicht andere gefährden.

VORFORMULIERTE FRAGEN

Bei sensibleren Themen werden schließlich auch Interviewpartner unter Druck gesetzt und gewarnt, manchmal sogar unter Hausarrest gestellt, damit Gespräche mit ausländischen Medien nicht stattfinden können. In Extremfällen verlangen Sicherheitskräfte die Herausgabe des Materials, der Smartphones, Festplatten oder Speicherchips, um etwaige Videos oder Fotos zu löschen.



Foto: NDR



Wenn der Nationale Volkskongress in Peking zusammenkommt, kontrolliert ein Großaufgebot von Polizisten den Zugang zur »Großen Halle des Volkes« auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Die Partei selbst ist für journalistische Recherchen von ausländischen Korrespondenten unzugänglich. Eine regelmäßige Pressekonferenz veranstaltet nur das Außenministerium, unregelmäßiger auch der Staatsrat oder die lokalen Regierungen. Zu den meisten anderen Presseveranstaltungen, etwa der Ministerien, sind Ausländer aber weder eingeladen noch zugelassen. Eine Reportage über einen Kurs an der Parteihochschule oder das Porträt eines Nachwuchskaders sind undenkbar. Die Kommunistische Partei ist eine geschlossene Gruppe, die Führung des Landes schottet sich ohnehin ab. Berichte über Innenpolitik im chinesischen Fernsehen erschöpfen sich in der Beschreibung des Tagesablaufs von Parteichef Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang und dem Verlesen von Berichten und Entscheidungen. Angereichert wird das durch aktuelle Reportagen über ausgewählte Themen, die häufig die Leistung der Partei herausstreichen. Über Probleme wird dann berichtet, wenn die Lösung bevorsteht.

Die wenigen Pressekonferenzen im Jahr, zu denen auch Ausländer zugelassen sind (außer der täglichen im Außenministerium), bestehen in der Regel im Verlesen von Statements. Wenn Fragen zugelassen sind, dann sind sie vorher abgesprochen und die Antworten bereits verfasst. Ausgewählte Journalisten werden aufgerufen und dürfen dann vor laufender Kamera eine vorformulierte Frage stellen, um der Veranstaltung einen pluralistischen Anstrich zu geben. Auf chinesischen Druck hin verzichten mittlerweile auch einige westliche Staatschefs bei ihren Besuchen auf eine Pressekonferenz und beschränken sich auf das Vortragen einer Stellungnahme. Unter diesen Bedingungen ist eine politische Berichterstattung im engeren Sinne nur schwer zu leisten.

Darüber hinaus unterliegt die Zahl der ausländischen Journalisten im Land einer strengen Kontrolle. Vollständig neue J-1-Visa (mehr als sechs Monate im Land) werden nur selten erteilt, die Neubesetzung eines Postens oft über Monate verzögert oder gar nicht genehmigt, ein J-2-Visum (kurz-

fristiger Aufenthalt) wird nur auf Einladung einer staatlichen Organisation gegeben (oder als Urlaubsvertretung), meist ein unüberwindbares Hindernis. Zudem nutzt der Staat die einmal jährlich im November oder Dezember anstehende Visumsvergabe als Druckmittel gegen missliebige Medien und Journalisten. Im vergangenen Dezember etwa mussten die Kollegen von *Bloomberg* und der *New York Times* bis zum letzten Tag ihrer Visumsgültigkeit zittern, bevor schließlich doch die Visa erneuert wurden.

Auch die Webpräsenz von Medien zu blockieren, ist ein beliebtes Druckmittel. Die Seiten von *Bloomberg* und der *New York Times* sind seit den Recherchen zum Vermögensgeflecht von Ex-Ministerpräsident Wen Jiabao und Staats- und Parteichef Xi Jinping gesperrt, die Seite des NDR seit den Enthüllungen zu den Offshore-Leaks, die der Deutschen Welle seit Jahren. Auf der anderen Seite ist der *Weltspiegel extra* über »25 Jahre Tiananmen-Massaker« in der ARD-Mediathek problemlos abrufbar. Da mag es hilfreich sein, dass deutschsprachige Websites weniger im Fokus stehen als englisch- oder chinesischsprachige Dienste.

DER ZENSUR UNTERWORFEN

Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und Youtube sind bereits seit einigen Jahren geblockt, Google seit dem 4. Juni dieses Jahres. Websites und Blogs, die sich dezidiert mit Menschenrechten in China beschäftigen, sind ohnehin gesperrt. Andere wie LinkedIn haben sich der chinesischen Zensur offenbar unterworfen.

VPN-Tunnel sind eine technische Möglichkeit, die blockierten Seiten mit Hilfe ausländischer IP-Adressen trotzdem aufzurufen und zu nutzen – für die große Mehrheit der chinesischen Nutzer sind die westlichen Angebote aber uninteressant: Mit der Suchmaschine Baidu, der Instant-Messaging-App WeChat, dem twitter-ähnlichen Weibo und dem Videoportal Youku haben sie Portale, die auf den chinesischen Markt viel besser abgestimmt sind.

In dieser Umgebung ist das journalistische Arbeiten eine große Herausforderung. Abgesehen von den Behinderungen und Einschränkungen ist es das Land selbst, das schwierig zu begreifen ist. China ist riesig, nur wenig kleiner als ganz Europa bis zum Ural, mehrstündige Flugreisen gehören zum Korrespondentenalltag. Aber es sind nicht nur die großen Distanzen, sondern auch die Unterschiedlichkeit, die China auszeichnen. Neben Han-Chinesen, die allein mehrere chinesische Dialekte und Sprachen sprechen, sind 55 sogenannte ethnische Minderheiten in China beheimatet, mit ganz eigenen Traditionen, eigenen Sprachen und einer ganz eigenen Geschichte; Tibeter und Uiguren sind vielleicht deren prominenteste Vertreter. Bei diesen Ausmaßen ist es sehr schwierig, sich ein Gesamtbild zu machen, das es ja möglicherweise auch gar nicht gibt.

Aus westeuropäischer Perspektive ist China sehr kulturfremd – das fängt an bei so einfachen Dingen wie dem Spracherwerb. Chinesisch in Wort und Schrift lässt sich eben nicht so schnell und gut lernen wie eine der indoeuropäischen Sprachen. Verhandlungssicheres Chinesisch sprechen deswegen nur wenige Korrespondenten.

Aber nicht nur die Sprache ist fremd, auch die Kommunikationsstrukturen sind anders, Gespräche und Verhandlungen folgen einem anderen Muster, weswegen Missverständnisse, Fehlübersetzungen, Falschinterpretationen häufig vorkommen. So manches Mal trüben sie die Stimmung und bedürfen später umfangreicher Erklärungen und Korrekturen. Während unsere frontale Herangehensweise für viele chinesische Gesprächspartner nicht ohne Weiteres nachzuvollziehen ist, bereitet die oftmals sehr indirekte Kommunikation chinesischer Partner wiederum uns Probleme; etwa zu erkennen, ob das jetzt ein »Ja« oder ein »Nein« bedeutet.

◀◀ Kongress der Superlative: Fast 3.000 Delegierte kamen in der »Großen Halle des Volkes« zusammen.



Wir arbeiten in einer Diktatur, deren Alltag sich angenehm gibt. Die Unterdrückung ist auf der Straße nicht zu sehen, bewaffnete Polizisten in größerer Zahl gibt es erst seit den jüngsten Anschlägen in Kunming und Peking, Geschäfte und Kaufhäuser bieten das gesamte Sortiment internationaler Top-Marken, am Flughafen reisen täglich Tausende Chinesen ins Ausland, es gibt gut gefüllte Zeitungskioske, und erst wenn man sich mit seinem Smartphone in Facebook oder Twitter einwählen oder eben seit Kurzem die Google-Suchfunktion nutzen möchte, spürt man die Zensur tatsächlich selbst.

INSZENIERUNG WIRD GEWÜNSCHT

Viele Chinesen haben sich damit arrangiert, dass sie keine politischen Freiheiten genießen (die sie historisch noch nie hatten), sie kämpfen um ihren persönlichen, privaten Aufstieg und den ihrer Familie, in den sich die Partei – im Unterschied zur Zeit der Kulturrevolution – auch nicht mehr einmischt. Das Hauptproblem der meisten ist (noch) nicht das Fehlen einer Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, sondern es sind wirtschaftliche Sorgen, die Ausbildung der Kinder, Kranken- und Rentenversicherung. Die Vergangenheit, die Verbrechen der Partei werden vergessen und verdrängt, weil sie so schmerzhaft sind und es nicht opportun ist, darüber zu sprechen.

Die Defizite, die die Chinesen an ihrem eigenen System sehen, die Fehler und Probleme artikulieren viele ungern gegenüber Ausländern, schon gar nicht vor der Kamera – man schwärzt das eigene Land eben nicht im Ausland an. Die Erziehung und die Propaganda tun ein Übriges. Umso schwieriger ist für uns vor Ort zu entscheiden, ob wir nicht gerade Potemkinsche Dörfer abbilden, denn viele Chinesen, gerade solche, die als Offizielle arbeiten, sind es gewöhnt, dass sie Besuchern (Journalisten, Offiziellen aus der Hauptstadt, Touristen) eine Wirklichkeit vorspielen, die es gar nicht gibt. Sie sind daran gewöhnt zu inszenieren, weil die Inszenierung gewünscht wird. Die Frage »Wie sieht es hier normalerweise aus, wie gestaltet sich euer Alltag, wenn wir nicht hier sind?« gehört also zu unserem Standardrepertoire. Das Misstrauen, dass wir nur Propaganda vorgesetzt bekommen, reist immer mit – aber auch das Verantwortungsgefühl. Schließlich prägen die Berichte von einer Handvoll Korrespondenten das China-Bild in Deutschland nicht unmaßgeblich. Wie bei allen Berichten aus dem außereuropäischen Ausland haben die Zuschauer nur selten die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild zu machen. Und jedes Thema lässt sich aus sehr verschiedenen Perspektiven betrachten. Es gibt fürchterliche Exzesse bei der Umsiedlung und Enteignung von Bauern, die geradezu aus ihren Häusern geprügelt werden – und gelungene und geordnete Umsiedlungen von ganzen Dörfern, im Konsens vollzogen. Es gibt Tage mit extremer Luftverschmutzung, an

AUF GLEICHER WELLE?

Wenn ein deutscher Sender als »Chinas zuverlässigste Plattform in Übersee« bezeichnet wird, liegt etwas im Argen. Die Kritik an der China-Redaktion der Deutschen Welle (DW), dem Auslandsender der Bundesrepublik, schwelt seit Jahren. Der chinesischen Regierung passt offenbar das im Programm transportierte demokratische Verständnis von Meinungsfreiheit nicht. Deshalb sperrte sie die DW-Webpräsenz. Die andere Seite – vor allem chinesische Dissidenten, von denen die eingangs zitierte Kritik stammt, aber auch internationale Intellektuelle – wirft dem Sender vor, einen Kuschelkurs gegenüber Peking zu fahren. Neue Nahrung erhielt die Kritik, als im September bekannt wurde, dass die DW eine Kooperation mit dem chinesischen Staatssender CCTV eingegangen ist. Der Deutsche Journalistenverband warnte vor einer »weichgespülten« Berichterstattung. Dagegen sieht DW-Intendant Peter Limbourg die Zusammenarbeit mit CCTV als Brückenschlag zwischen den Kulturen. Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr soll er einen neuen China-Kurs ausgegeben haben. Kurz darauf wurde der Leiter der China-Redaktion, Matthias von Hein, nach internen Querelen von seinen Aufgaben entbunden. Außerdem wurde die Zusammenarbeit mit einer freien Mitarbeiterin nach deren Kritik am neuen DW-China-Korrespondenten beendet. Externe Gutachter halten die DW-Berichterstattung für ausgewogen. Das infolge einer anderen umstrittenen Personalie 2008 eingeführte Monitoring, welches das chinesischsprachige Programm für die deutschen Senderchefs übersetzt, wurde allerdings eingestellt. Eine Überprüfung wird so erschwert. (red)

denen man in Peking keine 100 Meter Sicht hat – aber es gibt auch klaren blauen Himmel und geringe Luftverschmutzung, wenn auch viel zu selten.

Es ist wichtig, über die vielen Missstände in China zu berichten: die Umweltzerstörung, die soziale Ungerechtigkeit, die Repression. Aber auch der Teil, auf den viele Chinesen stolz sind, gehört zur Berichterstattung dazu: der rasend schnelle Aufschwung, die modernen Metropolen, die Hochgeschwindigkeitszüge, das Telekommunikationsnetz, der wirtschaftliche Aufstieg vieler Unternehmen. Insofern sind Berichte aus China immer ein Spagat zwischen dem Entwicklungserfolg auf der einen Seite und der prekären politischen Situation auf der anderen. ■



Ariane Reimers ist seit 2010 ARD-Korrespondentin in Peking. Für ihre Auslandsreportagen gewann sie unter anderem den CNN Journalist Award, den Hanns-Joachim-Friedrichs-Förderpreis und den Axel-Springer-Preis.

🐦 @AriReimers



DER GEIST IST AUS DER FLASCHE

von Volker Lilienthal

Seit 1994 gibt es Digitalen Journalismus. In zwei Jahrzehnten hat er sowohl Tiefpunkte als auch Höchstleistungen hervorgebracht. Seine Existenz aber ist noch immer prekär. Und das Publikum wird zunehmend zu einem Problem.

Die Revolution begann vor zwanzig Jahren. In den USA ging Nando.net online, eine Nachrichtenseite der Lokalzeitung *The News & Observer* aus Raleigh, North Carolina. Im selben Jahr feierte der deutsche *Spiegel* eine Weltpremiere: *Spiegel Online* war die erste Magazin-Website im Netz, lange vor *Time*.
Seither ist online viel passiert: Der Journalismus hat sich multimedial weiterentwickelt, er nutzt neuartige Recherche-techniken und leistet sich Quellentransparenz. Aber die

wirtschaftliche Basis bleibt prekär. Revolutionär haben sich die Beziehungen zum Publikum umgestaltet. In einer medienhistorisch nie dagewesenen Weise können Leserinnen und Leser auf journalistische Inhalte Einfluss nehmen. Die »gläserne Redaktion« ist keine Utopie mehr, sondern ein Ort, auf den von außen manchmal mit Steinen geworfen wird.
Alle Journalisten und Redaktionen, die etwas auf sich halten, bekennen sich zum Dialog mit dem Publikum. Der »missachtete Leser« gehört der Vergangenheit an – eher geht

◀◀ Der Journalismus hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten multimedial weiterentwickelt. Zweiter dominanter Faktor: der intensivierte Austausch mit dem Publikum.

es heute um den übermäßig beachteten Leser. Die *Huffington Post* etwa versucht noch, mit »User Generated Content« ihre inhaltsleeren Seiten zu füllen, die meisten Profis sind inzwischen aber skeptisch bei »UGC«. Was jedoch stimmt: Die Alltagserfahrung und das Weltwissen von Rezipienten können Journalismus besser machen. Sie sind es, die Recherchetipps geben, Themenhinweise, auf die Journalisten noch nicht gekommen sind. Argumentetransfer – dieser Begriff bezeichnet die Schnittstelle, an der die Klugheit von Nutzern in journalistische Produktion übergeht und die publizierten Inhalte besser macht.

TROLLE VERGRAULEN NUTZER

Für diese Art von »Userbeiträgen« sind die Redaktionen dankbar. Es gibt sie, aber sie sind nicht unbedingt die Regel. Abseits der Idealvorstellung eines zivilisierten Informationsaustauschs zwischen Publikum und Redaktion stören Trolle und Spammer, verderben die Stimmung, vergraulen und vertreiben Nutzer, die sich in einem solchen Umfeld nicht mehr wohlfühlen. Für seriöse Medien ist das ein Übel: Sie haben ein fundamentales Interesse daran, Stammkunden zu halten – nicht zuletzt, um sie irgendwann zu zahlenden Abnehmern von jetzt noch frei verfügbaren Webinhalten zu machen.

Im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) haben wir, ein Team der Universität Hamburg, der Macromedia Hochschule Hamburg (Stephan Weichert) und der Technischen Universität Dortmund (Annika Sehl), den neuen Journalismus »unter digitalen Vorzeichen« untersucht und hierbei insbesondere die Partizipation des Publikums fokussiert. Es kam ein Mehrmethodenansatz zur Anwendung: quantitative und qualitative Inhaltsanalyse (eigenständig durch Annika Sehl), Expertenbefragung, Redaktionsbeobachtung, Vignetten- und Netzwerkanalyse (vgl. auch den Beitrag von Dennis Reineck s. Seite 26). Einige Ergebnisse aus dieser Studie:

Personen, die medienöffentlich den dissozialen Diskurs bedienen, sind eine Minderheit, aber eine hinreichend große Gruppe, um den Redaktionen Aufwand und fallweise auch Stress zu bescheren.

Der Aufwand ergibt sich aus der Notwendigkeit, Rechtsverstöße wie Rassenhass, Pornografie, Beleidigungen in den Äußerungen zu erkennen und durch Löschung zu unterbinden – eine personelle Herausforderung. Stress bedeutet,

»Holladiewaldschwuchtel ihr linksversifftes Geschwätz können Sie sich rektal einführen.«

User-Kommentar auf *fr-online.de*

dass Autoren und Redakteure häufig beschimpft werden – nicht selten eine menschliche Zumutung, wenn man Postings wie diese bekommt: »Holladiewaldschwuchtel ihr linksversifftes Geschwätz können Sie sich rektal einführen.« (<http://bit.ly/1qfNibD>)

KEHRTWENDE BEI KOMMENTAREN

Die Redaktionsleitungen haben dieses Problem inzwischen als Managementaufgabe erkannt – was nicht bedeutet, dass schon perfekte Lösungen gefunden wurden. Die Einführung einer Klarnamenpflicht ist eine Möglichkeit, die Sperrung von Störern eine andere. *Süddeutsche.de* hat inzwischen folgende Kanalisierung gewählt: Um die Diskussionen zu verbessern, können einzelne Artikel nicht mehr im direkten Umfeld der Website kommentiert werden, sondern nur ausgelagert auf sozialen Netzwerken. »Schleppscheiße« unter den Artikeln gibt es nicht mehr (<http://bit.ly/1uJOGWJ>).

Auf der *Süddeutsche.de*-Website selbst steuert die Redaktion die Userdebatten, indem sie tagesaktuell zwei bis drei

DIGITALER JOURNALISMUS

Digitaler Journalismus bedeutet einen Quantensprung in der Mediengeschichte. Doch die Entwicklung verläuft nicht reibungslos. Auch das Publikum muss seine neue Rolle erst noch finden.

- ▶ »Wechselseitige Erwartungen«: Über die sich wandelnde Beziehung zwischen Redakteuren und Rezipienten S. 24
- ▶ »Twitter vertrauen – aber wann?«: Wie bewerten Journalisten und Blogger den Inhalt eines Tweets? S. 26
- ▶ »Geschichten neu erzählen«: Friedrichs-Preisträger Stephan Lamby spricht im Interview über ein neues Genre S. 28
- ▶ »Italien geht online«: Die Zeitungskrise hält auch Italien in Atem, profitieren könnten die Onliner S. 32
- ▶ Und ergänzend im Podium: Alan Hall über neue radiojournalistische Formen im Web S. 69

Themen vorgibt. Unter dem Rubrum »Ihre SZ« wird beispielsweise durchaus alltagsnah und populär gefragt: »Was haben Sie schon im Bewerbungsverfahren erlebt?« Für die Beteiligung ist eine Anmeldung mit Login erforderlich, die Redaktion behält sich vor, nicht nur widerrechtliche, sondern auch wenig niveauvolle oder redundante Äußerungen zu löschen: »Wir wählen die besten Antworten aus«, heißt es in der SZ-Netiquette (<http://bit.ly/1tnDLmZ>).

Während die Forschung zum Digitalen Journalismus bislang noch die Inklusion des Publikums im Auge hatte (vgl. Seite 24-25), ist die Praxis also schon weiter und setzt eine

Online gilt die Devise: Bau erst deine Seite, aktualisiere sie – und wenn dann noch Zeit bleibt, sprich mit den Usern.

neue Exklusion ins Werk: den Ausschluss von Pöblern, von missliebigen Personen, die an einem vernünftigen Meinungsaustausch offenbar nicht interessiert sind. Das ist legitim und hat natürlich nichts mit »Zensur« zu tun, wie die Betroffenen reflexartig schimpfen (»Medienfaschismus«). Aber es ist eben auch ein Rollback, eine Ent-Täuschung hinsichtlich der Potenziale der normativ erwünschten Publikumspartizipation, eine Desillusionierung, nachdem offenbar wurde, dass auf der digital-medialen Agora nicht nur für Demokratie, Gewaltfreiheit und Menschenrechte plädiert wird, sondern ebenso für das krasse Gegenteil.

Das Problem des dissozialen Diskurses hat noch andere, inhaltliche Folgen. In unserer Befragung von 15 Redaktionsverantwortlichen führender Digitalmedien

wurde mehrfach die Erfahrung artikuliert, dass Artikel zu Israel-Themen, die man zwecks Traffic-Generierung auf Facebook postet, gerade dort von Neonazis gekapert werden. Konsequenz daraus: Die Platzierung solcher Themen auf dem meistgenutzten sozialen Netzwerk unterbleibt schlichtweg. Ob das Selbstzensur ist, ist eine sekundäre Frage. Interessanter ist die Folge: Nur noch ein selektiver, reduzierter Ausschnitt der Aktualität wird gerade dort geboten, wo jüngere Menschen, die sich eher politik- und journalismusabstinent verhalten, für schwierige Themen zu interessieren wären.

DEUTLICH AKTIVERES DIALOGVERHALTEN

Es gibt aber auch positive Publikumseffekte. Um die zu erzielen, müssen viele Journalisten noch zu einem deutlich aktiveren Dialogverhalten finden. Daniel Wüllner, »Redakteur für den Leserdialo« von *Süddeutsche.de*, kündigt an: »Wir werden uns engagierter als Stimme der Redaktion einbringen, statt wie bisher die Auseinandersetzung nur durch das Freischalten guter Beiträge zu verwalten, was oft zu Kritik geführt hat – von unzufriedenen Kommentarschreibern, aber auch von Lesern, die mit dem Niveau der Diskussion nicht zufrieden waren.«

»Engagierter einbringen« – diese Notwendigkeit wird nicht nur bei *Süddeutsche.de* gesehen. Auch in anderen Redaktionen, so unsere Befragung, sind Verantwortliche mit der dialogischen Aktivität ihrer Mitarbeiter eher unzufrieden. Kommentieren Leser einen Artikel, konfrontieren den Autor mit Kritik, stellen gar Fragen an ihn, dann muss er aus der Deckung heraus und sich auf das virtuelle Gespräch mit den Namen- und Gesichtslosen da draußen einlassen. Das kann anstrengend und zeitraubend sein. Aber es gibt keine Alternative, weil es erwartet wird. Doch selbst bei einem personell gut aufgestellten Digitalmedium wie *Spiegel Online* gilt die Devise:

Bau erst deine Seite, aktualisiere sie – und wenn dann noch Zeit bleibt, sprich mit den Usern.

Aber ob das genügt, um bei der Meinungsbildung, eigentlich eine Domäne journalistischer Medien, prägend und tonangebend zu bleiben? Zum Jubiläum »20 Jahre Online-Journalismus« hat Mathias Müller von Blumencron, Chefredakteur für digitale Produkte der FAZ-Gruppe, sich unlängst eher pessimistisch geäußert: »Selbst durch E-Mail-Verteiler wird Information auf nie dagewesene Weise vorgefiltert und kanalisiert, so

UNTER DIGITALEN VORZEICHEN

Volker Lilienthal, Inhaber der Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur für Praxis des Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg, leitete zusammen mit Stephan Weichert, Professor für Journalistik an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Hamburg, das LfM-Forschungsprojekt »Journalismus unter digitalen Vorzeichen«. Die Ergebnisse erscheinen am 16. Oktober bei Vistas unter dem Titel »Digitaler Journalismus« (Leipzig 2014).



dass sich allerorten Gruppen Gleichgesinnter bilden, die zwar noch Artikel lesen, aber keine Bindung zu irgendeinem Hort des Journalismus haben. Journalismus wird zur Spielmasse von selbstkonfigurierten Deutungsströmen jenseits jeder redaktionellen Einbettung.« (<http://bit.ly/1pWIPqW>)

PARTIZIPATION IN ENGEM RAHMEN

Es sind aber nicht nur die eigenwilligen Nutzer, die der »redaktionellen Einbettung« entfliehen – diese Einbettung, also die produktive Einbindung von Stimmen aus dem Publikum, gibt es vielerorts gar nicht. Oder sie wird inkonsequent gehandhabt. Dies hat die quantitative Inhaltsanalyse unserer Studie erbracht: Viele journalistische Websites haben sich der Nutzer-Partizipation zwar konzeptionell geöffnet – allerdings in einem eng definierten Rahmen. Angeboten werden überwiegend Funktionen, die sich auf ein Nutzer-Feedback beschränken, zum Beispiel Bewertungs-, Kommentarfunktionen oder die Möglichkeit, online einen »Leserbrief« einzureichen. Eigene Themenvorschläge und Inhalte einbringen, das können die Nutzer der untersuchten 388 Websites dagegen seltener. Auch in der Stichprobe unserer qualitativen Analyse – 15 Digitalmedien, die branchenintern als innovativ eingeschätzt werden – war das nur tendenziell besser. Hier brauchte es mehr explizite Aufforderungen an das Publikum, sich zu beteiligen – wie es *Süddeutsche.de* mit »Die Recherche« (<http://bit.ly/1uKGOG9>) vormacht. *Audience Engagement* – diese Techniken sind vielerorts noch unterentwickelt.

Untersucht haben wir auch die Arbeitsbedingungen von Digital-Journalisten, beobachtet wurden insgesamt zehn Journalisten in vier Redaktionen. Hier zeigte sich die hohe Arbeitsverdichtung, die schnelle Taktung eines journalistischen Multitasking und der selbstverständliche, großenteils schon professionalisierte Einsatz von Tools, Hilfsprogrammen und anderen digitalen Techniken, um redaktionelle Fließbandarbeiten wie das permanente Monitoring von Social-Media-Kanälen zu automatisieren. Das funktioniert zu einem Gutteil, es sollte aber allenfalls von einer Halb-Automation gesprochen werden. Der vielbeschworene Roboterjournalismus (*Message* 3/2014) ist noch eine digitale Utopie und keinesfalls Praxis in deutschen Redaktionen.

FÜNF QUALITÄTSKRITERIEN

Gibt es Kriterien, mittels derer sich digitaler Qualitätsjournalismus erkennen lässt? Fünf Merkmale möchten wir an dieser Stelle hervorheben:

- Die Artikulation der Nutzer im Rahmen von journalistischen Angeboten kann einen wesentlichen Beitrag zur Kritik- und Kontrollfunktion des Journalismus leisten (etwa

durch Hinweise, die Recherchen initiieren), die Meinungsvielfalt bereichern und den Informationsgehalt erhöhen.

- Diese Dialogisierung kann zur Meinungsvielfalt, aber auch zur Richtigkeit und Glaubwürdigkeit journalistischer Ar-

»Journalismus wird zur Spielmasse von selbstkonfigurierten Deutungsströmen jenseits jeder redaktionellen Einbettung.«

beit beitragen sowie die Relevanz journalistischer Angebote erhöhen. Wird die Dialogisierung ernstgenommen und konsequent umgesetzt, kommt es zu einer publizistischen Mitbestimmung des Publikums über Inhalte und Formattierung digitaler Medienangebote.

- Prozessualität kann die Richtigkeit und Glaubwürdigkeit des journalistischen Angebots und natürlich auch dessen Aktualität und Nutzwert erhöhen. Prozessualität bedeutet, dass es keinen Redaktionsschluss gibt und dass auch der einzelne Beitrag permanent fortgeschrieben wird, sofern erforderlich.
- Digitales Storytelling kann die Berichterstattung verständlicher, unterhaltsamer und für das Publikum nutzwertiger machen. Für Journalisten bedeutet das ein Mehr an notwendiger Kompetenz (Kamerahandhabung, der Umgang mit Schnittprogrammen und vieles mehr).
- Journalismus heute ist ein Netzwerkjournalismus. Seine Auffindbarkeit an möglichst vielen relevanten digitalen Orten (zum Beispiel Suchmaschinen, soziale Netzwerke) zwingt den Journalismus dazu, die Relevanz seiner Botschaften klar zu formulieren und einen raschen Zugriff auf relevante Informationen zu ermöglichen.

Für die Nutzer bedeutet Auffindbarkeit dreierlei: einen tendenziell unerschöpflichen Informationsreichtum, zeitsouveräne Auswahlfreiheit sowie die Vernetzungsfähigkeit von Wissen. Dies zeigt: Das Publikum gewinnt immer. Aber es bestimmt mit über die Qualität des Angebots: durch (geringe) Zahlungsbereitschaft, durch seinen inhaltlichen Input – der immer nur von einer aktiven Minderheit kommen wird – und nicht zuletzt durch Gratifikationen und/oder Sanktionen journalistischer Arbeit, wie sie sich in den Diskussionsforen und sozialen Medien artikulieren. Diese Mitverantwortung des Publikums wurde noch nicht von allen erkannt. Bei schlechter Stimmung ist schlecht schreiben. ■

Volker Lilienthal ist Message-Herausgeber.

WECHSELSEITIGE ERWARTUNGEN

von Wiebke Loosen und Jan-Hinrik Schmidt

Wie nutzen Rezipienten und Redakteure die neuen Möglichkeiten der Beteiligung, die sich durch das Internet ergeben? Damit hat sich eine Studie des Hans-Bredow-Instituts beschäftigt. Ein Einblick in eine sich wandelnde Beziehung.

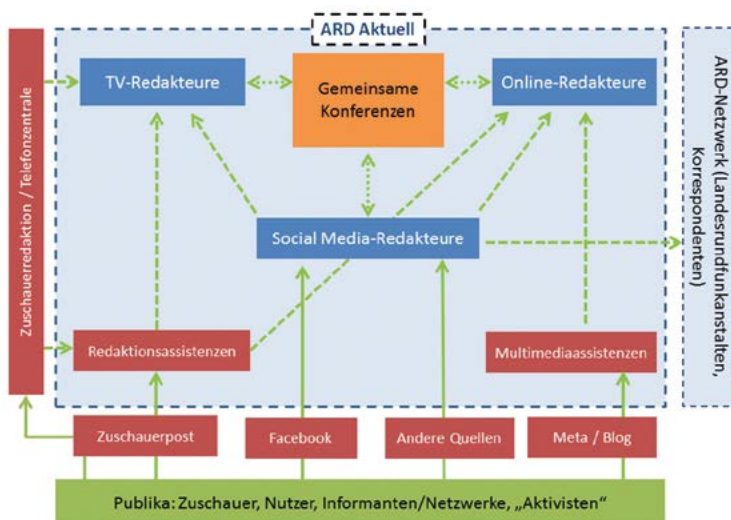
Ohne Publikum ist Journalismus nicht denkbar. Was zunächst nach einer recht banalen Einsicht klingt, bekommt in Zeiten der digitalen vernetzten Medien eine besondere Bedeutung. Die über Jahrzehnte hinweg stabile massenmediale Konstellation – Journalistinnen und Journalisten filtern als Sender die Informationsvielfalt für ein verstreutes Massenpublikum, das sich allenfalls sporadisch über Leserbriefe oder Anrufe in den Redaktionen zu Wort meldet – verschwindet nicht über Nacht.

Doch im Internet, und hier insbesondere in den sozialen Medien, entstehen neue Kanäle und Räume, in denen das Publikum seine eigene Stimme erhebt. Hierbei werden (zumindest) Teile des Publikums sichtbar(er). Es wird selbst journalismusähnlich aktiv, kommentiert und bewertet journalistische Beiträge, dient als Quelle, Impulsgeber für journalistische Thematisierungsprozesse und als Verbreiter journalistischer Inhalte. Der Raum der kommunikativen Möglichkeiten für die Interaktion zwischen Journalismus

und Publikum hat sich deutlich ausgeweitet. Journalistische Redaktionen gehen mit diesen Möglichkeiten unterschiedlich um – ebenso wie ihr Publikum: Beide Seiten müssen Beteiligungsformen und -praktiken in bestehende Routinen einbetten und entwickeln so auch Einstellungen zu und Erwartungen an Publikumsbeteiligung.

Diese Beobachtungen hat ein über zweieinhalb Jahre laufendes Forschungsprojekt am Hans-Bredow-Institut in Hamburg als Ausgangspunkt für die Untersuchung der sich wandelnden Beziehung zwischen Journalismus und (seinem) Publikum genommen. In vier Fallstudien (*Tagesschau*, *Der Freitag*, ein ARD-Polit-Talk sowie eine überregionale Tageszeitung), die ausführliche Interviews, onlinegestützte Umfragen und Inhaltsanalysen umfassten, wurden journalistische Angebote aus den Konvergenzbereichen TV/Online und Print/Online detailliert untersucht. Die zentrale Annahme des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Vorhabens war: Wandel (oder auch Stabilität) im Verhältnis von Journalismus und Publikum lässt sich nur erfassen, wenn die wechselseitig aufeinander bezogenen Praktiken und Erwartungen in den Mittelpunkt rücken, also auch in der eigenen methodischen Herangehensweise die Trennung zwischen Journalismus- und Publikumsforschung überwunden wird.

Für jede Fallstudie wurden daher zunächst das Ausmaß sowie die Balance der angebotenen bzw. wahrgenommenen Beteiligungsformen ermittelt: Welche Möglichkeiten der Beteiligung stellt die Redaktion des untersuchten Mediums mit welchem Aufwand bereit? Wie sind die »Ströme« von Zuschauerbeteiligung in den Re-



Inklusion will organisiert sein: Ströme der Zuschauerbeteiligung bei ARD-aktuell.

daktionen organisiert? Welche neuen redaktionellen Rollen entstehen? Und auf welche Weise und wie intensiv werden die partizipativen Angebote im Gegenzug vom Publikum genutzt? Zusätzlich wurden Ähnlichkeiten und Unterschiede in den beteiligungsbezogenen Erwartungen erhoben: Inwieweit stimmen die Ansprüche und Wünsche des Publikums mit dem überein, was die Redaktion an Publikumsbedürfnissen vermutet und was sie selbst will? Welche Ziele wollen die Redaktionsmitglieder mit ihrer journalistischen Tätigkeit erreichen? Und welche »Fremdeinschätzung« steht dem gegenüber, also welche Ziele sollten die Journalistinnen und Journalisten aus Sicht ihres Publikums verfolgen? Aus dem Kontrast der Antworten lassen sich Aussagen über die (In-)Kongruenz der wechselseitigen Erwartungen treffen, die wir als »Inklusionsdistanz« deuten.

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede in der redaktionsseitigen Organisation von Publikumsbeteiligung, aber auch interessante Gemeinsamkeiten in den jeweiligen Konstellationen von Journalisten und Publikum. So fand sich beispielsweise sowohl bei der *Tagesschau* als auch bei der überregionalen Tageszeitung eine relativ geringe Inklusionsdistanz im Hinblick auf klassische nachrichtenjournalistische Ziele: Die befragten Redaktionsmitglieder wollen ihr Publikum verlässlich mit vertrauenswürdigen Informationen versorgen und ihm komplexere Sachverhalte vermitteln. Und genau das erwartet auch das Publikum von der Nachrichtensendung und der Zeitung, gleich ob online oder offline.

DER WUNSCH NACH MEHR TRANSPARENZ

Zugleich wurde deutlich, dass sich dieses »klassische« Rollenverständnis auf beiden Seiten erweitert: Insbesondere jene Redakteurinnen und Redakteure, die mit der Recherche in sozialen Medien, der Betreuung von Facebook-Seiten und Twitter-Kanälen oder mit der Verarbeitung von Publikumsfeedback betraut sind, äußern die Vorstellung, dass zusätzlich zur zentralen Aufgabe der Informationsvermittlung auch mehr diskurs- und partizipationsbezogene Möglichkeiten dazukommen sollten. Ähnliches erwarten auch jene Publikumsmitglieder, die sich stärker aktiv beteiligen, indem sie etwa online die Nachrichten kommentieren. Besonders deutlich wird zudem, dass sich das Publikum mehr Transparenz wünscht: Die Befragten würden gerne mehr über die Quellen erfahren, die den journalistischen Beiträgen zugrunde liegen, aber auch über die Redaktionen selbst.

Bei allen Unterschieden zwischen den Fallstudien – und bei aller Vorsicht, daraus wiederum auf »den Journalismus« zu schließen – hat das Projekt doch verdeutlicht: Aktiv wird immer nur eine im Verhältnis zum Gesamtpublikum mehr oder weniger kleine Gruppe. In dieser überwiegen Beteiligungsformen, die eher wenig Aufwand für die Nutzerinnen und Nutzer

bedeuten. Daher wird in Redaktionen mit sehr vielen »Publika im Kopf« gearbeitet: die Aktiven versus die Passiven; die Leser versus die User; die auf Facebook versus die im Forum etc. Journalistinnen und Journalisten tendieren darüber hinaus dazu, den Wunsch nach Beteiligung unter ihren Publikumsmitgliedern zu überschätzen – oder aber sie halten derartige Antworten in Befragungen für sozial erwünscht. Jedenfalls ist es eine von Journalistinnen und Journalisten in Leitfadenterviews immer wieder geäußerte Überzeugung, Partizipationsangebote gehörten zum »State of the Art« und müssten sein, weil das Publikum dies erwarte und »alle es machen«.

Social-Media-Editors und Community-Manager übernehmen in dieser neuen Konstellation eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Redaktion und Publikum, und sie vermitteln vielfach zwischen Offline- und Online-Redaktionen. Diese neuen redaktionellen Rollen sind aber nur der sichtbarste Ausdruck dafür, dass Publikumsbeteiligung personelle und zeitliche Ressourcen bindet – doch nicht immer ist klar, welchen Nutzwert sie für die journalistische Arbeit letztlich hat. Denn die traditionellen Selbst- und Fremderwartungen an Journalismus bleiben bestehen: Journalistinnen und Journalisten wollen vor allem informieren und komplexe Sachverhalte erklären sowie – je nach Medium mehr oder weniger ausgeprägt – gesellschaftliche Missstände kritisieren. Und genau das ist es auch, was ihr Publikum mehrheitlich erwartet. Wenn Journalistinnen und Journalisten nun aber auch noch dafür zuständig sein wollen und/oder sollen, die »Verwaltung« und Moderation der Anschlusskommunikation zu übernehmen, die sie durch ihre Berichterstattung auslösen, dann ist das eine vergleichsweise neue journalistische, aber auch gesellschaftliche Aufgabe. Welchen Teil dieser Aufgabe Journalismus wie übernehmen kann, darüber sollten wir uns als Journalistinnen und Journalisten und als ihr Publikum verständigen. ■



Wiebke Loosen ist Senior Researcher für Journalismusforschung am Hans-Bredow-Institut, Jan-Hinrik Schmidt ist dort Senior Researcher für digitale interaktive Medien. Weitere Informationen und Ergebnisse zu ihrem Projekt unter <http://jpub20.hans-bredow-institut.de>

TWITTER VERTRAUEN – ABER WANN?

von Dennis Reineck

Twitter ist der meistgenutzte Microblogging-Dienst in Deutschland. Ob Journalisten und Blogger dem Inhalt eines Tweets vertrauen, hängt von der Anonymität des Verfassers, dem Sprachstil und der Ausführlichkeit des Tweets ab, belegt eine Studie.

Social Media zu beobachten und dort verbreitete Inhalte gegebenenfalls aufzugreifen, gehört heutzutage zum Alltag vieler Redaktionen. »Bevor irgendetwas passiert, bildet sich das schon auf Twitter ab«, ist beispielsweise der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der *Welt*-Gruppe, Frank Schmiechen, überzeugt (LfM 2014). Der Kommunikationswissenschaftler Axel Bruns (2005) spricht in diesem Zusammenhang von »Gatewatching«. Journalisten lassen sich auf die neuen digitalen Ökologien ein, um an interessante Geschichten jenseits von Agenturmeldungen zu gelangen. Im Zeitalter der Disintermediation (Neuberger et al. 2009), in dem jeder die Öffentlichkeit direkt, ohne medialen Umweg erreichen kann, liefern Social Media auch häufig die ersten Augenzeugenberichte, wenn sich Unglücksfälle oder Katastrophen ereignen.

Gerade bei Breaking News stellt sich allerdings die Frage: Wem kann man vertrauen? In einer von der Landesanstalt für Medien in Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenen

Da die Hemmschwelle, mit Twitterern in Kontakt zu treten, relativ niedrig ist, besteht die Gefahr, auf Scharlatane hereinzufallen.

Studie wurde unter anderem der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Vertrauenswürdigkeit von Nutzerbotschaften beeinflussen. Mit einer Vignettenanalyse (siehe Kasten) wurde überprüft, welchen Einfluss die Anonymität des Nutzerprofils, die Ausführlichkeit und der Stil der Nutzerbotschaften auf deren Vertrauenswürdigkeit und die Kontaktwahrscheinlichkeit haben. Getestet wurde auch, ob bestimmte Merkmale der Journalisten und Blogger deren Urteile beeinflussten.

Zur Kontextualisierung der Vignettenanalyse erhielten die Befragten ein Szenario, demzufolge sich in der Nähe des Redaktionssitzes eine Katastrophe ereignet und ein Nutzer sich dazu via Twitter zu Wort gemeldet habe. Dass es sich bei dem Szenario durchaus um ein realistisches handelt, zeigten die Ergebnisse einer flankierenden Befragung. 43 Prozent der Journalisten und 60 Prozent der Blogger erhalten demnach mehrmals monatlich Hinweise von Nutzern, die zur Weiterrecherche veranlassen, 30 Prozent bzw. 25 Prozent sogar mehrmals wöchentlich.

WISSENSCHAFTLICHE METHODE

40 Journalisten und 20 Blogger nahmen zwischen Mitte November 2013 und Mitte Januar 2014 an einer Onlinebefragung teil (Ausschöpfungsquote: 29 Prozent bzw. 28 Prozent), in die auch die hier vorgestellte Vignettenanalyse integriert war. Die Vignettenanalyse bestand aus acht fiktiven Twitter-Profilen (»Vignetten«), die Tweets zu einem fiktiven Katastrophenszenario enthielten. In den Profilen wurden drei Variablen (Anonymität des Profils, Ausführlichkeit und Sprachstil des Tweets)

systematisch variiert. Der Einfluss dieser Variablen auf die abhängigen Variablen Vertrauenswürdigkeit und Wahrscheinlichkeit der Kontaktaufnahme wurde mittels OLS-Regressionsanalysen gemessen. Die erklärte Varianz (korrigiertes R^2) der Analysen betrug wie folgt: Journalisten + Vertrauenswürdigkeit: 0,175; Blogger + Vertrauenswürdigkeit: 0,155; Journalisten + Wahrscheinlichkeit der Kontaktaufnahme: 0,072; Blogger + Wahrscheinlichkeit der Kontaktaufnahme: 0,034.

Welche Rolle spielen nun die verschiedenen Faktoren bei der Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Tweets? Ob einem Tweet vertraut wird, hängt bei den Journalisten am stärksten davon ab, ob ein Nutzer anonym twittet oder nicht ($\beta = 0,289$). Aber auch der Sprachstil ($\beta = 0,230$) und die Ausführlichkeit des Tweets ($\beta = 0,215$) spielten eine signifikante Rolle. Bei den Bloggern hatte der Sprachstil den größten Einfluss ($\beta = 0,275$), gefolgt von der Anonymität des Profils ($\beta = 0,263$) und der Ausführlichkeit des Tweets ($\beta = 0,168$). Journalisten legen also mehr Wert darauf, dass Nutzer mit eigenem Foto und Klarnamen auftreten, Blogger achten stärker darauf, ob diese gebildet wirken oder nicht. Bei beiden spielt die Detailliertheit des Tweets die geringste Rolle.

WANN TRITT MAN IN KONTAKT?

Wie wirken sich die Faktoren auf die Kontaktwahrscheinlichkeit mit dem Twitterer aus? Sowohl bei Journalisten als auch bei Bloggern haben die drei Faktoren eine deutlich geringere Auswirkung auf die Entscheidung, mit dem Nutzer in Kontakt zu treten, als darauf, für wie vertrauenswürdig seine Botschaft gehalten wird. Bei den Journalisten waren die Anonymität des Profils ($\beta = 0,190$) und der Sprachstil des Tweets ($\beta = 0,187$) etwa gleich wichtig, bei den Bloggern spielte nur der Sprachstil ($\beta = 0,176$) eine signifikante Rolle.

Interessanterweise spielten die Eigenschaften der Journalisten und Blogger in keinem Fall eine wichtige Rolle. Die unter 40-Jährigen und die über 40-Jährigen, Männer und Frauen, Zufriedene und Unzufriedene, Redaktions-/Blogeiter und Redakteure/Blogger sowie Interessierte und Desinteressierte kamen zu ähnlichen Einschätzungen. Der größte Unterschied bestand bei der Vertrauenswürdigkeit (0,46 Punkte auf einer 6-Punkte-Skala) und der Wahrscheinlichkeit der Kontaktaufnahme (0,88 Punkte) zwischen den Interessierten und Desinteressierten. Diejenigen, die Nutzerbeiträge also für interessant hielten, waren eher bereit, einem Tweet zu vertrauen und mit dem Nutzer in Kontakt zu treten.

Drei Punkte lassen sich für die Praxis hervorheben. Erstens hat die Frage, ob mit einem Nutzer Kontakt aufgenommen wird, nur bedingt etwas mit der Vertrauenswürdigkeit seiner Botschaft zu tun. Da die Hemmschwelle, mit Twitterern in Kontakt zu treten, relativ niedrig ist, besteht die Gefahr, dass Redakteure auf Scharlatane hereinfliegen oder zumindest ihre Zeit mit ihnen verschwenden.

Dass der Sprachstil und damit indirekt der Bildungsgrad der Twitterer für die Wahrscheinlichkeit der Kontaktaufnahme so wichtig ist, deutet zweitens auf ein gewisses Bias zu-



Würden Sie diesem Mann und seinen Tweets vertrauen? Bei der Studie mussten die Teilnehmer Fragen wie diese zu Twitter-Profilen beantworten.

gunsten von Augenzeugen mit hoher Bildung hin. Dieses Bias könnte dazu führen, dass wichtige Hinweise ignoriert werden, weil der Nutzer die Rechtschreibung nicht beherrscht.

Drittens sind Journalisten und Blogger, die ein stärkeres Interesse an Nutzerbeiträgen haben, sowohl vertrauenssüchtiger als auch kontaktfreudiger als ihre desinteressierten Kollegen. Sie könnten daher eher Falschbotschaften aufsitzen, laufen aber auch weniger Gefahr, wichtige Nutzerhinweise zu übersehen oder ihnen nicht nachzugehen. ■

Weiterführende Literatur:

- ▶ Bruns, Axel (2005): Gatewatching. Collaborative Online News Production. Peter Lang.
- ▶ Landesanstalt für Medien NRW (Hrsg.) (2014): Die vernetzte Öffentlichkeit. Meinungsbildung durch Facebook, Twitter & Co. einfach auf den Punkt gebracht. In: Digitalkompakt Nr. 8. LfM.
- ▶ Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (Hrsg.) (2009): Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung. VS Verlag für Sozialwissenschaften.



Dennis Reineck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Deutsche Welle Akademie und an der Universität Hamburg.



GESCHICHTEN MIT SOCIAL MEDIA NEU ERZÄHLEN

Soziale Medien machen innovative Formate auch im Bewegtbild möglich. Der Dokumentarfilmer Stephan Lamby spricht im Message-Interview über ein neues Genre, gebaut aus Youtube, Facebook und Skype.

Herr Lamby, zusammen mit Golineh Atai erhalten Sie am 22. Oktober den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis. Was bedeutet Ihnen diese Auszeichnung?

Stephan Lamby: Eine Menge. Mit Hanns Joachim Friedrichs habe ich mich schon als Student beschäftigt. An der Universität Hamburg habe ich Fernsehnachrichtenmagazine untersucht. Damals war Hanns Joachim Friedrichs Moderator der *Tagesthemen*. Also habe ich unzählige Sendungen von ihm auf VHS analysiert, auch vom *Heute-Journal* und *APF-Blick* bei Sat1. Ich kann mich erinnern, wie wir damals diskutiert haben, was eigentlich eindrucksvoller an Hanns Joachim Friedrichs ist: die Texte der Moderation oder seine Grundhaltung, die sich ja auch in seiner Stimme ausgedrückt hat – diese enorme Gelassenheit. Eigentlich ist es das, was mir mehr in Erinnerung geblieben ist: dass Friedrichs es schaffte, auch angesichts von welthistorischen Ereignissen diese Ruhe auszustrahlen.

Die Jury, die den »journalistischen Profiler« Lamby würdigt, glaubt zu wissen: Die »stundenlangen Gespräche in der Vorbereitung seiner filmischen Porträts werden von Politikern eher als hilfreiche Therapiesitzungen denn als klassische Interviews empfunden«. Stimmt das?

Das müssten Sie die Politiker fragen. Von einigen Interviewpartnern weiß ich aber, dass sie – nachdem sie den Film über sich gesehen hatten – feststellten, sie hätten in den Interviews

Dinge gesagt, die sie sonst noch nie öffentlich geäußert hatten. Bei einer Veranstaltung in Hamburg habe ich einmal den Film »Schlachtfeld Politik« präsentiert, mit der ehemaligen Gesundheitsministerin Andrea Fischer und dem FDP-Politiker Wolfgang Kubicki. Beide sind Profis, jedoch sehr unterschiedliche. Nach der Vorführung wurden sie auf die Bühne gebeten, wo beide sich erschrocken darüber zeigten, was sie da alles gesagt hatten. Kubicki hatte von Selbstmordgedanken gesprochen und Fischer von jahrelangen Depressionen nach Auseinandersetzungen mit Parteifreunden. In der Tat dauerten die Interviews drei, vier, fünf Stunden. Und wenn man sehr lange spricht und nicht nur auf kurze Nachrichten aus ist, bekommt man in der Regel eine Atmosphäre und auch Erkenntnisse, die man in kurzen Interviews so nicht bekommt.

Sie kennen Friedrichs' Sentenz, ein Journalist mache sich nicht gemein mit einer Sache, auch nicht mit einer guten. Was halten Sie davon?

Ich habe damit gerechnet, dass diese Frage jetzt kommt. Hanns Joachim Friedrichs war niemand, der sich nicht engagieren wollte oder der sich nicht auch aufregen konnte. Der hat sich mächtig aufgeregt, nachzulesen in seiner Autobiografie. Was er allerdings meint – und diesem Grundsatz fühle ich mich sehr wohl verpflichtet – ist, dass man sich nicht instrumentalisieren lassen soll, von welchen Interessengruppen auch immer. Diesen Satz kann man nicht dick genug unterstreichen.

◀◀ Für »My Tsunami – Die Katastrophe via Skype« ließ Lamby Bildmaterial von Japanern vor Ort produzieren.

Lassen Sie uns nun über digitalen Journalismus sprechen. Würden Sie sagen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk die digitalen Herausforderungen verstanden und angenommen hat?

Nach meinem Eindruck haben die großen öffentlich-rechtlichen Sender die Herausforderungen noch nicht angenommen und ausreichend verstanden. Es gibt zum Beispiel ein Video von Julia Engelmann, einer Studentin, die bei einem Poetryslam ein Gedicht aufgesagt hat. Das Video wurde ein halbes Jahr später auf Youtube gestellt und hatte fünf Millionen Klicks. Die öffentlich-rechtlichen Sender berichten dann darüber, und vielleicht gibt es einen Beitrag im *Heute-Journal*. Aber sie berichten zu spät und ohne sich auf die spezifische Form einzulassen. Das ist ja auch klar: Für ein Fünf-Minuten-Gedicht ist in der Programmstruktur der Hauptprogramme von ARD und ZDF kein Platz vorgesehen.

Längst haben viele Dokumentaristen und TV-Journalisten das Netz als Alternative zum herkömmlichen Sendersystem entdeckt. Auch Sie unterhalten einen eigenen Youtube-Kanal. Wie kam es dazu?

Der Impuls kam durch Fukushima. Wir haben uns die Frage gestellt, wie wir als Dokumentaristen solche Ereignisse abbilden und sehr schnell einen Film dazu machen können. Uns war klar, dass es mit konventionellen Mitteln nicht gelingen würde, weil selbst Korrespondenten vor Ort nicht so schnell in das betroffene Gebiet reisen konnten. Daher haben wir über soziale Medien – Facebook oder Youtube – Kontakt mit Anwohnern aufgenommen, die ihre Lage mit einer Kamera oder einem iPhone aufgenommen haben. Sie haben uns ihr Material zur Verfügung gestellt und uns über Skype als Augenzeugen Auskunft gegeben. Das ging erstaunlich gut. Es war zwar schwierig wegen des Zeitunterschieds, der Sprache und den Stromausfällen, aber nach drei, vier Wochen hatten wir einen langen Film fertig. Den haben wir an ZDFinfo verkauft und er lief dort rauf und runter. Es war – nach unserem Wissen – die erste Dokumentation weltweit, die voll auf Skype gesetzt hat.

Sie sind also proaktiv auf betroffene Berichterstatter, auf Menschen, die dort leben, zugegangen?

Wir haben gesehen, was auf Youtube veröffentlicht wurde, und haben dann sehr schnell mit ein paar Mitarbeitern ein Netzwerk aufgebaut. So fanden wir die Leute, die dieses Bildmaterial eingestellt hatten. Wir haben sie gefragt: Habt ihr noch mehr? Dann haben sie teilweise extra für uns gedreht. Eine Mutter in Tokio haben wir darum gebeten, ihre Wohnung zu filmen und das Survival-Kit, das ihr von der Regierung zur Verfügung gestellt worden war. Darin waren zum Beispiel Jodtabletten, Personalausweise und Astronautennahrung. Wir haben festgestellt, dass solches Bildmaterial natürlich viel eindringlicher ist als das, was man als Dokumentarfilmer in der Regel erst sehr viel später bekommen hätte: Diese Leute waren direkt da, während alles passiert ist. Sie haben die Welle gefilmt, die wankenden Hochhäuser, die Panik.

Gänzlich Fremde, die man nur über das Netz erreichen kann, kooperieren plötzlich, produzieren gar für Sie – wie kann das gehen?

Wir waren am Anfang auch skeptisch, ob es gelingen würde, über 10.000 Kilometer Distanz eine vernünftige journalistische Beziehung zu den Interviewpartnern aufzubauen. Bald stellten wir jedoch fest, dass es teilweise sogar intimer ist, weil kein Kamerateam dabei ist. Schauen Sie: Wenn wir beide miteinander sprechen, ist es intim. Aber sobald ein Kameramann dabei ist und ein Ton-Assi und auch noch Licht aufgebaut wird, haben wir eine andere Situation. Beim



STEPHAN LAMBY

(Jahrgang 1959) ist Geschäftsführer der Eco Media TV-Produktion in Hamburg und Autor zahlreicher preisgekrönter Dokumentarfilme. Am 22. Oktober 2014 wird er mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis ausgezeichnet.

klassischen TV-Interview schauen Sie neben der Kamera den Gesprächspartner an – über Skype direkt den Zuschauer. Es kann eine höhere Intensität als bei gewöhnlichen Interviews entstehen. Jetzt wissen wir, dass wir Geschichten mit sozialen Medien anders erzählen können. Unser ursprünglicher Impuls bei dieser Art der Umsetzung war also ein journalistischer und kein geschäftlicher oder medientheoretischer. Wir

wollten schlicht eine Geschichte erzählen, die wir sonst so nicht hätten erzählen können.

Ein Einzelfall des Gelingens?

Nein. Wir fragten uns: Kann man das auch in anderen Kontexten machen? Wie funktioniert das in einer politischen Situation? Dann gab es den Krieg in Syrien, auch da haben wir uns diese Frage gestellt und sie wieder verworfen, weil wir nicht ausreichend erkennen konnten, aus welcher Quelle wir welches Material bekommen würden. Würden wir da irgendwelchen Propagandisten aufsitzen? Also haben wir die Finger davon gelassen. Dann gab es den Aufstand in Kiew. Da haben wir es noch einmal versucht – erfolgreich, wie ich finde. Unser dritter Versuch waren die Demonstrationen gegen Erdogan in Istanbul. Jedes Mal haben wir neue Erfahrungen gesammelt und dabei ein neues Format, fast schon ein Genre entwickelt: das Videotagebuch. Es setzt eben nicht nur auf den Blick von außen, sondern zusätzlich auf die Kraft der Bilder und der Aussagen von Beteiligten. Das macht den Unterschied.

Wie definieren Sie dieses Genre und was ist das digital Innovative daran?

Es sollten Geschichten, Situationen sein, die ein klassischer Journalist gemeinhin nicht erzählen kann oder nicht gut erzählen kann. Ich würde keinen Mitarbeiter in eine lebensgefährliche Situation schicken, wie sie sich auf dem Maidan und in den Nebenstraßen im Februar abgespielt hat. Und ich bin auch der Meinung, dass keine Geschichte groß genug ist, um dafür sein Leben zu riskieren.

Nehmen wir eine völlig andere Situation: Wir stellen fest, dass es Kranke gibt, die im Krankenhaus ihre Krankheit und ihre Therapie über Wochen oder Monate selbst mit der Kamera aufnehmen und in einem Videoblog begleiten. Mit den Kranken und ihren Angehörigen stehen wir in Kontakt und machen aus diesem Material einen Film. Am Krankenbett würden wir

Journalisten nur stören. Die Kranken sprechen jeden Morgen nach der Visite ihren Bericht ins Handy. Und sie posten das. Als Journalist haben Sie da nichts zu suchen. Trotzdem geben uns manche Menschen das Material mit der Absicht, es zu veröffentlichen. Und wenn sie damit einverstanden sind, dass wir daraus einen Film machen und uns mit den Protagonisten absprechen, dann können daraus Filme entstehen, die intensiver sind, als wenn wir mit einem Kamerateam im Krankenhaus auftauchen. Das sind Chancen, etwas zu erfahren, zu lernen – in diesem Fall über den Umgang mit Krankheit.

Aber der Journalist ist dann doch nicht viel mehr als ein collierender Organisator subjektiver Eindrücke, er hat keine kritische Distanz mehr und darf auch keine Kritik mehr äußern, weil es ja um Leben und Tod geht.

Einspruch! Der Journalist ist in dem Fall nicht nur Organisator der subjektiven Eindrücke, sondern auch Filter und Gestalter. Denn kein Material, das wir bekommen, veröffentlichen wir ungeprüft oder ohne kritische Distanz. Ich nenne ein Beispiel: Unter den interviewten Augenzeugen in Kiew war ein Ukrainer, der die Russen als Nazis beschimpft hat. Als er den fertigen Film sah, war er bitter enttäuscht, dass dieser O-Ton nicht im Film war, und hat uns Vorwürfe gemacht: »Wie könnt ihr bloß?« Die Antwort lautet: Die Grundlage dafür, was in den Film kommt, ist nicht, was ein Protagonist will, sondern was wir wollen. Eine Beleidigung ohne ein vernünftiges Argument hat nichts in einem Film zu suchen. Wenn wir der Meinung sind, wir können ein bestimmtes Material nicht auf seine Echtheit hin überprüfen, kommen die Bilder schlicht nicht in den Film.

Sie formen und raffinieren audiovisuellen Webcontent, den Laien, häufig Unbekannte, ins Netz gestellt haben. Ist das die berühmte »Partizipation des Publikums«, gar urdemokratisches Fernsehen?

Na, jedenfalls birgt es das Potenzial. Das Internet bietet Möglichkeiten, von denen wir etwa Anfang der 1980er nur träumen konnten. Ich schaue mir all diese Initiativen ganz genau an. Man muss sehr genau aufpassen, was man veröffentlicht, damit man nicht Propagandisten aufsitzt. Wir haben ja auch einen Ruf zu verlieren.

Ihre Netzinitiativen in allen Ehren – aber monetarisieren lässt sich wohl nichts davon, oder?

Also, wir machen das ja auch schlicht deshalb, weil es spannend ist und wir eine Menge dazulernen. Ich bin jetzt



An den Schnittplätzen von Eco Media TV wird auch Material von Laien verarbeitet.

Mitte 50, und ich arbeite mit Leuten zusammen, die Mitte 20 sind. Wir lernen gegenseitig voneinander. Nun zur Monetarisierung: Wir sind nicht nur experimentierfreudig, sondern in geschäftlichen Dingen ausgesprochen konservativ. Ich bin als Geschäftsführer für den Fortbestand der Firma verantwortlich, die ich leite. Da werde ich nicht nur wegen des Spaßes an einem Experiment die Existenz der Firma und die Lebensgrundlage der Mitarbeiter aufs Spiel setzen. Deshalb haben wir ein Geschäftsmodell entwickelt, das im Kern auf zwei Säulen steht: auf Werbung und auf dem Verkauf von Nutzungsrechten. Was die Werbung betrifft, ist es jetzt noch zu früh, dazu etwas zu sagen.



»dbate«, mit Betonung auf der ersten Silbe, startet im November 2014 auf Youtube. Dort sollen vor allem aktuelle Interviews gezeigt werden.

Bleibt der Verkauf von Nutzungsrechten ...

Alle Filme, die wir bisher gemacht haben, haben wir ans Fernsehen verkaufen können, etwa an ZDFinfo, Phoenix, Deutsche Welle. Diese Sender haben begriffen, dass man mit einem Videotagebuch die Lücke zwischen zwei Genres füllen kann. Zwischen Nachrichten, also Tagesaktualität, auf der einen Seite und der lange vorbereiteten umfassenden TV-

Bei den audiovisuellen Blogs von »dbate« gibt es eigentlich nur zwei Ausschlusskriterien: No pets, no porn. Wir machen Journalismus.

Dokumentation – die ja weiterhin der Schwerpunkt unserer Arbeit bleiben wird – auf der anderen Seite. Als Videotagebuch kann man Dokumentationen relativ schnell und im Verhältnis zu den aufwendigen Produktionen auch relativ kostengünstig anbieten.

Also haben Sie die Filme erst auf Youtube veröffentlicht und danach haben die Sender sie gekauft?

Ja. Es ist sicher auch ein Vorteil, dass wir die Redaktionen gut kennen. Wir sind mit den Sendern im Gespräch über weitere Videotagebücher. Das ist eine Säule, an der wir durchaus interessiert sind. Wir wollen unsere Arbeit ja nicht abkoppeln vom Fernsehen, sondern in Maßen Einfluss nehmen auf das Storytelling im TV.

Was meinen Sie konkret?

Es geht darum, das Netz nicht nur als Abspielmöglichkeit zu begreifen, sondern als Impulsgeber, was Inhalte betrifft, aber auch Formen. Eine Erkenntnis aus Nutzungsdaten von Youtube ist etwa: Unsere Videotagebücher werden

nicht 30 Minuten am Stück geschaut, die durchschnittliche Verweildauer sind sechs oder sieben Minuten. Die Alternative besteht darin, dass wir Serien machen. Wir arbeiten gerade daran, dass wir Filme portionieren und heute eine Episode anbieten, morgen eine andere – und nach einer Woche den Film in ganzer Länge. Daraus ergibt sich eine andere Form der Zuschauerbindung und es ergeben sich andere Erzählbögen.

Nun soll im November »dbate« starten. Was kann man sich unter diesem neuesten Projekt aus dem Hause Eco Media vorstellen?

»dbate« wird eine Internetplattform sein, auf der wir im Wesentlichen aktuelle Interviews zeigen, die wir über Skype führen. Hier kommen natürlich auch Videotagebücher vor, aber in einer etwas anderen Form als der, die wir bislang auf unserem Youtube-Kanal veröffentlicht haben. Es wird lange, ausführliche Interviews geben, die wir für unsere Fernsehdokumentationen machen, dort aber keinen vollständigen Eingang finden. Mein mehrstündiges Interview mit Henry Kissinger ist dafür ein Beispiel. Dann gibt es ein interaktives Element in dem Sinne, dass User sich mit Videos bei uns melden können, die wir dann nach entsprechender Prüfung bei »dbate« veröffentlichen – als ein audiovisueller Blog. Es wird die Möglichkeit zur Diskussion geben. Das sind die Säulen von »dbate«. Es gibt vor allem zwei Ausschlusskriterien: »No pets, no porn«. Wir machen Journalismus.

Wie schaffen Sie das als mittelständische Firma? Wie viel Geld stecken Sie da hinein?

Überschaubar. Wir bauen keine Serverkapazitäten auf, sondern nutzen Youtube. Wir denken zwar auch über alternative Lösungen nach, um uns nicht dauerhaft von Youtube abhängig zu machen, aber zumindest in der Startphase ist Youtube da durchaus willkommen. Größer sind die Kosten für die Manpower und die Entwicklung des gesamten Designs. Es braucht eine Mannschaft von guten Journalisten, die diese Plattform auch täglich füttern. Aber diese Investition trage ich gerne. ■

Die Fragen stellte Message-Herausgeber Volker Lilienthal.

ITALIEN GEHT ONLINE

von Sergio Splendore

Zeitschriften werden eingestellt, Fusionen sorgen für Beunruhigung – die Zeitungskrise lässt auch in Italien nichts Gutes für den Journalismus ahnen. Immerhin treibt sie den Online-Journalismus im Land voran.

Zwei große Ereignisse erschütterten in diesem Sommer die italienische Verlagslandschaft. Knapp ein Jahrhundert nach ihrer Gründung wurde die Zeitschrift *L'Unità*, einst ein Flaggschiff des linken Journalismus in Italien, eingestellt. Antonio Gramsci hatte sie 1924 als erstes offizielles Organ der Kommunistischen Partei, später der »Partito Democratico«, gegründet. Die Zeitung spielte eine große Rolle im Kampf gegen den Faschismus und in anderen ruhmreichen Momenten der italienischen Geschichte. Doch seit den 2000er Jahren befand sie sich in einer andauernden Krise. Die Eigentümer wechselten oft. 2014 wurde ihr Ende besiegelt. Seit August fehlt die Publikation an den Kiosken.

Natürlich waren schwindende Verkaufszahlen ein Grund dafür. Die Wirtschaftskrise und diverse Sparrunden gaben der Zeitung den Rest. Auch fehlte die Unterstützung der Politik. Dabei ist *L'Unità* ein herausragendes Beispiel für das Konzept des »press-party parallelism«, der (an sich eher problematischen) Bindung einer Zeitung an eine politische Partei. Doch der Unwille – oder das Unvermögen – der Partito Democratico, ihr Medium per Tropf am Leben zu halten, brachte ihm das Aus.

ZU ÜBERLEBEN WÄRE EIN ERFOLG

Die Folgen des zweiten Großereignisses lassen sich derzeit nur erahnen. Die Verlagshäuser von *La Stampa*, gegründet 1897, und von *Il Secolo XIX*, einer anderen altherwürdigen Zeitung aus Norditalien (1886), einigten sich darauf, ihre verlegerischen Aktivitäten zusammenzulegen; die Redaktionen sollten indes voneinander unabhängig bleiben. Der Zusammenschluss wurde als Fusion präsentiert. Die Inhalte sollten verbessert werden, vor allem online; *La Stampa* hatte sich schon zuvor im Online-Journalismus innovativer und investitionsfreudiger als alle Mitbewerber gezeigt. Doch es gibt nicht wenige Beobachter, die glauben, dass hier eher ein Aufkauf als eine Fusion stattfand. Schon bald werde *Il Secolo XIX* aus den Regalen verschwinden, heißt es, und zu einer Beilage der *Stampa* verkümmern.

Beide Ereignisse – das Ende von *L'Unità* und die Fusion von *La Stampa* und *Il Secolo XIX* – sind deutliche Zeichen einer Krise. Sie trifft große Teile derjenigen Verlagshäuser, die seit fast einem Jahrhundert die Medienwelt in Italien bestimmen. Die Digitalisierung (zum Beispiel der Zeitungsverkauf per iPad) hat die Verluste auf dem klassischen Vertriebs- und Anzeigenmarkt bisher nicht ausgleichen können.

Es scheinen vielmehr die Online-Zeitungen zu sein, die profitieren. *Il Post*, *Lettera43*, *Linkiesta* – um nur ein paar zu nennen – sind allesamt Online-Portale, die in den vergangenen Jahren entstanden sind. Den Redaktionen gelingt es bis heute, online ihr Informationsangebot zu verbreiten, mit wechselndem Erfolg zwar, aber immerhin gut genug, um ihr

Die Krise der traditionellen Medien könnte Lücken auf tun, die die neuen Presseorgane im Internet füllen können.

Überleben zu garantieren. Doch in welchem Maße arbeiten sie wirtschaftlich nachhaltig – und welche Regeln lassen sich daraus ableiten? Nicola Bruno und Rasmus Kleis Nielsen haben in ihrem 2012 erschienenen Buch mit dem Titel »Survival is Success« eine Tendenz herausgearbeitet: Zu überleben ist in dieser Phase der Digitalisierung schon ein Erfolg. Drei Erkenntnisse vom italienischen Amt für Kommunikationssicherheit mögen helfen, um die Situation noch besser einordnen zu können.

1. Der Anteil der italienischen Haushalte mit Breitband-Internetzugang lag 2012 noch bei 55 Prozent (in Deutschland bei 82 Prozent). Bis 2013 stieg der Anteil sprunghaft auf 68 Prozent.
2. Ein renommiertes italienisches Demoskopie-Institut fand heraus, dass sich 2013 nur 40,5 Prozent der Italiener online über internationale, nationale oder lokale Nachrichten

ten informierten. Auch wenn die Zahl in den vergangenen Jahren gestiegen ist, bleibt sie im Vergleich niedrig: Denn doppelt so viele Italiener, 79,5 Prozent, informieren sich über das Fernsehen. Von den Personen, die sich online informieren, tun dies 93,1 Prozent auf den Websites traditioneller Medien. 27,3 Prozent hingegen surfen auch auf originären Online-Seiten.

3. Während sich die Erlöse von Free TV, Radio, Magazinen und Zeitungen immer weiter verringern, wachsen die Gewinne im Internet (abgesehen von einer kleinen Einbuße in den Jahren 2012 und 2013) – auch wenn der Sektor bisher nur einen kleinen Teil des Marktes ausmacht, nämlich 1,4 Milliarden Euro (allein das Free TV erreicht das Vierfache). Der Erlös stammt vor allem aus Werbeeinnahmen, während digitale Vertriebslösungen bisher unbedeutend sind.

Die Kombination aus diesen drei Elementen (stärkere Nutzung des Internets, mehr Menschen, die sich online informieren, größere Potenziale für Erlöse im Netz) macht aus dem Online-Journalismus einen Sektor mit großen Wachstumsmargen. Sicherlich bedarf es dafür einiger Risiko-Investitionen – was in der italienischen Wirtschaft nicht gerade häufig vorkommt –, aber die Bereitschaft dafür nimmt zu.

GERINGE ERTRÄGE, GROSSE MOTIVATION

Doch ist dieses Wachstum von Dauer? Der Pionier der neuen italienischen Medienakteure im Netz ist ein Boulevard-Blog mit Polit-Klatsch namens *Dagospia*. Ästhetisch lehnt sich die Seite stark an das amerikanische Vorbild *The Drudge Report* an. Sein Erfinder und Chef prahlte damit, für ebenjene Porno-Werbung Geld zu kassieren, die andere Online-Seiten generell ablehnten.

Diese fragwürdige Praxis findet man allerdings nicht in den neueren Online-Journalen. Sie finanzieren sich eher über traditionelle Wege. Zumeist sind es Verleger, die originär aus dem Online-Sektor kommen (wie der Konzern Banzai, Herausgeber von *Il Post*), oder prominente Akteure aus der Wirtschaft, die in Online-Zeitungen investieren. Micropayment nutzen die Websites nur selten, und wenn – wie im Fall *Linkiesta* – digitale Abonnements angeboten werden, ist der Ertrag alles andere als beeindruckend. Eines freilich ist sicher: Die genannten Redaktionen sind allesamt lebendig und schnell; sie wissen die sozialen Netzwerke für sich zu nutzen. In ihren Redaktionen arbeiten junge und gut ausgebildete Journalisten.

Die Krise der traditionellen Medien reißt derweil auch journalistisch Lücken auf, die die neuen – oftmals kleineren – Medien füllen könnten. Jenseits dieser nationalen Online-Medien gibt es noch einen journalistischen Mikrokosmos, dem weder die akademische Forschung noch die Medienwelt die nötige Aufmerksamkeit schenkt. Gemeint ist die unüberschaubare Vielzahl von kleinen und kleinsten Lokalredaktionen, die sich gebildet haben, um online Informationen anzubieten. Natür-

lich finden sich hier viele reine Liebhaberseiten. Aber es mangelt auch nicht an Redaktionen, die gut strukturiert sind und professionelle journalistische Arbeit leisten. In vielen Orten Italiens wirken sie – weil nun mal die Papier-Zeitungen in der Krise sind – ausgleichend, wenn herkömmliche Lieferanten lokaler Informationen ausfallen oder schwächeln.

MIT CROWDSOURCING IN DEN KRIEG

Zu nennen sind dabei vor allem *Varesenews.it*, *Riviera24.it* und noch viele mehr; allesamt Redaktionen, die Lokaljournalismus betreiben und sich zu einem Verband zusammengeschlossen haben. Anso, der Nationale Verband der Online-Medien, verweist auf mehr als 12 Millionen Leser im Monat. Sicherlich ist der Journalismus, den diese Seiten anbieten, nicht immer qualitativ hochwertig. Und oft sind sie die Anhängsel von Öffentlichkeitsarbeitern, insbesondere aus der Lokalpolitik. Dennoch sind sie mitunter die einzigen journalistischen Stimmen in ihrer Region. Finanziert werden die neuen Online-Journalisten über den Verkauf von Werbeflächen. Bezahlungsmöglichkeiten werden nur von den traditionellen, landesweiten Medien angeboten.

Zusätzlich existiert eine Plattform, die nach dem Crowdfunding-Prinzip von einer traditionellen Zeitung ins Leben gerufen wurde. Seit etwa einem Jahr ist die Website *Gli Occhi della Guerra* (Die Augen des Krieges) online. Initiiert wurde sie von der Zeitung *Il Giornale*, einem Medium der politischen Rechten mit Verbindungen zur Berlusconi-Familie. Die Seite bittet ihre Leser projektweise um finanzielle Unterstützung, um Reportagen aus Kriegsgebieten umsetzen zu können. Für die Artikel engagiert sie indes nicht nur Reporter aus dem eigenen Haus, sondern auch aus Konkurrenzmedien – selbst dann, wenn die eine andere redaktionelle Ausrichtung haben.

Noch ist unklar, wie sich der Online-Journalismus in Italien entwickeln wird. Eines steht jedoch fest: Auch in der Krise der Medienunternehmen bleibt der Journalismus in Italien lebendig und strotzt vor Energie. Angst vor Experimenten hat er jedenfalls nicht. ■

*Dieser Beitrag entstand in Kooperation mit unserer italienischen Partnerzeitschrift *Problemi dell'informazione*.*

Übersetzung: Jan Ludwig



Sergio Splendore ist Juniorprofessor für Kultur- und Mediensoziologie an der Universität Mailand und hat unter anderem am Projekt »Participation and Citizenship in Europe« mitgearbeitet.
 @srgspl



Die Visualisierung deutscher Waffen wird täglich mit Bildern einer panzerbrechenden Milan-Rakete erledigt – offensichtlich ein Ausschnitt aus einem Rüstungsfirmen-Werbevideo. Vergeblich suchte man im Programm nach einer kritischen Analyse von Kriegsursachen und politischen Reaktionen.

Eine Kolumne von Fritz Wolf

Kriegsberichterstattung

30 SCHALTEN UND VIEL PROPAGANDA

»Der Krieg wird nicht mehr erklärt, sondern fortgesetzt. Das Unerhörte ist alltäglich geworden.« So hat es Ingeborg Bachmann in ihrem Gedicht »Alle Tage« formuliert. Der Satz könnte seit Wochen am Beginn aller TV-News und jedes Politmagazins stehen. Nach einem Wort des Politologen Herfried Münkler sind aus der Kriegsberichterstattung Berichterstattungskriege geworden. Ein Kampf um die Köpfe und um die Interpretation der Ereignisse – unter besonderen Bedingungen.

In den Kriegsgebieten sind nur noch wenige Journalisten unterwegs, Fotografieren kann ein tödliches Gewerbe werden, viele früher noch gültige Regeln im Umgang mit Journalisten gelten nicht mehr. Die öffentliche Hinrichtung des Fotografen James Foley durch die Terrormiliz IS und die Verbreitung der Tat über ein Propagandavideo zeigen überdeutlich den Paradigmenwechsel. Gemordet wird, um die Bilder als Botschaft in die Welt schicken zu können.

Eine wesentliche Bedingung für Journalisten heute ist der Ak-

tualitätsdruck. Richard C. Schneider, ARD-Studiodirektor in Tel Aviv, hat sie beschrieben: bis zu dreißig Schalten am Tag, ein Aufsjager nach dem anderen, *Tagesschau*, Phoenix und die Dritten kommen ja auch noch dazu. So ist das Team so »gehetzt von einer zur nächsten Geschichte »unterwegs«, von einem entsetzlichen Geschehen zum nächsten, von einem gescheiterten Waffenstillstand zum nächsten, dass wir alle das Gefühl für Zeit verloren haben«.

Dazu kommt der Propagandadruck. Man kann keiner Seite in einem kriegerischen Konflikt wirklich trauen, das weiß man. Regelmäßig tauchen in TV-

Richard C. Schneider (ARD):
Aufsjager in Serie aus Tel Aviv.



Video still: Tagesschau

News aller Sender Bildbeweise auf, Satellitenaufnahmen von Panzerkolonnen, Truppenaufmärschen, Raketenteilen, Handyfotos. Viele dieser Bilder sind in den letzten Monaten schon versendet worden und wieder verschwunden, viele haben sich als falsch entpuppt. Skepsis ist die einzige Antwort, spätestens seit Colin Powells gefälschten Beweisen irakischer Massenvernichtungswaffen. Als das US-Verteidigungsministerium Ende August unscharfe Aufnahmen von Panzerkolonnen auf angeblich ukrainischem Gebiet vorlegte, befragte die ARD sogleich einen ehemaligen CIA-Experten, der das Bildmaterial in Grund und Boden kritisierte.

Eine mögliche Antwort auf den Aktualitäts- und Propagandadruck könnten die TV-Politik-Magazine geben. Immerhin hat die ARD derer gleich sechs. Sie könnten Hintergrund liefern, Vertiefung, den zweiten Blick. Sie könnten die Stereotypen und Visiotypen hinterfragen. Tun sie das? Bei Durchsicht mehrerer Sendungen der letzten Wochen hat man den Eindruck, die Macher seien damit heillos überfordert und hielten sich lieber an ihre thematischen Routinen: nicht zu viel von den Kriegen.

Und wenn das Thema doch auf der Agenda steht, dann in leicht bewältigbarer Form. Gleich zwei Beiträge befassten sich mit der deutschen Islamistszene und ihren Reiserouten in den Nahen Osten. Das ließ sich relativ sicher vor Ort in Deutschland und im Netz recherchieren. Stärker involviert zeigten sich die beiden Auslandsjournalisten, sie berichteten vor allem über die Lage der Flüchtlinge in den Kriegen.

Was fehlt, ist die kontinuierliche Sichtung des Hintergrunds. Zwei Beispiele: Die Aufmerksamkeit in Sachen Ukraine gilt, sicher zu Recht, den Aktionen der Separatisten und der russischen Politik. Aber seit den Demonstrationen auf dem Maidan wissen wir auch um die militante Rolle des rechten Sektors. Offenbar kämpfen rechtsradikale Milizen in der

Ostukraine. Scheint als Thema aber nicht wirklich interessant. Einmal berichtete das *Heute-Journal* kurz darüber und Claus Kleber lieferte den Stoßseufzer, die ukrainische Regierung müsse leider auch auf diese Hilfe zurückgreifen. Muss sie? *Frontal 21* brachte einen Beitrag über Bataillone, die von Oligarchen finanziert werden, auch diese ein Sammelbecken für rechtsradikale und nationalistische Kämpfer. Total widersprüchliche Szenarien, wirre Koalitionen – und angesichts der russischen Propaganda, in Kiew säße



Highlight im Programm: die Phoenix-Themenwoche »Krieg und Frieden«, hier die Dokumentation »War Photographer« über James Nachtwey.

eine faschistische Regierung, gewiss kein zu vernachlässigendes Thema.

Beispiel zwei: die Kurden. Mit den Raubzügen des IS steht tagelang die Frage der Waffenlieferungen an die Peschmerga in den Medien ganz vorn. Das visuelle Unterfutter dazu sah und sieht aus wie aus dem »wilden Kurdistan«: tapfere Männer an alten Gewehren, die aus notdürftig aussehenden Stellungen irgendwohin in die Wüste schießen. Die Visualisierung der zur Lieferung vorgesehenen deutschen Waffen wird täglich mit der Sequenz einer panzerbrechenden Milan-Rakete abgeleitet – offensichtlich ein Ausschnitt aus einem Rüstungsfirmen-Werbevideo.

Vergeblich suchte man dagegen nach einer vernünftigen Analyse und Darstellung der Politik. Wie ist die Parteienlandschaft in der kurdischen Autonomieregion, wie verhält es sich mit den beiden Clans, wie mit der nationalen Frage? Wer sind überhaupt die Peschmerga, immer-

hin eine Truppe von vermutlich 110.000 Mann? Ganz schnell ist zwar der Verdacht da, die Kurden könnten auf einen eigenen Staat hinarbeiten. Sollte man da nicht auch etwas über die kurdische Geschichte wissen, über den jahrzehntelangen Kampf gegen Unterdrückung, über die Massaker, die Saddam Husseins Schergen anrichteten? Fehlanzeige. Das Fernsehen tut so, als sähe es die Kurden zum ersten Mal.

Was das Medium leisten könnte, zeigte diesmal Phoenix. Eine Themenwoche brachte Ende August unter dem Titel »Krieg und Frieden« Dokumentarfilme, Dokumentationen, sehr vielfältig. Langer Atem gegen latent hysterische Aktualität und ein historischer Blick auf Kriege und deren mediale Verarbeitung. Wichtiger Programmpunkt darin war ein Werkstattgespräch mit Journalisten, das WDR-Chefredakteurin Sonia Mikich führte. Sie sprach mit der Fotografin Herlinde Koelbl, die mit ihrer Ausstellung »Targets« über Zielfiguren und Trainingszentren von Militärs in vielen Ländern den Blick auf Feindbilder lenkt. Mit dem Fotografen Christoph Bangert, der in seinem Buch »War Porn« die Frage aufwarf, welche Bilder die Medien den Menschen zumuten sollen. Und mit Marcel Mettelsiefen, der seit vielen Jahren die arabische Welt bereist und sich als Filmmacher von der Schnelligkeit des Gewerbes verabschiedet hat. Vier Journalisten, kein Talk, keine Show, sondern ein kluges, nachdenkliches Gespräch. Er habe das Privileg, sagt Marcel Mettelsiefen, »hinzugehen, wo man Nachrichten nicht mehr trauen kann, wenn man nicht da ist, und Augenzeuge zu sein«. Und Christoph Bangert: »Es gibt Orte und Zustände, die weh tun, und wir haben die Pflicht, hinzuschauen.«

Diese Stunde der Kriegsreporter, die sich selbst gar nicht als solche verstehen, war ein Highlight im gesamten Programm, für das eigentlich hätte Platz sein müssen nach den aktuellen Tagesnachrichten. ■



»ÜBERALL GENOZIDE«

Bei der Aufarbeitung des Völkermords in Ruanda liefern die Medien kaum Neues. Ihre zugespitzten und vereinfachende Berichte werden dem komplexen Ereignis oft nicht gerecht. Im Interview kritisiert Stefan Brüne überholte Gut-Böse-Narrative und fordert, im Angesicht aktueller Krisen den Fokus der Berichterstattung zu verschieben.

◄◄ Einer von Hunderttausenden, die dem Gemetzel vor 20 Jahren zum Opfer fielen. Über die Rolle von Tätern und Opfern wird bis heute gestritten.

Weltweit wird derzeit an den Genozid in Ruanda vor zwanzig Jahren erinnert. Wie nehmen Sie die Berichterstattung wahr?

Stefan Brüne: Die deutsche Ruanda-Berichterstattung bietet häufig personalisierte Täter-Opfer-Beschreibungen. Weil vielen Redaktionen Hintergrundkenntnisse fehlen, dominieren Gut-Böse-Narrative – nach dem Muster: die »guten Tutsi« gegen die »bösen Hutu«. Neuigkeiten habe ich hierzulande kaum wahrgenommen.

Und anderswo?

Differenzierter ist die Berichterstattung in Frankreich. Vor mir liegen zwei Bücher – »Un génocide en questions« von Bernard Lugan und »Au nom de la France. Guerres secrètes au Rwanda« von Benoît Collombat und David Sernay. Die Bücher sind 2014 erschienen. Sie sind Teil einer anhaltenden Lagerdiskussion. Dabei geht es im Kern um die Frage, wie es zu dem Genozid kam und ob Frankreich schuldhaft involviert war. Paris hatte militärisch eng mit dem Hutu-Regime von Präsident Habyarimana zusammengearbeitet, nicht während, aber vor dem Genozid. Ruanda gehörte zu Frankreichs Einflusszone.

Warum weiß man zwanzig Jahre danach immer noch nicht, wer das Flugzeug mit den Präsidenten von Ruanda und Burundi an Bord abgeschossen hat und damit das Schlachten auslöste?

Das ist eine politisch hochbrisante Frage. Wir haben es mit einer Diskussionslandschaft zu tun, in der zwei sich ausschließende Darstellungen und Interpretationen der Ereignisse gebetsmühlenartig wiederholt werden. Auf der einen Seite wird behauptet, die von Uganda und den USA unterstützten Tutsi-Rebellen hätten das Flugzeug abgeschossen. Auf der anderen Seite werden die von Frankreich unterstützten Hutu beschuldigt, ihren Präsidenten selbst abgeschossen zu

haben. Inzwischen haben sich Kommunikationsprofis beider Seiten des Themas angenommen. Es geht weniger um die

RUANDA

Zwanzig Jahre nach dem Völkermord in Ruanda rückt das Land in den Fokus medialer Jahrestage. *Message* geht der Frage nach, was Journalisten damals und heute hätten leisten können.

- ▶ » Clintons willfähige Helfer«: Afrika-Kenner Helmut Strizek kritisiert die gleichförmige Berichterstattung S. 40
- ▶ » Vollständige Ohnmacht«: *Taz*-Korrespondentin Bettina Gaus über die Machtlosigkeit der » Vierten Gewalt« S. 44

Wahrheit als um öffentlichkeitswirksames, politisch interessantes Framing.

Worin sehen Sie zwanzig Jahre nach dem Attentat noch politische Brisanz?

Allein die schiere Dimension des Massakers – geschätzte 800.000 Tote – gebietet es, den Fall nicht einfach zu den Akten zu legen. Für Ruanda und Uganda ist die Abschlussfrage innenpolitisch nach wie vor höchst bedeutsam. Die autoritäre, von den Tutsi dominierte Regierung in Kigali legitimiert ihre militärischen Interventionen im Osten Kongos bis heute mit dem Hinweis auf den Genozid. Auch für die involvierten internationalen Akteure steht außen-, innen- und geopolitisch viel auf dem Spiel – Reputation, Glaubwürdigkeit, Wiedergutmachung. Wenn zweifelsfrei nachgewiesen werden könnte, dass ein westliches Land am Abschuss der Präsidentenmaschine beteiligt war – oder diesen billigend in Kauf nahm –, wäre das ein Desaster für die Regierung des betroffenen Landes.

Was leisten Journalisten und Medien zur Aufklärung?

Für die diesbezüglichen Schwierigkeiten stehen beispielhaft die eingangs von mir erwähnten Bücher. Ich lese sie und bin danach ratlos. Beide Seiten verweisen eigeninteressiert auf zahlreiche Details sowie angebliche Fakten und präsentieren ihre Position als glaubhaft und plausibel. Am Ende aber bekomme ich keine wirkliche Antwort auf die Frage, wer am 6. April 1994 das Flugzeug abgeschossen hat.

Es gab jahrelange juristische Auseinandersetzungen bezüglich des Genozids – in Ruanda, am Internationalen Strafgerichtshof in Arusha/Tansania, aber auch in Frankreich oder Spanien. Was haben die jahrzehntelangen Recherchen, Befragungen und Expertenanhörungen der Gerichte über den Flugzeugabschuss herausfinden können?

Es steht mir nicht zu, die mit der rechtlichen Aufarbeitung der Vorgänge befassten nationalen und internationalen Institutionen zu kritisieren. Dennoch: Die Geschichte der juristischen Aufarbeitung des ruandischen Genozids wäre ein eigenes Buch wert. Es wäre voll von unbeantworteten Fragen – unter anderem nach abgesetzten, politisch offenbar unliebsamen Richtern und Richterinnen in Arusha und Frankreich.

Wie kann das sein?

Man darf einen interessenbasierten, also politischen Hintergrund vermuten.

Ruanda war damals zu einem geopolitischen Hotspot geworden. Frankreich rüstete die Hutu auf, Uganda und die USA die Tutsi. Hätten Frankreich und die USA den Genozid verhindern können, wenn sie vorher an einem Verhandlungstisch zusammengefunden hätten?

Vielleicht. Aber weder Frankreich noch die USA haben das Ausmaß des Genozids vorausgesehen.

Informationen über die explosive Situation in Ruanda lagen 1994 der UNO, dem State Department, dem französischen Außenministerium und auch dem Auswärtigem Amt vor. Und zwar vor dem Genozid. Haben wir es in Ruanda auch mit einem Versagen westlicher Politik und Diplomatie zu tun?

Ja. Die geopolitische Rivalität Frankreichs und der USA waren einer diplomatischen Konfliktlösung abträglich. Die Situation lief aus dem Ruder, weil alle Beteiligten – einschließlich der lokalen Akteure – eigeninteressiert zur Eskalation beitrugen. Mitunter haben westliche Politiker, Diplomaten und Journalisten die Neigung, komplexe Zusammenhänge schematisch zu vereinfachen und nicht genau hinzuschauen. Das ist zumindest mein Eindruck als langjähriger Berater afrikanischer Akteure. Hinzu kommt, dass das Ausmaß sich anbahnender Krisen und Auseinandersetzungen meist schwer vorzusehen ist. Und wenn sie einmal ausgebrochen sind, sind sie in der Regel kaum noch von außen zu beeinflussen. Das sehen die Medien häufig anders.

Ihre Antworten haben eine aktuelle Dimension: In der bundesrepublikanischen Mediendebatte wird der Genozid in Ruanda gerade häufig als Argument dafür genutzt, auf eine generelle Bereitschaft zu militärischen Interventionen

STEFAN BRÜNE

arbeitet als Politikberater der Europäischen Union in Mogadischu und betreut als Programm- und Organisationsberater afrikanische und zentralasiatische Entwicklungsvorhaben. Zuvor war er Inhaber der Hiob-Ludolf-Proessur am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg.



und Waffenexporten im Falle von aufkommenden Genoziden zu drängen ...

Wie bereits gesagt, fehlt es in der massenmedialen Krisenberichterstattung mitunter an detaillierten und differenzierenden Hintergrundinformationen. Medial finden Genozide plötzlich überall statt – in Syrien, im Irak, im Südsudan. Mit dem Wort »Genozid« sollte zurückhaltender umgegangen werden.

Wie erklären Sie sich dessen inflationären Gebrauch?

Dramatisch emotionalisierte Zuspitzungen garantieren Auflagen und Aufmerksamkeit. Politiker und Kriegsparteien sprechen gerne von Genozid, um ihre Botschaften in

»Die Geschichte der juristischen Aufarbeitung des ruandischen Genozids wäre ein eigenes Buch wert.«

den Medien zu platzieren. Wegen der gängigen politischen Instrumentalisierung solcher Vorwürfe sollten Journalisten diese jedoch nicht leichten Herzens kolportieren, sondern ihre Aussagen kontextualisieren und hinterfragen, wer sie aus welchen Gründen und mit welchen Absichten nutzt. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch, dass der Diplomatie als Mittel der Krisenbewältigung in den Massenmedien zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Liegt das nicht auch an der relativen Verschlossenheit diplomatischer Milieus?

Sicher. Aber die Neigung, einem Massenpublikum stark verkürzte und eingängige Narrative und Erklärungen zu präsentieren, spielt ebenfalls eine Rolle. Viele Redaktionen verzichten inzwischen auf zeitaufwendige Recherchen und begnügen sich mit oberflächlich recherchiertem Halbwissen. Sie sind – in der Regel aus Kostengründen – weit davon entfernt, vor Ort zu recherchieren. Es gibt immer weniger regional erfahrene Journalisten, die Entwicklungen und Ereignisse – etwa in Ruanda oder dem Gebiet der Großen Seen – über längere Zeiträume verfolgen und die komplexen Entwicklungen und Akteurskonstellationen »von innen« begreifen. Ohne eine solche Expertise kann man aber häufig Wichtiges nicht von Unwichtigem unterscheiden.

Wie meinen Sie das?

Nehmen wir das ruandische Beispiel. Ein zentrales Anliegen des strategischen, professionell begleiteten pressebezogenen Framings scheint es heute zu sein, die Öffentlichkeit mit Details, Scheindebatten und Unwichtigkeiten zu überfrach-

ten, um so von der Frage nach den Ursachen und Hintergründen des Flugzeugabschusses abzulenken. Dabei spielen auch zukunftsbezogene Interessen eine Rolle. Frankreich hat, trotz anhaltender Spannungen, wieder diplomatische Beziehungen zu Ruanda aufgenommen. Und wenn sich hohe Regierungsrepräsentanten beider Seiten treffen, wird die Frage nach dem Abschuss des Flugzeugs nicht mehr gestellt. Man spricht von einer »Normalisierung der Verhältnisse« und »erfreulicher Annäherung«.

Mittlerweile gibt es Organisationen wie Genocide Alert, die sich ausschließlich der Thematik Genozid widmen und den Jahrestag des Genozids in Ruanda sehr aktiv begehen.

Genocide Alert kann ich nicht ernst nehmen.

Warum?

Genocide Alert folgt offenbar einem standardisierten Vorwurfsmuster, um in Deutschland politischen Handlungsdruck zu erzeugen. Die verteilen Schulnoten an Parteien: Wer für Militäreinsätze ist, bekommt eine Eins, wer dagegen ist, eine Fünf.

Sie sprachen davon, dass den Massenmedien und Journalisten Analyse-Know-how fehle. Haben Sie Beispiele aus Ihrer langjährigen Erfahrung als Politikberater in Afrika?

Nehmen Sie die – meist kurzen – Staatsbesuche deutscher Politiker in afrikanischen Krisenregionen. Da wird dann regelmäßig berichtet, dass dieser oder jener Politiker verhandelt und sich für dieses oder jenes Anliegen stark gemacht habe. Das klingt wichtig. Die Realität ist häufig profaner. Wenn deutsche Minister Afrika-Reisen absolvieren und – zwecks Auftankens – einen mehrstündigen Zwischenstopp in Dschibuti einlegen müssen, weiß die Presse eigenartigerweise von wichtigen bilateralen Gesprächen und Verhandlungen. Indes: Wie viele deutsche Journalisten sprechen Haussa, Suaheli, Amharisch oder andere afrikanische Sprachen? Die meisten der wenigen deutschen Afrika-Korrespondenten sitzen in ihren Büros in Südafrika oder Kenia und berichten dann über Mali oder den Südsudan, wenn dort Kriege bereits ausgebrochen sind. Oder anlässlich des Jahrestags des Genozids über Ruanda. ■



Das Interview führte Message-Herausgeber Lutz Mücke.

GUT UND BÖSE – SCHWARZ UND WEISS

von Helmut Strizek

Allzu simpel berichten deutsche Medien über den Genozid in Ruanda. Komplexe und widersprüchliche Hintergründe scheinen nur zu stören. Der ruandischen Regierung und ihren Verbündeten kann das nur recht sein. Ihre Propaganda blüht.

Deutsche Medien berichteten in den letzten Jahren nur noch selten hintergründig über Ruanda. Auch der 20. Jahrestag des Genozids bot einem Großteil von ihnen nun lediglich den Anlass, die in den letzten zwanzig Jahren permanent wiederholte »offizielle Lesart« über den Völkermord erneut zu verbreiten. Ein Highlight in dieser Hinsicht war das vom WDR am 16. April 2014 übertragene Radio-Feature »Hate Radio« von Milo Rau. Aber auch der Beitrag von Thomas Scheen in der *FAZ* mit der Überschrift »Der schnellste Genozid der jüngeren Geschichte« am 6. April 2014 transportiert dieses offizielle Narrativ. Und *Spiegel Online* verbreitete am 7. April 2014 unter der Überschrift »20. Jahrestag: Ruanda trauert um die Opfer des Völkermords« ebenso die seit 20 Jahren stereotyp vertretene Behauptung, man wisse noch immer nichts darüber, wer mit dem Abschuss der ruandischen Präsidentenmaschine den Genozid ausgelöst habe – obwohl heute alles dafür spricht, dass es Tutsi-Rebellen waren. Eine Ausnahme in der langen Liste war der Beitrag des Berliner Schriftstellers Hans Christoph Buch in der *Süddeutschen Zeitung* am 6. April 2014.

ATTENTAT SCHUF MACHTVAKUUM

Doch zunächst ein Rückblick: Am Abend des 6. April 1994 wurde ein Flugzeug mit den beiden Präsidenten von Ruanda und Burundi, General Juvénal Habyarimana und Cyprien Ntaryamira, abgeschossen. Neben den beiden Politikern starben

an Bord auch wichtige Vertreter der ruandischen Armeeführung. Das Attentat schuf ein Machtvakuum, in dem Hunderttausende Tutsi von marodierenden Hutu-Banden abgeschlachtet wurden. Die westliche Welt griff nicht ein, obwohl die wenige Tage nach dem Attentat gebildete Interimsregierung darum gebeten hatte. Militärisch wäre es kein Problem gewesen, das Morden zu stoppen. Aber die den Tutsi nahestehenden Rebellen der Ruandischen Patriotischen Front (RPF) und ihre ugandischen Unterstützer sahen ihre Chance gekommen, die Macht im Land zu übernehmen. Sie überzeugten die USA und deren Verbündete, nicht einzugreifen. Ziel der Rebellen war es offenbar, die machtlose Interimsregierung für den Tutsi-Völkermord verantwortlich machen zu können. Zum Zeitpunkt des Attentats schwelte der Konflikt im Land schon seit vier Jahren. Die RPF ging daraus schließlich als Sieger hervor. Mit dem bis heute als Staatspräsident amtierenden Paul Kagame an der Spitze verbreiten sie und ihre westlichen Verbündeten seither eine »offizielle Lesart« der Ereignisse, die sich westliche Medien zu eigen gemacht haben.

Dieses Narrativ ist denkbar simpel: Habyarimanas Flugzeug sei von Gegnern im eigenen Hutu-Lager abgeschossen worden. Diese »Hutu-Extremisten« hätten den Völkermord von langer Hand geplant. Habyarimana aber hätte dem Genozid im Wege gestanden. Erst nach seinem Tod hätten sie ihr grausames Ziel verwirklichen können. Die RPF habe nur durch Eroberung des Landes den Tutsi-Völkermord beenden,

aber die von Frankreich geförderte Flucht von Millionen Hutu nicht verhindern können. Um eine erneute Herrschaft der auf Rache sinnenden Mehrheitsbevölkerung der Hutu zu verhindern, habe die RPF 1997 in Zaire einfallen und dabei die noch dort verbliebenen Hutu-Kämpfer eliminieren müssen (für eine andere Deutung vgl. Kasten auf Seite 42).

EINE MILLION HUTU »FEHLEN«

Zentral in dieser Sichtweise, die die Berichterstattung in den deutschen Medien dominiert, ist das Verschweigen der Massenmorde an der Hutu-Zivilbevölkerung zwischen 1990 und 1994. Ebenfalls nur sehr selten erwähnt wird, dass die Regierung des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton eine objektive Untersuchung des Flugzeugabschusses vom 6. April 1994 sowohl durch die Uno als auch durch Wissenschaftler unterbunden hat. Die Clinton-Administration betrachtete den RPF-Führer und Staatspräsident Paul Kagame als »our guy« und unterstützte die von ihm errichtete Diktatur finanziell großzügig. Auch US-Präsident Barack Obama gewährt Ruanda im Rahmen einer »Sicherheitspartnerschaft« Militärhilfe. Die Grundsatzentscheidung der deutschen Politik, die Perspektive der Clinton-Administration nicht zu hinterfragen, geht noch auf den ehemaligen Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) und seinen Afrika-Direktor Harald Ganns (SPD) zurück. Die Zeit der rot-grünen Koalition nach 1998 geriet zur »goldenen Zeit« der Kagame-Unterstützung, und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bleibt dieser Linie treu.

Deutsche Meinungsführer der ersten Stunde des oben skizzierten Narrativs waren die beiden Afrika-Korrespondenten Wolfgang Kunath (*Frankfurter Rundschau*) und Michael Birnbaum (*Süddeutsche Zeitung*). In ihrer Berichterstattung waren sie schon vor dem Attentat am 6. April 1994 von den staatsmännischen Qualitäten des seit 1986 regierenden ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni überzeugt, und so war es nur ein kleiner Schritt bis zur Übernahme der offiziellen Genozid-Version. In der *Frankfurter Rundschau* erschien am 5. November 1992 ein Artikel mit der Überschrift »Allmählich schwand die Bewunderung für »Habis« Regime«. Geschrieben hatte ihn der in Ruanda tätige evangelische Pfarrer Herbert Keiner, und er gab damit offenbar den Startschuss für eine fortan immer positiver werdende Darstellung der Tutsi-Rebellenorganisation RPF.

Freilich fanden sich auch vereinzelt abweichende Interpretationen und Erklärungen. Bis zu seinem Tod im Jahr 2000 stellte etwa der renommierte Afrika-Journalist Walter Michler die These in Frage, die Hutu-Flüchtlinge in den Lagern in Ost-Zaire seien Geiseln der »alten Ordnung« und würden von den eigenen Leuten an der Rückkehr gehindert. Oder Hans Christoph Buch, der im April 1995 Augenzeuge der Ermordung tausender Hutu-Inlandsflüchtlinge im Lager Kibeho im

Süden des Landes wurde, schrieb über dieses traumatische Erlebnis: »Der 22. April war ein schwarzer Tag für das vom Völkermord traumatisierte Ruanda: Nicht nur Tausende von Hutu-Vertriebenen, auch die Hoffnung auf Frieden und Versöhnung wurde an diesem Tag von der Tutsi-Armee massakriert. Der Massenmord im Flüchtlingslager Kibeho markiert einen Wendepunkt in der Politik der neuen ruandischen Regierung. Deren Anspruch, das ganze Volk zu repräsentieren, hat mit dem Gemetzel vom vergangenen Wochenende seine Glaubwürdigkeit verloren.« (*Zeit* Nr. 18/1995)

Auch Günter Krabbe machte am 15. Juli 1995 in der *FAZ* auf einen höchst beunruhigenden Umstand aufmerksam. Es zeige sich, schrieb Krabbe, dass nach dem Sieg der RPF in Ruanda mindestens eine Million Hutu »fehlten«, selbst wenn man die Hutu-Flüchtlinge in den Lagern in Ost-Zaire und Tansania einrechne. Dass Krabbes Rechnung plausibel sei, hat der 1998 im Exil ermordete erste Innenminister der

**Zentral in dieser Sichtweise ist das
Verschweigen der Massenmorde an der Hutu-
Zivilbevölkerung zwischen 1990 und 1994.**

Nachkriegsregierung, Seth Sendashonga, mir in Bonn persönlich bestätigt. Auch in der sonst kaum vom Mainstream westlicher Politikermeinungen abweichenden öffentlich-rechtlichen Ruanda-Berichterstattung gab es »Ausrutscher«. So ließ der sichtlich bewegte ARD-Nairobi-Korrespondent Hans-Josef Dreckmann am 29. April 1997 in einer Fernsehdiskussion kaum Zweifel zu, dass sich an der Bahnstrecke von Ubundu nach Kisangani am Kongo-Fluss ein Massenmord an ruandischen Hutu-Flüchtlingen ereignet hatte. Nicht erst seit einem 2010 herausgegebenen Bericht der Uno-Menschenrechtskommissarin Navanethem Pillay weiß man, dass er recht hatte.

KRITISCHE STIMMEN VERSTUMMEN

Doch woher kam die bis auf wenige Ausnahmen zu konstataierende unkritische Übernahme von Polit-Propaganda durch deutsche Medien? Das hat viele und komplexe Hintergründe. Die weitgehende Abstinenz von kontinuierlicher Berichterstattung und Expertise über Ruanda mag einiges erklären. Aber es gab auch regelrechte Sympathieblöcke. Eine spezielle Rolle spielte dabei die Deutsche Welle. Der Staatssender hatte schon in den 1960er Jahren auf dem Berg Kininya bei Kigali eine Relaisstation zur Kurzwellenübertragung seiner Sendungen für Afrika, den Nahen Osten und Asien errichtet. Dadurch war die Deutsche Welle seit jeher auf enge Kooperationen mit jeder

HINTERGRÜNDE ZUR »OFFIZIELLEN LESART«

Die von der Clinton-Administration kanonisierte Lesart, die Hutu hätten den Völkermord an den Tutsi von langer Hand geplant, hält kritischer Überprüfung nicht stand. Das habe ich 2011 in dem Buch »Clinton am Kivu-See. Die Geschichte einer afrikanischen Katastrophe« dargestellt.*

Wie fragwürdig diese Annahme ist, zeigt die Tatsache, dass ihre Kernidee schon im März 1993 (also knapp ein Jahr vor Beginn des Völkermords) in einem Bericht der »Internationalen Untersuchungskommission« zu finden ist, die aus westlichen Sympathisanten (wie zum Beispiel dem Franzosen Jean Carbonare, der nach dem Sieg Präsidentenberater in Kigali wurde) der Tutsi-

nahen Ruandischen Patriotischen Front (RPF) bestand. Der Bericht entstand, nachdem RPF-Rebellen erfolglos versucht hatten, Gebiete im Norden zu erobern und dabei mehr als 700.000 Hutu-Bauern vertrieben wurden. Sie rechtfertigten ihren Kampf schon zu diesem Zeitpunkt mit der Behauptung, die damalige Regierung von Staatspräsident Habyarimana sei bereits in die Ausführung eines Völkermords an den Tutsi involviert. Lange hatte Frankreich die Regierung im Kampf gegen die Rebellen militärisch unterstützt, zog seine Truppen aber nach dem Arusha-Friedensabkommen vom 4. August 1993 ab.

Nun stand der Eroberung des Landes durch die RPF mit Hilfe der von den USA ausgerüsteten ugandischen Armee nur noch Staatspräsident Habyarimana im Weg. Dass ein erneuter Krieg zu möglicherweise 500.000 toten Tutsi führen könnte, hatte bereits ein CIA-Bericht vom Januar 1994 prognostiziert. Umso wichtiger war es,

eine Begründung für das Nichteingreifen der Internationalen Gemeinschaft vorzubereiten, als die Mörderbanden, die man leicht militärisch hätte stoppen können, beim Vormarsch der RPF durchs Land zogen. Da man befürchtete, es könnte sich eine Mehrheit zum Eingreifen gegen die Hutu-Banden finden, was den RPF-Sieg hätte behindern können, wurden am 21. April 1994 die im Lande stationierten Uno-Blauhelmsoldaten abgezogen. Dies beweist, dass nicht Hutu-Planungen die Inlandstutsi bedrohten, sondern auch die geheimen Planungen internationaler RPF-Unterstützer.

Ein Instrument zur Durchsetzung der offiziellen Lesart zum Genozid in Ruanda war die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda in Arusha, vor dem nur Hutu angeklagt wurden. Die Hintergründe des Flugzeug-Attentats wurden dort nie untersucht. Die Richter sahen keinen Zusammenhang zwischen dem Attentat und dem Tutsi-Völkermord.

* Meine Untersuchungen basieren auf vielen, in deutschen Medien nicht erwähnten Darstellungen zum Völkermord in Ruanda 1994, die hier im Einzelnen nicht dargestellt werden können.

ruandischen Regierung angewiesen. Unter dem von 2001 bis 2013 amtierenden DW-Intendanten Erik Bettermann (SPD) entwickelte sich auch dadurch und im Einklang mit den Wünschen der Bundesregierung eine beständige Kagame-Unterstützung.

Eine Doppelrolle als Reporter des Deutschlandfunks und bis 1998 als Chef von Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e. V. spielte Rupert Neudeck. Er hatte bei seinen Reisen als Nothelfer auch Reportagen geliefert, bei denen er das Bild von einem Paul Kagame vermittelte, der einen Völkermord beendet habe und nun alles dafür tue, damit die Hutu-Flüchtlinge aus dem Ost-Kongo wieder zurückkehrten.

Mit der Einstellung der Fachzeitschrift *Internationales Afrikaforum* im Jahr 2004 verschwand eine der ganz wenigen Plattformen für eine von der offiziellen Lesart abweichende Sichtweise. Mitherausgeber der Zeitschrift war der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete (1980-1998) Alois Graf von Waldburg-Zeil. Aber der Afrika-Kenner fand selbst in seiner eigenen Partei nur wenig Gehör, wenn er für eine vorsichtigere Bewertung der RPF und ihrer Propaganda plädierte.

FAZ WAR LANGE ZURÜCKHALTEND

Aus meinen langjährigen Recherchen zum Thema sind mir zahlreiche Beispiele im Gedächtnis geblieben, die zeigen,

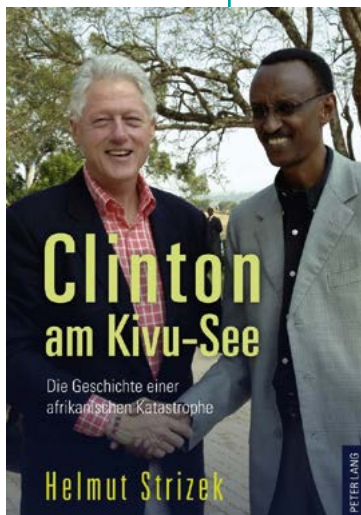
wie deutsche Leitmedien sich Stück für Stück der heute vorherrschenden offiziellen Lesart zum Völkermord in Ruanda zuwandten. Die *FAZ* war zwar lange deutlich differenzierter als andere Medien, aber im April 2008 schwenkte auch sie um. Anlass war der Staatsbesuch des ruandischen Präsidenten in Berlin bei Bundespräsident Horst Köhler, einem ausgewiesenen Kagame-Freund. Noch zwei Monate zuvor hatte der *FAZ*-Afrikakorrespondent Thomas Scheen als einziger deutscher Korrespondent in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* über die vom spanischen Ermittlungsrichter Fernando Andreu Merelles erlassenen Haftbefehle gegen vierzig Mitstreiter von Kagame und dessen Verantwortung für RPF-Massenverbrechen berichtet.

Ein weitgehend unerklärtes Phänomen bei der Verbreitung offizieller Propaganda-Versionen liefern die *Taz* und ihr englischer Afrikaredakteur Dominic Johnson. Johnson kam 1990, gleichzeitig mit dem Beginn des Rückeroberungskriegs der ruandischen Exil-Tutsi, als Redakteur zur *Taz* nach Berlin. Mit ihm erlangte die *Taz* nach dem Amtsantritt von Joschka Fischer in der deutschen Medienlandschaft eine Quasi-Monopol-Stellung für die Darstellung des offiziellen Ruanda-Narrativs und wurde ein Aushängeschild für Afrika-Berichterstattung insgesamt. Johnson wurde offenbar immer

Viele Urteile gegen die angeklagten Hutu wurden mit der Völkermordplanung begründet. Dennoch stellten die Richter in einem sensationellen Urteil vom 18. Dezember 2008 im Prozess Militär I fest, die von der Anklage behauptete Planung des Tutsi-Völkermords durch Armee und staatliche Organe ließe sich nicht beweisen, und entzogen damit der offiziellen Lesart den Boden. Dass dieses Narrativ im Lager der RPF-Unterstützer weiter erfolgreich benutzt wird, beweist nicht das Gegenteil.

Helmut Strizek

*Clinton am Kivu-See, Frankfurt/M.,
2011, Verlag der Wissenschaften
Peter Lang, 408 Seiten*



glänzend von höheren Stellen informiert. Es bleibt mir unverständlich, wie die vielen links-intellektuellen Leser der *Taz* über fast zwei Jahrzehnte eine so dominante Pro-Kagame-Berichterstattung hinnehmen konnten – und damit auch eine Sprachregelung zu den Ereignissen im Gebiet der Großen Seen, die aus Washington kommt, das die *Taz* doch sonst so oft als »imperialistisch« brandmarkt.

UNVERZEIHLICHES DESINTERESSE

Johnson seinerseits trat zudem in einer Doppelfunktion als Journalist und als Mitglied des Pole-Institute mit Sitz im kongolesischen Goma auf. Dieses Institut wurde mit Hilfe des Evangelischen Entwicklungsdienstes Anfang 1997 zeitgleich mit dem Vormarsch der ugandisch-ruandischen Truppen nach Zaire gegründet. Seither wird es nicht müde zu erklären, warum die beiden Kivu-Provinzen besser im ruandischen als im Kongo-Staatsverband aufgehoben wären. In anderem Kontext nennt man dies heute durchaus »Separatisten-Bewegung«. Das Pole-Institute, der evangelischen Kirche nahestehende Entwicklungsorganisationen sowie ihre Publikationen übten – wie auch die *Zeit*-Redakteurin Andrea Böhm – ab 2008 gemeinsam mit Johnson Druck auf die deutsche Justizministerin Brigitte Zypries aus, die in Deutschland

lebenden Chefs der Hutu-Rebellengruppe Forces Démocratiques de Libération du Rwanda strafrechtlich zu verfolgen. In diesem Zusammenhang veröffentlichte der Journalist Markus Frenzel Beiträge im ARD-Magazin *Fakt* und griff Zypries an. Beim offenkundigen Desinteresse der deutschen Medien an Afrikafragen war es dann auch Dominic Johnson, der als einziger regelmäßig – und nicht nur zum Prozessauftritt und der Urteilsverkündung – über diesen und die beiden anderen Ruanda-Prozesse in Frankfurt und Düsseldorf berichtete.

Seit im Dezember 2008 die Richter des milliardenschweren Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda im tansanischen Arusha zu dem Schluss kamen, die Planung des Tutsi-Völkermords durch die ruandische Armee und die am 9. April 1994 nach der Habyarimana-Ermordung etablierte, nur aus Hutu bestehende Interimsregierung sei nicht nachweisbar, reduzierte sich die *Taz*-Berichterstattung auf einige sporadische Urteile dieses Tribunals. Im Rest der deutschen Medien fand dieses Gericht danach so gut wie nicht mehr statt.

Dass die deutschen Medien auch so gut wie nicht – und wenn dann nur am Rande – über das Schicksal von Victoire Ingabire Umuhoya berichtet haben, die – nur weil sie bei den Präsidentschaftswahlen 2010 in Ruanda kandidieren wollte – im Dezember 2013 letztinstanzlich zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, verwundert vor diesem Hintergrund nicht – ist aber unverzeihlich.

Sehr betroffen machte mich auch die Übernahme der »offiziellen Lesart« durch den Deutschen Presserat am 27. Mai 2010. Anlass war ein Rüge-Antrag für einen Kommentar von Maritta Tkalec in der *Berliner Zeitung* vom 3. März 2010 zur kurzzeitigen Inhaftierung der Präsidentenwitwe Agathe Habyarimana in Frankreich. Der Beitrag trug die Überschrift »Das Ende der Endlöserin«. Eine brutālere Vorverurteilung ist schwerlich denkbar. Dennoch behauptete Ursula Ernst, die Vorsitzende des zweiten Beschwerdeausschusses des Deutschen Presserats, der Kommentar verletze keine publizistischen Grundsätze. ■



Helmut Strizek war von 1980 bis 1983 für die EU in Kigali tätig. Seit 1994 forscht er privat zur Ruanda-Frage. 1996 promovierte Strizek an der Universität Hamburg über Ruanda und Burundi.

VOLLSTÄNDIGE OHNMACHT

von Bettina Gaus

Hätten Journalisten den Völkermord in Ruanda vorhersehen können? Vielleicht. Doch selbst dann hätte es auf internationaler Ebene wohl niemanden interessiert. Ein Blick auf die Machtlosigkeit der »Vierten Gewalt«.

Niemand, den ich kenne, hat den Völkermord in Ruanda vorhergesehen. Inzwischen wissen wir, dass UN-Organisationen und unabhängige Hilfswerke gewarnt hatten. Seit Ende 1993 war in Berichten von der Bewaffnung extremistischer Gruppen und Todeslisten die Rede. Aber, so das Ergebnis einer internationalen Studie von 1996, die Uno-Kommission für Menschenrechte »hat kaum Notiz von ihrem eigenen Bericht genommen«. Die Informationen seien »meistens in nationalen Ministerien und im System der Uno zu den Akten gelegt« worden.

In die Hände der Korrespondentinnen und Korrespondenten, die mit Sitz in der kenianischen Hauptstadt Nairobi über Ost- und Zentralafrika berichteten, gelangten sie jedenfalls nicht – und falls doch, dann habe ich davon nichts mitbekommen. Hätte ich die Berichte gesehen: Wie ernst hätte ich sie genommen? Das ist für mich im Rückblick schwer einzuschätzen.

In den 1990er Jahren war die Berichterstattung über weite Teile Afrikas zur Kriegsberichterstattung geworden. Der Fall des Eisernen Vorhangs hatte auch der Aufteilung des Kontinents in Einflusszonen der ehemaligen Weltmächte ein

Ende gesetzt. Schnell stellte sich heraus, dass die Vorstellung irrig gewesen war, dort würden nur »Stellvertreterkriege« geführt. Vielerorts verschärften sich stattdessen Konflikte.

Somalia, Zaire, Südsudan, Burundi, auch Ruanda: das waren nur einige der Schauplätze blutiger Auseinandersetzungen und humanitärer Katastrophen. Es kam durchaus vor, dass internationale Organisationen eine Situation dramatisierten, um Aufmerksamkeit zu erzeugen – auch deshalb, weil sie plötzlich mit Hilfswerken in Ländern des ehemaligen Ostblocks um Geld konkurrieren mussten. Was dazu führte, dass man als Reporterin häufig Abstriche machte, wenn man alarmierende Informationen erhielt. Hätte ich Berichten über einen bevorstehenden Genozid in Ruanda geglaubt? Ich weiß es nicht.

KÄMPFE JA, VÖLKERMORD NEIN

Natürlich war uns allen klar, dass die Lage bedrohlich war. Aber was heißt schon bedrohlich? Den Ausbruch von Kämpfen hätte ich jederzeit für möglich gehalten, an einen Völkermord habe ich nicht einmal gedacht. Anfang Februar 1994 war ich in Ruanda gewesen, gerade einmal zwei Monate vor

Beginn der Massaker. An einer Straßenkreuzung in der Hauptstadt Kigali lag eine Leiche. Der Taxifahrer schüttelte nur den Kopf und gab Gas. Erklären wollte er nichts. Gefährlich? Ja. So gefährlich, wie viele afrikanische Städte damals eben waren. Dachte ich.

Die Konflikte zwischen der Bevölkerungsmehrheit der Hutu und der Minderheit der Tutsi hatten eine lange Geschichte. Übrigens

Eine unvorhersehbare Katastrophe? In Kigali zeugen die sterblichen Überreste Tausender Menschen vom Völkermord.



ist umstritten, ob die Unterscheidung eine soziale oder eine ethnische ist – aber im Ergebnis machte das damals keinen Unterschied. Nach der Unabhängigkeit 1962 konnte sich in Burundi die herrschende Klasse der Tutsi, die von den Kolonialherren begünstigt worden war, an der Macht halten. Im Nachbarland Ruanda wurden hingegen Tausende von Tutsi ermordet und in die Flucht geschlagen.

Viele retteten sich nach Uganda. Von dort aus marschierte 1990 die Rebellenbewegung RPF (Ruandische Patriotische Front) nach Ruanda ein, um die Rückkehr der Flüchtlinge zu erzwingen. 1993 unterzeichneten die Kriegsparteien im tansanischen Arusha ein Friedensabkommen, das die Teilung der Macht vorsah, von vielen Hutu jedoch als existenzielle Bedrohung verstanden wurde. Die geplante Demobilisierung eines großen Teils der Armee bedeutete für zahlreiche Familien den Absturz in die Armut. Hinzu kam, dass der Krieg und der Sturz der Weltmarktpreise für das wichtigste Exportprodukt Kaffee dazu geführt hatten, dass das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1989 und 1993 um 40 Prozent gefallen war.

Das war der Hintergrund, vor dem der Genozid geplant und schließlich ausgeführt wurde. Ein Reporter, der seinerzeit in Südafrika akkreditiert war, schilderte kürzlich im *Spiegel*, dass er sich bis heute schämt, die Ereignisse anfangs für einen archaischen »Stammeskrieg« gehalten zu haben und die Tragweite dessen, was geschah, nicht verstanden zu haben. Das ehrt ihn, zumal er wahrhaftig nicht der einzige war. Allerdings ist Ruanda von Südafrika eben ziemlich weit weg.

DAS ENTSETZEN BLIEB FOLGENLOS

Uns in Nairobi ging es anders. Wir begriffen recht schnell, dass das, was passierte, kein neu entflammter Bürgerkrieg war, sondern eine andere Dimension hatte. Es klingt immer ein wenig seltsam, wenn man von sich selber behauptet, einen Fehler nicht gemacht zu haben, den andere begingen, aber es gibt dafür ja Gründe. Ruanda gehörte zu unserem Berichtsbereich, und die meisten von uns kannten das Land ziemlich gut.

Allerdings nützte das gar nichts. Niemals ist mir die Machtlosigkeit der angeblich so mächtigen »Vierten Gewalt« auf derart trostlose Weise vor Augen geführt worden wie in Ruanda. Das lag nicht einmal an der sonst oft zu Recht beklagten Gleichgültigkeit der Heimatredaktionen. Nicht nur die traditionell an Afrika interessierte *Taz*, sondern auch andere Medien gaben dem Thema – nach einer gewissen Anlaufzeit – breiten Raum. Aber das Entsetzen blieb folgenlos.

Damals habe ich gelernt, dass Journalismus überhaupt nichts bewirken kann ohne politische Verbündete. Die hatten wir nicht, und die hatten vor allem die Opfer des Völkermords nicht. Nach dem gescheiterten Militäreinsatz in Somalia zeigten die USA und andere Mächte – auch Deutschland

– keine Neigung, sich erneut in einem afrikanischen Land zu engagieren. Man ließ den Dingen ihren Lauf.

Wer vor Ort war, erlebte das Gefühl vollständiger Ohnmacht. Ich fragte Paul Grossrieder vom Roten Kreuz, worüber die Presse seiner Ansicht nach berichten sollte. Nach langem Zögern antwortete er: »Den lokalen Autoritäten muss klargemacht werden, dass sie ein Minimum von Verantwortung

Leichen, die in Massengräbern verscharrt werden, haben keine Eltern, keine Kinder, keine Freunde. Sie bleiben namenlos.

übernehmen müssen, um Zivilbevölkerung und Verwundete zu schützen. Diese Botschaft muss transportiert werden.« Als ob die Kommandeure der Todesschwadronen die *Taz* lesen würden. Es fiel einfach niemandem mehr etwas ein.

ANGEWIDERT, RATLOS, ZORNIG

Uns auch nicht. Ende April 1994 habe ich über die Stimmung unter den Korrespondenten geschrieben. »Angewidert, ratlos, zornig« sei die Atmosphäre. Diskussionen verliefen »selten distanziert, niemals begleitet von der Wildwestromantik, die den Erzählungen mancher Kollegen aus der umkämpften somalischen Hauptstadt Mogadischu anhaftete. Von denen, die in Kigali gewesen sind, mag kaum einer detailliert über seine Erlebnisse berichten.«

Wozu auch? Die Geschichten waren doch stets dieselben. Was schnell zum professionellen Problem wurde: »Leichen, die in Massengräbern verscharrt werden, haben keine Eltern, keine Kinder, keine Freunde. Sie bleiben namenlos. Was lässt sich über sie berichten? Wie oft können Massaker, die sich aus der Entfernung auf schreckliche Weise gleichen, beschrieben werden? Wann wird bei Außenstehenden Entsetzen zu müder Gewöhnung?«

So fragte ich 1994, gerade einmal drei Wochen nach Beginn des Völkermords. Meinem Eindruck nach ist bis heute darauf keine Antwort gefunden worden. Wie die Berichterstattung über Syrien beweist. Um nur ein Beispiel zu nennen. ■



Bettina Gaus ist politische Korrespondentin der Taz. Von 1989 bis 1996 berichtete sie von Nairobi aus für verschiedene Medien über Ost- und Zentralafrika. Ihr Buch »Der unterschätzte Kontinent. Reise zur Mittelschicht Afrikas« (Eichborn) erschien 2011.

KEIN PLATZ FÜR WORTGEKLINGEL

von Michael Haller

Seit 15 Jahren hält Message Qualitätsjournalismus hoch, beobachtet kritisch Medien und vermittelt zwischen Theorie und Praxis. Ein Rückblick auf die erste Ausgabe vom Sommer 1999 – als alles begann.

Das waren starke Worte, wie sie kein deutscher Reporter sagen würde: »To miss covering a war for me is like a soccer player missing his team's championship match.« Sie kamen von Peter Arnett und lieferten den Einstieg für das erste Interview, das wir im Namen von *Message* führten. Arnett, damals 64 Jahre, war der zu jener Zeit wohl berühmteste, auch umstrittenste Kriegsreporter.

Während 13 Jahren berichtete der aus Neuseeland stammende Arnett als AP-Korrespondent aus Vietnam (seine Reportagen wurden mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet), dann aus Nordafrika und Nahost. Als die US-Streitkräfte 1991 zum Auftakt des Golfkriegs Bagdad bombardierten, brachten sich die westlichen Korrespondenten rechtzeitig in Sicherheit – bis auf Peter Arnett, der sich plötzlich auf der Seite des Feindes wiederfand. Viele Amerikaner zu Hause blickten völlig irritiert auf ihren Bildschirm: Sie sahen ihn mit hochgeschlagenem Mantelkragen wie Humphrey Bogart in »Casablanca« mitten in der Nacht auf einem Hoteldach in Bagdad stehen, wie er live die Lage schildert, während hinter ihm der Kometenschweif der Marschflugkörper aufleucht-



tet, ehe die Geschosse irgendwo in der Stadt einschlagen. Monate zuvor war Arnett als News-Chef beim jungen TV-Sender CNN eingestiegen; seine Bagdad-Bilder machten den Nachrichtenkanal über Nacht weltberühmt.

Nun, acht Jahre später, ging es um den Kosovo. Aus den Bürgerkämpfen war ein Krieg der Nato-Staaten gegen das sich auflösende Jugoslawien geworden. Tag und Nacht explodierten US-amerikanische Raketen und Marschflugkörper in den Städten und zerstörten Krankenhäuser, Schulen und Baudenkmäler. Nato-General

Wesley Clark feierte den Luftkrieg als grandiosen Erfolg – fast widerspruchslos, weil die westlichen Journalisten aus der Perspektive der Nato und der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer berichteten. Kriegsreporter, die das Risiko auf sich nahmen, das Kriegsgeschehen (auch) von der anderen Seite zu beobachten, fehlten. Auch Arnett fehlte – und dies war der Aufhänger für unser *Message*-Interview. »A war reporter has to believe that his role is essential in a democracy, that the public has a right to know what is happening in a war theater«, sagte er uns. Und meinte es so, auch wenn es pathetisch klang.

◀◀Message-Evolution: 1999 fängt alles an.▶▶ Nach sechs Jahren gibt es das erste Facelift, das auch nach dem Redaktionsumzug von Leipzig nach Hamburg 2012 (oben) noch Bestand hat. Seit 2014 (unten) präsentiert sich das Magazin im neuen Gewand.

Jenes Gespräch gehörte zu unserem Themenschwerpunkt »Krieg«, mit welchem wir die Parteilichkeit, den blinden Fleck in der journalistischen Berichterstattung aus unterschiedlichen Perspektiven thematisierten. Zum Thema gehörte auch das von Christoph Fasel und Kathrin Kommerell exzellent geschriebene Porträt des Fotografen Jay Ullal, der während dreißig Jahren für den *Stern* aus den Kriegs- und Krisengebieten der Erde berichtete: bildstarke Parteinahmen für die Opfer der Kriegstreiber in Bosnien, Ruanda, Bangladesch, dem Libanon und Syrien. Es sind, wenn wir an Syrien denken, Zeugnisse der Vernichtungswut von ungebrochener Aktualität.

Im Krieg, wenn sich komplexe Vorgänge zu einer bipolaren Konfrontation verdichten, zeigt sich das strukturelle Rollenproblem des Journalismus in glasklarer Deutlichkeit: Gibt es den neutralen Beobachter, der quasi überparteilich beobachtet und berichtet? Auch wenn die meisten Lehrbücher und Redaktionschefs dies behaupten, so sind aus medienwissenschaftlicher Sicht Fragezeichen zu setzen – und darum Grund, die Bedingungen journalistischer Wirklichkeitsbeschreibungen zu diskutieren und transparent zu machen. Diese Aufgabe übernahm in jener ersten *Message*-Ausgabe der Mainzer Medienwissenschaftler Michael Kunczik (»Wie man Feindbilder aufbaut«).

JOURNALISTISCHE QUALITÄT

Durchsichtig machen, welche Funktionen der Journalismus in modernen Gesellschaften wahrnimmt, welche Aufgaben ihm zugeschrieben werden und welche Rollen er tatsächlich spielt: Dies war der leitende Gedanke, der uns – eine Gruppe Journalistikwissenschaftler, Reporter und leitender Redakteure in meinungsführenden Medienhäusern (siehe Kasten: der internationale Beirat von *Message* 1999) – Ende der 1990er Jahre zusammenführte. Ich erinnere mich noch an den schon wärmeren Frühlingsabend in einem Restaurant vis-à-vis der Leipziger Nikolaikirche. Wir sprachen über das Rollenbild des Journalismus, spielten verschiedene Titelnamen durch (bis *Message* als der bestgeeignete übrig blieb) und schrieben das Konzept einer künftigen Zeitschrift fest, die leisten sollte, was die damaligen Verbandspublikationen nicht taten: die norma-



tiv begründeten Qualitätsansprüche an den Journalismus gegen ständische Interessen und gegen die Trends der Kommerzialisierung hochzuhalten; mit der Medienkritik stets auch herausragende Arbeiten als »Best Practice« vorzustellen. Und, in Deutschland besonders heikel, die Sachkompetenz der Medienwissenschaft zur Analyse aktueller Trends nutzbar zu machen und so umzusetzen, dass sie für Praktiker einen Nutzwert gewinnen – wie auch umgekehrt: zu aktuellen Problemen der Medienpraxis sachkompetente Wissenschaftler beizuziehen.

Ein damals aktuelles Thema war zum Beispiel der im Internet grassierende Anglizismus, der zum Jargon auch in den Printmedien mutierte. Was ist davon zu halten? Die im ersten Heft publizierten Diskussionsbeiträge von sechs Sprach- und Medienwissenschaftlern lesen sich auch 15 Jahre später mit Gewinn (*Message* 1/1999, Seite 100-105). Wobei wir schon damals die Risiken und Nebenwirkungen dieser Theorie-Praxis-Verkoppelung zu spüren bekamen: Nur wenige der Hochschullehrer waren bereit (oder in der Lage), sich in ihr Zielpublikum – Journalisten und Medienmacher – zu versetzen und attraktiv und verständlich zu schreiben. Vielen Forschern gefiel unser sanfter Zwang zum Popularisieren. Beispielsweise zeigte – in der noch heute lebendigen Rubrik »Forschung« – eine Medienwissenschaftlerin auf, dass die Be-

wertung der wirtschaftlichen Großwetterlage in der Presse mit der Meinung der Erwachsenenbevölkerung zur Zukunft der Wirtschaft synchron verläuft. Ihr Fazit lautete damals: »Rezipienten und Massenmedien orientieren sich aneinander, ohne dass man ein Ursache-Wirkung-Verhältnis ausmachen kann.« Es betrifft die aktuellen Mainstreamprozesse vielleicht noch stärker als damals.

Andere Wissenschaftler hatten mit dem Erfordernis, ihre Befunde allgemeinverständlich rüberzubringen, größere Probleme. Unvergessen blieb mir ein über Wochen laufen-

Die Liste unserer Autoren spiegelt weniger Show-Prominenz als berufliche Kompetenz, weniger Wortgeklingel als solide Analyse.

der Mailverkehr mit einem Professorenkollegen, dessen Text im Wissenschaftsjargon abgefasst (aufgeblasen) war und im Zuge unserer Bearbeitung seine gedankliche Trivialität offenbarte. Am Ende zog der Kollege den Text zurück: Wir hätten seinen Gedankengang zerstört.

Aber auch in entgegengesetzter Blickrichtung war es nicht immer ganz einfach. Natürlich konnten wir nur bescheidene Honorare zahlen und überzeugten die Autoren, auch für wenig Geld über ihr existenzielles Thema zu schreiben: über die Zukunftssicherung dieses unglaublich spannenden, ungeheuer wichtigen Berufs. Das hat auch fast immer geklappt. Die üppige Liste der *Message*-Autoren (siehe Seite 50-51) spiegelt weniger Show-Prominenz als berufliche Kompetenz, weniger Wortgeklingel als solide Analyse. Es gab aber auch Journalisten, die von dicken Brettern sprachen, die sie mit ihrem Beitrag bohren wollten. Und dann waren es doch sehr dünne Latten. Und gelegentlich

nur Copy-and-paste. Unser Budget erlaubte keine Geschenke, was manchen dieser Autoren verdross. In einem Falle trafen wir uns vor Gericht wieder; und zu unserer Erleichterung wurde per Urteil bestätigt, dass für Copy-and-paste-Texte, die bereits online standen und die wir nicht drucken, auch kein Ausfallhonorar zu zahlen ist.

DER (SELBST-)KRITISCHE BLICK

Scharf beobachtete Medienmache: Vom ersten Heft an wollten wir den real existierenden Journalismus kritisch in den Blick nehmen und nach Maßgabe unserer Qualitätsvorstellungen durchleuchten und beurteilen – ein bisschen nach dem Muster von David und Goliath. Was den von uns etwas stiefmütterlich bedachten Rundfunkjournalismus betrifft, konnten wir von Anfang an Fritz Wolf für seine fernsehkritische Kolumne »Wolf sieht fern« gewinnen. Zum Printjournalismus wussten wir selbst genug zu sagen: Insidergeschichten aus Redaktionen, detailreiche Blattanalysen, Berichte über redaktionelle Fehlentscheidungen – und eine luzide Sprach-/Stilkritik durch Armin Sellheim und E. A. Rauter.

Warum wird man Ressortchef, dann Chefredakteur? Auf welche Qualifikationen kommt es an, um den Medienwandel zu verstehen und den heute sogenannten Changeprozess crossmedial zu steuern? Wir haben dieses Thema später dann nur noch mit spitzen Fingern angefasst, weil wir merkten, dass doch viele Redaktionschefs in Deutschland auf Manöverkritik eher beleidigt reagieren, offenbar, weil ihnen, spitz gesagt, die eigene Eitelkeit im Wege steht. Wenn ich meinen Aktenordner mit Korrespondenzen der vergangenen 15 Jahre durchblättere, begegnen sie mir wieder, die pseudo-coolen, doch im arroganten Ton abgefassten Beschwerdebriefe deutscher Chefredakteure. Es war nicht nur Mangel an Selbstreflexion, der irritierend wirkte, sondern auch deren Weigerung, sich mit dem Wandel der Medienfunktionen praktisch zu beschäftigen und Konsequenzen zu ziehen. Trotz anhal-



Die *Message*-Werkstatt war eine Beilage über das Handwerk. Sie wurde ersetzt durch das »Podium« als fester Bestandteil des Heftes – seit Frühjahr 2014 in neuer Optik.

tendem Reichweitenschwund hielten viele Blattmacher an der Überzeugung fest, ihr persönliches Bauchgefühl sei Garant für erfolgreichen Journalismus.

PULITZER-PREISTRÄGER BERICHTEN

Selbstverständlich nährt sich guter Journalismus nicht allein aus Funktionswissen plus Führungsqualität plus redaktioneller Ausstattung. Maßgebend ist auch das, was man den journalistischen Biss nennen mag, verbunden mit handwerklichem Können und einem Riecher für Vorgänge, die üble Gerüche verbreiten (selten stinkt es ja schon gleich zum Himmel). Die Arbeitsweise der aufdeckenden Rechercheure wie auch der mit Tiefenschärfe schreibenden Reporter in handwerklicher Hinsicht durchsichtig und nachvollziehbar zu machen: auch dies sollte *Message* leisten. Bereits in der ersten Ausgabe konnten wir mit dem exklusiv für uns verfassten Rechercheprotokoll des Pulitzer-Preisträgers Dan Keating (*Miami Herald*) die »Best-Practice«-Rubrik starten, die herausragende journalistische Leistungen als Service zeigt. In der ersten Ausgabe hatten wir zudem das Rechercheprotokoll des Wächterpreisträgers Detlef Drewes und die von Hermann Schreiber verfasste Begründung für die mit dem Kisch-Preis gefeierte Reportage von Birk Meinhardt (*Süddeutsche Zeitung*). Das hatte einen schönen Effekt: Unsere Idee, das Journalistenhandwerk anhand exzellenter Arbeiten nachvollziehbar zu machen, haben andere übernommen – ein Service, der gewiss der Journalistenausbildung zugutekommt.

KOOPERATION ÜBER GRENZEN HINWEG

Pulitzer-Preise, Arnett-Gespräch, die PR-Kampagnen der Nato im Kosovokrieg und CNN als weltweit operierende News-Maschine: Diese Themen sollten auch zeigen, dass *Message* die mit der Globalisierung verbundenen Probleme in den Fokus nimmt. Im Frühjahr 1999 vereinbarten wir die Kooperation mit europäischen Fachzeitschriften (siehe Impressum). In den USA hatte der umtriebige Rechercheur und Blattmacher Steven Brill ein Jahr zuvor das Magazin *Brill's Content* erfunden. Seine Idee: Investigativ recherchierende Reporter sollten die großen Content-Konzerne mit ihren Akteuren, Stars und Sternchen durchleuchten und dem breiten Publikum zeigen, wie die Meinungsfabriken des Medienzeitalters funktionieren. Brill schien genau der richtige Partner für uns zu sein.

Christoph Fasel, damals Chefredakteur von *Reader's Digest*, nutzte eine New-York-Reise, um mit Brill über *Message* zu sprechen. Es klappte, Brill war mit der Kooperation (Artikel-austausch) einverstanden. Und so kamen wir zu der erwähnten exzellenten Story über die News-Maschine CNN. Und auch zu einer Analyse über ein damals völlig neues Thema: über Strategien der staatlichen Medienstellen, via Internet die Enthüllungen der Kriegsreporter zu konterkarieren. »Der Ko-

DER INTERNATIONALE BEIRAT VON MESSAGE

Seit der ersten Ausgabe steht *Message* ein Beirat von international erfahrenen und engagierten Experten aus Journalismus und Medienwissenschaft zur Seite. Die Beiräte verkörpern mit Leben und Werk das Konzept von *Message*: den Diskurs und den Austausch zwischen Theorie und Praxis zu befördern und wechselseitig zu verschränken und zu bereichern.

Zu den Beiratsmitgliedern der ersten Stunde gehörten Miriam Meckel, Marion von Haaren, Roger Blum, Christoph Fasel, Peter-Matthias Gaede, Hans J. Kleinsteuber (+), Hans Werner Kiltz, Wolfgang R. Langenbucher, Siegfried Weischenberg und Dieter Wild.

Aus diesem Team von erfahrenen Chefredakteuren, Redaktionsleitern und anerkannten Journalistik- und Publizistik-Professoren kam uns über die Jahre eine große Zahl spannender Beiträge, wichtiger Hinweise und stets anregender Diskussionsstoff zugute. Später stießen zum *Message*-Beirat noch Stephan Ruß-Mohl, Hannes Haas (+), Henrik Kaufholz, Mark Hunter, Michael Meyen, Sonia Seymour Mikich, Bernhard Pörksen und Vinzenz Wyss.

Wir danken allen Beiräten sehr herzlich für ihr Mittun und ihr anhaltendes Interesse an unserer Zeitschrift!

sovokrieg hat gezeigt, dass die Mittel des klassischen Journalismus weiterhin taugen, um klarzumachen, worum es geht, lautete die beruhigende Bilanz des renommierten US-Medienjournalisten Jon Katz. Sie hielt nicht lange vor.

Übrigens nahm Brill sein Magazin knapp zwei Jahre später vom Markt – mangels Erfolg. Weder die breite Masse des Publikums noch die Werbewirtschaft interessierten sich für seinen Blick hinter die Kulissen der Medienmaschinerie. Und die Zielgruppe der Journalisten? Die fand Mr. Brill viel zu klein für sein großes Projekt. *Message* indessen ist, was die Zielgruppe betrifft, weiterhin bescheiden: Sie bleibt eine von Drittmitteln abhängige Fachzeitschrift. ■



Michael Haller ist Vorstandsmitglied des Instituts für Praktische Journalismusforschung (IPJ) in Leipzig, Leiter der Journalismusforschung an der Hamburg Media School (HMS) und Gründungsherausgeber von *Message*.

Charlotte Aagaard, Sigrun Abel, Lutz Ackermann, Sascha Adamek, Angelo Agostini, Shogo Akagawa, Faisal Al Shboul, Pierre Albert, Elena Alemany, Saskia Aleythe, Brigitte Alfter, Peter Allgaier, Franz Alt, Klaus-Dieter Altmeyen, Rosental Alves, Alessandro Alviani, Christiane Amanpour, Anas Aremeyaw Anas, Ulf Andenæs, Martin Edwin Andersen, Jens Sejer Andersen, Kenneth Andresen, Claude Angeli, Cristina Archetti, Hans-Jürgen Arlt, Ulrike Arnhold, Klaus Arth, Franziska Augstein, Horst Avenarius, Tomas Avenarius, Robin Avram, Liviu Avram, Ivo Bachmann, Karin Bachmann, Michael Backmund, Dan Badea, Guia Baggi, Julia Bähr, Russ Baker, Vivien Baldauf, Johad Ballout, Nirmalya Banerjee, Britta Bannenberg, Eric M. Barendt, Robert J. Barnett, Thomas Bärsch, Hauke Bartel, Rafael Barth, Dominik Bartoschek, Günter Bartsch, Joachim Bartz, Marc Bassets, Rüdiger Bäßler, Gilles Bastin, Anke Bastrop, Theresa Bäuerlein, Matthew A. Baum, Achim Baum, Hendrik Bebbler, Thomas G. Becker, Klaus Bednarz, Anja Beer, Markus Behmer, Thomas Bellu, Janina Bembenek, Kathleen Bendick, Anja Bengelstorff, Helena Bengtsson, Günter Bentele, Julia Berghofer, Melanie Bergermann, Sven Bergman, Hermann Bernd, Marcello Berni, Don Berry, Edmondo Berselli, Anja Bertelsen, Christoph Bertling, Thomas Bertz, Benjamin Best, Tina Bettels, Hubert Beyerle, Jörg Biallas, Uwe Bieler, Paolo Biondani, Thomas Birkner, Silvia Bittencourt, Brett J. Blackledge, Gerhard Bläske, Jan Blomgren, Roger Blum, Miriam Böckmann, Gunnar Bodahl-Johanson, Willy Bodenmüller, Svetlana Bodrunova, Vasco Boehnisch, Rudolf Bögel, Markus Böhm, Tomáš Böhm, Susanna Böhme-Kuby, Gunnar Bolin, Eva Boller, Holger Böning, Jan Bonjer, Christian Booß, Christian Born, Irina Borogan, Rolf Bos, Catherine Boss, Daniel Bouhs, Isabelle Bourgeois, Sylvain Bourmeau, Evgeni Bovkun, Roger Boyes, Lee Ann Brady, Tom Brady, Curtis Brainard, Udo Branahl, Cornelia Brantner, Michael Braun, Kathrin Breer, Markus Breitscheldel, Malte Brenneisen, Klaus Bresser, Janis Brinkmann, Michael Bröcker, Birgit Brömmekamp, Heather Brooke, Carsten Brosda, Hans-Bernd Brosius, Georgina Brown, Jeffrey Brown, Josef Bruckmoser, Michael Brüggemann, Stefan Brüne, Tissy Bruns, Svein Brurås, Svein Brurås, Hans-Jürgen Bucher, Walter A. Büchi, Frank Buchwald, Ronny Gert Buerckholdt, Karin Bühler, Jakob Buhre, Michel Bühner, Rainer Burchardt, Hugo de Burgh, Thomas Burmeister, Silke Burmester, Fabian Burstein, Axel F. Busse, Thymian Bussemer, John Bussey, Horst von Buttlar, Patricia Callahan, Stefan Candea, Ingmar Cario, Michael Carlin, Matt Carlson, Adriana Carranca, Peter Carstens, Neil Chenoweth, Alexander Chernykh, Ines Christ, Kim Christensen, Olaf Christiansen, Sarah Cohen, Roger Cohen, Mike Colton, Kimberly Conniff, Olivier Costemalle, Melinda Crane, Horst Cronauer, Patricia Cronemeyer, Vin Crosbie, Philipp Cueni, Ueli Custer, Dominik Cziesche, David Dadge, Daniel Dagan, Staffan Dahllöf, Ebbe Dal, Janine Damm, Nick Davies, Charles N. Davis, Paul de Keyser, Helene Debertin, Matthias Degen, Ilka Desgranges, Hans Demmel, Jenny Dennis, Christian Denso, Emmanuel Derieux, Beatrice Dernbach, Philippe Descamps, Janine di Giovanni, Monica Dias, Christoph Dieckmann, Otto Diederichs, Michael Dietrich, Vesselin Dimitrov, Rüdiger Ditz, Robyn Dixon, Peter Michael Dollé, Michael Dommel, Paul Donovan, Nicola Döring, Markus Döring, Bernd Dörries, Stephen Dorril, Henning Draht, Daniel Drepper, Jill Drew, Detlef Drewes, Barbara Dribbusch, Christoph Drösser, Sabrina Dünschede, Joachim Dyfvermark, Tobias Eberwein, Toni Ebner, Klaus Eckhardt, Eric Efron, Colleen Egan, Sylvia Egli von Matt, Peter Ehrlich, Andreas Eickelkamp, Jörg Eigendorf, Anja Einfeldt, Amir El Ghussein, Sace Elder, Cristina Elia, Barbara Eligmann, Jacob Elkaer, Jakob Elkjaer, Christina Elmer, Andreas Elter, Arielle Emmett, Sebastian Engelbrecht, Torsten Engelbrecht, Jonas Engelmann, Lisa Enkvist, Ugur Ergan, Filiz Erkal, Heiko Ernst, Frank Esser, Frank Esser, Detlef Esslinger, Eric Eyre, Hans Heinz Fabris, Walter Falk, Heike Faller, Marcello Faraggi, Jonathan Fasel, Christoph Fasel, Piet Felber, Mark Feldstein, Susanne Fengler, Gianluca di Feo, Beatrice Ferrario, Arnd Festerling, Sebastian Feuß, Harald Fidler, Nick Fielding, Miroslav Filipovic, Natascha Fioretti, Lars, Herbert Fischer, Flath, Michael Fleischhacker, Juan Cristóbal Fletcher, Juliane Fliegenschmidt, Elisabeth Floreková, Rogelio Flores Morales, Renate Flottau, Marcello Foa, Alexandra Föderl-Schmid, Otto Werner Förster, Nikolaus Förster, James Alan Fox, Alexandra Frank, Martin Fransson, Anette Freise, Josef-Otto Freudenreich, Peter Frey, Ernst Fricke, Christiane Fricke, Hajo Friedrich, Julia Friedrichs, Thomas Fritz, Christoph-Maria Fröhder, Michael Fröhlingsdorf, Christian Fuchs, Anja Fuhrmann, Peter Fürst, Uwe Gabler, Bernd Gäbler, Miguel Angel Garcia Rodriguez, Nadine Gassner, Moritz Gathmann, Siri Gedde-Dahl, Michael Geffken, Pierre Gehmlich, Martin Gehr, Peter M. Gehrige, Gero Gemballa, Bernd Genath, J. P. Géné, Lisa M. George, Willi Germund, Martin Gerner, Holger Gertz, Matthias Geyer, Steven Geyer, Roberto Giardina, Christoph Giesen, Sebastian Gievert, José Gil Olmos, Anja Gild, Robert H. Giles, Marion Girke, Esther Girsberger, Annet Gläsel-Maslov, Antje Glück, Kai Gniffke, Wolfgang G. Goede, John Goetz, Akaki Gogichaishvili, Jean-Marc Gonin, Fernando González Urbaneja, Amy Goodman, David Goodman, Geoffrey Goodman, Winfried Göpfert, Tim Gopsill, Carl Gottlieb, Jürgen Gottschlich, Nik Gowing, Jochen Graebert, Kristen Graham, Timo Gramer, Elizabeth Gray, Roy Greenslade, Michael Griffin, Markus Grill, Steffen Grimberg, Harmen Groenhardt, Heike Groll, Barbara Groth, Joel Grover, Gerald Grünberger, Mathias Grunert, Rebecca Gudisch, Sibel Güler, Jan-Olof Gullö, Markus Günther, Johannes Gunst, Les Gura, Susanne Güsten, Marcus Haas, Hannes Haas, Kuno Haberbusch, Kai Hafez, Michael Haller, Kefa Hamidi, Astrid Hansen, Tony Harcup, Michael Harnischmacher, Falk Hartig, Michael Hartmann, Kathrin Hartmann, Gunther Hartwig, Martin Haslebacher, Florian Hassel, Lukas Hässig, Lina Hatcher, Simon Hattenstone, Anne Haubek, Clemens Haug, Hilde Haugsgjerd, Rainer Haupt, Jan-Christoph Hauschild, Annette Hauschild, Herbert Haven, Rieke Havertz, Meinrad Heck, Stefan Heijnk, Carsten Heil, Guido Heinen, Sebastian Heinisch, Irene Hell, Willem Herlyn, Luc Herman, Tobias Hermann, Martin Herrnkind, Annette Herz, Alexander Hessel, Christoph Heinzle, Katrin Heuel, Knut Hickethier, Scott Higham, Declan Hill, Leticia Hillenbrand, Gerlinde Hinterleitner, Burkhard Hirsch, Anita Hirschbeck, Henning Hoff, Markus Hofmann, Dania Maria Hohn, Tobias D. Höhn, Susanne Höke, Anne Holbach, March Höld, Tom Holert, Wiebke Hollersen, Wolfgang Höllrigl, Leif Holmkvist, Katharina Hölter, Sebastian Holzappel, Walter Hömberg, Bernhard Honnigfort, Thomas Horky, Katja Horninger, Peter Hornung, William Horsley, Sari Horwitz, Herbert Hoven, Dagmar Hovestädt, Mária Huber, Dorothea Hülsmeier, Claus Hulverscheidt, Mark Lee Hunter, Andreas Hutter, Karel Hvizdala, Gordana Icevska, Juliane Inozemtseva-Schoenherr, Christoph Irion, Holger Isermann, Joanna Itzek, Jun Iwawaki, Atte Jääskeläinen, Joachim Jahn, Hans-Jürgen Jakobs, Sergej Jakowlew, Christian Jakubetz, Mattia Janett, Kurt Jansson, Salim Jaouani, Nigel Jaquiss, Mike Jempson, Robert Jensen, Zhan Jiang, Paige St. John, Aleksandra Jolkina, Aleksandra Jolkina, Nicholas Jones, Robert Jones, Steven T. Jones, Michael J. Jordan, Andreas Jungbauer, Mark Jurkowitz, Joachim Käppner, Daniela Kahls, Jens Kaiser, Bettina Kaltenhäuser, Uwe Kammann, David E. Kaplan, Imre Karacs, Ian Katz, Jon Katz, Anja Katzbeck, Sylvie Kauffmann, Henrik Kaufholz, Henrik Kaufholz, Jan Kaymer, Dan Keating, Ole Keding, Susanne Keil, Günter Keil, Martina Keller, Christian Kerl, Friederike Kienitz, Ulrich Kienzle, Maria Kirady, Maxim Kireev, Thomas Kistner, Jamie Lincoln Kitman, Olaf Kittel, Pasi Kivioja, Herbert Klar, Ralf Klassen, Gregor Klaudius, Elisabeth Klaus, Heidi Klein, Hans J. Kleinsteuber, Christian Klenk, Indra Kley, Christoph Klimmt, Peter Kloeppe, Thomas Knieper, Phillip Knightley, Jennifer Knobloch, Lisbeth Knudsen, Uwe Knüpfer, Egmont Koch, Ansgar Koch, Ursula E. Koch, Klaus Kocks, Susanne Koelbl, Christiane Kohl, Wolfgang Köhler, Olessia Koltsova, Kathrin Kommerell, Ewald König, Roger Köppel, Stefan Kornelius, Friederike Koschel, Andrzej Krajewski, Knud Krakau, Leif Kramp, Antje Kraschinski, Daniel M. Krause, Dieter Krause, Wolfgang Kraushaar, Sonja Kretschmar, Andrian Kreye, Christine Kröger, Jürgen Krönig, Friedrich Krotz, Hans-Jürgen Krug, Uwe Krüger, Marijn Kruk, Thomas Kuban, Alexander Kühn, Franz Kukla, Michael Kunczik, Rainer Kurlemann, Thomas Kutschbach, Daoud Kuttab, Robert Kuttner, Dirk Laabs, Sabine Laerum, Alain Lallemand, Gorka Landaburu, Ute Lange, Silvia Lange, Wolfgang R. Langenbacher, Ulrike Langer, Hans-H. Langguth, Kathrin Lauer, Fredrik Laurin, Peter Lauterbach, Annita Lasarzik, Gregor Le Claire, Dietrich Leder, Ute Lederer, Ralf Lehmann, Christiane Lei-

dinger, Thomas Leif, David Leigh, Arnaud Leparmentier, Norbert Leppert, Dieter Lesche, Jack Levin, Gideon Levy, Hans Leyendecker, Huang Liangtiang, Wolfgang Lieb, Matthias Lieske, Haiko Lietz, Volker Lillenthal, Emiliyan Lilov, Patrick Limbach, Marcus Lindemann, Marcel Linden, Anna Litvinenko, Ido Liven, Steven Livingston, Frank Lobigs, Andreas Lochner, Martin Löffelholz, Juliana Lofink, Fabian Löhe, Marko Lönnqvist, Ingrid Lorbach, Dagmar Lorenz, Helmut Lorscheid, Kathrin Löther, Wolf Lotter, David Loyn, Kai Lückemeier, Jan Ludwig, Michael Ludwig, Udo Ludwig, Anker Brink Lund, Tomas Lundin, Margret Lünenborg, Frank Luntz, Christoph Lütgert, Rikola-Gunnar Lüttgenau, Reiner Luyken, Peter Maass, Gavin MacFadyen, Marcel Machill, Tony Maddox, Philippe Madelin, Joe Mahr, Scott R. Maier, Frank Main, Iris Mainka, Sandra Maischberger, Jérôme Mamet, Michael Manske, Michel Marizco, Jochen Markett, Luc Marteling, René Martens, Judith Matloff, Lorenz Matzat, Chris Maume, Iris Mayer, Thomas Mayer, Walter Mayr, Alan McDermaid, Laurence McFalls, Lyra McKee, Paul McLeary, Miriam Meckel, Christian Meier, Julia Meier, Klaus Meier, Tatjana Meier, Birk Meinhardt, Udo Meixner, Yossi Melman, Gunnar Menkens, Christian Mensch, Klaus Merten, Oliver Merz, Wolfgang Messner, Abel Mestre, Ralf Meutgens, Stefan Mey, Frank A. Meyer, Oliver Meyer, Christoph O. Meyer, Hermann Meyn, Reinhold Michels, Silviu Mihai, Sonja Mikich, John Mikkelsen, Lothar Mikos, Andrew Miller, Lorraine Millot, Sebastian Mondial, Gert Monheim, Chris Mooney, Thomas Morawski, Claus Morhart, Tino Moritz, Thomas Mrazek, Günter Müchler, Michael Mueller, Jan Mühlethaler, Lutz Mükke, Albrecht Müller, Daniel Müller, Holger Müller, Peter F. Müller, Marion G. Müller, Leo Müller, Ulrich Müllern, Nils Mulvad, Martin Murphy, Lars-Marten Nagel, Ute Nawratil, Christian Neef, Craig Neff, Amelie Neger, Christoph Neuberger, Rupert Neudeck, Jörg-Uwe Nieland, Stefan Niggemeier, Martin Nigggeschmidt, Lisa Nimmervoll, Ulrike Nimz, Frank Nipkau, Johannes Nitschmann, Bree Nordenson, Kerry Northrup, Christian Nuernbergk, Nelli Oberlender, Matthias Obert, Michael Obert, Fidan Oezen, Jürgen Ohls, Gebhard Ohnesorge, Marc-Christian Ollrog, Knut Gjerseith Olsen, Verena von Ondarza, Christian Ondracek, Mehmet Ali Önel, Marvin Oppong, D. M. Osborne, Peter Osnos, Kim Otto, Caroline Overington, Olav Anders Øvrebo, Kayhan Özgenc, Sorin Ozon, David Pachali, Carla Palm, Oleg Panfilov, Shlomo Papirblat, Graham Parley, Tomasz Patora, Gerhard Paul, Peter Pauls, John V. Pavlik, Jan Pawlofsky, Lara Pawson, Sandra Peddie, Tassilo Pelligrini, Milica Pesic, Hans Peter Peters, Jan-Eric Peters, Sacha Pfeiffer, Sebastian Pittelkow, Andreas Plathaus, Titus Plattner, Vladimir Plesnik, Christian Plock, Colin Porlezza, Rainer Pörtner, Gemma Pörzgen, Manfred Posch, Maurice Possesley, Horst Pöttker, Heribert Prantl, Sven Preger, Irene Preisinger, Anna Maria Priebe, Marlis Prinzing, Kane Pryor, Sabine Puls, Thorsten Quandt, Jean Quatremer, Andreas Raabe, Julia Raabe, Lars Radau, Stephan Radomsky, Paul Radu, Meinrad Rahofer, Erich Rathfelder, Carsten Rau, Harald Rau, Friedrich Rauer, Ernst A. Rauter, Richard Read, Manfred Redelfs, Michael Rediske, Ellen Reglitz, Vanessa Rehermann, Steffen Reichert, Roderich Reifenrath, Dagmar Reim, Bertram Reinecke, Stefan Reinecke, Carsten Reinemann, Jörg Requate, Harald Rettelbach, Mathieu Rhoufari, Philippe Ricard, Maurizio Ricci, Traven Rice, Peter Richter, Alexander Richter, Michael Richter, Carola Richter, Rem Rieder, Gerold Riedmann, Rémy Rieffel, Katja Riefler, Herbert Riehl-Heise, Dimo Rieß, Melanie Rischke, Joe Ritchie, Harald Ritter, Barbara Ritzert, Udo Röbel, Sam Roe, Lukas Roegler, Danilo Roefger, Diemut Roether, Markus Rohr, Aitziber Romero, Charlotte Roos, Gerd Rosenkranz, Tom Rosenstiel, Jürgen Roth, Gernot Rotter, Paul Routledge, Leslie Rowe, Amnon Rubinstein, Matthias Ruch, Ina Ruck, Dominik Rudolph, Ekkehard Rüger, Georg Ruhrmann, Jens Runkehl, Alan Rusbridger, Stephan Ruß-Mohl, Elena Rykowska, Ivo Rzegotta, Carlos Sadovi, Christian Salewski, Michael D. Sallah, Boris Salomon, Geoffry Sands, Ritu Sarin, Sebastian Sattler, Christian Sauer, Chip Scanlan, Stefan Schaaf, Fritz Schaap, Kai Schächtele, Peer Schader, Holger Schäfer, Maximilian Schäfer, Pytrik Schafraad, Andreas Scharf, Ulrich Scharlack, Danny Schechter, Sven Scheffler, Niklas Schenck, Heiko Scherer, Michaela Schießl, Sabine Schiffer, Kristina Schilke, Tom Schimmeck, Mathias Schindler, Peter Schink, Patricia Schlesinger, Jochen Schlevoigt, Peter Schlobinski, Mirjam Schlossarek, Daniela Schlütz, Jan Schmidt, Robert Schmidt, Siegfried Schmidt, Gregor Peter Schmitz, Michael Schmuck, Thomas Schnedler, Laura Schneider, Verena Schneider, Jens Schneider, Susanne Scholl, Peter Scholl-Latour, Gerti Schön, Ralf Schönball, Thomas Schöneich, Juliane Schönherr, Mark Schoofs, Susanne Schöpe, Klaus Schrape, David Schraven, Jürgen Schreiber, Hermann Schreiber, Bruno Schrep, Dieter Schröder, Burkhard Schröder, Vera Schroeder, Oliver Schröm, Gesine Schröter, Jens Schröter, Peter Schubert, Christian Schubert, Thomas Schuler, Rainer Schüller, Yasmin Schulten-Jaspers, Arne Schulz, Benjamin Schulz, Ulrich Schulze, Christiane Schulzki-Haddouti, Reinhard Schulz-Schaeffer, Peter Schumacher, Marcus Schuster, Angelika Schuster, Thomas Schuster, Martin Schütz, Elisa Schwarz, Gerhard Schwarz, Marcus Schwarze, Wolfgang Schweiger, Gary Schwitzer, Annika Sehl, Tøger Seidenfaden, Hubert Seipel, Armin Sellheim, Anna Serner, Paolo Serventi-Lunghi, Cem Sey, Francesca Sforza, Jack Shafer, Jamie Shea, Noam Sheizaf, Jube Shiver Jr., Seth Shulman, Torsten Siever, Björn Sieverding, Björn Sievers, Craig Silverman, Ulrike Simon, David Singer, Leo Sisti, Aneta Skut, David A. Smallman, Marcella Smit, Earl H. Smith, Katja Sodomann, Claas-H. Soehring, Andrej Soldatov, Michael Sontheimer, Johannes K. Soyener, Klaus Spachmann, Matthias Spielkamp, Axel Spilcker, Ralf Spiller, Urs Spindler, Cary Spivak, Margrit Sprecher, Peter Spring, Jan-Aslak Stannies, Alexandra Stark, Piotr Stasinski, Dominik Stawski, Bob Steele, Jeanette Steemers, Dieter Stein, Julia Stein, Eduard Steiner, Marcin Stelmasiak, Mitchell Stephens, Hans-Jörg Stiehler, Rudolf Stöber, Ralf Stockmann, Ulrich Stoll, Robert Stoppbacher, Karin Storch, Angelika Storrer, Wolfgang Storz, Richard Stott, A. Sträter, Anne Strätker, Andreas Strehle, Kerstin Streitenberger, Jan Lukas Strozzyk, Peter Studer, Andreas Stumpf, Martin Sturmer, Mikio Sugeno, Oliver Suhr, Drew Sullivan, Julie Sullivan, Brian Swint, Lance Tapley, Torsten Teichert, Marie Tessier, Adolf Theobald, Cora Theobald, Regina Theunissen, Mamadou Thior, Uta Thofern, Manuel Thomä, Katja Thomas, Eva-Maria Thoms, Frank Thomsen, Marc Thörner, Anne Kathrin Thüringer, Armin Thurnher, Roland Tichy, Eran Tiefenbrunn, Ulrich Tilgner, Hans-Martin Tillack, Lutz Tillmanns, Tobias Timm, Lutz Timmermann, Anna Toelke, Brigitte Tolkemitt, Katrin Tominski, Jan-Hinrich Tonnemacher, Ulrike Trampus, Josef Trappel, Florian Treiß, Dino Trescher, M. Trilling, Max Trossmann, Eleonora Trotta, Thomas Tuma, Benedikt Tüshaus, Irmtraud Ubbens, Albrecht Ude, Rike Uhlenkamp, Neal Ulevich, Mehmet Ülger, Swantje Unterberg, Stanimir Vaglenov, Justin Vaisse, Pieter van den Blink, Henk van den Boom, Dick van Eijk, Floris van Veen, Luk N. Van Wassenhove, Nicholas Varchaver, Peter Vass, Andres Veiel, Juan Pedro Velazquez, Hans Verbeek, Ulrich Viehöver, Mario Vigil, Miguel Angel Villena-Garcia, Winfried Voigt, Pia Volk, Martin Völkel, Britta von der Heide, Klaus von Elmpf, Haug von Kuenheim, Verena von Ondarza, Ronja von Wurmb-Seibel, Wolfgang Vorkötter, Johannes Voswinkel, Bernhard Wabnitz, Martin Wagner, Anna Waiblinger, Georg Wailand, Merjam Wakili, Marina Walker Guevara, Gianluca Wallisch, Günter Wallraff, Brent Walth, Peter Wälty, Endress Wanckel, Willem Wansink, René Wappler, Steve Warmbir, Bernd Jürgen Warneken, Swantje Waterstraat, Marcus Weber, Jürgen Webermann, Jochen Wegner, Jochen Wegner, Julia Wehmeier, Stephan Weichert, Klaus Weidemann, Ursula Weidenfeld, Andrea Weil, Ruth Weinhold-Heße, Jens Weinreich, Siegfried Weischenberg, Manfred Weise, Hans Weiss, Bertram Weiß, Mitch Weiss, Bernhard Weissberg, Martin Welker, Hauke Wendler, Anke Wenzel, Malte Werner, Rhea Wessel, Markus West, Johannes Wetzler, Raymond Whitaker, Manfred Wick, Kathrin Wiebersiek, Nina Wiczorek, Inga Wiegand, Bartosz Wielinski, Edith Wienand, Maria Wiesner, Peter Wilby, Dieter Wild, Jürgen Wilke, Steve Williams, Kate Willson, Christopher Wilson, Matthias Winkelmann, Ulrike Winkelmann, Brain Winston, Werner Wirth, Ulla Wischermann, Jonas Wixforth, Armin Wolf, Fritz Wolf, Michael J. Wolf, Volker Wolff, Dieter Wonka, David Wood, Alfred Worm, Vincenz Wyss, Omar Yassine, Jacobo Zabłudovsky, Rizwan Zamir, Bodo Zapp, Giovanni Zavaritt, Tim Zeisler, Malte Zeller, Phoebe Zerwick, Blaž Zgaga, Anita Zielina, Uwe Zimmer, Harald H. Zimmermann, Astrid Zimmermann



HEILIGER KRIEG, HEILIGER PROFIT

von Marc Engelhardt

Den Hintermännern des internationalen Terrorismus geht es meist nicht um Glaubensfragen, sondern – viel profaner – ums Geschäft. Diese Erkenntnis aus jahrelangen Recherchen in Afrika hat unser Autor nun als Buch veröffentlicht.

◀◀ Terrorismus als Lebensunterhalt. Um die Familie zu ernähren, ist manch einer bereit, für den Höchstbietenden in den Krieg zu ziehen.

Anfang 2010 lief ich durch die Stadt Jos, die mitten in Nigeria liegt: dort, wo der mehrheitlich muslimische Norden und der überwiegend christliche Süden des bevölkerungsreichsten afrikanischen Landes aneinanderstoßen. Seit einigen Wochen gab es hier Unruhen, und die Spuren der Kämpfe waren überall zu sehen. Ausgebrannte Häuser, verkohlte Autowracks, verbrannte Autoreifen. Entlang der Hauptstraßen hockten Menschen mit viel oder wenig Gepäck, aber alle sahen so aus, als wollten sie die Stadt möglichst schnell verlassen. Am ersten Tag habe ich nichts anderes gemacht, als mit möglichst vielen von ihnen zu sprechen. Etwa mit Ndusibi Oko, einem Christen. Muslimische Schlägertrupps, sagt er, hätten seine Frau und Kinder aus dem Haus gejagt und es in Brand gesteckt. »Sie haben auch meinen Vater, einen alten Mann, angezündet, der Leichnam war so verkohlt, dass ich ihn nicht mehr erkennen konnte.«

GLAUBENSKRIEG? VON WEGEN!

Da war der Muslim Bala al Hassan, der sagte, er habe nie Probleme mit den Christen in der Nachbarschaft gehabt. »Die Leute, mit denen ich so lange zusammengelebt habe, sind geradezu in Raserei verfallen, sie haben meine Rinder mit Macheten in Stücke zerhackt und uns gedroht, das gleiche mit uns anzustellen.« Seine Frau und das erst wenige Wochen alte Baby entkamen nur knapp dem lichterloh brennenden Haus.

Zu dem Zeitpunkt arbeitete ich seit sechs Jahren als freier Afrika-Korrespondent. Immer wieder führte ich Interviews wie diese: im Tschad, in Mali, im Norden Ugandas, in der Zentralafrikanischen Republik oder in Somalia. Immer wieder habe ich mich in solchen Situationen gefragt, warum der Terror in Afrika so stark zunimmt. Auch in Jos sprachen damals viele von Terrorzellen auch jener Gruppe, die später als Boko Haram berüchtigt wurde.

Ein »lange schwelender Glaubenskrieg« oder (angeblich seit Jahrhunderten gepflegte) »Fehden zwischen den Ethnien« sind die üblichen Pauschalgründe, die als angebliche Ursachen von Gemetzeln wie denen in Jos herangezogen werden. Doch das deckt sich nicht mit den Erfahrungen, die ich in Afrika gemacht habe. An den Orten des Geschehens geht es selten um Religion, sondern um ganz andere Probleme. Spätestens nach ein paar Minuten landet das Gespräch bei den wirklich zentralen Themen: Macht und Geld, vor allem

Geld, das mit illegalen Geschäften gemacht wird. Mal ist es Schmuggel, mal Schutzgelderpressung, mal Hinterziehung von Staatsgeldern, oft alles zusammen. Dazu kommt Staatsversagen. So stellte es sich, kaum überraschend, auch im Februar 2010 im nigerianischen Jos heraus.

Dort war es eine Klausel in der örtlichen Verfassung, die »Einheimischen« Vorrechte gegenüber »Siedlern« garantiert. Die einen bekommen Verwaltungsjobs und Studienplätze, die anderen nicht. Wer zu welcher Gruppe gehört, entscheidet eine kleine, in korrupte Geschäfte verwickelte Elite. Dass die Industrie in Jos nach jahrelangem Konflikt dichtgemacht hat und immer mehr Jugendliche bereit waren, für wenig Geld für den Höchstbietenden zu kämpfen, kam ihr recht. Die Drahtzieher nutzten Religion als probates Mittel in ihrem kriminell getriebenen Krieg. Religiöse Sekten, die mit dem Schüren von Hass auf Andersgläubige Anhänger und

Terroristen treibt nicht der Glaube an den Gottesstaat an, sondern der Profit, der mit dem Terror zu machen ist.

deren Geld gewinnen wollen, profitierten gleich mit – und entlohnten wiederum die Kriegstreiber. Dabei könnte das ursprüngliche Problem in Jos leicht gelöst werden – man müsste die Verfassung ändern, was politisch schwierig, aber nicht unmöglich wäre. Einige tausend Tode zu verhindern, sollte Motivation genug sein. Doch es gibt eine zu starke Minderheit, die von dem angeblich unkontrollierbaren heiligen Krieg profitiert.

WARUM BOOMT DER TERROR IN AFRIKA?

Das Beispiel Jos habe ich ausführlicher beschrieben, weil es hier gerade nicht um die mit schwarzen Fahnen und Kalaschnikows schwenkenden Dschihadisten von Boko Haram, Al-Shabaab oder Al-Qaida im islamischen Maghreb geht, die wir von Youtube kennen. Bei den christlichen und muslimischen Schlägertrupps von Jos ist es vielleicht noch leichter vorstellbar, dass sie Teil einer Organisationsstruktur sind, die der Mafia gleicht und in die Politik, Wirtschaft und andere einflussreiche Würdenträger verwickelt sind. Ich spreche nicht von einer Verschwörung: Meine Erfahrung ist, dass das wirkliche Leben zu komplex ist für Verschwörungstheorien. Ich spreche von Zweckbündnissen, die der Bereicherung einiger weniger dienen und die sich religiöser Deckmäntel bedienen, weil es ihnen hilft.

Irgendwann hatte ich in Notizblöcken aus vollkommen unterschiedlichen Ländern und über Jahre hinweg diese



Somalia: Auch hier gibt es viele religiöse Eiferer, aber noch mehr Mitläufer.

ganz ähnliche Erkenntnis immer wieder mit anderen Worten aufgeschrieben. Trotzdem hat es mich einige Monate und viele Diskussionen mit anderen, die Afrika gut kennen, gekostet, bis ich den gemeinsamen Nenner klar umrissen hatte – meine Antwort auf die Frage, warum der Terror in Afrika dermaßen boomt und was die Terroristen antreibt: eben nicht der Glaube an den Gottesstaat, sondern der Profit, der mit dem Terror zu machen ist.

Natürlich habe ich auch religiöse Eiferer getroffen. Es gibt sie, die heiligen Krieger. Aber sie sind meistens Mitläufer, die bereit sind zu töten oder sich für ihr religiöses Ideal in die Luft zu sprengen. Diejenigen, die an der Spitze stehen, treibt der Profit an – auch bei Boko Haram, Al-Shabaab oder Al-Qaida im islamischen Maghreb. Das war meine Arbeitsthese. Es war Ende 2012.

MATERIAL AUS FÜNFZIG NOTIZBÜCHERN

Das nächste Jahr habe ich damit verbracht, diese These auf den Prüfstand zu stellen. Die Grundlage waren meine Reisen in die betroffenen Länder, Material aus gut fünfzig Notizbüchern und ungezählten Sounddateien, die ich in meinem Büro gelagert habe. Hinten in den Notizbüchern stecken die Visitenkarten von Kontaktpersonen, von Uniprofessoren, Polizisten, lokalen Journalisten, Politikern, Geheimdienstmitarbeitern, Restaurantbesitzern, Taxifahrern. In den ersten Monaten habe

ich ungefähr jeden noch einmal angezapft, von dem ich mir irgendwelche Informationen erhofft habe – per Telefon oder, wo es ging, per E-Mail. Oft ohne Erfolg, manchmal mit klugen Einschätzungen, einige Male mit entscheidenden Hinweisen. Eine klassische Recherche eben, in deren Verlauf ein immer größeres Netzwerk mit immer mehr Informanten entstand. Als Kind habe ich gerne gepuzzelt, und so ähnlich bin ich dann auch hier vorgegangen: Wenn beim Schreiben Fragen offen waren, habe ich auch später noch ein Teilchen gesucht und ergänzt. Manchmal hat das Teilchen auch mich gefunden.

Als ich mit den Recherchen zum Buchprojekt »Heiliger Krieg, heiliger Profit« anfang, war seit einigen Monaten ein Buch von mir auf dem Markt, das sich mit Somalia beschäftigte. Das Interesse war erstaunlich groß gemessen daran, dass über das Land allenfalls punktuell berichtet wird. Wer so ein Buch über Somalia liest, hat oft eigene Kontakte dorthin. Und nicht wenige Leser meldeten sich bei mir, um mir diese Kontakte zugänglich zu machen. Das Kapitel über die europäischen Jugendlichen, die nach Somalia gingen, um für die Terrorgruppe Al-Shabaab zu kämpfen, ist maßgeblich daraus entstanden, und auch einige vertrauliche Papiere der Shabaab sind mir so zugespielt worden. Deren Authentizität zu überprüfen, war extrem aufwendig. Da Terrorgruppen keine Pressestellen haben, musste ich über den Inhalt und über den Vergleich mit anderen Dokumenten versuchen, mir ein Urteil zu bilden. Im Zweifel war ich skeptisch.

Das galt auch für die Recherche über Twitter. Twitter ist – mehr noch als E-Mail – eine tolle Möglichkeit, Informationen von Menschen in entlegenen Regionen zu erhalten und Kontakte zu knüpfen. Twitter lässt sich vom Handy aus bedienen, und Handys sind in Afrika – anders als Computer – selbst auf dem Land weit verbreitet. Deshalb ist Afrika auf Twitter gut vertreten, was aber auch heißt, dass Terrorgruppen und andere Twitter längst als Propaganda-Instrument nutzen. Wer weiß schon, ob hinter dem (zeitweise beinahe wöchentlich wechselnden) Twitteraccount der Shabaab tatsächlich die Terrorgruppe steht – oder nicht doch ein Witzbold oder die in Somalia recht präsente CIA? So waren Tweets gut für die Kontaktaufnahme und neue Recherche-Ansätze, aber selten zur Bestätigung von Fakten.

WO SIND DIE PIRATEN HIN?

Als Reporter standen für mich natürlich die Reisen und die Kontakte vor Ort im Mittelpunkt der Recherche. Am Schreibtisch in Genf sammelten sich in der Vorbereitung viele Ord-

ner mit Material – und Recherche-Ansätze, die sich nur im persönlichen Gespräch, auf Reisen in die betroffenen Länder oder bei Treffen an neutralen Orten überprüfen ließen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Suche nach den verschwundenen somalischen Piraten, auf die ich im letzten Kapitel des Buchs eingehe. Einige Jahre lang überfielen Seeräuber aus dem Land am Horn von Afrika Schiffe aus dem Westen, verschleppten sie in somalische Häfen und kassierten Millionenbeträge als Lösegeld. Die Piraten waren so selbstsicher, dass ich in der Blütezeit selbst einen Piratenboss interviewen konnte. Dann war es – fast über Nacht – mit den Überfällen vorbei. Woran, fragte ich mich, konnte das liegen? Hinweise und Kontakte lagen schon länger auf einem separaten Stapel

**Wer weiß schon, ob hinter dem
Twitteraccount der Terrorgruppe nicht doch
ein Witzbold oder die CIA steckt?**

in meinem Büro, als mir der Zufall zu Hilfe kam und eine Hilfsorganisation mich einlud, die als Piratenhochburg bekannt gewordene Region Puntland zu besuchen.

Das Problem in Somalia ist nämlich: Wer dort unterwegs ist, braucht (außer Übersetzern) auch offiziellen Geleitschutz. Erst als ich den sicher hatte, konnte ich am Rand des Besuchs auch den verschwundenen Piraten hinterherspüren. Manche Rätsel lösten sich vor Ort schnell, andere Spuren nahm ich dann nach meiner Rückkehr nach Genf wieder auf, bis das Puzzle komplett war. Dabei halfen mir viele Kontakte bei UN-Organisationen, wo nach meiner Erfahrung sehr viele kluge und gut vernetzte Menschen arbeiten. Für einen Journalisten, der weiß, was er sucht, sind die internationalen Organisationen eine riesige Fundgrube – auch wegen der immensen Datenmengen, die dem zur Verfügung stehen, der sie lesen kann und will.

Bei meinen Lesungen ist mir eine Frage immer wieder gestellt worden, nämlich die, ob ich auch mit Terroristen gesprochen habe. Das habe ich, wenn auch nicht im Schützengraben – ich sehe mich nämlich nicht als Kriegsreporter. Mich hat im Gespräch am meisten überrascht, wie zugänglich etwa ein Shabaab-Kämpfer war, und wie offen, wenn es um Persönliches ging. Auch den Kontakt herzustellen, war gar nicht so schwierig, wie man meinen möchte. Wenn man vor Ort ist, dann geht es plötzlich nicht mehr um einen Terroristen, es geht um »den Mohammed«, einen jungen Mann, den im Dorf eigentlich jeder kennt. Entsprechend locker ist dann das Gespräch, angespannt war eigentlich nur ich.

Das Beispiel Mohammed eignet sich, um auf die größten Probleme bei meiner Recherche hinzuweisen. Das erste: Le-

bensgefahr. Wenn in Mogadischu gekämpft wird und täglich Dutzende ums Leben kommen, würde ich nicht dorthin fahren. Ich verlasse mich bei der Lagebeurteilung dann – wie die meisten anderen Korrespondenten – auf lokale Journalisten, »Stringer« genannt, die mir vertrauenswürdig scheinen und die ich in friedlichen Zeiten persönlich treffe. Gerade in Somalia hat diese Zusammenarbeit mehrmals tragisch geendet, weil die Kollegen fliehen mussten oder ermordet wurden. Stringer sind die unbesungenen Helden der Auslandsberichterstattung, und ihnen verdanke ich sehr viele Einblicke und Erkenntnisse für »Heiliger Krieg, heiliger Profit«.

DIE ANGST IST GROSS

Das zweite Problem: Übersetzung. Ich spreche sieben Sprachen, aber Somalisch, Hausa und Arabisch gehören nicht dazu. Ich bin also auf Übersetzer angewiesen in der Hoffnung, dass diese nicht nur ehrlich übersetzen, sondern auch in der Lage sind und sich die Mühe machen, nuanciert wiederzugeben, was mein Gegenüber sagt. Wenn mein Gesprächspartner zwei Minuten redet und die übersetzte Zusammenfassung einen Satz lang ist, habe ich Aufnahmen im Nachhinein nochmals übersetzen lassen. Es ist erstaunlich und auch erschreckend, wie groß die Unterschiede manchmal waren.

Das dritte Problem ist Anonymität. Dass Terrorismus ein heikles Thema ist, überrascht nicht. Trotzdem hätte ich nicht damit gerechnet, wie viele Gesprächspartner selbst aus der normalen, nicht der Schattenwelt, darum gebeten haben, nicht genannt zu werden. Die Angst ist groß vor den Terroristen und ihren Hintermännern, vor allem, aber eben nicht nur in Afrika.

Es bleibt ein letztes Thema: Geld. Ich bin freier Journalist. Die Recherche für »Heiliger Krieg, heiliger Profit« hat mit mehr als einem vollen Jahr sehr viel länger gedauert, als ich ursprünglich gedacht hatte. Finanziell war das nur möglich, weil ich von meinen Reisen andere Geschichten mitbrachte, die ich dann verkaufte. Auch die Reisekosten musste ich daraus decken. Für mich hieß das, genau zu kalkulieren und das Buch auch als Investition in meine berufliche Zukunft zu sehen. Dass die Erstauflage nach einem halben Jahr vergriffen war, hat mich nicht zuletzt deshalb besonders gefreut. ■



Marc Engelhardt zog 2004 nach Nairobi, um als freier Afrikakorrespondent zu arbeiten. Seit 2011 lebt der Vorsitzende des Netzwerks Weltreporter in Genf. Sein Buch »Heiliger Krieg, heiliger Profit« erschien 2014 im Ch. Links Verlag. [@marcengelhardt](#)

UNDERCOVER IM KINDERSCHÄNDER-MILIEU

von Wolfram Kuhnigk

Ein Jahr lang recherchiert ein TV-Journalist undercover im Kinderschänder-Milieu. Als er ahnt, dass ein Verbrechen bevorsteht, bricht er mit einer ehernen Regel des Journalismus: Er hebt den Quellenschutz auf – und geht zur Polizei. Protokoll einer journalistischen Gratwanderung.

Kölner Reporter sprengt Pädophilen-Ring« (*Bild*, 9. Mai 2014) und »RTL-Reporter hebt einen Pädophilen-Ring aus: Das lässt keinen kalt« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. Mai 2014): Das waren die Schlagzeilen Anfang Mai dieses Jahres. Ich bin dieser Journalist. Über ein Jahr habe ich mich als vermeintlich pädophiler Mann in die Szene eingeschleust und dort undercover recherchiert. Ich habe Selbsthilfegruppen besucht, tagelang in einschlägigen Foren gechattet, persönliche Kontakte zu Pädophilen aufgebaut und Missbrauchsoffer getroffen.

Bevor ich Journalist wurde, war ich erst Rettungsassistent, dann Tatortfotograf in einer Mordkommission. Als solcher erlebte ich die schlimmsten Auswirkungen von Gewalt gegen Kinder – bei deren Autopsie. Dort kam ich auch zum ersten Mal mit Opfern pädophiler Gewalt in Kontakt. Heute bin ich freier TV-Journalist, Arbeitsschwerpunkt »Crime«.

ICH MUSSTE DENKEN WIE EIN PÄDOPHILER

Nach meinem Bericht über die Sekte der »12 Stämme« wurde Pädophilie mein zweites Thema für die RTL-Sendung *Undercover Deutschland*. Wie nähert man sich einem solchen Thema mit dem Ziel, einen Film zu realisieren? Es gibt für mich kein »Lehrbuch des investigativen TV-Journalismus«, keine Vorbilder, deren Arbeitsweise ich kopieren wollte. Aber es gibt Erfahrungswerte, ein Bauchgefühl, eine Intention und – meistens zumindest – die Überzeugung, das Richtige zu tun. Es gab keine Vorgaben für mich seitens des Senders, lediglich die unausgesprochene, freiwillige Verpflichtung, nicht gegen ethische und moralische Werte zu verstoßen, sowie die schriftlich fixierte Zusicherung, journalistisch sauber zu arbeiten.

Wie recherchiert man im pädophilen Umfeld? Woher kommt Pädophilie, wie leben Betroffene damit, welche Therapiemöglichkeiten gibt es und natürlich: Wie tauschen sich Gleichgesinnte aus? »KiPo«, das Wort stand sofort im Raum – gemeint ist kinderpornografisches Material. Nach eigenem Bekunden für prozentual nicht einzugrenzende Pädophile ist es deren einzige Möglichkeit, ihre nicht selbst gewählte sexuelle Neigung zumindest alleine und mit sich selbst auszuleben.

Das ist illegal. Der Besitz und auch die Verbreitung kinderpornografischer Inhalte sind verboten und werden bestraft. Hinter jedem Film, jedem Foto

Das ist illegal. Der Besitz und auch die Verbreitung kinderpornografischer Inhalte sind verboten und werden bestraft. Hinter jedem Film, jedem Foto

Weil ein kleines Mädchen offenbar in Gefahr schwebt, schaltet unser Autor die Polizei ein.



steckt ein real vollzogener Missbrauch, immer wurde ein Kind geschädigt.

Damit war meine erste elementare Grenze definiert: Tausch, Besitz oder auch nur das Ansehen kinderpornografischen Materials schied aus – auch als Legitimation, um mit Pädophilen in Kontakt zu kommen. Mit der Hilfe von Juristen, Polizeidienststellen und zwei Generalstaatsanwälten definierte und präziserte ich weitere rechtliche Grenzen. Durch persönlichen Kontakt statt »KiPo«-Tausch wollte ich mich legitimieren.

Ich werde meinen Weg nicht präzise aufzeigen, aber er führte über die einschlägigen Foren im Internet. Als Frischling fragte ich erfahrene User, schaffte Vertrauen, las mich ein. Nächtelang chattete ich im Darknet. Nachdem ich meine vier Kinder ins Bett gebracht hatte und auch meine Frau schlief, setzte ich mich oft vor den Rechner. Es war – sehen Sie mir meine Wortwahl bitte nach, aber Euphemismen treffen mein Gefühl nicht – zum Kotzen.

In den Chats ging es mir darum, die Bösen zu finden und deren Vertrauen zu erlangen. Das geht nicht, wenn man rational kontrolliert chattet – emotional distanziert, als Reporter, mit einem Auftrag. Ich musste denken wie ein Pädophiler, mir eine neue Identität schaffen. »Wolfgang« entstand.

Ich verbot es mir, mit meinen Freunden, Bekannten, Kollegen über mein Thema zu sprechen, denn wenn man sich mit Pädophilie befasst, wird einem schnell klar: Jedes männliche geschlechtsreife Gegenüber könnte pädophil sein. Ein Prozent der männlichen Bevölkerung, also einer von hundert Männern, ist pädophil, so vermutet die Berliner Charité, die das bundesweit größte Hilfsprogramm für Pädophile organisiert. Auch Frauen sind es übrigens, allerdings nur in Einzelfällen.

EIN MÄDCHEN AUS DER VERWANDTSCHAFT

Mein wichtigster Ansprechpartner ist ein Facharzt für Psychiatrie und Psychoanalyse – er leitet eine Akutpsychiatrie und half mir bei der Reflexion des Erlebten. Er spürte und zeigte mir, wie sehr mich das Thema und der lange Zeitraum meiner Recherche veränderten. Ich verlor meine Leichtigkeit. Auf der einen Seite begriff ich emotional, was Kinder für diese Männer bedeuten, wie pathologisch das Ganze ist. Auf der anderen Seite verstand ich sogar, warum pädophile Männer sich umbringen – Männer, die niemals ein Kind missbraucht haben. Ein Leben ohne Glück, ohne sexuelle Erfüllung war es ihnen nicht mehr wert, gelebt zu werden.

Mittlerweile traf ich als »pädophiler Wolfgang« die kriminellen Pädophilen. Männer, die mit vollzogenem Missbrauch kleiner Kinder prahlten, die deswegen im Gefängnis waren. Gelernt hatten sie nur, vorsichtiger zu sein. Die Sche-re zwischen Wolfram und »Wolfgang« ging immer weiter auf. Meine psychische Belastung war am Anschlag. Dann sah ich meine Chance, diesen einjährigen Spagat zu beenden

und gleichzeitig dem Film einen Abschluss zu geben. Ich wurde zu einem sogenannten »Alice-Day-Treffen« eingeladen. Ohne sie zu präzisieren: Die Überprüfungsmethoden der Organisatoren waren eigentlich ausgefeilt. Dennoch wurde ich nach meinem letzten Check, einem mehrstündigen Chat, zugelassen.

Als der Organisator des »Alice Day« vor mir protzte, er werde ein kleines Mädchen aus seiner Verwandtschaft mitbringen, war meine zweite Grenze erreicht. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich keine Ahnung, was mit dem Kind passieren sollte, befürchtete aber Straftaten. Ich informierte sofort, etwa eine Woche vor dem Treffen, die Polizei.

HINTER JEDEM PÄDOPHIEN EIN SCHICKSAL

Die Beamten sahen ihre Chance und wollten sie nutzen. Nach Rücksprache mit Fachjuristen stellte ich das für die Polizei zur Einordnung notwendige Material zur Verfügung. Freiwillig, vernommen als Zeuge. Ein leitender Polizeibeamter sagte zu mir: »Wenn nur einer dieser Männer später kein Kind schädigt, weil er weiß, dass wir ihn kennen, dann ist dieser Einsatz gerechtfertigt!«

Für den Sender war der Zeitpunkt der Polizeiaktion natürlich nicht optimal, Monate vor der geplanten Ausstrahlung. Dennoch war sofort klar: Das Wohl des Kindes und möglicherweise anderer betroffener Kinder stand über allem.

Andere pädophile Selbsthilfegruppen, die ich als »Wolfgang« mehrfach besucht habe, habe ich als Quellen geschützt. Dort versuchte man wirklich einander zu helfen, mit der Bürde der sexuellen Prädisposition der Pädophilie zu leben – aber im gesetzlichen Rahmen. Davor habe ich großen Respekt.

Recherchieren, eintauchen, aufdecken, ein großer Polizeieinsatz zum Schluss. Ich hatte mein Ziel erreicht, und auch der Film hat viele Menschen bewegt. Doch was bleibt? Der Zuschauer konnte begreifen, dass – und wie – er seine Kinder vor Missbrauch schützen kann. Ich musste begreifen, dass hinter jedem Pädophilen ein Schicksal steckt. Dass die Welt nicht schwarz und weiß ist, dass die Grautöne es so schwierig machen, etwas zu be- und verurteilen. Und ich begreife, dass es noch lange Zeit dauern wird, bevor das Wissen um die Verletzlichkeit meiner und aller Kinder wieder in den Hintergrund tritt, zugunsten einer gewissen Unbeschwertheit. ■



Wolfram Kuhnigk ist freier TV-Journalist in Köln. Im Herbst 2013 hatte er für Undercover Deutschland die Kindesmisshandlung durch Mitglieder der Sekte »Zwölf Stämme« aufgedeckt.



IM NETZ DER PÄDOPHIEN

von Arndt Ginzler und Martin Kraushaar

Lange bevor der Fall Edathy Schlagzeilen machte, recherchierte ein TV-Team die Hintermänner eines globalen Pädophilen-Netzwerks. Ihre Spur führte von Rumänien über Deutschland bis auf die Philippinen.

Ausgelöst von den Meldungen über Razzien gegen Betreiber und Kunden des in Kanada ansässigen Pädophilenfilmnetzwerks Azov Films begann im Herbst 2013 unsere Recherche. Jahrelang hatte Azov über das Internet Fotos und Videos von teils leicht bekleideten, teils nackten Kindern in mehr oder weniger aufreizenden Posen weltweit vertrieben. In vielen Ländern sind sogenannte FKK-Bilder von Minderjährigen legal – die juristischen Argumentationen dahinter jedoch fragwürdig.

Viele Fotos und Videos stammten aus Rumänien: Jungen, die in Wäldern herumtobten, halbnackt spielten oder sich in enger Ringerkleidung rauften. Wie konnten diese Kinder zu Darstellern in Pädophilen-Filmen werden? Wussten die Jungen und ihre Eltern, wofür die Filme gedreht wurden? Wer waren die Lieferanten der Filme? Wie wurde das Geschäft abgewickelt?

MIT PIZZA GELOCKT

Rumänien rückte auch deshalb in unseren Fokus, weil wir herausfanden, dass die weltweiten Ermittlungen gegen Azov-Films dort ausgelöst wurden. Bereits im Jahr 2010 ging den dortigen Ermittlungsbehörden ein aus Bayern stammender Mann namens Markus R. ins Netz. Über seine Verhaftung und anschließende Verurteilung berichteten rumänische Medien. Markus R. hatte jahrelang FKK-Filme beziehungsweise Posing-Aufnahmen mit minderjährigen Jungen gedreht und diese Aufnahmen nach Kanada geschickt. Nach der Pressekonferenz der kanadischen Polizei im Herbst 2013 recherchierte auch ein Kollege des *Toronto Star* in Rumänien und berichtete über den Mann aus Bayern und seine Opfer. Die

Tatsache, dass ein wichtiges Mitglied des Azov-Netzwerkes aus Deutschland stammt, war letztlich ausschlaggebend dafür, dass die Redaktion des MDR-Magazins *Fakt* Interesse an der Geschichte zeigte.

In Deutschland hatten wir unsere Recherchemöglichkeiten irgendwann ausgeschöpft. Im Januar 2014 reisten wir deshalb mit einem Kameramann nach Rumänien. Die Spur führte in den Großraum der westrumänischen Stadt Satu Mare. Auf der Internetseite des dortigen Gerichts hatte unsere rumänischsprachige Kollegin Annett Müller, die wir für die Recherche und Übersetzungen anheuerteten, eine Datenbank mit den Verfahren der letzten Jahre entdeckt. Auch der Fall von Markus R. war aufgeführt, dazu die Namen der Opferfamilien. Ihre Adressen suchten wir im Telefonbuch.

In einem Dorf nahe Satu Mare trafen wir die Mutter eines Opfers. Sie führte uns an die Stelle im Ort, wo Markus R. die Kinder gefilmt hatte. Gewusst hat sie von all dem nichts. Der Deutsche hatte stets versichert, nur Kinder für einen Karatekurs zu suchen. Ein paar Straßen weiter trafen wir einen der Jungen aus den Videos. Er berichtete, wie Markus R. ihn und die anderen mit Pizza und allerlei Annehmlichkeiten bedacht hatte. Der Deutsche sei wie ein Freund gewesen. Die Enttäuschung darüber, dass er die Videos verkauft hat, saß tief.

Nach unserer Rückkehr trafen wir auch Markus R. Wir hatten seine Telefonnummer bekommen und uns mit ihm in einer bayerischen Großstadt verabredet. Eine mehrjährige Haftstrafe in Rumänien lag hinter ihm. Bevor er für eine deutsche Möbelfirma Anfang der 2000er Jahre nach Rumänien ging, hatte ihn bereits ein bayerisches Gericht zu einer Ju-

◀ Im Internet werden philippinische Kinder wie Waren präsentiert.

gendstrafe wegen sexuellen Missbrauchs verurteilt. Damals hatte er als Karatelehrer die Nähe zu Jungen gesucht und erzwungen. Im Pressearchiv hatten wir entsprechende Gerichtsberichte aus dem Jahr 1999 entdeckt.

UNGEAHNTE AKTUALITÄT

Auch ihm sicherten wir aus zwei Gründen Anonymität zu: Erstens hatte er seine Strafe bereits verbüßt und damit einen Anspruch, eine neue Existenz aufzubauen. Inzwischen studierte er und sein näheres Umfeld wusste nichts von seiner Vorgeschichte. Zweitens war es für uns wichtig, einen Einblick in das Geschäft mit den Kinderbildern zu erhalten. Markus R. kannte die Hintermänner in Kanada persönlich, er konnte bislang unbekannt Details preisgeben. Beispielsweise, dass die Szene eng mit Anwälten zusammenarbeitet, um die Grenzen zur Kinderpornografie so weit wie möglich auszulegen.

Wir erfuhren, dass ausgerechnet der ärgste Konkurrent von Azov Films in München saß und dass dessen Handel mit Aufnahmen nackter oder halbnackter Kinder bislang weitgehend unbehelligt von Ermittlungen geblieben war. Wir sahen Aufklärungsbedarf, denn auch diese Aufnahmen stellten für uns eine möglicherweise vom Gesetz nur unzureichend sanktionierte sexuelle Ausbeutung von Kindern dar. Bewusst entschieden wir uns, dem Zuschauer diese bislang legalen Aufnahmen zu zeigen. Natürlich anonymisierten wir die Opfer. Doch wie viel dürfen wir davon zeigen, ohne uns dem Voyeurismus-Vorwurf aussetzen zu müssen? Leider gibt es keine Formel, die einem das richtige Maß vorgibt. Letztlich halfen uns Diskussionen im Team und das stete Hinterfragen der bereits geschnittenen Filmsequenzen.

Als der Fall Edathy Anfang Februar bekannt wurde, war das Thema plötzlich hochaktuell. Die *Fakt*-Redaktion bat uns deshalb, dranzubleiben. Nun stellten sich neue Fragen: Was sind das für Menschen, die diese Filme kaufen? Was bewegt sie?

Durch die Recherche hatten wir mittlerweile ein gutes Netzwerk aufgebaut. Wir erhielten Dokumente und Adresslisten von Kunden von Azov Films. Einen dieser Kunden trafen wir in der Nähe von Dresden. Der Mann war pädophil, schilderte uns die ständige Angst, entdeckt zu werden. Ihm war bewusst, dass er eine Gefahr für bestimmte Kinder sein könnte. Deshalb wollte er an einem Therapieprogramm der Berliner Charité teilnehmen und war bereit, sich dabei begleiten zu lassen.

Im Mai erhielten wir den Auftrag, eine halbe Stunde über das Thema für die ARD zu produzieren. Natürlich gehört dazu auch die Arbeit der Ermittlungsbehörden. Ein Experte des Landeskriminalamts Sachsen erklärte uns, dass es einen Zusam-

menhang zwischen dem Besitz von legalen Posing-Bildern und echter Kinderpornografie gebe: Wer das eine hat, habe häufig auch das andere, formulierte der Kriminalist – obwohl er juristische Zweifel hatte. Denn liefert der Besitz legaler Bilder wirklich einen hinreichenden Tatverdacht, um bei der betroffenen

Wir erfuhren, dass ausgerechnet der ärgste Konkurrent in München saß und unbehelligt von Ermittlungen geblieben war.

Person das Haus zu durchsuchen? So hatte die Staatsanwaltschaft bei Edathy argumentiert. Was kriminalistisch betrachtet nachvollziehbar ist, stellt rechtsstaatlich ein Dilemma dar.

Eindeutig kriminell ist Online(-Live)-Kinderpornografie, auf die uns Hilfsorganisationen aufmerksam gemacht haben. Terre des Hommes organisiert mit regionalen Partnern und Ermittlungsbehörden auf den Philippinen Befreiungsaktionen von Kindern, die sich in Online-Videochats prostituieren. Bei unserem Recherchedreh im Großraum Cebu City fanden wir heraus, dass in kleinen Internetcafés und Apartements Minderjährige vor Webcams sitzen und sich für die eingeloggt Kunden ausziehen. Sozialarbeiter vor Ort kennen die einschlägigen Internetcafés und haben einen engen Draht zu den Opfern. Wir konnten einige Kinder und Jugendliche interviewen, die von den Hilfsorganisationen betreut werden. Sie berichteten von sexuellen Handlungen, die sie auf Anweisung der zumeist aus reichen westlichen Ländern stammenden Videochatpartner an sich vornehmen sollten.

Die schlecht ausgestatteten Ermittlungsbehörden sind auf die Zuarbeit der Kinderhilfsorganisationen angewiesen. Insofern gibt es große Defizite bei der Strafverfolgung: Die Täter haben in der Regel nichts zu befürchten. ■



Arndt Ginzler arbeitet seit 2002 als freier Autor für Print-, TV- und Onlinemedien. Martin Kraushaar war Wirtschaftsredakteur bei MDR Online und ist seit 2006 ebenfalls als freier Autor tätig. Beide arbeiten unter anderem für Spiegel, Zeit, ARD, ZDF und MDR.

IM HÄSSLICHEN MORAST DES SCHÖNHEITSWAHNS

von Anika Giese

In der Ukraine locken Beauty-Kliniken mit Stammzell-Therapien. Werden die Zellen aus gezielten Abtreibungen gewonnen? Beweise gibt es nicht – dafür liefert die Recherche Einblicke in die Schattenwelt des Schönheitswahns.

Fässer mit 250 Embryonen im Wald gefunden« und »Horrorfund« titeln die Zeitungen (*Die Welt*, 23. Juli 2012; *Hamburger Abendblatt*, 24. August 2012) im Sommer 2012 und beschreiben den Fund von 250 Föten in blauen Fässern, konserviert in Formaldehyd, nahe der russisch-ukrainischen Grenze. »Von Nutzen seien die Stammzellen von Föten etwa in der Kosmetik oder der Pharmazie«, lautet ein Erklärungsversuch in der dazugehörigen Agenturmeldung. Viel mehr erfährt der Leser nicht.

Es sind die Zeitungsmeldungen, die uns in den Bann ziehen und uns neun Monate nicht mehr loslassen werden. Embryonale Stammzellen, also menschliches Gewebe aus Abtreibungen und Fehlgeburten, für Anti-Aging-Therapien zu verwenden – das überstieg zunächst unsere Vorstellungskraft. Ist so etwas möglich und legal? Und vor allem: Ist es ethisch und moralisch vertretbar? Für mich ist es ein abschreckendes Thema, das von unserer Lebensrealität weit weg zu sein scheint. Doch auch in unserer Gesellschaft ist der Wunsch nach ewiger Jugend nicht unbekannt. Aber eins nach dem anderen.

VIELE SPUREN VERLIEFEN IM SAND

Schon am Beginn unserer Recherche für die NDR-Dokumentation in der Sendereihe *45 Min* merken wir schnell, dass es alles andere als einfach ist, an Informationen über die Verwendung und den Handel mit Stammzellen und Gewebe zu

◀◀ Schönheitskliniken in der Ukraine werben mit Beauty-Behandlungen, bei denen embryonale Stammzellen verwendet werden. Stimmen diese auch aus illegalen Abtreibungen?

gelangen. Es gibt drei große Hürden: Erstens hat jedes Land seine eigenen Gesetze, die die Entnahme, Forschung oder gar Weiterverwertung von abgetriebenen Föten regeln. Zweitens führte unsere Recherche in ein Land, in dem wir verdeckt arbeiten mussten und in dem es keine Zahlen und Antworten von offizieller Seite gibt. Und drittens mussten wir die wenigen Personen, die tatsächlich mit uns redeten, schützen. Denn es stellte sich heraus, dass wir es mit mafiösen Strukturen zu tun hatten, in denen auch vor Mordanschlägen nicht zurückgeschreckt wurde. Ein Netz aus Schweigenden, Mitwissern, Opfern und Tätern sowie Menschen, die alles dafür tun, um jünger auszusehen – oder um damit Geld zu machen.

Unsere Recherchen führten uns – zumindest digital – um die ganze Welt. Per Skype oder E-Mail sprachen

wir mit unseren Informanten: Stammzellforscher, Insider wie verfolgte Ärzte im Exil oder ehemalige Klinik-Angestellte, die den Handel kennen; wir suchten Frauen, die abgetrieben und/oder Geld für ihre ungeborenen Babys bekommen hatten. Die ersten Spuren lieferten unsere Quellen in Japan, in Irland und in der Ukraine. Wir recherchierten Kliniken in der Ukraine, auf Barbados und in Indien. Es war wie ein großes Puzzle mit tausenden Teilen – und noch passten sie nicht zusammen.

Gibt es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der Entnahme embryonaler Stammzellen – ob legal oder illegal –, der Aufbereitung in Kliniklaboren und schließlich deren Verwendung für Anti-Aging-Therapien?

Viele Spuren verliefen im Sande, Namen von Verantwortlichen hörten wir fast nie, der Kontakt zu Informanten brach oftmals einfach ab. Manche von ihnen berichteten von Morddrohungen, andere sagten, sie wüssten nicht, wo die abgetriebenen Föten hingebracht würden.

Ich kontaktierte einen BBC-Kollegen, der dieses Thema bereits Jahre zuvor recherchiert hatte. Er wusste um die

Schwierigkeiten, Leute zum Reden zu bringen, und warnte uns, wie schwer – aber wichtig – es sei, in einem Land wie der Ukraine als Journalist unentdeckt zu bleiben. Er gewährte uns auch Zugang zu seinen damaligen Quellen, doch keine davon ließ sich mehr anzapfen.

Um das Thema umfassend aufzuarbeiten, mussten wir erst einmal verstehen, was das Besondere an Stammzellen ist. Wir sprachen hierzulande mit Forschern, um herauszufinden: Was macht eine embryonale Stammzelle? Und was hat dies mit Anti-Falten-Cremes zu tun? Außerdem arbeiteten wir uns in die rechtlichen Rahmenbedingungen der »Wunderwaffe Stammzelle« ein, studierten Gesetze rund um die Gewinnung des Materials und den Einsatz dieser Zellen bei Therapien.

SCHÖNHEITSBEHANDLUNGEN VERBOTEN

Erstaunlicherweise verliefen auch unsere Hintergrundgespräche mit deutschen Forschern eher zäh und schleppend. Embryonale Stammzellen zur Verjüngung zu verabreichen, schien offenbar ein absurder Gedanke zu sein – geradezu ein Tabu. Lediglich eine Handvoll Gesprächspartner wollte sich vis-à-vis mit uns treffen – und immer nur ohne Kamera. Da die Anwendung von körperfremden Stammzellen bei Erwachsenen nicht hinreichend untersucht ist, warn-

Ein spezielles Gesetz, das den Einsatz von Stammzellen regelt, existiert in der Ukraine nicht.

ten diese Ärzte und Wissenschaftler vor deren Einsatz. Diese Zellen dürfen in Deutschland nur in engen Grenzen erforscht und schon gar nicht für Behandlungen verwendet werden. Der Einsatz für Schönheitsbehandlungen ist schlichtweg verboten.

Das ist nicht überall so. In Ländern wie der Ukraine sind die staatlichen Vorschriften gänzlich andere. Ein spezielles Gesetz, das den Einsatz von Stammzellen regelt, existiert dort nicht. In diesem rechtsfreien Raum stehen die Türen für Anti-Aging-Therapien mit embryonalen Stammzellen und Schönheitskliniken, die mit solchen Therapien im Internet ausländische Kunden anwerben, weit offen. Wir haben mehrere solcher Kliniken in der Ukraine gefunden und unser Ziel war es, in einer dieser Kliniken mit der Kamera offiziell drehen zu können. Wir verstärkten unser Team deshalb um Polina, die für uns als Dolmetscherin und Produzerin arbeitete. Die offizielle Anfrage mit der Bitte um eine Drehgenehmigung ging im Herbst 2012 schriftlich bei

der EmCell-Klinik in Kiew ein, die mit einer deutschsprachigen Internetseite auch hierzulande nach Kunden sucht. Die Behandlung samt stationärem Klinikaufenthalt, bei dem die Stammzellen als Infusion verabreicht werden, ist ab etwa 8.500 Euro zu haben. Es kommen vor allem Russen, Asiaten und Amerikaner.

Nach ein paar Wochen lag uns eine Zusage vor. Ein erster Erfolg, denn so konnten wir einen Aspekt des Geschäfts abbilden und Verantwortliche befragen. blieb noch eine lange Liste anderer Involvierter.

EINE ERSTE HEISSE SPUR

Von Deutschland aus kamen wir mit der Recherche vor Ort nicht weiter. Auch weil man uns am Telefon oder in E-Mails nicht traut. Deshalb steige ich Anfang Dezember mit der Dolmetscherin ins Flugzeug – das Kamerateam bleibt zunächst zu Hause. Unser Ziel ist die Ukraine. Wir planen Reisen nach Kiew, Charkow und Dnipropetrowsk. Der Zeitplan ist eng, die Ausbeute ungewiss.

Wir treffen Alexander, einen ortskundigen ukrainischen Journalisten, der uns während der nächsten sechs Tage begleiten wird. Er organisierte auch Sergej, unseren Fahrer, ein Schrank von einem Kerl, der nur Russisch spricht, kaum schläft und immer vor unserer Tür wacht.

Unser erster Kontakt ist ein Anwalt, der uns zunächst bestätigt, dass es in der Ukraine rechtens sei, abgetriebene Föten für medizinische Zwecke zu verwenden – laut Gesetz allerdings nur bis zum Ende der zwölften Schwangerschaftswoche. Danach ist es auch in der Ukraine illegal. Der Mann berichtet allerdings, ihm seien Fälle bekannt, in denen Frauen auch nach der zwölften Woche abgetrieben und dafür Geld

vom Arzt erhalten hätten. Eine erste heiße Spur – allerdings mit dünner Beweislage. Denn ein Mutterpass oder Ähnliches existiert in der Regel nicht mehr, auch werden Namen von Ärzten nicht genannt. Die Angst der Frauen ist meist genauso groß wie ihre Scham – denn die Mütter verkaufen ihre ungeborenen Babys.

Als Nächstes treffen wir in einer Hotellobby in Kiew einen Menschenrechtler. Witalij – zum Schutz unserer lokalen Mitarbeiter und Quellen nennen wir nur Vornamen – spricht Englisch, also kann ich direkt mit ihm sprechen und so sein Vertrauen gewinnen. Er hat den Treffpunkt gewählt, um bloß nicht aufzufallen. Anderswo sei es zu gefährlich. Witalij ist in Gefahr, denn er versucht aufzudecken, dass die Ukraine einer der weltweit größten Lieferanten menschlichen Materials ist. Im vergangenen Jahr, so berichtet er, habe er zwei Mordanschläge überlebt. Witalij hilft Betroffenen vor Gericht zu gehen, wenn sie unfreiwillig Teil dieses dunklen Geschäfts werden. Und dann erzählt er von einer Frau, die seit vier Jahren nach ihrem toten Enkel sucht. Tatjana, so heißt sie, wird uns später Unfassbares erzählen.

350.000 ABTREIBUNGEN PRO JAHR

Zuvor besuchen die Dolmetscherin und ich in Kiew und Charkow Kirchen und Frauenberatungsstellen, die oft Kontakt mit Schwangeren haben. Bei rund 46 Millionen Einwohnern gibt es in der Ukraine offiziell 350.000 Schwangerschaftsabbrüche pro Jahr. Die Dunkelziffer soll vier- bis fünfmal höher sein. Zum Vergleich: In Deutschland kamen 2012 auf rund achtzig Millionen Einwohner etwa 107.000 Abtreibungen.

Vor Ort wollen wir natürlich auch die Verantwortlichen befragen. Wir versuchen immer wieder, Kontakt zu Lieferanten des Stammzellmaterials aufzubauen. Doch bei den Krankenhäusern werden wir vom Hof gejagt. Also suchen wir per SMS Kontakt zu einer Gynäkologin. Raissa will uns zwar nicht treffen, verrät uns aber am Telefon, dass es bei einer Abtreibung Vorschrift sei, Frauen ein Formular unterzeichnen zu lassen, dass ihr abgetriebener Fötus und anderes Material für medizinische Zwecke verwendet werden darf. Sie sagt aber auch,



Tatjana sucht seit vier Jahren nach ihrem Enkel. Er soll bei der Geburt tot gewesen sein, doch die Babyleiche ist verschwunden.

dass sie in 27 Berufsjahren an einer Klinik nie so ein Formular gesehen, geschweige denn einer Patientin vorgelegt habe.

Wir recherchieren weiter in Kliniken und Praxen, lassen uns verdeckt Angebote für Anti-Aging-Therapien erstellen, machen uns ein Bild von Lieferanten, Mittelsmännern und Anbietern.

SUCHE NACH DEM TOTEN ENKEL

Wir machen uns schließlich auf in Richtung Dnipropetrowsk – die letzte Station der Recherchereise. Wir sind mit Tatjana verabredet, der Frau, die seit vier Jahren nach ihrem toten Enkel sucht. Da kein Kamerateam dabei ist, zeichne ich unser Gespräch vorsichtshalber mit einer kleinen Kamera auf. Denn ich bin mir nicht sicher, ob ich an diesen einsamen Ort werde zurückkommen können. Auch wenn ich ihre Antworten nicht verstehe, spüre ich ihren verzweifelten Unterton. Die Übersetzung ihrer Geschichte erschüttert mich. Sie zeigt uns immer wieder Ordner voller Dokumente.

Ihr Enkel war bei der Geburt tot – so steht es in den Akten. Doch die Mutter hörte ihr Kind nach der Entbindung angeblich schreien. Nach Aussage der Ärzte wurde das Baby in die Leichenhalle gebracht, was allerdings nicht in den Akten vermerkt wurde. Laut den Mitarbeitern der Leichenhalle kam es dort auch nie an. In dem Jahr, in dem Tatjanas Enkel zur Welt kam, sollen in der Klinik in Dniprodzerschynsk mehr als zwanzig Fehlgeburten gezählt worden sein.

Tatjana hat mit Hilfe des Menschenrechtlers Witalij erwirkt, dass eine Ausgrabung auf dem Friedhof stattfand. Auf der gewachsenen Tischdecke mit vergilbtem Muster zeigt sie mir die Fotos von der Exhumierung. Ihr Enkel hätte hier zusammen mit fünf anderen Babyleichen vergraben sein sollen. Gefunden wurde ein Körper. Tatjanas Enkel war das nicht.

Dass sie überhaupt mit mir spricht, mir Tee in ihrem spartanisch eingerichteten Haus serviert, ist mutig. Denn in ihrem Ort ist sie die Einzige, die redet und bis heute – ohne Erfolg – prozessiert.

Vor dem Rückflug nach Hamburg teilen Polina und ich die Rechercheergebnisse in Form von Speicherkarten und Protokollen unter uns auf und sind kurz vor Weihnachten zurück in Deutschland.

VOM ARZT ÜBERREDET

In den nächsten Wochen gelingt es uns schließlich, die Gynäkologin Raissa zu einem Video-Interview per Skype zu bewegen, das wir von Deutschland aus aufzeichnen. Sie erzählt, dass Abtreibungen in einem späteren Stadium der Schwangerschaft für die Krankenhäuser und Schönheitskliniken umso interessanter seien. Für sie liegt der Verdacht nahe, dass es eine Verbindung zwischen illegalen Abtreibungen und Schönheitskliniken in der Ukraine gibt. Unsere Recher-

che kann das allerdings weder nachweisen noch entkräften. Es wird noch sechs weitere Wochen dauern, bis ich im Februar 2013 erneut in die Ukraine reise: wieder mit Polina, der Dolmetscherin, und dieses Mal mit Kamerateam. Die Puzzleteile fügen sich langsam zusammen. Bei diesem Besuch treffen wir Maria, die in einem Krankenhaus miterlebt hat, wie ihre minderjährige Zimmernachbarin kurz vor der

In dem Jahr, in dem Tatjanas Enkel zur Welt kam, wurden in der Klinik mehr als zwanzig Fehlgeburten gezählt.

Geburt ihres Babys noch zum Abbruch überredet wurde. Außerdem kommt der Kontakt zu der Frau, von der uns Menschenrechtler Witalij erzählt hat, zustande. Auch Zhannas Geschichte ist nur schwer zu ertragen: Zwei Mal habe sie einem Frauenarzt ihre Ungeborenen verkauft, beide Male sei sie im siebten Monat gewesen. Beim letzten Mal sogar mit Zwillingen. Sie steckte in finanziellen Schwierigkeiten. Ein Arzt habe sie überredet, den Abbruch in dem späten Stadium vorzunehmen. Wie viel Geld sie erhalten hat, sagt sie nicht.

Wir besuchen auch noch einmal Tatjana, die sichtlich müde wirkt. Sie sieht mittlerweile keine Chance mehr auf Gerechtigkeit und hat aufgegeben, das Verschwinden ihres Enkels aufzuklären.

Dann endlich drehen wir bei EmCell. Für die Nutzung von Stammzellen hat die Klinik eine offizielle Genehmigung des ukrainischen Gesundheitsministeriums. Einer der Geschäftsführer, so sagt man uns, habe ein hohes politisches Amt. Der Chefarzt selbst und die Klinik geben sich offen, kontrollieren dennoch jedes Bild und jede Frage. Sie unterbrechen sogar vor laufender Kamera unsere Interviews und wollen im Nachhinein das Material zensieren – was selbstredend nicht geschieht.

Die Verantwortlichen beteuern, nur legales Abtreibungsmaterial zu verwenden, das »sonst auf dem Müll« lande. Ich frage später eine Laborantin, ob es sie nicht berührt, woher das Material kommt. Kleinlaut sagt sie: »Doch.« ■



Anika Giese ist freie Fernsehjournalistin. Für die Dokumentation »Faltenfrei um jeden Preis« wurde sie gemeinsam mit Maryam Bonakdar mit dem 1. Platz des Axel-Springer-Preises für Nachwuchsjournalisten ausgezeichnet.

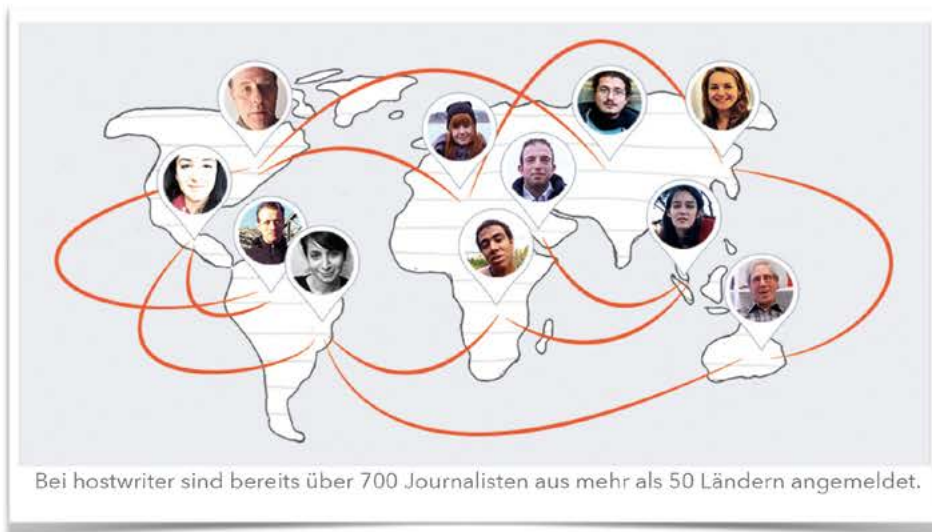
🐦 @GieseDoku

KOOPERIERE MIT JOURNALISTEN WELTWEIT

... du willst eine Geschichte im Ausland schreiben & suchst einen Kollegen vor Ort?

... du suchst einen Journalisten um gemeinsam eine Geschichte zu stemmen?

... du brauchst eine Couch zum Übernachten während deiner Recherchereise?



#hostwriterPrize

Wir zeichnen Kooperationen im Journalismus mit bis zu 5.000 € aus.

- Du warst für eine Reportage auf die Hilfe von anderen Journalisten angewiesen & ihr habt euch für das Projekt zusammen geschlossen?
- Du machst einen Beitrag gemeinsam mit einem ausländischen Kollegen, den Du über hostwriter gefunden hast?
- Du planst eine Doku als Gruppe zu verwirklichen?

... bewirbt euch bis 15. November mit eurem Projekt. Mehr Infos auf blog.hostwriter.org

Was? Wie? Wer?

hostwriter ist eine gemeinnützige Plattform - von Journalisten für Journalisten.

Mitglieder legen ihr Profil in einem passwort-geschützten Bereich an und können dort Kollegen nach den Kriterien Land, Stadt, Sprache und nach Themen suchen.

Zugang erhalten ausschließlich Journalisten, journalistisch arbeitende Blogger, Dokumentarfilmer und Journalismusstudenten - kostenfrei.

PODIUM

MESSAGE



Der Ohrenzeuge S. 66
Radio sichtbar machen S. 69
In der Radiolandschaft S. 71

DAS RADIO-FEATURE

Transformation ins Digitale

EIN KÖNIGSTREFFEN

Das Radio-Feature gilt als Königsdisziplin des Hörfunkjournalismus. Im Mai diskutierten über 140 Experten, Radiomacher und Wissenschaftler aus der ganzen Welt auf der International Feature Conference (IFC) in Leipzig darüber, wie diese Königsdisziplin ihren Thron auf digitale Plattformen überführen und interaktive und audiovisuelle Möglichkeiten des Internets nutzen kann.

Ausgerichtet wurde die IFC von der European Broadcasting Union (EBU), dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig.

Seit vierzig Jahren findet die Konferenz in den großen Radio-Zentren der Welt statt. Zum runden Jubiläum schreiben drei Radiomacher in Message über Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Features.

Als das Radio Anfang der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts in England seinen Sendebetrieb aufnahm, war fast sofort auch das Radio-Feature da. Fast immer scheint es so zu sein, dass revolutionäre Situationen, Aufbrüche, Umbrüche – also wenn irgendwo etwas ganz und gar Neues entsteht – einen bestimmten Menschentyp anziehen: Neuerer, Veränderer, Ausprobierer. Leute, die das Gewohnte von ihren Schultern abschüteln wollen, das Gestern.

URSPRUNG

Die ersten Programm-Gestalter der ganz frühen BBC waren geistige Abenteurer – sie wollten dabei sein, als da in London plötzlich dieses überraschende Medium

DER OHRENZEUGE

Seit den 1920er Jahren steht das Radio-Feature für akustische Emanzipation und journalistische Aufklärung. Eine Hommage von Peter Leonhard Braun, dem Nestor der internationalen Feature-Szene.

emporkam, und sie wollten es mitgestalten. Der erste große Name dieser Pionierzeit, in der alle Texte plötzlich das Sprechen lernen mussten, war der von Lance Sieveking.

Datiert mit dem 2. Februar 1966 schrieb mir die Legende Sieveking, damals schon fast siebzig Jahre alt, dass er sich freuen würde, mit mir über das Feature und dessen Anfänge zu reden. Allerdings nicht in London: Ich müsste zu ihm kommen, nach Snape in Suffolk. Das war über 100 Meilen entfernt, aber ich wäre auch über 200 Meilen zu ihm gefahren. Mir öffnete ein ländlich gekleideter Gentleman, der mich in die Bibliothek führte und schon loslegte, bevor wir richtig saßen.

»Die Geburt des Radios, das war wirklich eine schlafraubende Zeit! Diese Herausforderung und diese Freiheit – wir hatten doch gar keine Ahnung vom Radio! Niemand hatte das. Wir waren eine kleine Gruppe intelligenter, begabter Leute und begannen, mit diesem unbekanntem Medium herumzuspielen. Was konnte es, was nicht, und was konnte es besonders gut? Wir entwickelten Formen, Techniken, Produktionsrezepte – und fanden so auch das Feature. Diese

unternehmungslustige Produktionsmethode möchte ich im Nachhinein als das Hauptergebnis unserer Arbeit bezeichnen: fast bedenkenlos mit allen formalen und technischen Mitteln des Radios ein Thema zu gestalten. Also Radio pur.«

»Wieso nannten Sie diese neue Form eigentlich ausgerechnet Feature?«, fragte ich Sieveking.

»Das kam wie von selbst, weil wir schon von der Zeitung an den Ausdruck gewohnt waren. Wir nannten Feature so ziemlich alles, was anders war, neuartig. Feature, das war die besondere Herangehensweise. Ein Kaleidoskop unerwarteter Blickrichtungen und ein komplexer Montage-Stil. Das erste große Feature, das ich gemacht habe, hieß »Wheel of Time«. Es bestand nur aus Musik mit Gedichten, und das 1926!«

TIGERSPRUNG

Die Schicksalsstunde des blutjungen Radio-Features aber schlug mit Val Gielgud. Er gehörte zur noblen englischen Theaterfamilie der Gielguds und wurde 1929, im Alter von nur 29 Jahren, allmächtiger Produktionschef der BBC und damit verantwortlich für das gesamte Radio Drama, also alles Radio mit

künstlerischem Anspruch. Der große Val Gielgud bestellte mich 1966 in den vornehmen Londoner »Savile Club«. Er war ein beeindruckender Mann, eine Art Empire auf zwei Beinen, er sprach auch nicht wirklich mit mir über das Radio-Feature – sondern er machte mir dazu einige Mitteilungen. Aber die waren sehr wichtig. Er stellte fest: »Sieveking war ganz ungewöhnlich talentiert und seine Vorstellungskraft auf fernste Horizonte gerichtet – aber er übersah das Naheliegende. Er und seine experimentelle Feature-Truppe hatten keine Abteilung! Sie waren für alles kompetent, aber für nichts zuständig. Lord Reith (erster Generaldirektor der BBC) sagte damals zu mir: »Die produzieren doch nichts wirklich Konkretes. Gielgud, Sie sollten die ganze Gruppe übernehmen – oder ich schaffe sie ab.« Ich übernahm sie, und erst dadurch konnte sich das Feature etablieren. Bis zum Krieg war es die kleine Schwester vom Radio Drama – und danach die große Schwester.«

Der passende Begriff für dieses atemberaubende Wachstum einer eben noch fast unbekanntem Radioform ist das Treibhaus: Es war Krieg, das Radio hatte noch keine elektronische Konkurrenz und die Menschen ein elementares Bedürfnis nach Information. Das Feature brachte gut gemachte Information, es wurde sogar die Kunstform der Information. Der Zugriff des Features auf das künstlerische Potenzial vom Radio Drama war dabei unglaublich gewinnbringend: In diesem Treibhaus begann sich eine Mannschaft von erstklassigen Schauspielern und Regisseuren, von Schriftstellern, Journalisten und sogar Poeten einzufinden, die Woche um Woche Programme brachten, die das Feature in England zum nationalen Ereignis werden ließen.

1946 bekam das Feature eine eigene Abteilung bei der BBC und wuchs unter einem charismatischen Dirigenten, Laurence Gilliam, auf einen Mitarbeiterstab

von 25 Personen. Sie scheuten vor keiner formalen Kühnheit zurück (zum Beispiel inszenierten sie mit »Song of a Road« den Bau der Autobahn M1 als Oper) und waren in manchmal monatelanger Recherche einer kriegsentscheidenden Thematik auf der Spur (»Radar – The Secret Weapon«). Laurence Gilliam ist für mich die größte Figur der Feature-Geschichte. Ich konnte ihn nicht kennenlernen, er starb zu früh.

SPRUNG ÜBER DEN KANAL

Am 3. Mai 1945, abends um 20:06 Uhr, wurde der nationalsozialistische Reichssender Hamburg für immer abgeschaltet. Krieg aus, Programm aus. Noch in der Nacht marschierten britische Truppen in die Stadt, übernahmen am Morgen den Sender und taufte ihn um. Nur 23 Stunden später begann mit Radio Hamburg ein völlig anderes Radio und ein völlig anderes Programm-Verständnis. Dieses rasante Tempo der Veränderung blieb prägend für den neuen Sender. Schon im Juni stellten die englischen Kontroll-Offiziere die ersten beiden Mitarbeiter für die deutschsprachigen Wortprogramme ein: Axel Eggebrecht und Peter von Zahn. Im Juli kam Ernst Schnabel hinzu. Alle drei kannten sich kaum oder gar nicht, hatten noch nie eigene Sendungen gemacht und noch nie in ihrem Leben das Wort Feature gehört. Aber alle drei waren Autoren von Rang und wurden nun die drei Musketiere von der Abteilung »Talks and Features«, nach dem Muster der BBC.

Ihre Hörerschaft war eine notleidende Bevölkerung mit Hunger nach zutreffender Information, nach Glaubwürdigkeit und gültigen Werten.

Eggebrecht schrieb 1947 das Feature »Was wäre, wenn...«: eine politische Utopie, ein Rückblick aus dem Jahre 2047, als nach dem Scheitern endloser Konferenzen endlich ein befriedetes, lebenswertes Mitteleuropa entsteht, dem sich immer mehr Länder anschließen, bis am

Ende die ganze Welt dazugehört. Die Resonanz auf die Sendung war ungeheuer, es kamen Tausende von Anfragen, was man für dieses Ziel tun könne.

Schnabel verfasste mitten im Hunger- und Kältewinter 1946/47 das Feature »Der 29. Januar«. Er hatte die Hörer gebeten, ihm zu schreiben, wie sie diesen zufällig ausgewählten Tag erlebt hätten, und erhielt 30.000 Zuschriften.

Und Peter von Zahn beschrieb in drei Folgen die Katastrophe im Ruhrgebiet: Hochpeitschen der Kohleproduktion, Ausbremsen der Stahlproduktion, Demontage der Konzerne, Reparationen, Betriebsverbote.

So viel packende Wahrheit und sozialkritische Angriffslust hatten die Menschen bis dahin noch nie im Radio gehört.

Als der Feature-Autor Ernst Schnabel 1951 Intendant des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) wurde und den Schriftsteller Alfred Andersch als vierten Musketier an Bord holte, erreichte die ▶



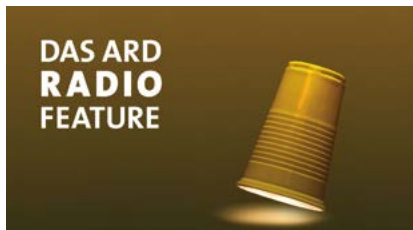
Peter Leonhard Braun, 85, leitete über zwei Jahrzehnte die Feature-Abteilung beim SFB. Der »Feature-Papst« gründete 1974 gemeinsam mit Kollegen die International Feature Conference.

Ausstrahlung der Hamburger Programme einen Höhepunkt und das Feature setzte sich nach und nach auch in den anderen deutschen Funkhäusern durch.

SPRUNG IN DIE GANZE WELT

Ich hatte 1966 einen unerhörten Brief an meinen Feature-Chef im Sender Freies Berlin (SFB) geschrieben. Durch die Stereophonie und ihre Fähigkeit, Räume, Richtungen und selbst Massenereignisse im Radio differenziert abzubilden, sei eine neue Zeit angebrochen, sie verlange die Benutzung anderer technischer Mittel und Produktionsweisen. Ich schlug ihm als Thema »Hühner – das erste industriell produzierte Lebewesen« vor und wollte dazu in Deutschland die wichtigsten Legebetriebe, Aufzuchtstationen, Brutereien und Schlachthöfe besuchen. Wegen der Erstmaligkeit der zu erwartenden Tonaufnahmen müsse mich ein erstklassiger Toningenieur begleiten. Mein Chef antwortete: »Hühner in Stereo – das ist Gackern von rechts nach links – unterlassen Sie das besser.«

Auf meine Hühner-Reise begleitete mich dann Karl-Heinz Lalla, Erster Toningenieur beim SFB, sonst zuständig für sinfonische Aufnahmen der Sonderklasse. Dieses Hinzutreten einer ganz anderen Art von Hauptperson mit kreativer technischer Intelligenz bezeichnete



Die ARD hat die weltweit komplizierteste Struktur für das Feature entwickelt, findet Peter Leonhard Braun: »Das ist Hunger vor voller Tafel.«

die Revolution, die stattgefunden hatte: Es ging nicht mehr darum, Texte zu schreiben – es ging um die Entdeckung des Tons, des Klangs, des Geräuschs. Das war die zweite Entdeckung des Radios: Die Sprechere ist viel stärker als die Schreiber. Wir sagten uns: Hört doch auf, das Leben mit Hilfe des Radios zu beschreiben, sondern sendet das Leben. Das konnte das Radio jetzt. Der Originalton war da, eine Urkraft.

So habe ich die »Hyänen« – also die akustische Wildnis der afrikanischen

Mit seiner informativen Kraft setzt sich das Feature im wildesten Medien-Dschungel durch.

Nacht – mit dem Toningenieur Dieter Großmann gemacht. Und dabei immer mehr den Text zurückgedrängt und den Inhalt immer mehr akustisch erzählt. Als dann die »8:15 Uhr OP III Hüftplastik« (Toningenieur Manfred Hock) kein einziges Wort an Sprechertext mehr enthielt, besaßen wir endlich den akustischen Film.

Diese Produktionen hatten bahnbrechenden Erfolg. Sie wurden in 12 bis 15 Sprachen übersetzt, 500-mal ausgestrahlt und machten das Feature erstmalig zum Bestseller.

Der weltweite Transmissionsriemen der akustischen Emanzipation aber wurde dann die International Feature Conference (IFC). Sie wurde 1975 zum ersten Mal vom SFB in Berlin organisiert, um von überall die Reformer zusammenzurufen, zu trainieren und um grenzüberschreitend die Weiterentwicklung des Features zu betreiben. Jahr für Jahr, und das ist ein mediengeschichtliches Phänomen, findet sie in den großen Radiostädten der Welt statt – seit nunmehr vier Jahrzehnten. 2014 wurde die IFC vom MDR und der Medienstif-

tung der Sparkasse Leipzig beispielhaft realisiert. Das Schwerpunktthema der diesjährigen Vier-Tage-Konferenz: das multimediale Feature. Was denn sonst?

SCHLUSS-SPRUNG

Wie ist die Lage des Features heute? In der Programm-Woche 28 (12. bis 18. Juli 2014) sendete die BBC London auf vier Wellen insgesamt 36 Features (Höchstzahl an einem Tag: neun). Beim ORF Ö1 (Wien) erreicht das Feature in der Hörerbewertung die Note 4.5 (Höchstnote 5) und sitzt auf einem Kissen von 29 nationalen und internationalen Radiopreisen. Das investigative Feature im SR Stockholm hat 2013 mit hartnäckiger Recherche einen hohen Polizeioffizier zu Fall gebracht und wurde mit dem Prix Europa ausgezeichnet. Und RTE Dublin zählte 2008 nur 12.000 irische Zuhörer auf Radio 1 (FM) für seine Feature-Reihe *Documentary on One* – heute sind es dank seiner durchdachten Online-Strategie 500.000 Hörer weltweit.

Und die ARD? Sie hat mit Sicherheit die weltweit komplizierteste Struktur für das Feature entwickelt. Die beteiligten Redaktionen sitzen in elf verschiedenen Rundfunk-Organisationen und senden aus zehn verschiedenen Standorten. Aber diese üppige Struktur ist nicht durchlässig genug. Gerade die anspruchsvollsten und deshalb auch teuersten Programme wandern nicht ausreichend von Sender zu Sender, weil sich kleine Häuser die hohen Übernahmekosten von Produktionen aus den großen Häusern oft nicht leisten können. Das ist Hunger vor voller Tafel. Denn die thematische und formale Vielfalt der Gesamtproduktion der ARD sucht ihresgleichen, sie sollte aber allen Sendern und ihren Hörern zur Verfügung stehen. Schließlich wird die informative Kraft des Features mehr denn je gebraucht und seine Fähigkeiten, sich selbst im wildesten Medien-Dschungel durchzusetzen, stehen außer Frage. ■

RADIO SICHTBAR MACHEN

Feature-Produzenten müssen ihre Arbeit im Internet stärker sichtbar machen. Alan Hall von Falling Tree weiß, wie man in der digitalen Welt die Augen fesselt, während die Ohren gebannt dem Inhalt folgen.

Mit unserer Produktionsfirma Falling Tree machen wir Radio, erstellen Features, Dokumentationen und legen großen Wert auf die Beziehung zwischen Hörer und Radiostück. Diese Beziehung ist für uns zentral. Wenn wir also über einen Artikel den Titel »Radio sichtbar machen« schreiben, dann machen wir uns Gedanken darüber, wie Visualisierungen genutzt werden können, um dem Hörbaren zu dienen.

Wir produzieren regelmäßig halbstündige Dokumentationen für Radio 4, den Wortsender der BBC. BBC Radio sendet dreißig oder vierzig solcher Stücke pro Woche. Normalerweise erfahren Hörer durch Ankündigungen im Radio oder aus der Zeitung von diesen Sendungen. Mit etwas Glück stellt das Team der BBC-Öffentlichkeitsarbeit von Zeit zu Zeit eine unserer Produktionen interessierten Journalisten vor. Sie schreiben dann einen Artikel darüber oder präsentieren die Dokumentation als »Highlight des Tages«. Manche Sendungen werden in den Radiokritiken besprochen, die die britische Qualitätspresse immer noch wöchentlich veröffentlicht. Auf diese Weise haben wir seit vielen Jahren unsere Produkte an die Hörer gebracht – und der Erfolg ließ sich an den Zeilen berech-

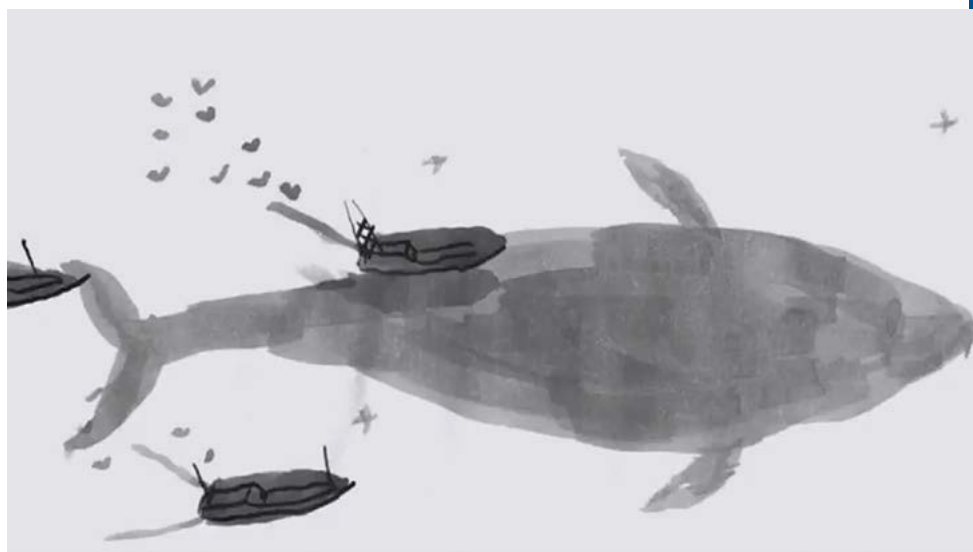
nen, die darüber in der Zeitung geschrieben wurden.

Aber die Welt hat sich verändert. Und die Rundfunkindustrie reagiert darauf zu langsam und zu defensiv. Im Digitalen wird Radio zu Audio. Wir Radiomacher konkurrieren mit den Inhalten auf neuen Plattformen und Geräten wie iPod oder Smartphone. Wir müssen uns überlegen: Wie soll das altmodische Radio im Zeitalter von kostenlosen Downloads, allgegenwärtigen Youtube-Videos und der visuellen Dominanz des Internets überleben?

Paradoxerweise scheinen wir schon im goldenen Zeitalter des genauen Zuhörens angekommen zu sein – davon zeugt die wachsende Anzahl liebevoll gemachter Podcasts aus den USA. Aber gleichzeitig sehen wir, wie das Radio seine Existenzberechtigung verliert: seine Audio-Zentriertheit.

Bei Falling Tree haben wir erkannt, dass Feature-Produzenten mit ihrem feinen Sinn für alles Hörbare auch visuelles Marketing betreiben müssen, damit ihre Programme gesehen und gehört werden können. Wir müssen das Hör-Erlebnis erweitern und selbst die Beziehung zu unseren Hörern gestalten. Wir sprechen bewusst davon, »Radio sichtbar zu machen«, nicht »Radio zu visualisieren«.

Manchmal reicht es schon, eine alte Methode auf einer neuen Plattform anzuwenden. Ein Beispiel dafür ist eine Geschichte aus unserer Serie *Short Cuts*, für die ein amerikanischer Journalist sich selbst verwandt und heimlich private Gespräche aufgenommen hat. Das *BBC News Magazine* sprang auf das Thema an und brachte einen Artikel mit Links zur Sendung. Gleich am ersten Tag bekam sie eine halbe Million Klicks. ▶



Für »The Tale of the Sickly Whale« setzte ein Student einen animierten Wal in Szene.



Manche unserer Sendungen bebildern wir aufwendig. Das Internet ist schließlich ein visuelles Medium, und starke Bilder können helfen, die Aufmerksamkeit auf dem PC- oder Smartphone-Bildschirm zu gewinnen. Für »Sky Boy«, eine Sendung der Reihe *Between The Ears* auf BBC R3, haben wir einen kurzen Film und Werbeclips produziert (<http://bbc.in/1r8132c>).

Die Absicht ist simpel: Wir wollen die Augen mit Anschauungsmaterial fesseln, während die Ohren mit dem eigentlichen Inhalt beschäftigt sind. Für die Geschichte »The Tale of the Sickly Whale« aus unserer *Short-Cuts*-Serie haben wir eine Animation von einem Studenten erstellen lassen. Der Film wurde über den Youtube-Account der BBC veröffentlicht, er unterstreicht Ton und Inhalt des Audios, ohne einfach nur seine Aussage zu wiederholen.

Wir gewinnen aber nur wenige Hörer dazu, wenn die BBC Sendungen auf ihren eigenen Websites mit Grafiken,

Mit seiner Produktionsfirma Falling Tree hat sich Alan Hall dem »impressionistischen Radio« verschrieben und erstellt vor allem Dokumentationen und Musik-Features.

Musikblogger und Fan-Websites sorgten dafür, dass das Feature über den Musiker Jeff Buckley zum Trending Topic bei Twitter wurde.

Clips, Bilder-Galerien und Animationen bewirbt. Das Werbematerial gehört dahin, wo die potenziellen Hörer sind – für die Sendung mit dem verwanzten Amerikaner war das das *BBC News Magazine*; für eine Musik-Dokumentation, die wir vor Kurzem produziert haben, sind es Musik-Blogs oder das Pult eines uns wohlgesinnten DJs.

Die halbstündige Dokumentation »The Grace of Jeff Buckley« lief an einem Samstagvormittag im Juli 2014 auf dem Wortsender Radio 4. Wir präsentierten darin selten gespielte Aufnahmen, Interviews und Performances des Musikers Jeff Buckley, der 1997 ums Leben kam. Wir wussten, dass die Sendung Buckleys Fangemeinde ansprechen würde, obwohl seine Fans normalerweise eher nicht Radio 4 einschalten. Gleichzeitig durften wir auch die typischen Hörer von Radio 4 nicht abschrecken, die im Durchschnitt etwas älter sind und sich mehr für das gesprochene Wort als für Musik interessieren.

Vor der Ausstrahlung stellten wir einigen Musik-Blogs und Fan-Seiten ein Stück aus einem vorher nie veröffentlichten Interview mit Jeff Buckley zur Verfügung. Außerdem überredeten wir einen DJ des BBC-Tochtersenders 6 Music, die Dokumentation anzukündigen. Unsere Strategie scheint aufgegangen zu sein –



Screenshot: bbc.com
Foto: Christopher Wood

zumindest nach Twitter-Maßstäben: Bei dem Kurznachrichtendienst wurde die Sendung während und nach der Ausstrahlung zum vielbesprochenen Trending Topic. Auch heute noch ist »The Grace of Jeff Buckley« online verfügbar und kann jeden Tag neue Hörer erreichen.

Genau das ist der Schlüssel dazu, Radio in digitalen Zeiten sichtbar zu machen: Es muss verfügbar sein. Bei der BBC kann man Sendungen nach der Ausstrahlung sieben Tage lang online nachhören. Für die *Short Cuts* haben wir schon früh entschieden, die Sendungen nicht nur online als Stream zur Verfü-

gung zu stellen, sondern auch als Download. Seitdem erreichen wir 15-mal so viele Hörer wie vorher.

Um Radio in digitalen Zeiten sichtbar zu machen, muss es vor allem verfügbar sein.

Wenn wir Radio sichtbar machen, versuchen wir dabei immer auch, das Hör-Erlebnis zu bereichern – ohne aber vom eigent-

lichen Inhalt abzulenken, ihn zu ersetzen oder zu verwässern. Wir wollen unseren Produktionen auch jenseits der planmäßigen Sendezeit Raum geben. Wir wollen sie »aus der Verankerung des BBC-Networks lösen« (wie es einer unserer Auftraggeber beim Sender formulierte), sodass sie von mehr Menschen gesehen und gehört werden können. Handgemachte Audiostücke haben einen eigenen Platz im Internet verdient. Visualisierungen sind dafür nicht nur eine zaghafte Beigabe, sondern Nutzwert für großartiges Radio. ■

Übersetzung: Rebecca Pohle

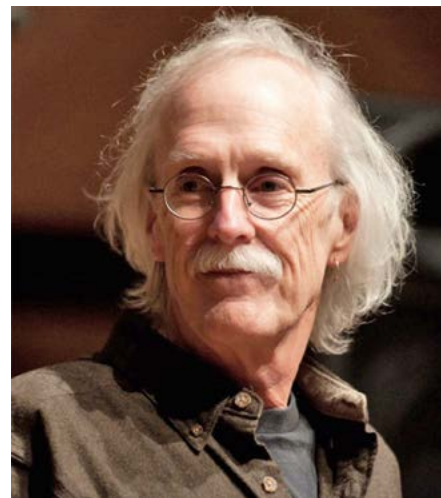
IN DER RADIOLANDSCHAFT

Mit ortsbasierten Features erzählt Chris Brookes Geschichten da, wo sie sich ereignet haben. Die Hörer sind dank Smartphone mittendrin.

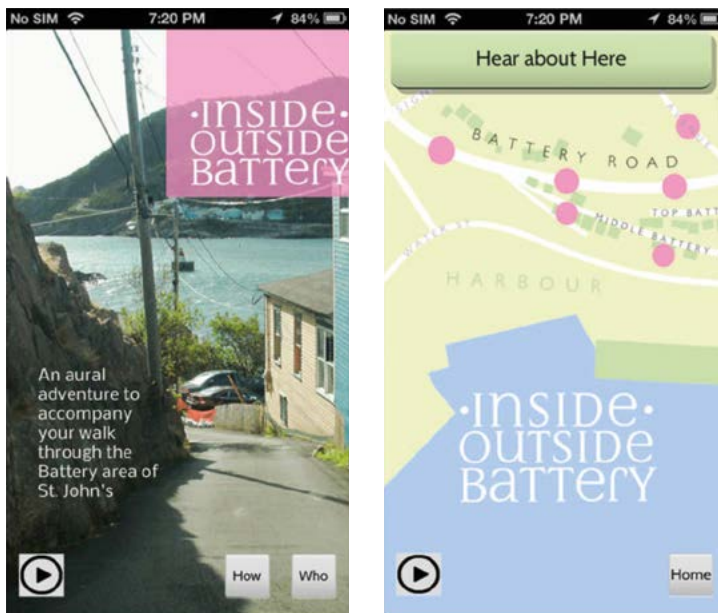
Töne und Klänge waren in der Vergangenheit eng an Orte gebunden. Um die Stimme eines Sprechers zu vernehmen, musste man in Hörweite sein; um ein Klavier, Musik oder die Brandung hören zu können, musste man im Konzert, in einem Club oder am Meer sein. Erst im späten 19. Jahrhundert machte die Erfindung von Radio und Tonaufzeichnung den Klang vom Ort unabhängig.

Mit den neuen Geräten entwickelten sich auch die Hörgewohnheiten weiter. Anfangs versammelten sich die Hörer vor ihren Rundfunkempfängern. Später entstanden tragbare Geräte, mit denen die Hörer auch einschalten konnten, wenn sie gerade unterwegs waren, mit

dem Auto durch die Landschaft fahren oder spazierten. Danach begannen sich die Hörfunkprogramme zu verändern, von Übertragungen mit festen Sendezeiten hin zu Podcasts und Downloads, die die Nutzer genau dann hören können, wann sie es wollen. Doch die Inhalte dieser Sendungen sind immer noch losgelöst von der Landschaft, die die Nutzer beim Hören umgibt. Im 21. Jahrhundert laufen Menschen mit Kopfhörern durch die Welt und hören dabei, wie Arcade Fire und Miles Davis in weit entfernten Tonstudios Klänge produzieren – also an Orten, die von den Geräuschen der Umgebung, durch die sich die Hörer bewegen, vollkommen isoliert sind. Niemand findet das seltsam. Wir haben uns an ►



Der Kanadier Chris Brookes will Hörer und Landschaft wieder zusammenbringen.



Per GPS lokalisiert das Smartphone, wo sich der Hörer gerade befindet. Die Karte zeigt, an welcher Straßenecke das nächste Stück gespielt wird.

die Trennung von Ton und Landschaft gewöhnt. Wir haben vergessen, wie außergewöhnlich es ist, dass das Radio erst vor einem Jahrhundert die 200.000 Jahre alte Beziehung von Geräusch und Umgebung verändert hat.

Standortbasiertes, durch GPS gesteuertes Radio kann diese Trennung aufheben und Hörer und Landschaft wieder zusammenbringen. Feature-Produzenten erschaffen Smartphone-Apps wie *Hackney Hear*, *Soho Stories* und *Inside Outside Battery*. Sie läuten eine neue Entwicklungsstufe des Radios ein, weil man sich mit ihnen im Raum bewegt und so Form und Inhalt miteinander verschmelzen: Die Nutzer laden sich eine App auf ihr Smartphone und schlendern mit Kopfhörern im Ohr durch die Landschaft. Ihr Telefon lässt dabei automatisch Töne, Stimmen und Geräusche erklingen, die in dem Ort verankert sind. Die Features sind interaktiv – sie passen sich der Gehgeschwindigkeit und Route des Hörers

an und reagieren darauf, ob er an einer Kreuzung rechts oder links abbiegt.

Mit der App *Hackney Hear* kann man den Londoner Stadtteil Hackney kennenlernen. Über GPS wird dabei geortet,

Mit Smartphone-Apps bewegt der Radiohörer sich im Raum. Form und Inhalt verschmelzen.

wo sich der Hörer gerade befindet, und dann werden die zum Ort passenden Stücke abgespielt. Dabei ist es, als würde man ein Radio-Feature betreten und im Sound schwimmen; der Nutzer bewegt sich durch eine Erzählung mit einem multidimensionalen Sound-Design, das ihn auf vielen Ebenen anspricht.

Produktionen wie *Hackney Hear* und *Inside Outside Battery* kann man nur an ihren Originalschauplätzen er-

leben. Einige Features lassen sich auch aus der Ferne über das Internet anhören – aber dabei geht ihre Magie verloren, die Geschichten wirken aus dem Zusammenhang gerissen, die Bezüge blass. Denn eine Umgebung ist nicht nur das, was das Auge sieht, sie ist mehr als eine Anordnung von Straßen und Gebäuden. Zu ihr gehören auch all die Erfahrungen, die Menschen dort gemacht haben.

Wer Geschichten an dem Ort hört, wo sie sich ereignet haben, gewinnt ungewöhnliche Einblicke in eine scheinbar gewöhnliche Umgebung. In der Klippenlandschaft von Battery, einem Stadtviertel von St. John's im kanadischen Neufundland, entdeckt man zunächst nur einen großen Fels im Wasser. Seine Geschichte sieht man ihm nicht an, aber man kann sie in dem Feature *Inside Outside Battery* entdecken: Dabei wird der Fels zum »Windsor Rock«, an dem im 19. Jahrhundert ein Kapitän bei der Einfahrt in den Hafen ein Loch in sein Segelschiff riss. Und zum »Chain Rock«, vor dem im Zweiten Weltkrieg U-Boote abgewehrt wurden. Und zur Kulisse für die Fernsehserie *Republic of Doyle*, die im vergangenen Jahr eine fiktive Drogenrazzia in St. John's stattfinden ließ. So öffnet *Inside Outside Battery* mit rund dreißig Geschichten aus dem Stadtviertel die Tür zu einer verborgenen Welt. Ein Maler aus der Zeit des Impressionismus fordert den Hörer auf, sich neben seine Staffelei zu stellen und die Umgebung mit den Augen eines Künstlers zu betrachten. Ein kleiner Junge erzählt, wie er genau an diesem Ort seine Familie durch eine Lawine verlor. Eine Bestseller-Autorin flüstert eine Kurzgeschichte, deren Handlung in Battery spielt. Eine Ton-Montage erweckt den Geräteschuppen eines Fischers zum Leben.

Wie jede kreative Erzählweise hat auch das ortsbasierte Feature seine Schwächen. Laute Umgebungen können eine zarte Sound-Komposition übertönen, das Stück kann oft nur in Episoden

erzählt werden – und die Macher müssen dem Nutzer die endgültige Kontrolle überlassen. Aber die Produktionstechnik wird immer nutzerfreundlicher, sie ermöglicht es den Radio-Machern und Sound-Designern, sich vor allem auf den kreativen Teil ihrer Arbeit zu konzentrieren. Einige dieser Produktionen haben Kreativitätspreise gewonnen. *Inside Outside Battery* wurde 2014 mit der »Gold World Medal« des New York Festivals ausgezeichnet, *Hackney Hear* 2012 beim Prix Europa zum »Besten Radiokonzept zum Erreichen neuer Hörer« gewählt.

Der neue Zugang zum Publikum ist aus Sicht der Radiomacher eine große

Feature-Dokumentationen auf die Liste der bedrohten Arten gesetzt. Aus Sicht der Produzenten sind ortsbasierte Apps deshalb eine vielversprechende neue Verbreitungsmöglichkeit für ihre Arbeit. Die Infrastruktur ist schon vorhanden. Die Übertragung mittels GPS-Ortungsdiensten funktioniert automatisch, den Empfang ermöglichen Smartphones. Zwei von drei Nordamerikanern unter siebzig Jahren besitzen ein GPS-fähiges Smartphone – für Radiomacher eine verlockende Möglichkeit, per Kopfhörer in all diese Ohren vorzudringen. ■

Übersetzung: Rebecca Pohle



Mit Blick aufs Wasser erfährt die Hörerin mehr über den Hafen, als auf den ersten Blick zu sehen ist.

Stärke der ortsbasierten Features. Denn in vielen Ländern werden die Mittel für öffentlich-rechtliche Sender gekürzt. In Kanada schrumpft die Sendezeit für aufwendig produzierte Features immer weiter. Der einzige öffentliche Sender, CBC, hat Hörspiele komplett aus seinem Programm gestrichen und die Macher von

Die Apps *Inside Outside Battery*, *Hackney Hear* und *Soho Stories* können über iTunes und/oder Google Play geladen werden. Weitere Informationen:

- ▶ heresay.ca/Heresay/InsideOutside.html
- ▶ hackneyhear.com
- ▶ nationaltrust.org.uk/article-1356398419972

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?



REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODE33

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT
[20 JAHRE]

Kolumne

FRÜHE PRÄGUNGEN

Namhafte Journalisten erzählen in Message von ihren Vorbildern. Gisela Friedrichsen, Gerichtsreporterin beim Spiegel, schreibt über ihre persönlichen Leitbilder aus Journalismus und Literatur.

Vorbild? Welche Frage! Der *Spiegel*-Gerichtsreporter Gerhard Mauz selbstverständlich. Oder doch nicht oder nicht nur? Für das Genre Gerichtsreportage begann ich mich zu interessieren, nachdem ich, junge Redakteurin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Ressort »Deutschland und die Welt«, ins Gericht geschickt wurde.

Als gelernte Germanistin faszinierten mich sofort die Geschichten, die dort



verhandelt wurden, Stoffe für Romane oder Novellen, ganz zu schweigen von den Personen, die man im Gerichtssaal kennenlernen konnte: Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und vor allem die Angeklagten, die Gescheiterten, Bedrängten, ja, auch die Bösen. Fast noch spannender fand ich aber, wie das Recht Ordnung schafft im Chaos menschlicher Abgründe. Dies alles einzufangen und so wiederzugeben, dass es FAZ-like klang,

erschien mir unlösbar. Wie machten das die anderen? Ich las Mauz und wusste sofort: Wie er schreiben, das kann ich nicht. Es gab Kollegen, die versuchten zu »mauzen«. Doch darin war das Original einfach besser. Auch wie es der Großmeister der kleinen Form, Erwin Tochtermann, in der *Süddeutschen Zeitung* praktizierte – das war ebenfalls unnachahmlich.

Also las ich Fontane, Flaubert und Thomas Mann, wie ich es schon im Studium gemacht hatte, diesmal aber auf der Suche nach Vokabeln, um mir über den Alltagswortschatz hinaus ein Formulierensrepertoire anzulegen für das oft Unsägliche, was in einer Gerichtsreportage gesagt

lich machen. Gerhard Mauz war mir dabei eine unendliche Hilfe. Er hatte das Mitleid mit den Menschen auf der Arme-Sünder-Bank, den Ekel vor ihren Taten, den Schauer vor einem unbittlichen Justiz-Räderwerk und auch die Versagensängste eines Journalisten am eigenen Leib erfahren. Er kannte all das mir noch Unbekannte.

Dann las ich, was Kurt Tucholsky und Paul Schlesinger über die Justiz ihrer Generation geschrieben hatten, und merkte, dass Gerichtsreportagen bisweilen Dokumente der Zeitgeschichte sind. Mauz berichtete über den Frankfurter Auschwitz-Prozess und die RAF-

»Es gab Kollegen, die versuchten zu »mauzen.«

werden musste. Ich hatte ein Notizbuch für besondere Wörter und etwas aus der Mode gekommene Wendungen. Das half. Doch dies war erst der Anfang.

Als ich von Mauz zum *Spiegel* geholt wurde, merkte ich, dass sich der Gerichtsreporter erst einmal selbst über seinen Standpunkt klar werden muss, ehe er seinem Leser etwas mitteilt. Und dass er nicht nur die anderen Personen im Gerichtssaal zu beobachten hat, sondern vor allem sich selbst, um nicht von Gefühlen überrollt zu werden, die ihm das Schreiben unmög-

Verfahren. Ich hatte es dann mit der DDR-Regierungskriminalität zu tun und heute mit dem NSU-Prozess. Ich erlebte, wie der Angeklagte zunehmend aus dem Zentrum des Strafprozesses rückte zugunsten des Opfers, was mir zunächst nicht einleuchtete, weil ich es bei Mauz anders gelernt hatte.

Inzwischen gebe ich denen Recht, die sagen, im Strafprozess gehe es eben nicht nur um die Schuld des Angeklagten, sondern auch um die Befriedung der Geschädigten. Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Vorbilder. ■

»OFFIZIELL HABEN WIR MEINUNGSFREIHEIT«

*Farida Nekzad leitet die Nachrichtenagentur Wakht in Afghanistan.
Im Message-Interview erklärt sie, unter welcher Gefahr Journalistinnen in
ihrem Land arbeiten und welche Medien Warlords bevorzugen.*

◀ Ein Anschlag der Taliban auf das Gebäude der Wahlkommission war einer der Auslöser dafür, dass Farida Nekzad mit ihrer Tochter Afghanistan vorübergehend verließ.

Frau Nekzad, Sie haben in früheren Interviews gesagt, dass Sie Afghanistan trotz Drohungen und Anschlägen nicht verlassen wollen. Was hat Sie dazu bewogen, nun doch für ein Jahr nach Deutschland zu kommen?

Farida Nekzad: Ich Sorge mich zwar um die Sicherheit der Journalisten im Land, aber mir ging es bei dieser Entscheidung weniger um mich als vielmehr um meine vierjährige Tochter Muska. In der Vergangenheit gab es in Kabul zwei Vorfälle, die sie so stark traumatisiert haben, dass sie nachts aus Angst vor den Taliban weinend aufwacht.

Was ist passiert?

Der erste Vorfall war der Mord an dem afghanischen AFP-Journalisten Sardar Ahmad, seiner Frau und zweien seiner Kinder in einem Hotel in Kabul. Sie wurden von Taliban erschossen. Der jüngste Sohn, knapp zwei Jahre alt, überlebte schwer verletzt mit Kugeln im Körper. Meine Tochter sah Verwandte der Erschossenen im Fernsehen. Das hat sie stark berührt. Sie fragte immer wieder: »Warum haben die Taliban sie getötet? Warum töten sie Kinder? Was haben die Kinder ihnen getan? Werden sie mich auch töten?« Ein paar Wochen später griffen die Taliban das Gebäude der Wahlkommission an, in dem ich als Leiterin des Medienausschusses mein Büro hatte. Muska besuchte mich dort oft. Als sie nach dem Anschlag den zerstörten Flur sah, veränderte das etwas in ihr. Sie wollte nicht mehr in mein Büro kommen und sagte zu mir: »Mama, warum gehst du da hin? Sie werden dich töten.«

Sie kritisieren, dass Journalisten in Afghanistan nicht sicher sind. Unter welchen Bedingungen arbeiten Ihre Kollegen, vor allem die weiblichen?

Offiziell haben wir tatsächlich Meinungsfreiheit im Land und können sagen, was wir denken. Aber es besteht immer die Gefahr, dabei Schwierigkeiten zu bekommen. Nach dem Fall des Taliban-Regimes hatte die Presse- und Meinungsfreiheit zunächst echte Fortschritte gemacht, und unabhängige Medien konnten sich entwickeln. Verschiedene Organisationen setzen sich insbesondere für Frauen ein, die als Journalistinnen, Autorinnen, Fotografinnen oder Kamerafrauen in den Medien arbeiten. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ist das überhaupt möglich, denn die Taliban hatten es Frauen verboten zu arbeiten. Die internationale Gemeinschaft beobachtete unsere Arbeit mit großem Interesse, motivierte uns und ermöglichte uns Fortbildungen im Ausland. Aber jetzt ziehen sich viele Organisationen nach und nach wieder aus Afghanistan zurück. Die Regierung übersieht leider oft, wie viel Journalisten in ihrem Land riskieren. Die Politiker interessieren sich nicht dafür, ob wir bedroht werden. Sie sagen zwar, dass ihnen das Problem bewusst ist, dass sie Journalisten aber nicht besonders schützen können. Von Tag zu Tag wird die Situation schwieriger. Vor allem Journalistinnen werden kaum von den Behörden geschützt.

Vor wem brauchen sie Schutz?

Es gibt einige Menschen, denen die neue Pressefreiheit in Afghanistan nicht passt: Warlords, Kriminelle und die Leute, die in Korruption, Betrug und illegalen Handel involviert

FARIDA NEKZAD

In einem Land, in dem es vor allem für Frauen noch immer gefährlich sein kann, ihre Meinung zu äußern, kämpft Farida Nekzad für freie Berichterstattung und mehr Frauen in den Medien: Afghanistan. Gemeinsam mit ihrem Mann betreibt sie dort die Nachrichtenagentur *Wakht*. Nekzad leitete außerdem den Medienausschuss der unabhängigen Wahlkommission, die die journalistische Berichterstattung während des Wahlkampfes 2014 beobachtete und eine ausgewogene mediale Präsenz der zur Wahl stehenden Parteien fördern sollte. Für ihr Engagement wird Nekzad im Oktober mit dem »Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien« der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig ausgezeichnet. Als Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte lebt die 37-Jährige mit ihrer Tochter derzeit in Hamburg.



sind. Diese Männer sind landesweit bekannt, und sie wollen ihr Bild in den Medien als ehrliche und aufrechte Mitglieder unserer Gesellschaft aufrechterhalten. Deshalb versuchen sie zu verhindern, dass ihre Machenschaften aufgedeckt werden. Journalisten, die ihre Verbrechen an die Öffentlichkeit bringen, wollen sie tot sehen.

Ist die Situation für männliche Journalisten ebenso gefährlich wie für weibliche?

Noch nie in der Geschichte Afghanistans war die Gewalt gegenüber Frauen so extrem wie heutzutage. Viele dieser Kriminellen schrecken auch vor sexueller Gewalt nicht zurück. Opfer werden bei lebendigem Leib angezündet, oder man schneidet ihnen Körperteile ab. Diese Täter sind daran schuld, dass sich der Zustand der Presse- und Meinungsfreiheit in Afghanistan wieder verschlechtert, besonders für Frauen. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen sind afghanische Frauen zum großen Teil ungebildet, weil sie während des Taliban-Regimes nicht zur Schule gehen konnten. Lange Zeit wussten die Frauen überhaupt nicht, welche Rechte sie besitzen. Aber seit 2001 haben wir viele Organisationen im Land, die sich für Frauenrechte einsetzen. Nun wissen die Frauen, dass es ihr gutes Recht ist, Nein zu sagen. Doch für viele Männer – besonders aus den ländlichen Regionen – ist es schwer, das zu akzeptieren. Sie verstehen nicht, warum ihre Frauen dagegen kämpfen und sogar drohen, vor Gericht zu ziehen, wenn die minderjährige Tochter verheiratet werden soll. Dann kommt es zu Streit und auch zu Gewalt. Hinzu kommt die Auslegung des Gesetzes. Die Täter werden nie bestraft. Auch bei Gewalt gegen Journalistinnen werden die Schuldigen nur selten gefunden. Für die Täter gibt es deshalb kaum einen Grund, aufzuhören.

Arbeiten Sie von Deutschland aus weiter für Ihre Nachrichtenagentur Wakht?

Nein, darum kümmert sich momentan mein Mann. Ich möchte die Zeit hier nutzen, um an einem Buch über Bürgerjournalismus zu arbeiten. Dabei geht es auch darum, wie soziale Netzwerke journalistisch genutzt werden können. Das fasziniert mich sehr.

Wie wird die Agentur finanziert?

Das Geld kommt aus unterschiedlichen Quellen, etwa von Organisationen wie dem National

Endowment for Democracy, einer privaten Non-Profit-Organisation aus den USA, die weltweit Institutionen zur Stärkung von Demokratie unterstützt. Außerdem veröffentlichen wir Werbung, verkaufen Bilder und natürlich Abonnements.

Berichten Sie mit Wakht aus ganz Afghanistan?

Wir besitzen nicht genug Geld, um überall unsere Leute zu haben. Aber wir haben Korrespondenten in den zehn größten Provinzen, und von dort aus werden jeweils weitere der 34 Provinzen unseres Landes mit abgedeckt.

Wer sind die Abnehmer der Agenturdienstleistungen?

In Afghanistan nutzen verschiedene Medien unsere Dienste, seien es Zeitungen oder Fernsehsender. Aus dem Ausland haben wir nur wenige Abonnenten. Ausländische Medien nutzen *Wakht* zwar als Quelle; aber wenn sie durch uns oder andere Nachrichten auf ein Thema aufmerksam werden, bemühen sie meistens ihre eigenen Kontakte oder Korrespondenten. Seit Beginn des Wahlkampfes bieten wir Inhalte auf unserer Website auch kostenfrei an – denn wir finden, dass bei einem so wichtigen politischen Ereignis jeder die Chance haben sollte, sich aus unabhängigen Quellen zu informieren. Die Berichte für unsere zahlenden Abonnenten gehen aber über diese kostenfreien Inhalte hinaus.

Wie ist das Mediensystem in Afghanistan aufgebaut?

Derzeit haben wir vier verschiedene Arten von Medien in Afghanistan: Da sind zum Beispiel die Regierungsorgane, bei denen es keine echte Meinungsfreiheit gibt. Kritik wird dort zensiert. Daneben existieren die wirklich unabhängigen Me-

In der Redaktion von *Wakht* arbeiten Frauen und Männer Seite an Seite, Korrespondenten liefern Inhalte aus über zehn Provinzen des Landes.



Foto: Wakht

Auf der Website bietet die Agentur kostenfreie Inhalte an; zahlende Abonnenten haben außerdem Zugriff auf Exklusiv-Berichte.

dienunternehmen wie *Pajhwok*, die größte unabhängige Nachrichtenagentur Afghanistans, *Wakht* und verschiedene Zeitungen und Radiosender. Eine dritte Art sind die Medien der ehemaligen politischen Führer, zum Beispiel die der Dschihadisten-Führer. Sie besitzen viel Geld und setzen Medien für ihre eigenen Zwecke ein: Sie nutzen sie, um ihre Interessen zu verfolgen und um untereinander zu kommunizieren. Dabei geben sie sie aber als unabhängig aus und veröffentlichen unter diesem Deckmantel politische Nachrichten, die ihnen nützen.

Außerdem gibt es noch eine vierte Medienart, die sehr gefährlich ist: Das sind Medien, die ausschließlich von einem der Nachbarländer, etwa Pakistan oder Iran, finanziert werden. Diese Medienunternehmen arbeiten subtil für diese Länder, und die Länder wiederum nehmen dadurch Einfluss auf die politischen Angelegenheiten von Afghanistan.

Welche Rolle spielen die unabhängigen Medienunternehmen in diesem System?

Nach dem Sturz des Taliban-Regimes trugen vor allem die neue Pressefreiheit und die unabhängigen Medien dazu bei, den eingeschränkten Blick der Menschen wieder zu öffnen und dadurch auch positive Entwicklungen, etwa in der Landwirtschaft, dem Wiederaufbau, in Bildung und Gesundheit zu fördern. Außerdem waren und sind diese Medien noch immer wichtig, um zu zeigen, wie wichtig ausländische Truppen im Land sind. Durch die sowjetische Besatzung Afghanistans von 1979 bis 1989 sind die Afghanen vorbelastet, und der Einmarsch der Amerikaner fühlte sich für viele wie eine erneute Besatzung an.

Für 2015 ist der Abzug der amerikanischen Truppen und damit wohl auch vieler Nichtregierungsorganisationen aus Afghanistan geplant. Was wird das mit dem Land machen?

Ich glaube und hoffe, dass das letzte Wort zum Abzug der Truppen noch nicht gesprochen ist. Afghanistan braucht weiterhin internationale Unterstützung, vor allem für seine Sicherheit. Noch ist das Land nicht ausreichend ausgestattet, um sich im Notfall selbst verteidigen zu können. Leider ge-



winnen die Taliban gerade wieder mehr Macht, besonders in den ländlichen Gebieten, von denen sie einige schon wieder eingenommen haben. Die internationale Gemeinschaft wollte die Taliban bekämpfen. Aber die Taliban sind mehr als nur Osama Bin Laden. Sie sind immer noch da, und sie sind zum Teil stärker als die Regierung.

Welche Hoffnungen setzen Sie nach der Präsidentschaftswahl in die neue Regierung?

Es ist noch nicht abzuschätzen, ob der neue Präsident in der Lage sein wird, ein ganzes Land zu führen. Ich weiß nicht, inwieweit er sich für die Pressefreiheit, für Journalisten und für Frauen einsetzen wird. Afghanische Journalisten haben in diesem Demokratisierungsprozess viele Opfer gebracht. Als Journalist in Afghanistan zu arbeiten, ist noch immer eine der größten Herausforderungen, und wir haben sowohl weibliche als auch männliche Kollegen und Freunde verloren. Eine Regierung, die keinen Respekt für Journalisten, Pressefreiheit und Frauenrechte zeigt, werde ich nicht akzeptieren. ■



Kirsten Herrmann studiert an der Universität Hamburg im Masterprogramm Journalistik und Kommunikationswissenschaft.

Screenshot: www.wakht.af
Foto: Eva-Maria Krüger

VORSICHT VOR HYPES

Forscher übertreiben ihre Studienergebnisse und Wissensredakteure schielen nur auf auflagenträchtige Schlagzeilen, diagnostizieren Wissenschaftsakademien. Die Kritik ist oft berechtigt, ein neuer Presserat aber nicht vonnöten, findet Martin Schneider, Vorsitzender der Wissenschafts-Pressekonferenz.

Der Sommer 2014 hat gute Chancen, als Sommer der Wissenschaftskommunikation in die Annalen einzugehen. Wohl selten gab es so viele Initiativen, die das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit hinterfragen und verbessern wollen wie in diesem Jahr. So gab es einen »Siggener Aufruf« einer Gruppe von Wissenschaftskommunikatoren und -journalisten (bit.ly/1lzj7z), einen viel beachteten Workshop der Volkswagenstiftung (bit.ly/1uOpYCU) und – von zentraler Bedeutung – die Stellungnahme einer Arbeitsgruppe der Akademien der Wissenschaft »Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien«.

STIRNRUNZELN STATT BEIFALL

Ein Team von Wissenschaftlern und Journalisten unter Leitung des Wissenschaftssoziologen Peter Weingart stellte darin nach über zweijähriger Analyse dem großen Bereich der Wissenschaftskommunikation kein gutes Zeugnis aus; die Gruppe erarbeitete 13 Empfehlungen für Wissenschaft, Politik und Medien, wie sich der Journalismus und die Kommunikation von Wissenschaft verbessern lassen könnten. Ein verdienstvolles Anliegen, sollte man meinen. Warum gerade jetzt, sei dahingestellt; aber anscheinend war die Zeit reif dafür – das zeigen auch die zum Teil sehr engagierten Repliken, die auf die Stellungnahme folgten. Statt Beifall bekamen die Initiatoren ihr Papier von einigen Journalisten und Bloggern förmlich um die Ohren gehauen, und in der Szene der wissenschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde zumindest die Stirn gerunzelt.

Die wohl zentrale Botschaft des Papiers lautet: In den letzten Jahrzehnten hat die Wissenschaftskommunikation zwar einen beispiellosen Boom erlebt. Pressestellen wurden ausgebaut, Wissenschaftsjahre ausgerufen und öffentlichkeitswirksam Schiffe wie die MS Wissenschaft und Züge wie der Science Express über deutsche Flüsse und Gleise geschickt. Dabei sei die Wissenschaftskommunikation aber mehr und mehr zum Marketing-Instrument geworden – und das verspiele Glaubwürdigkeit. Daher sei dringend eine Korrektur



Foto: Markus Scholz
für die Leopoldina

der Kommunikationsstrategien nötig. Nur leider, so die Stellungnahme der Akademien, erzielten »die von PR-Firmen entwickelten Werbeformate mit Kampagnencharakter das Ziel dialogischer Wissenschaftskommunikation genau nicht«.

Wer eine Weile in diesem Metier arbeitet, kann die Analyse nur bestätigen. Während früher Wissenschaftler die Wissenschaftsjournalisten dafür rügten, dass sie um der besseren Schlagzeile willen zu sehr zuspitzten, vereinfachten und aufbauchten, ist es heute häufig umgekehrt: Wissenschaftsjournalisten müssen die PR-Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute und sogar die Wissenschaftler selbst »zurückpfeifen«, weil sie Studienergebnisse übertreiben, um ihre eigene Forschungs-

stätte in die Schlagzeilen zu bringen. Ein kleiner Fortschritt wird da schnell zum Durchbruch, Hoffnung auf Heilung geweckt, wo gerade mal eine Versuchsreihe im Reagenzglas erfolgreich war.

Die Arbeitsgruppe der Akademien analysiert, dass daran letztlich der Kampf um knapper werdende Forschungsgelder schuld sei – ein Faktum, das man an sich nicht ändern könne. Mit »großer Besorgnis« sehen die Akademien allerdings die Vermischung von Pressearbeit und Marketing, von Inhalt und Image.

Tatsächlich sind in den meisten Wirtschaftsunternehmen diese Bereiche aus guten Gründen getrennt. Kein einigermaßen aufgeklärter Mensch verwechselt Werbung mit Wahrheit, sondern weiß: Da will mir halt wer was verkaufen. Und aus journalistischer Sicht ist der Arbeitsgruppe nur voll und ganz zuzustimmen, dass sie dies für fatal hält in einem Meti-

er, in dem es noch weit mehr um Glaubwürdigkeit geht als in der Wirtschaft.

Aus dieser unbestreitbaren Entwicklung leitet die Arbeitsgruppe die Forderung ab, dass dringend Qualitätskriterien für eine gute und »redliche« Wissenschaftskommunikation entwickelt werden müssen, die sich an den Qualitätsstandards wissenschaftlicher Arbeit orientieren sollten. So solle die wissentliche »Übertreibung von Forschungsergebnissen gegenüber den Medien (Hype) als Verstoß gegen gute wissenschaftliche Praxis gelten und entsprechend sanktioniert werden«.

Das ist tatsächlich mal ein Wort – und zwar von Seiten der Wissenschaft, deren herausgehobenes Organ die Akademien ja sein wollen und sollen. Man muss diese Empfehlung schon beinahe mutwillig missverstehen, will man hieraus ableiten, dass sich die Arbeitsgruppe nur noch langweilige Pressemitteilungen und Artikel wünscht – wie dies einige Kritiker tun, etwa Axel Bojanowski von *Spiegel Online* (bit.ly/1pffxah) und Lars Fischer im *Fischblog* von *Spektrum der Wissenschaft* (bit.ly/1rMACyq).

KRITIK AM »JOURNALISMUS DES STAUNENS«

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich aber nicht nur mit der Wissenschaftskommunikation, sondern auch mit der Situation des Wissenschaftsjournalismus.

Jenseits aller Details ist hier ein Faktum hervorzuheben, das in der bisherigen Diskussion um die Stellungnahme ein wenig untergeht: Das Papier enthält das wohl klarste Bekenntnis zur gesellschaftlichen Bedeutung eines unabhängigen Wissenschaftsjournalismus, das es von Seiten der Wissenschaft je gegeben hat. Weder die oft abdruckreif formulierten Pressemitteilungen noch die bunt aufgemachten Magazine der Forschungsinstitutionen, heißt es, seien für einen kritischen Wissenschaftsjournalismus ein Ersatz – sie täuschten gar den Konsumenten, indem der Eindruck neutraler journalistischer Berichterstattung erweckt werde.

Auch die Analyse der Situation des Wissenschaftsjournalismus fällt trotz anderen Anscheins wenig schmeichelhaft aus. Nachdem sich das Genre seit den 1980er Jahren zunehmend etabliert habe, drohe der Wissenschaftsjournalismus durch die allgemeine Finanzierungskrise der Medien wieder zu einem bloßen »Wissenschaftsjournalismus des Staunens« zu werden, bei dem eben – ähnlich wie in Pressemitteilungen – vor allem die quoten- und auflagenträchtigen Schlagzeilen zählen. Dies blende aber riesige Bereiche der Wissenschaft und des Forschungsbetriebs aus, wodurch eine Marginalisierung der wissenschaftlichen Ressorts drohe.

Die Arbeitsgruppe fordert daher, dass sich Journalisten verstärkt auf ihre ureigenen Aufgaben besinnen – verdeckte Interessen aufdecken, Hypes entlarven, auch

KRITISCHE EXPERTISE

Wie steht es um die Wissenschaftskommunikation? Dieser Frage ging eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe aus Wissenschaftlern und Journalisten im Auftrag dreier Institutionen nach: der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina (links im Bild). Als unabhängige Gremien beraten diese Vereinigungen Politiker und beziehen Stellung zu gesellschaftlichen Fragen, um die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion zu aktuellen Themen zu fördern. Für die rund 30-seitige Stellungnahme zum Wissenschaftsjournalismus wurden Experten aus verschiedenen Hierarchieebenen in Wissenschaft und Medien angehört oder um schriftliche Expertisen gebeten – von Postdocs bis zu Institutsleitern und von freien Redakteuren bis zu Intendanten. Der Text ist zu lesen unter bit.ly/1mZff8G

Strukturen und Forschungspolitik zu hinterfragen, statt sich nur mit den Ergebnissen der Forschung und dabei vor allem mit Mainstream-Themen zu beschäftigen.

Auch hier legt die Arbeitsgruppe den Finger in eine real existierende Wunde unseres Berufsstandes. Unbestreitbar hat zwar der Wissenschaftsjournalismus in den letzten Jahrzehnten eine bemerkenswerte Entwicklung von der bloßen »Über-

Der Wissenschaftsjournalismus hat einen sehbehinderten Blick auf die Strukturen, die der Wissenschaft zugrunde liegen.

setzung« von Forschungsergebnissen hin zu einem wirklich journalistischen Ressort gemacht, in dem ebenso kritisch und investigativ mit dem Gegenstand der Berichterstattung umgegangen wird wie in anderen Ressorts auch. Ebenso unbestreitbar aber ist auch, dass der Wissenschaftsjournalismus einen wenn nicht blinden Fleck, so doch einen deutlich sehbehinderten Blick hat, wenn es um die Strukturen geht, die der Wissenschaft zugrunde liegen: Forschungspolitik ist kaum Thema in den Medien, und es scheint kein Zufall zu sein, dass es Politik-Journalisten waren, die in *Report Mainz* und dem *Spiegel* kürzlich dubiosen Geschäften mit Forschungsgeldern bei der Max-Planck-Gesellschaft nachspürten. Ohne hier ins Detail gehen zu wollen, hätten Wissenschaftsjournalisten das sehr viel besser gekonnt, und ihnen wären vielleicht einige grobe Fehler der Autoren, die auf mangelnder Kenntnis des Wissenschaftsbetriebs beruhen, nicht unterlaufen.

NACHHALTIGE FINANZIERUNG GESUCHT

Natürlich ist der Einwand nicht ganz von der Hand zu weisen, den etwa Alexander Mäder, Leiter des Wissenschaftsressorts bei der *Stuttgarter Zeitung*, vorbringt (bit.ly/1nfpGkl): Die Stellungnahme ignoriere, dass die Medienlandschaft kein Wunschkonzert und das Publikum eben nicht so leicht für sperrige Forschungspolitik zu begeistern sei. Dennoch bleibt die Analyse richtig, dass es für den Wissenschaftsjournalismus langfristig überlebenswichtig ist, auch die Metaebene nicht aus den Augen zu verlieren.

Immerhin beschränkt sich die Stellungnahme der Akademien nicht darauf, in düsteren Farben den Status quo zu schildern, sondern schlägt auch Modelle für eine Förderung des Wissenschaftsjournalismus vor – etwa indem Stiftungen aufgefordert werden, sich nachhaltig und nicht nur sporadisch dafür einzusetzen. Hiermit leistet die Arbeitsgruppe einen Beitrag zur aktuellen Diskussion darüber, ob und wie Stiftungsfinanzierung ein Zukunftsmodell für den Journalismus sein kann.



Als Verband von Fachjournalisten setzt sich die WPK seit 1986 für eine höhere Qualität der Berichterstattung im Wissenschaftsjournalismus ein.

Neben diesen zentralen Aussagen, denen man aus Sicht des Verbandes der deutschen Wissenschaftsjournalisten nur voll und ganz zustimmen kann, gibt es andere Punkte in dem Gutachten, bei denen einige Kollegen zu Recht kritisch nachfragen. So werden soziale Netzwerke und die Blogosphäre beinahe komplett vernachlässigt. Dazu heißt es nur: »Die neuen Medien liefern eine interessante Ergänzung zu den bisherigen Strukturen, werden diese aber keinesfalls vollständig ersetzen können.« Das ist einfach zu wenig, als dass es der Entwicklung auf diesem Gebiet gerecht würde, worauf viele Blogger zu Recht hinweisen (zum Beispiel Markus Pössel im Blog *Relativ einfach* von *Spektrum der Wissenschaft*: bit.ly/1tHrqLH)

Auch die Forderung zur Einrichtung eines »Wissenschaftspresserats nach dem Vorbild des Deutschen Presserats, der Beschwerden über unfaire und fahrlässige Berichterstattung beurteilt, entsprechende Kodizes erarbeitet und eklatante Fehlleistungen rügt«, erscheint nicht nur realitätsfern, sondern »weckt den Verdacht, dass die Wissenschaft in der öffentlichen Debatte formal hervorgehoben werden soll«, wie es Alexander Mäder ausdrückt. Dies läuft allen Bemühungen zuwider, die zum Beispiel die Wissenschafts-Pressekonferenz (WPK) als Verband der deutschen Wissenschaftsjournalisten intensiv verfolgt. Wissenschaftsjournalismus unterscheidet sich eben nicht kategorisch von anderen Ressorts, sondern ist vor allem Journalismus.

Derartige Desiderate schmälern aber nur wenig das grundsätzliche Verdienst der Stellungnahme, die zum einen die um sich greifende »Hypisierung« der Wissenschaftskommunikation rügt und zum anderen die gesellschaftliche Bedeutung eines unabhängigen Wissenschaftsjournalismus herausstellt. Sie markiert damit einen Meilenstein in der Emanzipation von Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus. ■



Martin Schneider ist Vorsitzender der Wissenschafts-Pressekonferenz e.V. (WPK) und stellvertretender Redaktionsleiter der Fernseh-Wissenschaftsredaktion beim SWR.

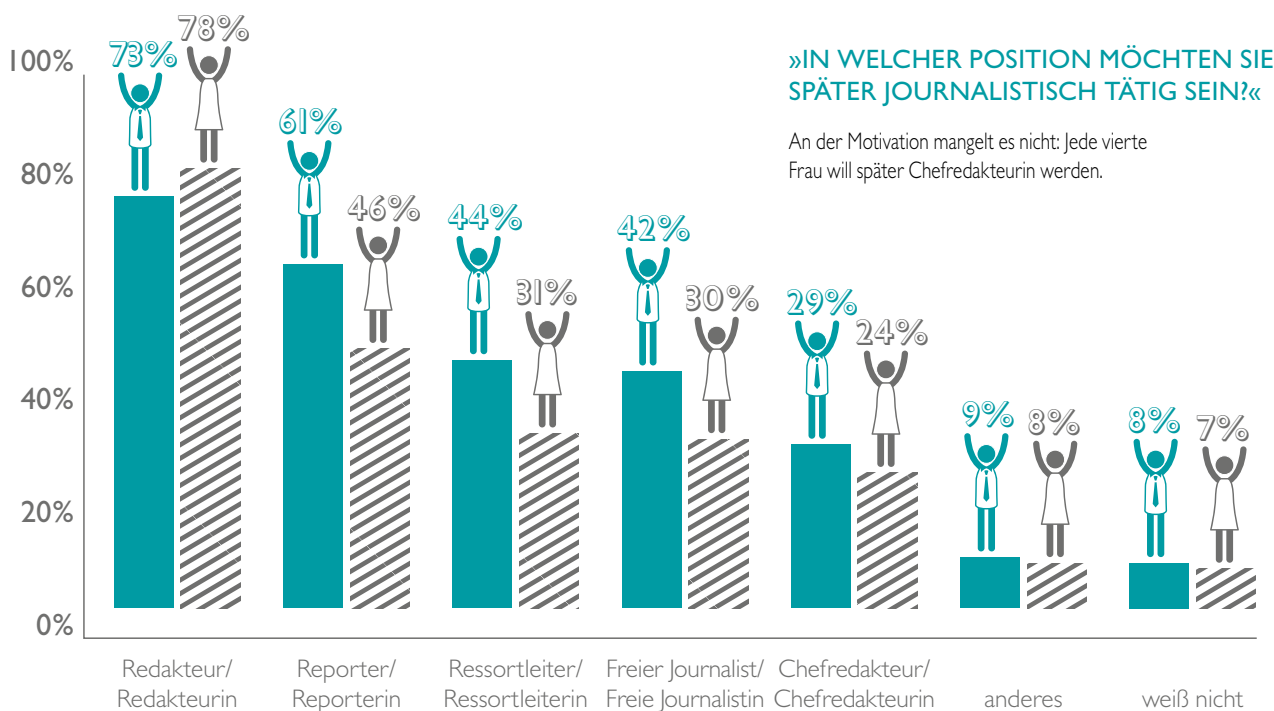
DER GROSSE TRAUM VON SELBSTVERWIRKLICHUNG

von Katalin Valeš

Mehr Frauen als Männer lassen sich im Journalismus ausbilden und landen trotzdem seltener auf dem Chefredakteurssessel. Wollen sie nicht? Eine Diplomarbeit untersucht, ob sich die Geschlechter aus verschiedenen Motiven für den Beruf entscheiden.

Vom 22. bis zum 24. Oktober finden die Medientage München statt, die als größter Medienkongress Europas gelten. Von den 358 Referenten, die dort in Workshops, Diskussionsrunden und Vorträgen zu Wort kommen sollen, sind weniger als 70 weiblich. Der Frauenanteil liegt damit – wie in den Vorjahren – unter zwanzig Prozent. In einem offenen Brief haben sich im August die Vereinigungen ProQuote, die Webgrlrs, der Journalistinnenbund und die Fachgruppe Chancengleichheit BJFrau des Bayerischen Journalistenverbandes an die Organisatoren

der Veranstaltung gewandt und mehr Frauen auf den Podien gefordert – schließlich hätten die Medientage Vorzeigecharakter und sollten daher auch die Realität in den Redaktionen abbilden. Tatsächlich ist der Frauenanteil in der Medienbranche in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen. Galt der Journalismus in den 1970er Jahren noch als Männerdomäne, in der Frauen als Exotinnen wahrgenommen wurden, sind Journalistinnen heute aus den Redaktionen nicht mehr wegzudenken. In der journalistischen Ausbildung gibt es schon seit Jahren mehr Frauen als Männer. So lag in den ver-



Quelle: Katalin Valeš
Illustration: Ute Lederer

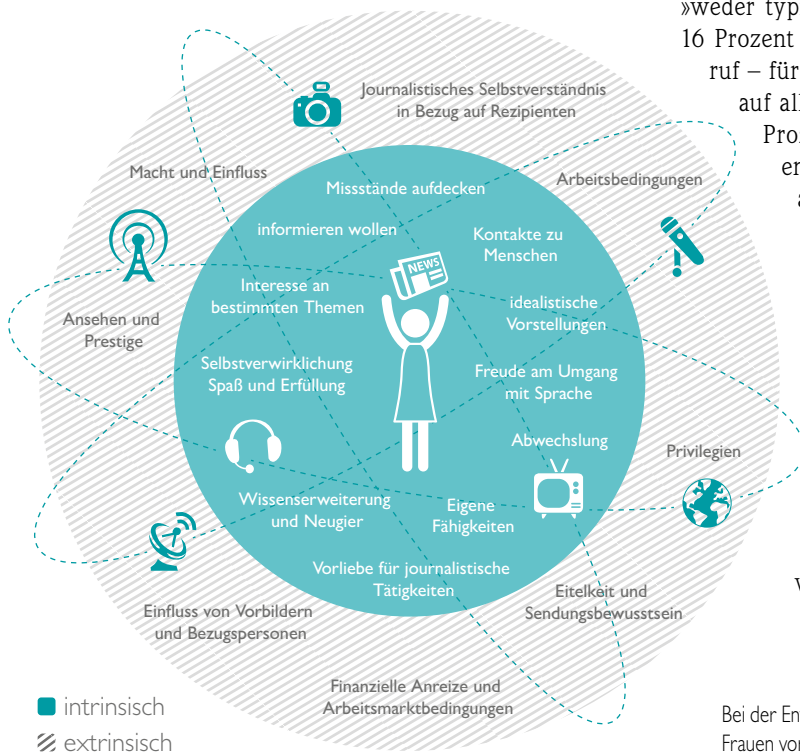
gangenen Jahren der Frauenanteil in den akademischen Ausbildungsgängen an der Technischen Universität Dortmund, der Katholischen Universität Eichstätt und der Universitäten in Leipzig und Darmstadt fast durchgängig bei über sechzig Prozent. Und rund zwei von drei Bewerbungen für Volontariate, etwa beim Hessischen oder Westdeutschen Rundfunk, werden von Frauen eingereicht. An der Henri-Nannen-Journalistenschule, der Deutschen Journalistenschule und der RTL-Journalistenschule war das Geschlechterverhältnis im Gesamtdurchschnitt das letzte Mal im Jahr 2000 ausgeglichen: Seitdem werden an Journalistenschulen in Deutschland durchschnittlich mehr Frauen als Männer ausgebildet. Und dieser Trend scheint sich fortzusetzen.

JEDE DRITTE WILL KARRIERE MACHEN

Dass sich das Geschlechterverhältnis nicht in gehobenen Positionen oder auch in den Podienbesetzungen von Branchenveranstaltungen wie den Medientagen München widerspiegelt, kann nicht allein daran liegen, dass sich Frauen vermeintlich nicht für Führungsverantwortung begeistern – was ihnen oft vorgeworfen wird. Denn von den angehenden Journalistinnen sagt jede Dritte zu Beginn ihrer beruflichen

Laufbahn, dass sie »Karriere machen« wolle. Von den befragten Männern sagten das hingegen nur 23 Prozent. Knapp ein Viertel der Frauen (24 Prozent) gab an, dass sie bei der Berufswahl der Wunsch beeinflusst habe, später Chefredakteurin zu werden. Von den Männern sagten das nur fünf Prozent mehr (29 Prozent). Die Aussicht auf einen Ressortleiterposten war hingegen für viel mehr Männer (44 Prozent) als Frauen (31 Prozent) reizvoll. Die Studie liefert somit Hinweise darauf, dass junge Frauen zwar durchaus Karriere im Journalismus machen möchten, darunter aber nicht unbedingt einen hierarchischen Aufstieg verstehen. Für diese Interpretation spricht auch ein weiteres Ergebnis der Studie, wonach es eher die Männer sind, die Wert legen auf Ansehen und Prestige, ein höheres Einkommen und die Vorstellung, von anderen für interessant gehalten zu werden. Zwei Dritteln der männlichen Berufseinsteiger ist es wichtig, ihre eigenen Ansichten verbreiten zu können. Bei Frauen erreichte die Zustimmung zu dieser Frage mit 44 Prozent kaum die Hälfte. Ein gewisses Sendungsbewusstsein, verbunden mit der Vorliebe dafür, im Mittelpunkt zu stehen, spielte bei 42 Prozent der Männer und 28 Prozent der Frauen für die Berufswahl eine Rolle.

MOTIVE FÜR DIE BERUFSWAHL ANGEHENDER JOURNALISTINNEN



FÜNFZIG PROZENT BEFÜRWORDEN QUOTE

Unter den Befragten waren 93 Prozent jünger als dreißig Jahre; ein Drittel war männlich, zwei Drittel weiblich. Vier von fünf Studienteilnehmern fanden, Journalismus sei ein »weder typischer Männer- noch Frauenberuf«. Dennoch: 16 Prozent halten den Journalismus für einen Männerberuf – für einen Beruf also, in dem Männer zahlenmäßig auf allen Hierarchieebenen überlegen sind. Nur fünf Prozent sagten, dass der Journalismus ein Frauenberuf sei. Dem gegenüber steht die Antwort auf die Frage, ob Männer oder Frauen für den Beruf besser geeignet seien: Fast alle Befragten (97 Prozent) fanden »beide gleich gut/gleich schlecht geeignet«. Eine Frauenquote für die Führungsetagen von Medien, wie sie etwa der Verein ProQuote fordert, hält die Hälfte der befragten Frauen (49 Prozent) und weniger als ein Drittel der Männer (28 Prozent) für sinnvoll.

In der Studie wurde außerdem untersucht, ob der Berufswahl von Männern und Frauen unterschiedliche Motive zugrunde liegen und worin für sie die Anziehungskraft des Journalis-

Bei der Entscheidung für den Journalismus lassen sich Frauen vor allem von intrinsischen Motiven leiten.

mus besteht. Die Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Motive künftiger Journalistinnen und Journalisten in erster Linie mit ihnen selbst zu tun haben: Es geht ihnen darum, sich im Job nicht zu langweilen, bei ihrer Arbeit etwas zu erleben, dazulernen und etwas zu tun, das sie gerne machen. Diese »ich-bezogenen« Beweggründe sind vorrangig intrinsisch motiviert und oft erlebnisorientiert. Weniger ausschlaggebend sind finanzielle Anreize, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Arbeitszeiten, Ansehen und Prestige, Arbeitsmarktchancen sowie Eitelkeit und Sendungsbewusstsein (s. Grafik Seite 83).

Auch romantische Vorstellungen des Journalistenberufs spielen bei der Berufswahl eine Rolle. So gab jede dritte der befragten Frauen und jeder zehnte Mann an, dass fiktive Journalistinnen und Journalisten aus Romanen, TV-Serien oder Hörbüchern ihre Berufswahl positiv beeinflusst hätten. Weitere Idealvorstellungen bestanden darin, als Journalistin oder Journalist »die Welt zu verbessern« oder »Abenteurer zu erleben«. Darüber hinaus sahen 29 Prozent der befragten Frauen den Journalistenberuf im Vergleich zum Beruf der Schriftstellerin als realistischere Alternative.

Auch wenn das Geschlecht später durchaus einen Einfluss auf die Karriereverläufe nimmt, zeigt die Studie: Anfangs wollen Frauen und Männer größtenteils aus denselben Gründen im Journalismus arbeiten. Weitere Kernergebnisse der Untersuchung sind:

- Frauen sind bei ihrer Berufswahl eher von intrinsischen Motivationen bewegt als von extrinsischen; es überwiegen persönliche Bedürfnisse und romantische Vorstellungen gegenüber äußeren Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit oder finanziellen Aspekten.
- Zu den wichtigsten Motiven angehender Journalistinnen gehören der Wunsch nach Abwechslung, die Befriedigung der eigenen Neugier, die Vorfreude auf journalistische Tätigkeiten und die selbst empfundene Übereinstimmung der eigenen Fähigkeiten mit den Anforderungen des Berufs.
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird als schlecht eingeschätzt, spielt aber bei der Entscheidung für den Journalismus keine Rolle – und das, obwohl die Mehrheit der Befragten prinzipiell später Kinder bekommen möchte.
- Ansehen und Prestige, Macht und Einfluss sowie Aufstiegsorientierung spielen bei der Berufswahl für Frauen eine etwas geringere Rolle als für Männer.
- Journalistinnen treffen ihre Berufswahl eher affektiv als kognitiv logisch – Männer aber auch. Das heißt: Auch

WISSENSCHAFTLICHE METHODE

Mit einem Online-Fragebogen wurden 259 angehende Journalistinnen und Journalisten zu den Motiven für ihre Berufswahl befragt. Neben vorgegebenen Antwortmöglichkeiten hatten die Befragten an mehreren Stellen die Möglichkeit zur offenen Texteingabe, zudem konnte eine Rangfolge der drei wichtigsten Motive erstellt werden. Das Ausfüllen des Fragebogens dauerte rund 25 Minuten.

Die Geschlechterverteilung der Befragten spiegelt die aktuelle Situation in der journalistischen Ausbildung wider: 67 Prozent waren weiblich, 33 Prozent männlich. Der Hauptstudie war eine qualitative Vorstudie vorgeschaltet, in der Besucher von Berufseinstiegsmessungen und Studierende des Instituts für Journalistik an der TU Dortmund befragt wurden.

wenn die Rahmenbedingungen des Jobs, wie etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder das spätere Gehalt, als schlecht eingeschätzt werden, wollen die meisten Befragten dennoch im Journalismus arbeiten.

Angehende Journalistinnen sind zum Zeitpunkt ihres Berufseinstiegs also zunächst vor allem an journalistischen Tätigkeiten interessiert, von denen sie sich Selbstverwirklichung, Abwechslung und die Befriedigung ihrer Neugier versprechen. Der Wunsch nach administrativen Tätigkeiten und Führungspositionen fällt bei der Entscheidung für den Journalistenberuf weniger ins Gewicht. Interessanterweise ist das auch bei den männlichen Kollegen der Fall – die allerdings später trotzdem viel häufiger als Frauen in Führungspositionen landen. ■

Weiterführende Literatur:

- ▶ Koch, Julia (2007): Frauen im Journalismus. Die ungleiche Machtverteilung in den Medien. VDM Publishing.
- ▶ Neverla, Irene/Kanzleiter, Gerda (1984): Journalistinnen. Frauen in einem Männerberuf. Campus Verlag.
- ▶ Salin, Sarah (2011): Neuer Journalismus? Der Frauenanteil in der Medienbranche wächst. In: epd medien (6/2011), 4-7.
- ▶ van Steen, Uta (1988): Macht war mir nie wichtig. Gespräche mit Journalistinnen. Fischer Taschenbuch Verlag.
- ▶ Valeš, Katalin (2013): Unwiderstehlich?? Die Anziehungskraft des Journalistenberufs auf Frauen: Eine empirische Untersuchung zu Berufswahlmotiven künftiger Journalistinnen. Grin Verlag.



Katalin Valeš studierte Diplom-Journalistik an der Technischen Universität Dortmund und arbeitet heute als freie Journalistin in Dresden. Ihre Studie wurde gefördert von der Aus- und Fortbildungsredaktion des Westdeutschen Rundfunks.

ELCHTEST: DURCHGEFALLEN

von Martin Meuthen und Helene Pawlitzki

Wenn Medien über Medien berichten, werden neutrale Beobachter zu interessen geleiteten Akteuren. Über den Rechtsstreit um die Tagesschau-App gab es kaum ausgewogene Beiträge, so das Ergebnis zweier Studien.

Den wahren Durchblick hatte – wie so oft – ein Außenstehender: Steffen Grimberg, damals Medienredakteur bei der *Taz*. Die Klage einiger Verleger gegen die *Tagesschau*-App sei sinnlos, schrieb er im Sommer 2011. Bedeutsam sei sie nur für den Medienjournalismus: »Denn die klageführenden Blätter beherbergen das Gros der relevanten Medienseiten in diesem Land. Und so wird die *Tagesschau*-App ganz nebenbei zum Elchtest für die innere Pressefreiheit.«

Wo es vermeintlich um viel geht, kochen die Emotionen hoch. Keine guten Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen und ausgewogenen Journalismus. Trafen die Prophezeiungen von Branchenbeobachtern wie Steffen Grimberg also zu, beeinflussen Konflikte wie der um die *Tagesschau*-App die Qualität der Berichterstattung deutscher Medien? Ja – so das Ergebnis zweier unabhängig voneinander entstandenen Diplomarbeiten im Fach Journalistik an der Technischen Universität Dortmund:

- Martin Meuthen untersuchte die Berichterstattung in einer Framing-Analyse. Sein Ergebnis: Einige Medien berichten klar interessen geleitet. Sie werben für Verständnis für den eigenen Standpunkt, während sie die Position der Gegenseite argumentativ einengen. Andere Medien zeigen jedoch: Eine vielfältige, ausgewogene Berichterstattung ist selbst in einem heiklen Fall wie diesem möglich.

In den Beiträgen dominierten sechs Deutungsmuster, die die Medien allerdings unterschiedlich betonten und positionierten.

Quelle: Martin Meuthen in Anlehnung an Löblich (2011)
Illustration: Ute Lederer

FRAMES IN DER BERICHTERSTATTUNG	Frankfurter Allgemeine	Süddeutsche Zeitung	Die Welt	Berliner Zeitung	Töne, Texte, Bilder (WDR)
Wirtschaftliche Auswirkungen	x	x	x	x	
Systemkritik	x	x	x	x	
Gebührenzahlers Anwalt	x			x	x
Digitale Herausforderung	x		x	x	x
Prozessbeurteilung (Verlagsinteressen)	x	x	x		
Prozessbeurteilung (Rundfunkinteressen)	x				x
Konflikt (Verlagsinteressen)	x	x	x	x	
Konflikt (Rundfunkinteressen)				x	x

- Helene Pawlitzki stellte in einer Inhaltsanalyse zahlreiche Merkmale fest, die auf einen Mangel an Objektivität hinweisen. In anschließenden Leitfadeninterviews mit den verantwortlichen Medienredakteuren zeigte sich: Es gibt kaum etablierte Mechanismen im Journalismus, um – wie im Fall *Tagesschau*-App – die Objektivität von selbstreferentieller Berichterstattung zu sichern.

REDAKTIONELLER KAMPF UM LEGITIMATION

Martin Meuthen betrachtete den Rechtsstreit um die *Tagesschau*-App als Teil eines Legitimationskampfes. Technische Verbreitungswege ändern sich, vormalig getrennte Märkte fallen durch die Digitalisierung zusammen, neue internationale Player stoßen hinzu. Die bisher selbstverständliche Rolle von Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk als institutionalisierte Informationslieferanten steht infrage. Daher erscheint es nachvollziehbar, dass ein kleines Programm wie die *Tagesschau*-App zum Entscheider über Wohl für die einen und Wehe für die anderen hochstilisiert wurde.

Die überraschende Klage und die Heftigkeit, mit der einige Verleger den Rundfunk für ihre wirtschaftliche Lage verantwortlich machten, legten den Verdacht nahe, dass der App-Streit von starken Deutungsmustern geprägt sein muss. Um solche Muster in der Berichterstattung der am Rechtsstreit beteiligten Medien aufzuzeigen, wurde der Framing-Ansatz gewählt. Mit ihm können Sinnzusammenhänge erfasst werden, die über einen Text hinweg verstreut sind und nicht unbedingt offen ausgesprochen werden. Vereinfacht gesagt handelt es sich bei Frames (englisch für »Rahmen«) um Deutungsmuster, die eine bestimmte Argumentation abbilden – von der Beschreibung eines Problems über dessen

Bewertung bis hin zur Handlungsempfehlung, was zu tun sei, um dieses Problem zu lösen.

SECHS DEUTUNGSMUSTER DOMINIEREN

Als zentrale Kriterien für die journalistische Qualität wurden die Vielfalt und Ausgewogenheit in den Blick genommen. Haben die einzelnen Medien neben der oftmals deutlichen Artikulation ihrer eigenen Position auch anderen Deutungsmustern und Akteuren ausreichend Raum gegeben? In den untersuchten Presseartikeln und Rundfunkbeiträgen ließen sich sechs dominierende Deutungsmuster identifizieren:

- **Wirtschaftliche Auswirkungen:** Zweifellos der auffälligste Frame, was nicht verwundert. Schließlich hatten die Verlage wegen der angeblichen Wettbewerbsverzerrung im Internet durch den Rundfunk geklagt. Dessen Onlineaktivitäten werden als Gefahr für künftige Geschäftsmodelle der Verlage angesehen. Daher sollte die App stark eingeschränkt oder ganz abgeschaltet werden.
- **Systemkritik:** Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird neben der als unverhältnismäßig hoch empfundenen Gebührenfinanzierung eine zu große Nähe zur Politik vorgeworfen. Auch die – eigentlich als unabhängige Aufsichtsgremien gedachten – Rundfunkräte werden als Teil dieses Systems betrachtet und kritisiert, weil sie schlicht alles durchwinkten. Eine mögliche Lösung: eine erneute Beschwerde bei der EU-Kommission in Brüssel, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland kritisch betrachtet.
- **Gebührenzahlers Anwalt:** Bei diesem Frame wird die Rolle des Rundfunks als wichtige gesellschaftliche Institution betont. Die App wird nicht als Gefahr für die Verlage gesehen, sondern vielmehr als Teil des öffentlichen Auftrags. Im Interesse des Gebührenzahlers müsse es den Anstalten daher auch künftig erlaubt sein, ihre Inhalte ungehindert im Netz zu verbreiten.
- **Digitale Herausforderung:** Ein Frame, der beide Streitparteien gleichermaßen betrifft. Die Verlage suchen nach Geschäftsmodellen, der Rundfunk nach jungem Publikum. Um eine Chance gegen die große Konkurrenz aus dem Netz zu haben, kann die Lösung nur darin bestehen, zusammenzuarbeiten.
- **Prozessbeurteilung:** Dieses Deutungsmuster spiegelt die jeweiligen Beurteilungen des eigentlichen Rechtsstreits wider und wurde daher zweifach erfasst: Aus der Sicht der Verlage, die auf ihrer Klage beharrten, und aus der Sicht des Rundfunks, der die Klage ablehnte und einen Kompromiss favorisierte.
- **Konflikt:** Hier geht es um die Beurteilungen des Verhaltens der Gegenseite, das jeweils als bedrohlich für die eigene Organisation angesehen wurde. Auch dieses Muster wurde aus beiden Perspektiven erfasst.

Medienmagazin (RBB)	Markt und Medien (DLF)	Zapp (NDR)
x	x	x
x		
x	x	x
x	x	x
x	x	
x	x	x
x		x
x	x	x

CHRONOLOGIE DES RECHTSSTREITS

Ende 2009 – ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke kündigt die *Tagesschau*-App für das iPhone an. Die Verlage, vor allem Springer, reagieren mit scharfer Kritik.

Ende 2010 – Die *Tagesschau*-App wird veröffentlicht.

21. Juni 2011 – Acht Zeitungsverlage (darunter Springer und die Verlage von *SZ* und *FAZ*) klagen vor dem Kölner Landgericht. Der Grund: Die App sei wettbewerbsverzerrend, weil sie textdominante Berichterstattung ohne jeglichen Sendebezug enthalte.

13. Oktober 2011 – Der zuständige Richter weist bei der ersten Verhandlung die Klage als zu unbestimmt zurück und fordert beide Seiten auf, einen Kompromiss zu finden.

April 2012 – Nach einem halben Jahr Verhandlungen verfolgen die Verleger wieder den Weg der Klage. Zuvor war die ARD von einer ausgehandelten »Gemeinsamen Erklärung« abgerückt.

Juli 2012 – Das Kölner Landgericht fordert beide Seiten erneut auf, sich außergerichtlich zu einigen.

September 2012 – Das Kölner Landgericht erklärt die App für unzulässig – allerdings nur die Ausgabe vom 15. Juni 2011. Ein generelles Verbot gibt es nicht.

Oktober 2012 – Die ARD legt beim Oberlandesgericht Köln Berufung ein.

Dezember 2013 – Die ARD bekommt in zweiter Instanz Recht. Das OLG Köln erklärt die App ohne Einschränkungen für zulässig. Die Verleger ziehen nun vor den Bundesgerichtshof; die Verhandlung dort ist für Frühjahr 2015 angesetzt.



Die Tabelle (s. Seite 86) gibt nur einen groben Überblick darüber, welches Medium welche Frames transportierte. Das liegt unter anderem daran, dass die Anzahl der Beiträge bei den einzelnen Medien sehr unterschiedlich war – die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* kam im Untersuchungszeitraum auf 37 Beiträge, das Medienmagazin von Radioeins auf zehn. Generell bedeuten zudem viele Kreuze noch nicht große Vielfalt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* etwa fiel durch eine besonders einseitige Berichterstattung auf und ließ gerade zu Beginn

des Rechtsstreits kein gutes Haar am Rundfunk. Drei der angekreuzten Frames (Gebührenzahlers Anwalt, Digitale Herausforderung und die Prozessbeurteilung aus Sicht des Rundfunks) tauchten in der Berichterstattung der *FAZ* zunächst nicht auf. Weil sich aber der Medienjournalist Stefan Niggemeier dort in einem langen Artikel differenziert mit der Debatte und der Rolle des Rundfunks in der digitalen Medienlandschaft auseinandergesetzt hat, kam die Zeitung dann doch auf jene sieben Frames.

UNTERSCHIEDLICHE BETONUNG

Generell dominierte bei den Verlagen wenig überraschend der Frame zu den wirtschaftlichen Auswirkungen: Alle vier Blätter stellten die öffentlich-rechtliche Expansion ins Internet als Bedrohungsszenario dar und sahen darin wegen der Gebührenfinanzierung zugleich eine unfaire Konkurrenz. Es gab jedoch Unterschiede in der Betonung und Positionierung. Während die *FAZ* zur Einreichung der Klage in der Überschrift auf der Titelseite ihr Bekenntnis »für eine unabhängige Presse« abdruckte, beschränkte sich die ohnehin sehr moderat und ausgewogen berichtende *Berliner Zeitung* auf eine Meldung im Medienteil, die zum Teil auf Agenturmaterial von *AFP* basierte.

Zu einem großen systemkritischen Rundumschlag holte Springer-Chef Mathias Döpfner wenige Tage nach Einreichung der Klage in der *Süddeutschen Zeitung* aus. Seine Botschaft im Interview mit dem Medienredakteur Christopher Keil war schon in der Überschrift zu erkennen: »Hier ist eine rote Linie überschritten worden«. Im Teaser zu diesem Gespräch unter Gleichgesinnten wurde zudem die Summe von »8,5 Milliarden Euro Zwangsgebühren im Jahr« betont. In Kombination mit dem darauffolgenden Satz »Nun dringen sie mit Gratisangeboten in den Markt für Apps« wurde das Bild einer Institution geschaffen, die mit öffentlichen Mitteln private Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Springers *Welt* schlug nach anfänglich ziemlich aggressiver Schreibe im fortlaufenden Prozess zunehmend unaufgeregttere Töne an. Nach der Urteilsverkündung im Herbst 2012 sprach man dem Rundfunk gar eine Existenzberechtigung als Onlinemedium zu. Wenn es um den Konflikt mit der ARD ging, zeichneten alle Zeitungen jedoch ein Bild, das den Senderverbund als komplizierten und bisweilen unzuverlässigen Verhandlungspartner erscheinen ließ. So zitierte etwa die *SZ* nach der gescheiterten Einigung zwischen Verlagen und Rundfunk im Mai 2012 abermals Mathias Döpfner, der der ARD vorwarf, nicht zu Zugeständnissen bereit zu sein und »einen fast fertigen Kompromiss platzen« zu lassen.

OPPORTUNE GESPRÄCHSPARTNER

Beim Rundfunk dominierte mit »Gebührenzahlers Anwalt« ebenfalls derjenige Frame, der die eigene Position betont.

Diese Sichtweise wurde allerdings viel defensiver und subtiler transportiert als bei den Verlagen. Kurz nach der Verleger-Klage hieß es etwa im Magazin *Töne, Texte, Bilder* bei WDR 5, der Grund für den »Ärger« – das Wort »Klage« kam nicht vor – sei Neid auf die erfolgreiche *Tagesschau*-App. Die Verleger seien »sauer, weil ihre kostenpflichtigen Angebote im Netz bislang nicht besonders gut funktioniert haben«. Noch bevor der eigentliche Radiobeitrag begann, sollte auf diese Weise bei den Hörern offenbar Unverständnis für das Vorgehen der Verlage erzeugt werden. Überhaupt fiel das Magazin des WDR, der zu dieser Zeit den ARD-Vorsitz innehatte, dadurch auf, dass fast ausschließlich opportune Gesprächspartner aus dem Senderverbund zu Wort kamen – etwa der ARD-aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke, der NDR-Justiziar Werner Hahn oder die damalige WDR-Intendantin Monika Piel, die zu diesem Zeitpunkt auch Vorsitzende der ARD war.

Anders verfuhr Jörg Wagner beim RBB-Sender Radioeins. Sein *Medienmagazin* bot immer wieder längere Interviews mit Vertretern der gegnerischen Seite wie Helmut Heinen, Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), und Christian Nienhaus, dem damaligen Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe. Da Nienhaus im *Medienmagazin* seine Sicht der Dinge, wenn auch flankiert durch kritische Gegenfragen, recht umfangreich darlegen konnte, wies die Sendung auch den Frame der »wirtschaftlichen Auswirkungen« für die Verlage auf.

Das war ebenfalls in einem langen Feature der Autorin Brigitte Baetz beim Deutschlandfunk der Fall. Mit dem Dortmunder Zeitungswissenschaftler Horst Röper transportierte Baetz zudem die Perspektive »Digitale Herausforderung«, da Röper den »öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gerade wegen ihrer Unabhängigkeit vom Markt« eine besondere Rolle zusprach und die Qualität der Berichterstattung hervorhob.

In der Beurteilung des Prozesses führte das NDR-Magazin *Zapp* mit *Freitag*-Verleger Jakob Augstein einen außenstehenden und zugleich eloquenten Akteur ein, der die Klage der Verlage als »Stellvertreterkrieg« abqualifizierte. Auch in der Anmoderation stellte *Zapp* diesen juristischen Schritt schadenfroh als – zumindest kurzfristigen – Misserfolg der Verlage dar, weil die App allein dank der Berichte mehr als 200.000 Mal heruntergeladen worden sei.

MANGEL AN OBJEKTIVITÄT

Auch Helene Pawlitzki untersuchte in ihrer Diplomarbeit unter anderem, in welchem Umfang öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Zeitungen Interviewpartner aus dem eigenen oder gegnerischen Lager zu Wort kommen ließen. Sie betrachtete die Berichterstattung über die *Tagesschau*-App als klassisches Beispiel für selbstreferentielle Berichterstat-

tung: Ein Medienunternehmen thematisiert in Artikeln oder Beiträgen eine Angelegenheit, die das Medienunternehmen selbst unmittelbar betrifft.

Die selbstreferentielle Berichterstattung von öffentlich-rechtlichen Medien und Tageszeitungen über den Streit um die *Tagesschau*-App wies zahlreiche Merkmale auf, die auf einen Mangel an Objektivität schließen lassen. Die zwei aussagekräftigsten Merkmale waren dabei

- Auswahl und Umfang der Zitate und O-Töne
- offene und versteckte Bewertungen des eigenen oder der fremden Medienunternehmen durch die Autoren.

NUR WENIGE NEUTRALE BEOBACHTER

Durch Interviews mit neutralen Beobachtern – wie zum Beispiel dem Zeitungswissenschaftler Horst Röper – können Rezipienten über die Einschätzung von Außenstehenden informiert werden, die bei diesem Thema frei von Eigeninteressen

**Interviewpartner der Gegenseite wurden
seltener und in geringerem Umfang zitiert als
Sprecher aus dem eigenen Lager.**

sind. Das wurde jedoch von den berichterstattenden Medien wenig genutzt. Einzig die Sendung *Markt und Medien* im Deutschlandfunk bildete eine Ausnahme.

Stattdessen ließen besonders die öffentlich-rechtlichen Medien Interviewpartner aus dem eigenen Lager oft und in großem Umfang zu Wort kommen; Interviewpartner der Gegenseite wurden seltener und in geringerem Umfang zitiert. Bei den Zeitungen war diese Tendenz nicht ganz so ausgeprägt, wenn man die absolute Zahl der Interviewpartner betrachtet. Allerdings kamen – mit Ausnahme des *Hamburger Abendblatts* – auch in den Zeitungen die Interviewpartner aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in deutlich geringerem Umfang zu Wort als die Zeitungsverleger und ihre Interessenvertreter.

ZEITUNGEN WERTEN SELTENER

Während Auswahl und Umfang der Zitate und O-Töne quantitativ ausgewertet wurden, erfolgte die Analyse der offenen oder versteckten Wertungen qualitativ: Sie wurden markiert und zusammengefasst, und auf dieser Basis wurde eine Gesamttendenz (positiv, negativ, neutral) gegenüber der eigenen und der Gegenseite festgestellt.

Die Zeitungen verzichteten in ihrer Berichterstattung insgesamt häufiger auf Wertungen. Sowohl in Bezug auf die Rundfunkvertreter wie auf die Verlegerseite blieben sie öfter

neutral als die Rundfunkberichterstatter. Wenn allerdings gewertet wurde, dann ging – wenig überraschend – sowohl beim Rundfunk als auch bei den Zeitungen die Tendenz dahin, die eigene Seite positiv und die Gegenseite negativ zu bewerten. Nur selten wurde von diesem Trend abgewichen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wurde von *SZ* und dem *Kölner Stadt-Anzeiger* eher negativ beurteilt. Kritik bezog sich dabei unter anderem auf die Gebührenfinanzierung des »quasi staatlichen Rundfunks«, der einen »Anspruch auf Geld ohne Grenzen« habe – gemeint ist der pauschale Haushaltsgebührenbeitrag. In Bezug auf die Akteure der öffentlich-rechtlichen Sender findet sich immer wieder der implizite Vorwurf, sie seien uneins und daher nicht kompromissfähig: »Mit wahnsinniger Leidenschaft« lebe die ARD »ihre Vielstimmigkeit aus«, urteilte ein Autor.

Das *Hamburger Abendblatt* hingegen berichtete nur einmal wertend über den Rundfunk – und zwar positiv.

Deutschlandfunk, *tagesschau.de* und WDR 5 beurteilten die Vorgehensweise des Rundfunks positiv. Die *Tagesschau*-App stellten sie als sehr erfolgreiches, nutzerfreundliches öffentlich-rechtliches Angebot dar (»...millionenfach heruntergeladen, erprobt und gelobt im öffentlich-rechtlichen Auftrag...«/»...wer dieses Programm hat, ist nur einen Fingertipp vom Internetangebot *tagesschau.de* entfernt...«). Immer wieder betonten sie, wie gesprächsbereit und versöhnlich die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Sender seien: Ihnen

wurde unter anderem »Freude am Gespräch« und »Kompromissbereitschaft« attestiert.

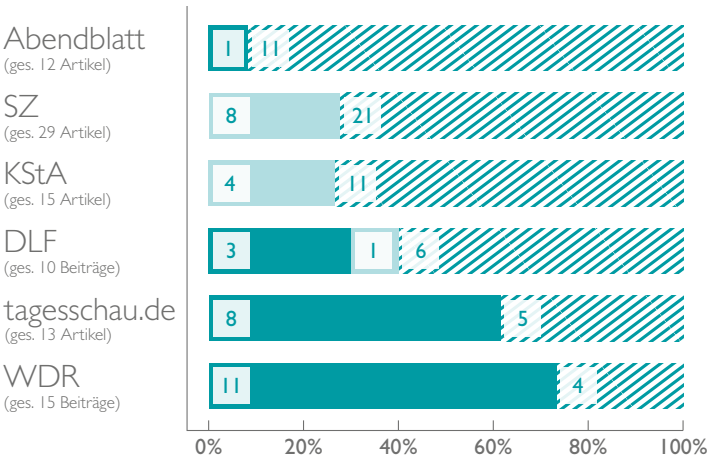
Die Vertreter der klagenden Zeitungsverleger wurden vom Rundfunk eher negativ beurteilt: als aggressive Antagonisten der Interessen von Nutzern der App (»...ist ihnen ein Dorn im Auge...«/»...sehen rot, wo 1,7 Millionen Nutzer blau sehen...«) und damit auch mutmaßlich zu den Rezipienten.

Vom *Kölner Stadt-Anzeiger* und dem *Hamburger Abendblatt* bekamen die Verleger dann doch zwei Mal ein wenig Zuspruch. Die *SZ* wertete in vier Fällen, dann aber überwiegend negativ, womit sie eindeutig gegen den Trend ging, den man von einem klagenden Zeitungsverlag erwarten würde.

TABUS STATT KLARER REGELN

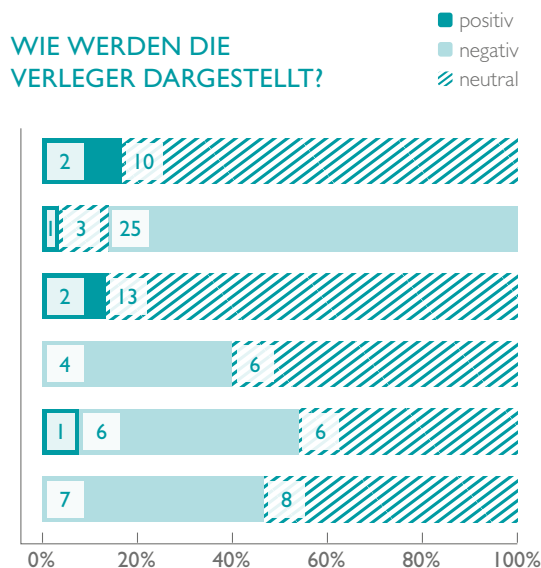
Die Inhaltsanalyse zeigt: Selbstreferentielle Berichterstattung stellt Journalisten vor große Herausforderungen. In Interviews mit den Verantwortlichen für die untersuchte Berichterstattung (mit Ausnahme des damals verantwortlichen Redakteurs des *Hamburger Abendblatts*) stellte sich heraus: Zwar sind sich die Journalisten der Gefahren bewusst. Sie definieren Selbstberichterstattung aber sehr unterschiedlich, sodass sie beispielsweise die Berichterstattung über den App-Streit selbst dann nicht als Selbstberichterstattung klassifizierten, wenn ihre Zeitung in einem klagenden Verlag erschien oder ihr Sender mit den Beklagten im öffentlich-rechtlichen System verbunden war. Dringend notwendige spezielle Sicherungsmechanismen für

WIE WIRD DER RUNDFUNK DARGESTELLT?



Die Rundfunkmedien stellen – wenig überraschend – die Verleger in ihren Beiträgen oft negativ dar.

WIE WERDEN DIE VERLEGER DARGESTELLT?



Ausgewogenheit in der selbstreferentiellen Berichterstattung entfallen daher – denn offiziell findet sie ja nicht statt.

- So wird außer bei der *Süddeutschen Zeitung* und WDR 5 nicht explizit auf Objektivität von Selbstberichterstattung in den redaktionellen Abnahmen geachtet.
- Es gibt keine Regeln dazu, welche Autoren man sinnvollerweise mit Selbstberichterstattungsthemen betraut oder nicht; dabei könnten kompetente freie Autoren, die eventuell eine größere Distanz zu diesen Themen besitzen, vermutlich anders berichten als ein festangestellter Redakteur, dessen wirtschaftliche Lage direkt von den Interessen seines Arbeitgebers abhängt.
- Außer bei *tagesschau.de* und der *Taz* gibt es keine öffentliche Selbstreflexion wie zum Beispiel ein Redaktionsblog, in dem die Berichtersteller über ihre Arbeit schreiben, was die Haltung der Redaktion transparenter machen könnte.
- Genauso wenig gibt es explizite, für den Rezipienten einsehbare Regeln zum Umgang mit Themen, die die eigenen Interessen betreffen. Sie könnten der Redaktion Entscheidungen bei der selbstreferentiellen Berichterstattung erleichtern und jene den Rezipienten transparent machen.

GERINGES PROBLEMBEWUSSTSEIN

Als Fazit lässt sich festhalten: Inhaltsanalyse und Framing-Analyse haben gezeigt, dass die Berichterstattung über die *Tagesschau*-App Defizite aufwies – sie war wenig ausgewogen und in ihren Deutungsmustern in weiten Teilen interessengeleitet. Dieses Problem wird aber in den Redaktionen offenbar nicht diskutiert. Es gibt keine etablierten Mechanismen, um Ausgewogenheit und Vielfalt der Berichterstattung über selbstreferentielle Themen wie die *Tagesschau*-App zu sichern.

Wichtig wäre daher eine ergebnisoffen und breit geführte Diskussion über diese Problematik – und zwar in Wissenschaft und Praxis. Journalisten müssen sich darüber klar werden, was sie tun, wenn sie über einen Fall wie den Rechtsstreit zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Zeitungsverlegern berichten. Die Wissenschaft kann dafür wichtiges theoretisches Rüstzeug liefern. Nur so kann der Medienjournalismus in Zeiten der Krise seine

WISSENSCHAFTLICHE METHODE

Martin Meuthen orientierte sich in seiner Arbeit an einer Studie der Münchner Kommunikationswissenschaftlerin Maria Löblich. Sie hatte die Berichterstattung über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag untersucht und verschiedene Deutungsmuster nachweisen können – allerdings nur in Presseartikeln. Im Fall der *Tagesschau*-App analysierte Meuthen deswegen neben *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutscher Zeitung*, *Berliner Zeitung* und der *Welt* auch die Berichterstattung von *Töne, Texte, Bilder* (WDR 5), *Markt und Medien* (Deutschlandfunk), dem *Medienmagazin* (Radioeins) und *Zapp* (NDR). Mithilfe einer kategoriengeleiteten qualitativen **Inhaltsanalyse** wurden insgesamt 116 Presseartikel und vierzig Rundfunk-

beiträge ausgewertet, die zwischen dem 21. Juni 2011 und 31. Dezember 2012 erschienen waren.

Helene Pawlitzki untersuchte in einer **Inhaltsanalyse** mit qualitativen und quantitativen Elementen 128 Artikel und Beiträge, erschienen im Zeitraum des ersten Gerichtsverfahrens vor dem Landgericht Köln (20. Juni 2011 bis 29. September 2012) in der *Süddeutschen Zeitung*, im *Kölner Stadt-Anzeiger*, im *Hamburger Abendblatt*, in den Medienmagazinen von WDR 5 (*Töne, Texte, Bilder*) und Deutschlandfunk (*Markt und Medien*) sowie auf *tagesschau.de*. Zusätzlich befragte sie in **leitfadengestützten Interviews** acht Redakteure von sechs Medien zu Arbeitsroutinen und redaktionellen Mechanismen.

Qualität, sein kritisches Potenzial und damit letztlich seine Legitimation sichern. ■

Weiterführende Literatur:

- ▶ Beuthner, Michael/Weichert, Stephan Alexander (Hrsg.) (2005): Die Selbstbeobachtungsfälle. Grenzen und Grenzgänge des Medienjournalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ▶ Kiefer, Marie Luise (2010): Journalismus und Medien als Institutionen. UVK.
- ▶ Löblich, Maria (2011): Frames in der medienpolitischen Öffentlichkeit. Die Presseberichterstattung über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. In: Publizistik (4/2011), 423-439.
- ▶ Malik, Maja (2003): Journalismusjournalismus. Funktion, Strukturen und Strategien der journalistischen Selbstthematization. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ▶ Ruß-Mohl, Stephan/Fengler, Susanne (Hrsg.) (2000): Medien auf der Bühne der Medien. Zur Zukunft von Medienjournalismus und Medien-PR. Dahlem University Press.



Nach ihrem Diplom am Institut für Journalistik der Technischen Universität Dortmund arbeiten Martin Meuthen und Helene Pawlitzki als freie Journalisten für verschiedene Medien wie den WDR und den Fachdienst *epd medien*.

EIN BRIEF MIT SIEBEN SIEGELN

von Ilka Desgranges

Oft veröffentlichen Redaktionen Leserbriefe, ohne sich an professionelle Vorgaben zu halten. Der Datenschutz wird nicht gewährleistet, Redaktionsgeheimnisse werden nicht gewahrt, Fakten nicht geprüft. Ein Appell für mehr Sorgfalt.

Fehleinschätzungen im redaktionellen Alltag führen immer wieder zu Problemen. Ein häufiger Irrtum betrifft den Umgang mit Leserbriefen. Manch einer glaubt fälschlicherweise, darin dürfe die Meinungsfreiheit grenzenlos sein. Falsch! Die Meinungsfreiheit ist nirgendwo grenzenlos, auch nicht in Leserbriefspalten und auf Leserbriefseiten. Verantwortlich für die Inhalte von Leserbriefen sind die Redaktionen, die sie veröffentlichen. Das wird im Redaktionsalltag gelegentlich vergessen. Oft fehlt es an Sorgfalt, hapert es an Gewissenhaftigkeit beim Prüfen der Fakten.

VON VERANTWORTUNG ...

Wenn Redaktionen ihrer Verantwortung und Sorgfaltspflicht nicht nachkommen, werden aus Leserbriefen Fälle für den Deutschen Presserat (DPR). Der hat in diesem Jahr eine öffentliche Rüge ausgesprochen gegen die *Dithmarscher Landeszeitung*, die einen Leserbrief veröffentlichte, in dem der Nazi-Terror verharmlost wird. Dieser Brief wäre besser nicht gedruckt worden, schreibt der Presserat in seiner Begründung. Die Zeitung hingegen konnte bis zuletzt

keinen Verstoß gegen den Pressekodex erkennen. Der Sachverhalt: In einer kleinen Stadt des Verbreitungsgebietes der Zeitung soll die Gustav-Frenssen-Straße umbenannt werden. Frenssen, ein deutscher Schriftsteller des Nationalsozialismus, der antisemitische Propaganda verbreitete, ist in Dithmarschen geboren. Die Diskussion ist groß, wie so oft, wenn es um Umbenennungen von Straßen geht. Leserinnen und Leser der Zeitung haben sich ausführlich per Brief daran beteiligt. Ein Leserbriefschreiber vertritt die Ansicht, dass mit der Umbenennung ein längst Verstorbener mit Verachtung gestraft werden solle. Manch einer – auch aus den Kirchen – kritisiere nur den Antisemitismus in der NS-Zeit und blende 2.000 Jahre Judenverfolgung von Kirche und Christen aus. Die Kirche, schreibt er, habe »selbst genug Leichen im Keller«.

Dem gegen Frenssen gerichteten Vorwurf des Antisemitismus hält er Fragen entgegen wie: »Gab es den nicht schon immer? Euthanasie? Wird und wurde in vielen Staaten praktiziert! Und Rassengesetze? Die Zionisten gaben damals ihr Okay. Und man schau heute nur nach Israel!«

Ein Leser beschwert sich daraufhin beim Presserat und wirft der Redaktion einen Verstoß gegen die journalistische Sorgfaltspflicht vor. Der Leserbrief enthalte verharmlosende Äußerungen zum NS-Terror und zu Willkürmaßnahmen, die von Frenssen seinerseits in seinen Schriften gerechtfertigt worden seien. Der Leserbriefschreiber, der Frenssens Veröffentlichungen verteidige, verharmlose menschenverachtende Ideologien beziehungsweise in Deutschland geächtete Verbrechen.

... UND SORGFALTPFLICHT

Der DPR hält die Beschwerde für begründet, da der Leserbrief Ziffer 2, Richtlinie 2.6 des Pressekodex verletze (journalistische Sorgfaltspflicht/Umgang mit Leserbriefen). Die Begründung: Der Brief relativiere durch die Formulierung »Antisemitismus? Gab es den nicht schon immer? Euthanasie?« die Judenverfolgung und die staatliche Euthanasie der NS-Zeit. Nationalsozialistische Verbrechen zu verharmlosen, schade dem Ansehen der Presse (Ziffer 1 des Pressekodex).

Der Leserbrief enthalte auch eine wahrheitswidrige Behauptung durch

die pauschale Aussage, die Zionisten hätten damals den Rassengesetzen zugestimmt. Indirekt werde so den Juden die Schuld für die eigene Ausgrenzung zugeschoben. All das, so der Presserat in seiner Begründung, hätte der Redaktion auffallen und dazu führen müssen, den Leserbrief nicht zu veröffentlichen.

ADRESSEN SCHÜTZEN

Bei verharmlosenden Äußerungen zum Nazi-Terror liegt eine Rüge nahe. In vielen Fällen muss sich der Presserat jedoch wegen kleinerer Verfehlungen mit Leserbriefen beschäftigen. Etwa dann, wenn eine Leserschrift mit Angabe der Adresse veröffentlicht wird. Das ist zumindest unüblich. Im Pressekodex (Ziffer 2, Richtlinie 2.6 (3)) steht dazu: »Die Presse verzichtet beim Abdruck auf die Veröffentlichung von Adressangaben, es sei denn, die Veröffentlichung der Adresse dient der Wahrung berechtigter Interessen.«

2013 wurde vor dem Presserat ein Fall verhandelt, in dem eine Lokalzeitung die vollständige Adresse einer Leserbriefschreiberin veröffentlicht hatte. Sie hatte daraufhin einen anonymen Drohbrief erhalten – und sich beim DPR wegen eines Verstoßes gegen Richtlinie 2.6 (3) beschwert. Der Presserat sprach einen Hinweis aus. Die Redaktion berief sich darauf, sie veröffentliche keine anonymen Einsendungen. Das Argument des Presserates: Es reiche aus, wenn die Redaktion die Adresse kenne. Im Übrigen geht es in solchen Fällen auch um Datenschutz. Dem werde eine Redaktion nicht gerecht, wenn sie Leserbriefe mit vollständiger Adresse veröffentlicht, auch nicht, wenn sie das grundsätzlich so handhabt.

Ebenfalls einen Hinweis bekam 2013 die *Thüringer Allgemeine*, die einen Leserbrief veröffentlicht hatte, der mit »Gordon McWolf« gekennzeichnet war. Auslöser war – wie so oft – persönliche Betroffenheit. In dem

Brief wurde ein Lokalpolitiker angegriffen, der sich daraufhin beim Presserat beschwerte. In eigener Sache erreichte er mit der Beschwerde nichts, denn der DPR erkannte eine zulässige Meinungsäußerung. In Sachen Umgang mit Leserbriefen erreichte er sehr wohl etwas: Der Presserat sprach einen Hinweis aus, weil die Redaktion die Identität des Einsenders nicht überprüft hatte. Dabei ist der Name »Gordon McWolf« recht auffällig, weil ungewöhnlich. Er hätte, so der DPR, die Redaktion zu besonderer Sorgfalt veranlassen müssen. Das sah

Der Umgang mit Leserbriefen
birgt viele Tücken und erfordert sehr viel
Sorgfalt und somit auch Zeit.

wohl auch der Chefredakteur der betroffenen Zeitung ein – und erinnerte die Redaktion erneut an die Regeln im Umgang mit Leserbriefen. In Richtlinie 2.6 (3) heißt es dazu: »Bestehen Zweifel an der Identität des Absenders, soll auf den Abdruck verzichtet werden. Die Veröffentlichung fingierter Leserbriefe ist mit der Aufgabe der Presse unvereinbar.«

In einem anderen Fall stimmte zwar der Absendername, der Leserbrief wurde dennoch beanstandet. Diesmal ging es darum, dass die Grenze zwischen zulässiger Kritik und unangemessener Darstellung überschritten war. Ein Politiker war unter anderem als »religiöser Spinner« und »ideologisch-politische Flachzange« bezeichnet worden, die von »Tuten und Blasen« keine Ahnung habe. Offenkundig hatte die Redaktion den Brief, der die Beleidigungen enthielt, vorab kontrovers diskutiert, sich dann aber zur Veröffentlichung entschieden. Doch selbst auf einer Leserbriefseite, die bewusst für kontroverse Diskussionen angelegt

wurde, gibt es Grenzen der Meinungsfreiheit. Für den Presserat waren sie hier erreicht, er sprach einen Hinweis aus.

Der Umgang mit Leserbriefen birgt viele Tücken und erfordert sehr viel Sorgfalt und somit auch Zeit. Immer wieder stellen sich Redaktionen die Frage: Ist das nun ein Leserbrief oder ein Anstoß zur Recherche? Sie sollte sorgfältig geklärt werden.

2010 hat eine Regionalzeitung das nicht getan und sich dadurch eine Beschwerde eingehandelt. Die Zeitung erhielt per E-Mail Hinweise darauf, dass ein örtliches Bauprojekt ins Stocken geraten sei. Gedacht war die Zuschrift als Leserbrief. Doch die Redaktion nutzte sie als Recherchegrundlage – und leitete sie an den Bauunternehmer mit der Bitte um Stellungnahme weiter. Die Beschwerde

zielte auch darauf ab, dass der Name der Schreiber ersichtlich war. Die Zeitung argumentierte damit, dass der auch erkennbar geworden wäre, wenn sie die Mail als Leserbrief gedruckt hätte. Trotzdem entschuldigte sich die Zeitung ausdrücklich für ihren Fehler.

Der Presserat tritt hier nicht nur als Kontrolleur, sondern auch als Vermittler auf. Das ist gut und wichtig. Staunen kann man bei diesem Fall darüber, wie beim Recherchieren die einfachsten Regeln außer Kraft gesetzt werden. Eine davon – auch sie ist im Pressekodex festgeschrieben – lautet: »Alle einer Redaktion zugehenden Leserbriefe unterliegen dem Redaktionsgeheimnis. Sie dürfen in keinem Fall an Dritte weitergegeben werden.« ■



Dr. Ilka Desgranges war von 2004 bis 2006 Sprecherin des Deutschen Presserats. Sie ist Ressortleiterin bei der Saarbrücker Zeitung und Lehrbeauftragte an der Universität des Saarlandes.

GETARNT IN DIE BERATUNG

von Max Trossmann

Inkognito zu recherchieren hat seinen Reiz. Doch ob eine verdeckte Recherche gerechtfertigt ist, gilt es im Voraus abzuwägen. Ein schlechtes und ein gutes Beispiel für Undercover-Einsätze.

Glaubwürdig möchten Journalisten sein. Ja, oft heisst es, Glaubwürdigkeit sei des Journalisten höchstes Gut. Wie glaubwürdig aber bleibt eine Journalistin, bricht sie bei einer Recherche das Vertrauen der Betroffenen? Denn das tut sie bei einer verdeckten Recherche fast zwangsläufig. Glaubwürdig bleibt sie dann nur, wenn sie für ihre verdeckte Recherche triftige Gründe hat.

Verdeckte Recherchen sind denn auch nach Journalistenkodex nur ausnahmsweise zulässig: Erstens, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an den recherchierten Informationen besteht. Zweitens, wenn sich der Journalist diese Informationen auf keinem anderen Weg beschaffen kann. Wichtig ist dabei der Persönlichkeitsschutz.

Für die Recherche bei einer Familienberatung gab sich eine Zeit-Autorin als ungewollt Schwangere aus.

2009 hielt der Schweizer Presserat fest, verdeckte Recherche beinhalte immer auch einen Vertrauensbruch und gaukle den Betroffenen etwas vor. Deshalb sei die »Relevanzschwelle« hoch anzusetzen. Die war bei der damals beurteilten Recherche nicht erreicht. Es ging um Provisionsverkäufer. Ein Versicherer bildete Laien in einem vierstündigen Schnellkurs zu »Krankenkassenvermittlern« aus, sie sollten danach also Versicherungen an den Mann bringen. Was der Redakteur der Verbraucherzeitschrift *K-Tipp* herausfand, war dürftig und ging kaum über Bekanntes hinaus. Wie sehr er die Versicherungsfirma

Groupe Mutuel hingegen täuschte, ging ziemlich weit. Der Presserat hiess diese verdeckte Recherche nicht gut (Entscheidung 58/2009 auf www.presserat.ch).

DAS VERHÄLTNISS WAHREN

Im Jahr darauf, 2010, warnte der Presserat die Medienschaffenden davor, bei verdeckten Recherchen selber zum Akteur zu werden. Als zentral befand das Gremium die Verhältnismässigkeit: »Je intensiver Medienschaffende in die Persönlichkeit von privaten Personen oder in die Geschäftsgeheimnisse von Firmen eindringen, desto höher muss das Interesse der Öffentlichkeit an der

Radikale Abtreibungsgegner betreiben Babyfenster. Und beraten Frauen, die ungewollt schwanger sind. Ihr Ziel: Abtreibungen zu verhindern. Um jeden Preis. Ein Selbstversuch VON SARAH JÄGGI

steht da: »Sobald die Mutter die 3 Todespillen geschluckt hat, gibt es für sie kein Zurück mehr, auch wenn sie ihre Tat noch so sehr bereut. 48 Stunden ist ihr der Totenkampf ihres Kindes gegenwärtig. Sie verfällt entweder in Panik und Verzweiflung oder in zynische Verhärtung und Abtötung ihrer mütterlich-menschlichen Regungen. Diese 2 Tage und 2 Nächte verwunden und deformieren die Seele der Mutter in grausamer Weise.«

Mit ist schlecht. Die Beraterin kommt zurück, in der Hand einen Brief: »Hiermit besätigen wir, dass wir für das Kind, mit dem Hannah Graber schwanger ist, materiell und finanziell aufkommen würden, z. B. mit Franken 600 pro Monat, solange eine Notlage besteht (mindestens drei Jahre lang)«

Im weiteren Gespräch findet sie für jedes Problem von Hannah eine Lösung: Die Schwangerschaft ist eine Chance für die zerrüttete Ehe. Gegen

wenig. Sie sind nämlich eine schöne Frau! Hannah bricht wieder in Tränen aus und beweint ihre ungeliebten Haare. Die Beraterin verlässt nochmals den Raum und kommt mit einer Handzettelnote zurück: »Da, Frau Graber, für den Coiffeur!«

Bargeld für den Coiffeur. Ausgehändigt ohne Quittung. Sieht so der zweckmässige Umgang mit Spendengeldern aus, den man sich mit einem Zewo-Gütesiegel beglaubigen lässt?

Ein Gedicht später (*Ritze, Mama, lass mich leben!*) ist es geschafft. Ich verspreche, mir die Sache nochmals zu überlegen – und bekomme als Belohnung Geschenke. (Später werde ich sie, wie auch das Geld, der SHMK zurückgeben.) »Frau Graber, ich habe was für Sie! Schliessen Sie die Augen, und halten Sie die Hände offen.« Bald spüre ich etwas Weiches. Ich öffne die Augen: Kleider für ein Neugeborenes. Body, Söckchen, wunderschön. Das Spiel wiederholt sich. Bald liegen silberne Füßchen in meiner



Enthüllung eines Missstandes sein. Je höher der Informationswert einer Recherche ist, je wichtiger sie für den gesellschaftlichen Diskurs ist, umso eher rechtfertigt sich eine versteckte Recherche.« (45/2010)

So weit die Grundsätze. Wie beurteilt der Presserat den jüngsten Fall, bei dem eine Journalistin der *Zeit* zum Mittel der verdeckten Recherche griff? So viel vorweg: Er heisst sie gut. Der gute Zweck heiligt das Mittel.

Am 29. August 2013 berichtete die *Zeit* in ihrer Schweizer Ausgabe über das Beratungsgespräch einer Schwangeren bei der Schweizerischen Hilfe für Mutter und Kind (SHMK). Die Autorin, Sarah Jäggi, schildert das (fiktive) Schicksal von Hannah Graber, die – ungewollt und außerehelich schwanger – Hilfe bei der SHMK sucht. Bereits im zweiten Abschnitt macht sie klar: »Hannah Graber, das bin ich.« Jäggi schreibt, die Öffentlichkeit habe ein Recht, mehr über diesen Verein zu erfahren. Denn einige Krankenhäuser ließen von ihm, dem privaten Verein, Babyklappen für anonym ausgesetzte Neugeborene finanzieren und unterhalten.

VORURTEIL BESTÄTIGT?

Die *Zeit*-Autorin schildert, wie die Beraterin alles daran setzt, die schwangere Frau davon zu überzeugen, das Kind auszutragen. Dies auch mit großzügiger Geldhilfe aus Spenden der Stiftung. Die Autorin stellt der Beratung der SHMK das Vorgehen einer staatlich anerkannten Beratungsstelle gegenüber: Dort herrsche Ergebnisoffenheit der Beratung, während die SHMK den Frauen mit Falschinformationen und Horror-Szenarien zu Ablauf und Folgen einer Abtreibung Angst mache.

Den Artikel ergänzen Comic-Zeichnungen. Sie zeigen Hannah Graber/Sarah Jäggi im Gespräch mit der Beraterin und geben prägnante Aussagen in Sprechblasen wieder. In einem Zweitext kann der Stiftungspräsident detail-

liert zu den Ergebnissen der Recherche Stellung nehmen.

Die SHMK monierte die verdeckte Recherche beim Presserat. Die Journalistin selbst sei als Akteurin aufgetreten. Das Gespräch erscheine als Karikatur. Die Verfasserin habe sich schon früher kritisch zur SHMK geäußert. Ihr sei es nur darum gegangen, die »vorgefertigte Meinung süffig aufzubereiten«. Die Stiftung wäre bereit gewesen, umfassend über ihre Beratung Auskunft zu geben. Jäggi hätte sogar an einem echten Beratungsgespräch teilnehmen können. Die Zitate aus dem Gespräch seien höchstens sinngemäß richtig, als wörtliche Zitate gäben sie ein falsches Bild. Die Redaktion der *Zeit* machte geltend, sie habe den Text der Stiftung prominent aufgemacht und in Gänze abgedruckt. Es habe ein eminentes öffentliches Interesse bestanden an einer unverfälschten Innensicht auf die Beratungen der SHMK. Dieses »Innenleben« sei nur durch einen Selbstversuch zu illustrieren gewesen.

IM ÖFFENTLICHEN INTERESSE

Der Presserat wies die Beschwerde kürzlich ab. Zuerst einmal war das öffentliche Interesse an Informationen über die Beratung dieser Organisation gegeben. Die SHMK tritt öffentlich pointiert auf und arbeitet mit Krankenhäusern – somit staatlichen Stellen – bei Babyklappen zusammen. Zudem stand das Thema Abtreibung damals im Fokus der Öffentlichkeit. Denn der Artikel erschien vor einer Volksabstimmung über die Finanzierung von Abtreibung in der Schweiz. Auch einen Eingriff in die Privatsphäre der Stiftung oder ihrer Mitarbeiterinnen sah der Presserat nicht. Die Beraterinnen sind anonymisiert, sie stehen stellvertretend für die Organisation. Der Journalistin ging es darum zu erfahren, wie sie auf ihre

Fragen und Einwände reagieren würden, sie wollte ein authentisches Bild der Beratung zeichnen.

Wie ist es jedoch zu werten, dass die Journalistin selbst als Akteurin auftrat? Zumal die Stiftung geltend macht, sie hätte nichts gegen deren Teilnahme an einem echten Beratungsgespräch gehabt? Sarah Jäggi war der SHMK als kritisch eingestellt bekannt. Deshalb versieht der Presserat das Angebot der Stiftung mit einem Fragezeichen. Letztlich kann diese Frage jedoch offen bleiben. Denn ein authentisches Beratungsgespräch ließ sich nur auf die von der Journalistin gewählte Weise nachzeichnen.

Die SHMK kritisiert, infolge der verdeckten Recherche seien Tatsachen verfälscht worden, sodass ein sinnentstelltes Bild der Beratung entstehe. Die Bilder und Texte im Comicstil trügen zur Desinformation bei. Die Betroffenen hätten zudem die wörtlichen Zitate autorisieren müssen. Der Presserat kann nicht nachvollziehen, welche Tatsachen wie entstellt respektive inwiefern das Gespräch verfälscht wiedergegeben worden sein soll. Die Stiftung selbst erklärt, der Text gebe die Aussagen der Beraterin dem Sinn nach richtig wieder.

Eine Autorisierung von Zitaten liefere dem Sinn und Zweck dieser verdeckten Recherche zuwider. Es ging hier um wenige Zitate in direkter Rede. Da die Kernaussagen der Zitate in den der Stiftung vorgelegten Vorwürfen vorkommen, können diese Zitate als Stilmittel gelten, welches für den Leser Authentizität herstellt und im Rahmen einer verdeckten Recherche zulässig ist (15/2014). ■



Max Trossmann ist Historiker und Publizist sowie Vizepräsident des Schweizer Presserats.

Kolumne

VERWEIGERER VOM DIENST

Oft stehen Journalisten mit ihren Anfragen mauernden Behörden gegenüber. Die Ämter wissen selten, wo ihr Dienstgeheimnis endet. Mit einer Datenbank für Presseauskunftsurteile verschafft das Netzwerk Recherche Abhilfe.



Zu oft verweigern Behörden Auskünfte auf Anfragen von Journalisten. Sie berufen sich dabei in der Regel auf angebliche Ausnahmen nach den jeweils gültigen Landespressegesetzen. Dass viele dieser Antwortverweigerer damit das Gesetz brechen, ist meist unbekannt.

Häufig ist Unwissen der Grund für die Auskunftsverweigerung und nicht böser Wille. Denn die meisten Behörden sind schlicht unzureichend informiert, was sie sagen müssen und was sie verschweigen dürfen. Sie handeln aus Ahnungslosigkeit wie ostpreußische Gutsherren. Oft reicht es in diesen Fällen schon, die »Auskunftsfreude« zu erhöhen, wenn man den Behörden einen rechtlich fundierten Brief schickt, in dem man ihnen erklärt, warum sie reden müssen.

So gilt das Dienstgeheimnis der Beamten etwa nicht für Auskünfte an Journalisten und ist deswegen irrelevant, wenn es um Anfragen von Reportern geht. Die wenigsten Beamten

wissen das. Überraschenderweise steht dieser Ausnahmetbestand aber nicht in den Landespressegesetzen.

KAMPF GEGEN DIE UNWISSENHEIT

Wir vom Netzwerk Recherche wollen hier ansetzen und das Unwissen bekämpfen. Wir wollen jedem Journalisten

DAS RECHTSPORTAL

Unter auskunftsrecht.netzwerkrecherche.de sind insgesamt siebenzig Urteile zum Presseauskunftsrecht archiviert (Stand: September 2014). Die erfassten Fälle sind nutzerfreundlich in erfolgreiche und nicht erfolgreiche Klagen gegliedert; eine dritte Suchkategorie fasst diejenigen Fälle zusammen, in denen nur teilweise eine Auskunft erteilt wurde.

Suche in Urteilen zu Landespressegesetzen

Ihre Sucheingabe Suchen

70 Urteile

Auskunft erteilt

JA (26)

NEIN (34)

TEIL (8)

Ebenen

Baden-Württemberg (9)

Bayern (6)

Berlin (1)

Berlin-Brandenburg (9)

Bremen (1)

Hamburg (1)

Hessen (2)

Mecklenburg-Vorpommern (1)

NRW (16)

Niedersachsen (6)

Rheinland-Pfalz (1)

Saarland (4)

Sachsen (1)

Schleswig-Holstein (1)

Gerichte

BGH (2)

BUND BvVG 1 BvR 1307/91 2000 LPG BVerfG
Erfolgreich Grundbuch

BUND BvVG 3 C 41.03 2003 LPG BVerfVG
Abgelehnt Stasi-Unterlagen-Gesetz; Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen; Ausspähung; personenbezogene Informationen; personenbezogenen Informationen; allgemeines Persönlichkeitsrecht; Privatsphäre; Recht am gesprochenen Wort; informationelle Grundrechte von Amtsträgern; Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit; Forschung; Presse; politische Bildung; Zweckbindung erhobener I verfassungskonforme Auslegung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes; Vollstreckungsgegenklage.

BUND BvVG 6 B 15.12 2012 LPG BVerfVG
Abgelehnt Persönliche Daten; schutzbedürftige Daten lebender Personen; Verwaltungsbeschwerde

BUND BvVG 7 C 139.81 1984 LPG BVerfVG
Abgelehnt Rundfunkanstalten; in welchem Umfang Bundes- und Landesbehörden sowie ihnen zuzuordn Haushaltsmitteln Leistungen an Rundfunkanstalten zur Programmfinanzierung erbringen

BUND BvVG 6 A 2 12.10 2013 LPG BVerfVG
Abgelehnt Rundfunkanstalten; in welchem Umfang Bundes- und Landesbehörden sowie ihnen zuzuordn Haushaltsmitteln Leistungen an Rundfunkanstalten zur Programmfinanzierung erbringen

BUND BvVG 7 VR 6. 11 2011 LPG BVerfVG
Abgelehnt NG-Belastung ehemaliger Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes und seiner Vorgängerorg

BUND BvVG 7 VR 6. 11 2011 LPG BVerfVG
Abgelehnt Einstweilige Anordnung; NG-Belastung ehemaliger Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes Anordnungsgrund nicht glaubhaft gemacht

◀◀ Die Datenbank kategorisiert Klagen danach, ob sie erfolgreich waren oder abgelehnt wurden.

▼ Die gesammelten Urteile reichen zum Teil Jahrzehnte zurück, im Fall des Branchendienstes *Rundfunk-Berichte* gegen den Südwestrundfunk bis 1984.

Sachgebiet:
 Presserecht
 Rundfunkrecht

Stichworte:
 Recht des Staatsvertrages über den SWF nicht revisibel; keine Revisibilität zur Ergänzung von Landesrecht herangezogen; allgemeiner Rechtsgrundsätze; Bedeutung der Presse im freiheitlich-demokratischen Staat; Pflicht der Behörden zu großzügiger Informationspolitik; Regelung von Auskunftsansprüchen durch Pressegesetzgebung, nicht durch GG; Pressefreiheit als staatsgerichtetes Grundrecht; kein verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch der Presse gegenüber dem Rundfunk

Rechtsquellen:
 GG Art. 5 Abs. 1 Satz 2, Art. 20 Abs. 3, Art. 1 Abs. 3, Art. 3 Abs. 1, Art. 99
 Landespressegesetz Bad.-Württ. § 4 Abs. 1, § 25 Abs. 2
 VwVfG Bad.-Württ. § 1 Abs. 2, § 2 Abs. 1
 Staatsvertrag über den Südwestfunk VwGO § 50 Abs. 1 Nr. 1

Leitsatz:

Urteil vom 13. Dezember 1984 - BVerfVG 7 C 139.81 -

in Deutschland helfen, sein Recht wahrzunehmen. Zu diesem Zweck haben wir die siebzig wichtigsten Urteile zu den Landespressegesetzen gesammelt und in einer Datenbank aufbereitet, die jeder kostenlos einsehen und nutzen kann. In dieser Datenbank finden sich die Argumente, die benötigt werden, um eine Auskunft zu erstreiten. Die Datenbank kann nach den Urteilen durchstöbert werden, man kann die Rechtsprechung im Volltext durchsuchen oder die entscheidenden Leitsätze durchlesen.

ARGUMENT AMTSGEHEIMNIS IST OBSOLET

Mit Hilfe der Urteile kann man sich schlau machen, um besser argumentieren zu können. Denn nur wer weiß, wie die Rechtsprechung tatsächlich aussieht, kann sich bei mauernden Behörden durchsetzen. Das Amtsgeheimnis gibt es nicht mehr.

Ein Beispiel, wie man die Datenbank einsetzen kann: Wenn eine Stadtverwaltung die Auskunft zu einem Honorar an kommunale Berater verweigert, weil diese »geheim« seien, kann man in der Datenbank nach dem Stichwort »Geschäftsgeheimnis« suchen. Dann findet man unter anderem ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf, in dem »Geschäftsgeheimnisse« eng definiert werden. Ein Auftrag ist demnach nur dann geheim, wenn die Auskunft über dessen Höhe Kalkulationsdetails der auftragnehmenden Firma offen legen würde. Das bedeutet im Klartext: Jeder kommunale Auftrag muss öffentlich gemacht werden. Denn die Höhe eines Auftrages alleine erlaubt keinen Einblick in die Bücher des Auftragnehmers. Kommunen müssen bekannt machen, wem sie wieviel Geld für welche Dienstleistung gezahlt haben. Die Sache ist eindeutig.

Wenn jemand also von seiner Stadt wissen will, was die Rasenreinigung nach dem Popkonzert gekostet hat, kann er der Verwaltung einen Brief schreiben, und mit Fug und Recht sagen, er habe ein Recht auf Antwort, weil in einem ähnlichen Fall das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Bekanntgabe von

angeblichen »Geschäftsgeheimnissen« angeordnet hat. Jeder kann das Urteil zitieren und die jeweilige Stadt bitten, das geltende Recht einzuhalten. Meist wirkt das schon.

AUS DEM GRUNDGESETZ ABGELEITET

Der Grund für die überraschende Stärke des Auskunftsrechtes im Verhältnis zu anderen Rechten wie dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ist schnell erklärt: Das Recht der Presse auf Information ist direkt aus dem Grundgesetz abgeleitet. Im Verhältnis zu anderen Rechten wie dem IFG wiegt es damit im Rechtsstreit schwerer. Die Waage neigt sich leichter zu Gunsten des auskunftsbegehrenden Journalisten.

Die Datenbank des Netzwerk Recherche wird ständig erweitert. Wir freuen uns über neue Urteile. Aber auch wenn jemandem wichtige Urteile auffallen, die in der Datenbank fehlen, sind uns Hinweise willkommen. Wir ergänzen unsere Datenbank ständig. ■



David Schraven ist Geschäftsführer und Redaktionsleiter von correct!v sowie Schatzmeister des Netzwerk Recherche. @davidschraven

DIE TOP TEN DES BUCHJOURNALISMUS

In jedem Quartal stellt Message die besten Bücher von Journalisten vor – ein Projekt des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.



01

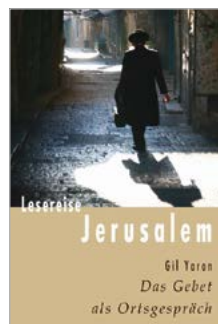
Bartholomäus Grill: Um uns die Toten. Meine Begegnungen mit dem Sterben. München: Siedler Verlag 2014, 224 Seiten, 19,99 Euro

Wer sie damals gelesen hat in der *Zeit*, der wird sich immer wieder daran erinnern – die Reportage »Endstation Zürich: Die letzte Reise meines Bruders«. Bartholomäus Grill, jetzt beim *Spiegel*, taucht sprachmächtig ein in die Tiefen der Erinnerung seiner oberbayerisch-dörflich-katholischen Jugend; verlebendigt die Todeskultur auf dem (groß-)elterlichen Bergbauernhof; will nicht vergessen, welches Unheil die Drogen für manchen seiner Generation (Geburtsjahr 1954) bedeuteten und fügt dem Abschied vom Bruder den vom Vater und der Mutter hinzu (»Der Tod ist ein Mörder«). Andere Essays

»Ich erhielt den Egon-Erwin-Kisch-Preis, den »Henri«, für die beste Reportage des Jahres 2006. In der folgenden Woche wurde die Geschichte im Stern noch einmal abgedruckt, und ich sah mich einem Tsunami gegenüber. (...) Jede Woche erreichten mich neue Einladungen zu Fachtagungen, Kirchenforen oder Medizinkongressen; Universitäten und Volkshochschulen fragten an; Radiosender baten um Interviews; Anne Will und Sandra Maischberger hätten mich gerne in ihren TV-Talkshows gesehen. Ich kam mir regelrecht gejagt vor. Und ich spürte, wie die Familie daheim unter dem Rummel litt. (...) Der Öffentlichkeitszirkus wurde allmählich unheimlich.«

Aus: Bartholomäus Grill: Um uns die Toten, S. 166

und Reportagen berichten aus Afrika, wo Grill Jahrzehnte seines Berufslebens verbracht hat. Mit diesem Thema ist er ein Auslandskorrespondent der Extraklasse geworden, der den tausend Gesichtern des Todes bei allen seinen Einsätzen begegnete; mit diesem Buch aber schreibt er sich auf jene ästhetische und intellektuelle Ebene, die der Literaturwissenschaftler George Steiner einmal als Hochkulturjournalismus etikettiert hat. Was dazu gehört, lässt sich bei Grill exemplarisch studieren: eine variationsreiche, bildungsgesättigte Sprache; die dramaturgische Kunst des Erzählens; ein historisch und lebensgeschichtlich weit zurückreichendes Gedächtnis und die Fähigkeit zu kritischer Selbstreflexion. Dies ist alles andere als ein erbauliches Buch, aber seine Lektüre fasziniert.



02

Gil Yaron: Lesereise Jerusalem. Das Gebet als Ortsgespräch. Wien: Picus Verlag 2014, 130 Seiten, 14,90 Euro

Die Vorstellung dieses Titels gilt auch dem Verlag: Dorothea Löcker und Christian Potyka haben ihn vor dreißig Jahren in Wien gegründet und seitdem mit den Reihen Picus Lesereisen und Reportagen konsequent ein in der deutschsprachigen Verlagslandschaft einzigartiges Programm Journalismus aufgebaut. Sie halten wider alle gängige Aktualitätsfixierung Hunderte ihrer Titel auch auf Dauer präsent. Das bedeutet eben auch: Sie »pflegen« ihre journalistischen Autorinnen und Autoren – wie den 1973 in Haifa geborenen und als Nahostkorrespondent für deutsche Medien arbeitenden Gil Yaron, von dem sie nun das dritte

Buch edieren. Das Bändchen steht für die Idee der Reihe – Hintergrundjournalismus als Korrektur und Bereicherung der Tagesberichterstattung. Jerusalem hat offensichtlich Konjunktur: So brachten Arte und das Bayerische Fernsehen in diesem Sommer eine faszinierende Großreportage über 24 Stunden im Leben dieser Stadt. Yarons Buch ist bescheidener, lehrt aber, welche Grenzen dem dokumentarischen Fernsehjournalismus in den notwendigen Drehgenehmigungen aufgezwungen werden. Wer nur als Augen- und Ohrenzeuge, mit seinem Gedächtnis und einem Schreibblock unterwegs ist, sieht anderes und mehr. Diese Handwerksregel lässt sich an den elf mal kürzeren, mal längeren Stücken als vergnügliche Lesereise bestätigen.



03

Georg Blume/Christoph Hein: Indiens verdrängte Wahrheit. Streitschrift gegen ein unmenschliches System. Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2014, 200 Seiten, 17,00 Euro

Dieses schmale Bändchen muss als politische Sensation bezeichnet werden. Zwei Auslandskorrespondenten, deren hochgradige Professionalität außer Zweifel steht, klagen ein Land, von dem wir glauben, dass es längst in der Moderne angekommen ist, der millionenfachen Menschenvernichtung an. Und diese gibt sich auch noch als demokratisch legitimiert! Auch die sonst wachsamsten journalistischen Eliten reagieren darauf nicht. Millionen Kinder im Alter bis zu sechs Jahren verhungern alljährlich, die meisten von ihnen sind Mädchen: Diese in seriösen Dokumenten festgehaltenen Fakten sind für Indien ein Nicht-Ereignis. Blume und Hein sprechen aber auch von der »Blauäugigkeit des Westens gegenüber Indien« und tragen alles an Material und Erkenntnissen über diese »indische Katastrophe« zusammen. Ihre Diagnose, für die sie viele Zeugen zitieren können, ist lapidar: »Das politische System Indiens ist verrotten.« Daraus resultiert schließlich ein journalistischer Appell an »unsere weltbürgerliche Verantwortung«.

04-10

- Ulrich Greiner: Schamverlust. Vom Wandel der Gefühlskultur. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2014

- Jürgen Roth: Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt. München: Heyne 2014
- Michael Maier: Die Plünderung der Welt. Wie die Finanzeliten unsere Enteignung planen. München: FinanzBuchverlag (FBV) 2014
- Michael Jürgs: Sklavenmarkt Europa. Das Milliarden-geschäft mit der Ware Mensch. München: C. Bertelsmann 2014
- Petra Stuiber: Kopftuchfrauen. Ein Stück Stoff, das aufregt. Mit Fotos von Katharina Roßboth. Wien: Czernin Verlag 2014
- Claas Tatje: Fahrtenbuch des Wahnsinns. Unterwegs in der Pendelrepublik. München: Kösel-Verlag 2014
- Martin Amanshauser: Falsch reisen. Alle machen es. 100 Geschichten. Wien: Picus Verlag 2014



TIPP



Glenn Greenwald: Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München: Droemer 2014, 366 Seiten, 19,99 Euro

Nicht weniger als vier Übersetzer beschäftigte der in solchen Schnellschüssen erfahrene Verlag mit der amerikanischen Originalausgabe, um schnellstmöglich zu der Debatte »Snowden« beizutragen. Hier dokumentiert der Blogger und Kolumnist Glenn Greenwald als Insider, wie die Geschichte begann: Am 1. Dezember 2012 erhielt er zum ersten Mal eine Nachricht von Edward Snowden, per E-Mail und noch anonym. Wie daraus eine die Weltöffentlichkeit elektrisierende Sensation wurde, liest sich wie ein Thriller – mit dem manchmal kaum glaubhaften Unterschied, dass es nicht um Fiktion geht. Bezeichnend, dass Snowden und Greenwald anfangs durchaus nicht sicher waren, ob es ihnen gelingen würde, mit dem Thema staatliche Bespitzelung endlich eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Keine Frage: dieser Journalist gehört mit diesem Buch in die Ruhmeshalle »Kommunikationsfreiheit«. Und Edward Snowden gebührt jede Auszeichnung für Zivilcourage; sein Schicksal indes ist völlig offen.

Mitbegründet von Prof. Dr. Hannes Haas (1957 - 2014), zusammengestellt von Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbucher.

BUCHBESPRECHUNGEN

Kann man mit Journalismus Geld verdienen? Wie erkenne ich vergiftete Quellen im Gesundheitsjournalismus? Und wer erklärt uns den Terrorismus? Antworten in den Message-Rezensionen.



POLITIKJOURNALISMUS

Verena Hepperle: »How the game is played«. Ein Vergleich der Arbeitsweisen von journalistischen Terrorismus- und Sicherheitsexperten aus Deutschland und den USA. Berlin: LIT Verlag 2014, 232 Seiten, 24,90 Euro

Interner wird's nicht

Verena Hepperle geht in ihrer Studie der Frage nach, welche journalistischen Arbeitspraktiken der Berichterstattung über Terrorismus und Sicherheit vorausgehen und wie ähnlich oder unterschiedlich deutsche und amerikanische Journalisten im Bereich Terrorismus und Sicherheit bei ihrer Arbeit vorgehen. In einem einführenden Teil stellt die Autorin bisherige Forschungsergebnisse zur Arbeitsweise von Journalisten zusammen und spricht begrifflich-methodische Fragen an. In einem zweiten Teil wertet sie Interviews aus, die sie mit jeweils sechs Journalisten aus Deutschland und den Vereinigten Staaten geführt hat.

Die Interviews bringen leider keine überraschenden Erkenntnisse: Deutsche und amerikanische Journalisten arbeiten gelegentlich mit »internen« Dokumenten, die ihnen zugespielt werden, sie streben einen ehrlichen Umgang mit Kontaktpersonen an und wissen, dass Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden müssen. Sie fühlen sich nicht übermäßig durch gesetzliche Bestimmungen in ihrer Arbeit eingeschränkt, andererseits vermeiden sie wegen des großen Aufwands in der Regel Anträge oder Klagen auf Einsichtnahme in geheim gehaltene Informationen. Dass es der Autorin nicht gelingt, mehr Aufschluss über die spezifische journalistische Praxis in dem hochpolitisierten Bereich

Terrorismus zu geben, hat viele Gründe: Die Ergebnisse der Interviews werden nicht an den ersten Teil – die Methodik – rückgebunden und anhand der dort entwickelten Kategorien reflektiert. Die Aussagen der Interviewpartner sind Selbstauskünfte über ihre Arbeitsweise. Sie sind damit deutlich eingefärbt und hätten einer kritischen Aufarbeitung bedurft. Gründe für die Fallauswahl werden auch nicht genannt; es wird nicht klar, warum die journalistische Praxis deutscher und amerikanischer Journalisten und nicht die aus anderen Ländern verglichen wird. Der Arbeit fehlt zudem eine theoretische Verortung. Es wird keine Ausgangsbeobachtung oder -hypothese formuliert, die die Untersuchung auf ein konkretes Ergebnis hin anleitet und fokussiert. Dabei wären interessante Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden journalistischer Praxis etwa aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Mediensysteme, journalistischen Kulturen oder eingeübten Praktiken möglich gewesen. Hepperle hat in den USA Journalisten interviewt, die für kommerzielle Medienhäuser arbeiten, in Deutschland bis auf eine Ausnahme Redakteure aus dem öffentlich-rechtlichen Mediensystem. Schon das hätte den Ausgangspunkt für einen interessanten Vergleich bilden können.

Der wenig strukturierte Fragenkatalog und die weitgehend probleblinden Interviewfragen lassen am Ende kaum ein anderes Ergebnis zu, als dass Journalisten stets verantwortlich mit ihren Informationen umgehen, ihre Informanten nicht hinter das Licht führen, jederzeit sorgfältig und abwägend arbeiten und von keinerlei Sensationalismus getrieben werden. So bleibt die Aussagekraft der Studie deutlich begrenzt und darüber, »how the game is played«, erfährt man nicht viel.

Martin Kahl ist wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.



SPORTJOURNALISMUS

Christoph G. Grimmer: Kooperation oder Kontrolle? Eine empirische Untersuchung zum Spannungsverhältnis von Pressesprechern in der Fußball-Bundesliga und Journalisten. Köln: Herbert von Halem Verlag 2014, 416 Seiten, 33,00 Euro

Kontrollierte Kooperation

Vor zwei Jahren führte die Deutsche Fußball Liga (DFL) erstmals ihre so genannten Media Days durch. DFL-Mitarbeiter besuchten vor der jeweiligen Saison alle Bundesligisten und stellten mit den Clubs PR-Materialien her. Das entstandene TV-Bildmaterial nehmen seitdem Sportredaktionen weltweit in ihre Berichterstattung auf. Die Entwicklung und Verwendung solcher PR-Tools zeigt auf, wie professionell im deutschen Profifußball Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. Doch welche Spannungsverhältnisse können sich aus solchen immer häufiger auftretenden Hybridformen von PR und Journalismus ergeben?

Dieser Frage geht das Buch »Kooperation oder Kontrolle?« von Christoph G. Grimmer nach. Besonders interessant ist, wie der Autor versucht, PR und Journalismus in ein theoretisches Verhältnis zu setzen. Sieht man von einigen etwas stark abschweifenden historischen Erläuterungen ab, gelingt es Grimmer, das immer komplexer werdende Beziehungsgeflecht grundlegend aufzudecken. Hierbei ist vor allem seine Aufbereitung struktureller (systemtheoretischer) Ansätze sehr interessant. So deutet alleine das oben einleitend angeführte Beispiel eine besonders starke gegenseitige Durchdringung, Vermischung und Vermengung auf verschiedenen Ebenen an.

Wer nun eine Aufarbeitung dieses komplexen Forschungsfeldes im empirischen Teil erwartet, sieht sich leider etwas enttäuscht. Die Untersuchung bezieht sich auf eine Befragung von Pressesprechern verschiedener Bundesligavereine und Journalisten. Es werden somit Fremd- und Selbstwahrnehmungen abgefragt. Zwar sind die Ergebnisse in ihren Einzelaspekten durchaus interessant. So konstatiert Grimmer, dass Medienvertreter »zunehmend am Informationstropf der Clubs« hängen, jedoch auch eine »eindeutige Rückbesinnung auf die journalistischen Tugenden« zu beobachten sei. Die theoretische Perspektive wird jedoch nur sehr knapp angesprochen. Die Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen, die sich zwischen PR und Journalismus im deutschen Profifußball in den letzten Jahren so mannigfaltig zugetragen haben, finden sich zwar im theoretischen Teil wieder, jedoch nicht in der empirischen Analyse.

Trotz dieser kleineren Schwächen kann die vorliegende Arbeit als eine erste wichtige Fixierung in einem komplexen Forschungsfeld verstanden werden. Wer sich für PR und Journalismus und seine neuesten Entwicklungen im Bereich Sport (speziell Fußball) interessiert, sollte auf dieses Buch zurückgreifen.

Christoph Bertling ist Oberstudienrat im Hochschuldienst am Institut für Kommunikations- und Medienforschung an der Sporthochschule Köln.



GESUNDHEITS-JOURNALISMUS

Volker Lilienthal, Dennis Reineck, Thomas Schnedler (Hrsg.): Qualität im Gesundheitsjournalismus. Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis. Wiesbaden: Springer VS 2014, 412 Seiten, 34,99 Euro

Keine falsche Sicherheit

Wie kann ein Sammelband, der möglichst viele Facetten der Qualitätsdebatte im Gesundheitswesen beleuchten will, überhaupt hochgesteckte Erwartungen erfüllen? Wo doch allein schon der Ansatz, Qualität im Journalismus zu definieren, als Versuch charakterisiert wurde, einen Pudding an die Wand zu nageln? Die beklagte Formenarmut im Gesundheitsjournalismus trifft zumindest für diesen Sammelband nicht zu, der mit empirischen Analysen, theoretischen Fachaufsätzen, Rechercheprotokollen, Redaktionsbeobachtungen, Dokumentationen und Erfahrungsberichten aufwartet. Eine gewisse Schlagseite ist allerdings erkennbar. Unter den 39 Autorinnen und Autoren der 22 Artikel dominieren Kommunikationswissenschaftler (16) und damit theoretische Aspekte, denen ein stärkerer interdisziplinärer Ansatz bisweilen gutgetan hätte.

Das Sammelwerk bietet Highlights. Beispielsweise Erfahrungen aus dem im Buch vielfach zitierten Projekt medien-doktor.de, etwa über typische Fehler – und wie man sie vermeiden könnte –, oder einen Bericht über die Netzwerk-Recherche-Konferenz 2013. Unter anderem geht es um die Schwierigkeiten, wissenschaftliche Studien zu bewerten, und darum, wie Risiken neuer medizinischer Methoden in journalistischen Beiträgen thematisiert werden sollten. Denn, so der einzige Arzt unter den Autoren: Wer falsche Sicherheiten vermittelt, hintergeht seine Leser.

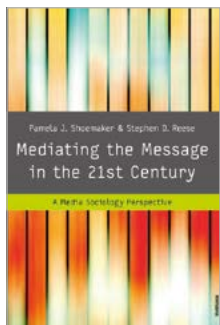
Als lesenswertes Beispiel einer praxisbezogenen Masterarbeit überrascht eine ratgeberähnliche Tippsammlung, wie Interessenkonflikte befragter Experten recherchiert und bewertet

werden können. Dabei handelt es sich zwar gewiss nicht um Geheimtipps, aber um eine solide Hilfestellung. Und mancher gelangt im Beitrag über vergiftete Quellen zu Aha-Erkenntnissen, etwa wie anscheinend seriöse wissenschaftliche Studien manipuliert und verfälscht sein können. Ein »Was tun«-Kapitel veranschaulicht allerdings auch, wie schwer es Journalistinnen und Journalisten haben, Quellen als vergiftet zu erkennen.

Systematisch verheimlichte oder nicht systematisch verwertbare Daten fordern datenjournalistische Strategien heraus. Welche Bedeutung dieses für viele ungewohnte journalistische Terrain erlangen wird, bleibt offen. Andere Texte des Buches, beispielsweise solche, die nicht repräsentative Befragungen widerspiegeln, überzeugen nicht.

Insgesamt ist es ein empfehlenswerter Sammelband, der wichtige und hilfreiche Artikel enthält, aber auch eine Prise Entbehrliches. Der Sammelband stimuliert jedoch ohnehin selektives Lesen. Querverweise in den Texten vernetzen die einzelnen Beiträge. Ein Stichwortverzeichnis wäre ein Sahnehäubchen gewesen.

Wolfgang Becker-Brüser ist Arzt und Apotheker. Er gibt den Informationsdienst arznei-telegramm und die Verbraucherzeitschrift Gute Pillen – Schlechte Pillen heraus.



MEDIENSOZIOLOGIE/ MEDIENTHEORIE

Pamela J. Shoemaker/Stephen D. Reese: Mediating the Message in the 21st Century. A Media Sociology Perspective. New York: Routledge 2014, 287 Seiten, 34,95 Euro

Nachrichten mal fünf

Welche Faktoren bestimmen eigentlich, wie Nachrichteninhalte aussehen? Während im deutschen Raum als Antwort vor mehr als zwei Jahrzehnten das »Zwiebelmodell« berühmt wurde, revolutionierten Pamela J. Shoemaker and Stephen D. Reese die anglophone Journalismusforschung mit ihrem »hierarchy of influences model«. Die Neuauflage ihres Klassikers kommt gut lesbar daher. Das Modell versucht, den schwierigen Link zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene herzustellen. Dazu verortet es die Entstehung journalistischer Inhalte auf fünf mediensoziologischen Analyse-Ebenen. Diese betreffen das Individuum, Routinepraktiken, Medienorganisationen, soziale Institutionen und zuletzt soziale Systeme. Übersichtlich führen die beiden Autoren durch ihr Buch;

schon in der Einleitung machen sie auch den unerfahrenen Leser rasch mit Neuerungen des Buches vertraut. In den ersten drei Kapiteln verbinden Shoemaker und Reese theoretische Grundlagen mit einer großen Zahl von Studien bis hin zur Diskussion der sozialen Konstruktion von Realität. Die fünf Folgekapitel widmen sich fundiert den Einzelebenen. Das Schlusskapitel zeigt, wie vielfältig das Modell bisher angewendet wurde. Sehr positiv erscheint, dass das Buch globaler im Ausblick und deutlich durchdachter als die Vorgängerversion ist. Es vermittelt Akademikern wie Praktikern übersichtlich, welcher Vielzahl von Einflüssen Journalismus heute ausgesetzt ist. Obwohl die Autoren nicht jeden Wandel im Journalismus integrieren, bleibt es ein Werk voller Inspirationen.

Antje Glück ist ehemalige Message-Redakteurin und promoviert gegenwärtig an der Universität Leeds über Emotionen im Nachrichtenjournalismus.



ZUKUNFT DES JOURNALISMUS

Frank Lobigs, Gerret von Nordheim (Hrsg.): Journalismus ist kein Geschäftsmodell. Aktuelle Studien zur Ökonomie und Nicht-Ökonomie des Journalismus. Baden-Baden: Nomos 2014, 269 Seiten, 46,00 Euro

Journalismus vs. Ökonomie

Seit Jahren schon schaufeln die Schlagzeilen zahlreicher Fachmedien das Grab des Journalismus tiefer. Schlagwörter wie Qualitätsverlust, Deprofessionalisierung und Boulevardisierung machen die Runde, und immer neue Sparrunden vieler Medienhäuser fördern diese Phänomene. Bereits im November 2012 diskutierten die Mitglieder der Fachgruppe »Medienökonomie« der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) daher Mittel und Wege, mit deren Hilfe die Autonomie des Journalismus in Zeiten des medialen Wandels gewahrt werden soll. Der breiteren Forschergemeinde reichten der Journalistik-Professor Frank Lobigs und der Diplom-Journalist Gerret von Nordheim nun ihren Sammelband, der zentrale Erkenntnisse der DGPK-Jahrestagung auf rund 270 Seiten zusammenfasst.

Gleich der eröffnende Beitrag von Klaus-Dieter Altmepfen mahnt Medienentscheider zur Weitsicht. Der Eichstätter Professor befürchtet, dass der »Ausverkauf« des Journalismus an die Wirtschaft sich früher oder später rächen werde. Auf Altmepfens Klageschrift folgen Beiträge, die weniger emo-

tionsgeladen daher kommen und das Spannungsverhältnis zwischen Journalismus und Ökonomie aus einer ganzen Reihe von Blickwinkeln betrachten.

So bereichern beispielsweise Carsten Winter und Christopher Buschow die Debatte um wertvolle Erkenntnisse, die aus ihrer Medienmanager-Befragung aus dem Jahr 2012 hervorgegangen sind. Die Ergebnisse der Hannoveraner Journalismusforscher beruhigen und ernüchtern zugleich. Einerseits nämlich bekundete das Gros der befragten Medienköpfe, eine klare Sphärentrennung zwischen Management und Redaktion wahren zu wollen; andererseits jedoch scheint es um den Glauben an die wirtschaftliche Genesung des Journalismus unter den Befragten nicht besonders gut bestellt zu sein.

Desillusionierend wirkt schließlich Castulus Kolo, der mithilfe einer komplexen Prognoserechnung bis ins Jahr 2020 zu blicken versucht. Die Prognose des Innovationsforschers zeichnet ein gewohnt düsteres Bild für hiesige Zeitungsverlage. Dass jüngere Finanzierungsformen wie das Crowdfunding oder mäzenatische Stiftungen den Karren wohl nicht aus dem Dreck ziehen werden, unterstreichen die Autoren Matthias Degen und Ralf Spiller mit zwei empirischen Bestandsaufnahmen.

Unterm Strich leistet der Sammelband einen wichtigen Beitrag zur Journalismusdebatte aus medienökonomischer Sicht. Denn neben einigen gehaltvollen Studienzusammenfassungen überzeugen vor allem die Autorenbeiträge von Harald Rau, Karl-Heinz Ladeur und Manfred Knoche, die nach Auswegen aus dem Journalismus-Ökonomie-Dilemma suchen. Ihr gedankliches Arsenal reicht dabei von der Erschließung neuer Geschäftsfelder über mehr Markenprofilierung und Kontextualisierung bis hin zur »Entkapitalisierung« des Journalismus.

Markus Beus studierte Journalistik in Hamburg und ist derzeit Werkstudent im Burda Community Network.



EXPERTEN IM JOURNALISMUS

Nölleke, Daniel: Experten im Journalismus. Systemtheoretischer Entwurf und empirische Bestandsaufnahme. Baden-Baden: Nomos 2013, 399 Seiten, 64,00 Euro

Grassierendes Expertentum

Zuerst das Positive: Daniel Nöllekes Analyse zu »Experten im Journalismus« ist lesenswert. Insbesondere im ausführlichen theoretischen Teil der Doktorarbeit filetiert der Autor unsere

Wissens- und Expertengesellschaft und systematisiert und definiert hilfreich Literatur und Begrifflichkeiten. Experten definiert er nicht durch Merkmale der Person, sondern als Teil eines Konstruktionsprozesses, in dem sie durch »konsultierende Laien« erst zu Experten gemacht werden. Ihnen wird ein »überlegenes Wissen« unterstellt. Nölleke schreibt dem medialen Expertentum eine Akzeptanzkrise zu. Glaubwürdigkeit ginge beispielsweise verloren, wenn Experten politisch parteilich seien oder wenn sie ökonomischen Nutzen aus ihrer Expertise zögen. Der Autor konstatiert ein enormes Wissenswachstums über die gesamte Gesellschaft hinweg und folgert daraus »strukturelle Zwänge bzw. Routinen journalistischen Arbeitens«. Erforschen möchte er sieben Fragen unter anderem nach der Relevanz von Experten »für und im Journalismus«, nach Auswahlkriterien, nach der Recherche sowie nach medialen Präsentationen und Funktionen von Experten.

Nöllekes Untersuchung liegt ein »systemtheoretisch-konstruktivistischer« Ansatz zu Grunde. Seine empirischen Ergebnisse basieren auf sieben anonymisierten Leitfadenterviews mit Journalisten aus sieben verschiedenen »Medientypen« und einer Inhaltsanalyse von 5.674 Beiträgen aus der *Süddeutsche Zeitung* und der *Bild* sowie aus ARD und RTL aus den Jahren 2008 und 2009.

Einige Ergebnisse: Experten in den untersuchten Medien sind meist männlich, deutsch, nicht prominent, vornehmlich Wissenschaftler und Journalisten, vor allem Wirtschaftsredakteure. Wichtig für die Auswahl von Experten ist neben dem »überlegenen Wissen« auch die Artikulationsfähigkeit sowie die Erreichbarkeit. Die Recherche nach Experten ist von einem »hohen Grad an Selbstbezüglichkeit« der Journalisten geprägt. Journalisten greifen dabei auf eigene Erfahrungen, die Adressdatei der Redaktion oder die beobachtete Berichterstattung der Konkurrenz zurück. Letzteres führe jedoch nicht automatisch zur Übernahme von Expertenquellen, sondern auch zur bewussten Abgrenzung. Eine Überrepräsentation einzelner Experten wolle man so vermeiden.

Zur Kritik am Buch: Die starke methodische Fokussierung auf die Inhaltsanalyse lässt nur bedingt Rückschlüsse auf journalistische Produktions- und Konstruktionsprozesse zu. Die sieben geführten Interviews mit Journalisten sind zwar als Hinweisgeber nützlich, können dieses Dilemma aber nicht lösen. Sie fließen als Branchen-Selbstauskünfte ein. Wichtige Fragen bleiben offen: Welche Akteure und Quellen bleiben als Experten ungehört? Unter welchen Umständen und warum? Oder: Wie beeinflussen PR-Strategien und PR-Akteure das grassierende mediale Expertentum? Sich nun auch diesen Fragen zu widmen, dafür bietet Daniel Nöllekes Buch einen soliden Einstieg.

Lutz Mücke ist Herausgeber von Message.

DIE SOZIALREPORTERIN

Maria Leitner ist heute weitgehend vergessen. Als Pionierin der Rollenrecherche und als Sozialreporterin hat sie zwischen den Weltkriegen den Menschen am Rande der Gesellschaft Gesicht und Stimme gegeben.



Eine der größten über ganz New York verstreuten Massenabfütterungsanstalten ist das Automatenrestaurant Horn & Hardart. Hier versuchte ich, Arbeit zu erhalten.« So beginnt Maria Leitner ihre Reportage »Automat unter Automaten«, die im Dezember 1925 im Berliner Monatsmagazin *Uhu* abgedruckt ist. In der amerikanischen Metropole war der Andrang der arbeitssuchenden Frauen groß, doch die Autorin hat Glück: Sie wird in eine Uniform gesteckt und als Nummer zwölf für die Filiale in der 14. Straße angestellt. »Dann werde ich in den Saal geschoben, und man drückt mir ein Tablett in die Hand. Ich weiß nun, dass ich ein »busgirl« bin, d.h.

ein Omnibus, der mit Geschirr vollgepackt hin- und herrollt; ganz einfach ausgedrückt, ist meine Lebensaufgabe von nun an, Geschirr abzuräumen.«

Nach dem Ersten Weltkrieg übten die Vereinigten Staaten – wie schon knapp hundert Jahre zuvor – eine große Sogwirkung aus. Die »Europamüden« wollten im »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« ihr Glück – oder zumindest Arbeit – finden.

Maria Leitner folgt 1925 ihrem Bruder

Johann, der unter seinem ungarischen Namen János Lékai bzw. als John Lassen journalistisch tätig ist, nach New York. Sie soll im Auftrag des Ullstein-Verlags über die Neue Welt berichten. »Wir haben unsere Mitarbeiterin Fräulein Maria Leitner mit der schwierigen und mutigen Aufgabe nach Amerika geschickt, die dortigen Erwerbsmöglichkeiten [...] durch das Opfer persönlicher Dienstleistungen zu

studieren.« So heißt es im Vorspann zu ihrer ersten Rollenreportage im *Uhu* vom September 1925. Sie schildert darin ihre Erfahrungen als Scheuerfrau im größten Hotel der Welt.

Inkognito-Recherche als Putzfrau

Maria Leitner betreibt keinen Globetrotter-Journalismus, der die exotischen Seiten fremder Länder in bunten Farben ausmalt. Sie will möglichst authentisch über die Lebenswirklichkeit der sogenannten kleinen Leute berichten. Deshalb arbeitet sie inkognito als Putzfrau, als Kellnerin und als Lehrling in einer Zigarrenfabrik. Angeblich ist sie in sechzig unterschiedliche Berufsrollen geschlüpft. Die Ich-Form, bei Reportern sonst durchaus umstritten – hier ist sie angemessen: Die Autorin schildert in ihren Texten ihre eigenen Erlebnisse und Erfahrungen. Damit gehört sie zusammen mit ihrem Wiener Zeitgenossen Max Winter zu den Pionieren der Rollenreportage.

Als Scheuerfrau im Luxushotel erhält Maria Leitner einen Dollar pro Tag. Zu Beginn wird sie mit den nötigen Arbeitsutensilien ausgestattet: Eimer, Seife, Tüchern, einer Scheuerbürste und einem kleinen Teppich. Wozu der Teppich? Gleich am ersten Tag muss sie erfahren, dass er »keineswegs dazu da sei, meine Knie zu schützen, sondern die Umgebung, die im gegebenen Fall aus feinen Teppichen bestehen kann, vor den Spuren des Eimers«. Komfort und Luxus für »die da oben«, die reichen Gäste – Ausbeutung und Entbehrungen für »die da unten«, die Putz- und Badefrauen, die Zimmermädchen, die Liftboys. Das Hotel als Exempel für die sozialen Unterschiede.

Das Automatenrestaurant bietet die Essensportionen in kleinen Glasvitrinen an, die sich nach Münzeinwurf öff-

Auf dieser Seite berichten Journalistik-Fachleute über Umbrüche und Sternstunden, die den Journalismus nachhaltig verändert und zum Berufsbild des Journalisten beigetragen haben.

nen. »Aber auch hinter den Automaten stehen unsichtbar in dem schmalen heißen Gang Automaten. Sie legen Sandwichs auf Teller, immer wieder neue, sie verteilen Kuchen und Kompott.« Sie »tragen die schweren Tablette, räumen immer wieder das schmutzige Geschirr ab«. »Automaten stehen ganz unten in der Tiefe, Negerautomaten, und waschen Geschirr ab, den ganzen Tag, die ganze Nacht. Automaten sitzen an der Kasse und wechseln 25-, 50-Cent-Stücke, Dollars in Nickel um.« Vom Tellerwäscher zum Millionär? Die Wunderformel vom sozialen Aufstieg entpuppt sich bei der Undercover-Recherche als Illusion.

Fast vergessen im Exil

Maria Leitner? In den einschlägigen Pressegeschichten, in Anthologien mit journalistischen Texten, ja selbst in einer kürzlich erschienenen Berufsgeschichte über Journalistinnen sucht man diesen Namen vergeblich. Aber einige Diplom- und Magisterarbeiten haben sich mit dieser Pionierin der Sozialreportage beschäftigt. Vor allem der Autorin Helga W. Schwarz ist es zu verdanken, dass sie nicht ganz in Vergessenheit geraten ist. Seit fünfzig Jahren hat sie sich mit der Biografie Leitners beschäftigt und in mehreren Büchern Auszüge aus ihrem journalistischen Werk und Neuauflagen ihrer Romane publiziert.

Leitners Leben im Telegrammstil: Geboren wurde sie am 19. Januar 1892 in Varaždin, einer kroatischen Kleinstadt, und dort in das jüdische Geburtsregister eingetragen. Gut vier Jahre später Umzug der Familie nach Budapest. Dort Besuch der Ungarischen Königlichen Höheren Mädchenschule. 1910 Beginn des Studiums der Kunstgeschichte in Wien, Fortsetzung in Berlin. 1913 Rückkehr nach Budapest, dort redaktionelle Mitarbeit beim Boulevardblatt *Az Est* (»Der Abend«). Engagement im linksintellektuellen Galilei-Kreis, zusammen mit ihren beiden jüngeren Brüdern Maximilian und Johann, die ebenfalls journalistisch und politisch aktiv sind. Während des Ersten Weltkriegs zeitweise Korrespondentin in Stockholm für ungarische Zeitungen. Nach dem Untergang der Habsburger Monarchie und den revolutionären Umbrüchen in Ungarn Flucht zunächst nach Wien und Berlin. 1925 bis 1928 Reportagen aus Nord-, Mittel- und Südamerika. Dann Veröffentlichung mehrerer Bücher. 1933 Flucht vor der Judenverfolgung in Deutschland. Wechselnde Wohnorte im Exil: Prag, Wien, Paris, Saarbrücken, Toulouse. Nach dem vergeblichen Versuch, ein Einreisevisum in die USA zu bekommen, stirbt sie – physisch und psychisch entkräftet – am 14. März 1942 in einer psychiatrischen Klinik in Marseille.

Ein ruheloses Leben, von dem manche Phasen noch kaum ausgeleuchtet sind. Die multikulturelle Umgebung, in der sie aufgewachsen ist, die ethnischen Konflikte im

österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat, der Zusammenbruch der Monarchie, Revolution und Konterrevolution nach Kriegsende haben sie politisch sensibilisiert. Journalistische Neugier, ein anwaltschaftliches Berufsverständnis und menschliches Mitgefühl haben sie angetrieben, gesellschaftliche Konflikte aufzuspüren und soziale Ungerechtigkeiten anzuprangern. Journalistische Distanz – der Blick von außen – war ihre Sache nicht, sie berichtete aus den Maschinenräumen der Gesellschaft und identifizierte sich mit den Opfern der kapitalistischen Welt.

Wie manche schreibenden Zeitgenossen verarbeitete Maria Leitner ihre Rechercheergebnisse auch in belletristischen Formen. Die Novelle »Sandkorn im Sturm«, 1929 zuerst als Serie in Willi Münzenbergs *Welt am Abend* veröffentlicht, beschreibt die Zerschlagung der ungarischen Rä-

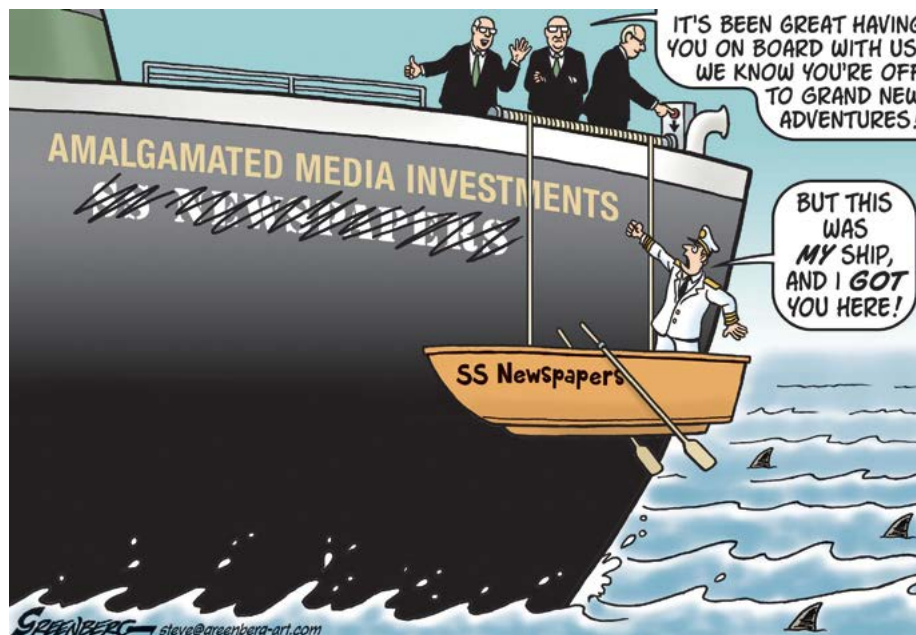
Journalistische Distanz – der Blick von außen – war ihre Sache nicht, sie berichtete aus den Maschinenräumen der Gesellschaft.

terepublik. Der Roman »Hotel Amerika«, 1930 erschienen, beruht auf ihren amerikanischen Erfahrungen. Die Nazis setzten ihn auf die Liste der verbotenen Bücher. In »Elisabeth, ein Hitlermädchen« (1937) schildert sie eine Jugend im sogenannten Dritten Reich. Siegfried Kracauer schrieb eine positive Rezension: »Der Individualismus der Angestellten wird gegeißelt, ihr kleinbürgerlicher Instinkt durchschaut, ihre Kümmerlichkeit ohne falsches Mitgefühl analysiert.«

In einer Artikelreihe für die Abendzeitung *Tempo*, erschienen 1928/29, ließ Maria Leitner verschiedene Protagonisten aus dem Berliner Milieu zu Wort kommen: eine junge Stenotypistin, Damen der Gesellschaft, ein Dienstmädchen. In diesen kurzen Skizzen wird der Mythos der Goldenen Zwanziger eindrucksvoll entlarvt. Zentrales Thema ist der Kampf für die Rechte und die Emanzipation der Frauen, die der Autorin nur durch politische Aktionen und gesellschaftliche Organisation erreichbar schienen. ■



Walter Hömberg lehrt als Gastprofessor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Bis 2010 hatte er den Lehrstuhl für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt inne.



Steve Greenberg stammt aus Los Angeles und hat schon während des Kunststudiums an der California State University mehrere Preise für seine Cartoons gewonnen. Neben seiner Arbeit als Editorial Cartoonist zeichnet er auch Infografiken und Comics. Seine Werke erscheinen in Zeitungen, Magazinen und Büchern quer über den Erdball und sind vielfach ausgezeichnet.

Greenberg thematisiert die gegenwärtige digitale Neuausrichtung mehrerer großer US-amerikanischer Medienhäuser. So haben unter anderem Gannett, E.W. Scripps und die Tribune Company eine Abspaltung der Printsparte vom Rest des Konzerns bekanntgegeben oder bereits vorgenommen. Viele Medienjournalisten sehen in diesem Schritt eine Abkehr vom schwächelnden Zeitungsgeschäft.

Holger Isermann ist freier Journalist, Fotograf und Medienwissenschaftler an der TU Braunschweig.

MESSAGE IMPRESSUM www.message-online.com

ISSN: 1438-499X

Herausgeber:

Prof. Dr. Volker Lilienthal
Dr. Lutz Mücke

Gründungsherausgeber:

Prof. Dr. Michael Haller

Redaktion:

Kathrin Breer (leitende Redakteurin),
Eva Boller, Filiz Erkal, Jan Ludwig,
Malte Werner

Layout:

Ute Lederer

Titelbild:

Ute Lederer (nach Austin Kleon)

Verantw. i. S. d. P.:

Rebecca Pohle, Claudia Nickels

Message ist ein Projekt der
**Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur
für Praxis des Qualitätsjournalismus
an der Universität Hamburg**

Internationaler Beirat:

Prof. Dr. Hannes Haas † (Wien)
Dr. Mark Hunter (Paris)
Henrik Kaufholz (Kopenhagen)
Hans Werner Kilz (München und Hamburg)
Prof. Dr. Miriam Meckel (St. Gallen)
Prof. Dr. Michael Meyen (München)
Sonia Seymour Mikich (Köln)
Prof. Dr. Bernhard Pörksen (Tübingen)
Prof. Dr. Stephan Ruß-Mohl (Lugano)
Dr. Dieter Wild (Hamburg)
Prof. Dr. Vinzenz Wyss (Zürich und Winterthur)

Anschrift der Redaktion:

Universität Hamburg
Redaktion Message
Sedanstraße 19 (Raum 311)
20146 Hamburg
Telefon 040 428 389 331
Telefax 040 428 389 333
E-Mail: redaktion@message-online.com

Verlag:

Gesellschaft für Medienkultur und
Qualitätsjournalismus gem. UG
c/o Universität Hamburg/IJK
Allende-Platz 1 - 20146 Hamburg

Herstellung:

Holzmann Druck, 86825 Bad Wörishofen

Aboservice:

Verlag der Evangelischen Gesellschaft
Postfach 103852, 70033 Stuttgart
Telefon 0711 60100 40
Telefax: 0711 60100 76
E-Mail: message@evangemeindeblatt.de

Message erscheint viermal jährlich.

Einzelheft: 14 Euro
Jahresabonnement: 48 Euro (Lieferung
in Deutschland frei Haus, Ausland: zzgl. Porto)
Abonnement für Studenten und Volontäre
(gegen Nachweis): 33,60 Euro
Kündigungsfrist: 4 Wochen zum Jahresende

In Zusammenarbeit mit:
British Journalism Review, London, und
Problemi dell'Informazione, Bologna.



Mehr **Reichweite** und Relevanz
für ihre Unternehmensinformationen,
topaktuelle **Journalistendaten**
und erstklassige Produktion
multimedialer **Inhalte.**

Das alles machen wir möglich.
Probieren Sie's einfach mal aus!

Jens Petersen, Leiter Unternehmenskommunikation



www.newsaktuell.de

na•news aktuell

Ein Unternehmen der dpa-Gruppe



2014
22. – 24.10.

mit den Themen:

Persönlichkeits-
rechte im Netz

Bundeskartellamt im Kreuzverhör

Digital Journalism

Tagesschau-App
und Drei-Stufentest

Leistungsschutzrechte und
Medienvielfalt

Vielfaltssicherung
im Rundfunk

Effektiver
Jugendmedienschutz

KEIN
SPAZIERGANG
Wege zur digitalen
Selbstverständlichkeit

Nur für
Abonnenten!
20 Euro Rabatt
auf den Eintrittspreis
(begrenzt Kontingent):

Einfach den Code
14MTM7TWAMS

unter
www.medientage.de
einlösen